



Stenografischer Bericht

37. Sitzung

Freitag, 14. Dezember 2012,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 3007

Herr Dr. Köck (DIE LINKE) 3046

Tagesordnungspunkt 5

Aktuelle Debatte

Wird es besser? - Die politische Kultur des Landes im Lichte des 4. Sachsen-Anhalt-Monitors

Aktuelle Debatte Fraktion SPD - **Drs.
6/1682**

Frau Budde (SPD) 3007, 3010, 3021, 3024
Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) 3010
Minister Herr Dorgerloh 3012
Herr Striegel (GRÜNE) 3014, 3024
Herr Schröder (CDU) 3016
Herr Gallert (DIE LINKE) 3018, 3023

Tagesordnungspunkt 6

Beratung

**Intensivierung der militärischen Nut-
zung der Colbitz-Letzlinger Heide**

Große Anfrage Fraktion DIE LINKE
- **Drs. 6/1339**

Antwort Landesregierung - **Drs.
6/1584**

Herr Dr. Köck (DIE LINKE) 3024, 3037
Minister Herr Stahlknecht 3027, 3029
Herr Gallert (DIE LINKE) 3028, 3031, 3036
Herr Erben (SPD) 3030, 3031, 3032
Herr Hoffmann (DIE LINKE) 3032
Herr Weihrich (GRÜNE) 3032
Herr Geisthardt (CDU) 3034

Tagesordnungspunkt 7

Beratung

Truppenübungsplätze in Sachsen- Anhalt rückbauen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs.
6/1668 neu**

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE) 3038, 3044
Herr Erben (SPD) 3042
Herr Striegel (GRÜNE) 3043
Herr Geisthardt (CDU) 3043

Beschluss 3045

Tagesordnungspunkt 15

Zweite Beratung

Für die Zukunft: Erinnern und Gedenken - 20 Jahre nach den rassistischen Angriffen in Quedlinburg und anderswoAntrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/1415**Beschlussempfehlung Ausschuss für Inneres und Sport - **Drs. 6/1664**

(Erste Beratung in der 30. Sitzung des Landtages am 20.09.2012)

Herr Dr. Brachmann (Berichterstatter)	3046
Minister Herr Stahlknecht	3047
Frau Quade (DIE LINKE)	3048
Herr Kolze (CDU)	3049
Herr Striegel (GRÜNE)	3050
Herr Steppuhn (SPD)	3051
Beschluss	3051

Tagesordnungspunkt 16

Zweite Beratung

Anonymisierte BewerbungAntrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/1016**Beschlussempfehlung Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung - **Drs. 6/1675**

(Erste Beratung in der 25. Sitzung des Landtages am 27.04.2012)

Herr Borgwardt (Berichterstatter)	3052
Minister Herr Dorgerloh	3052
Frau Latta (GRÜNE)	3053
Frau Hampel (SPD)	3054
Frau Edler (DIE LINKE)	3054
Herr Wunschinski (CDU)	3055
Beschluss	3056

Tagesordnungspunkt 17

Erste Beratung

Altersarmut bekämpfen - Gesetzliche Rente stärkenAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1667**

Frau Dirlich (DIE LINKE)	3056, 3065
Minister Herr Bischoff	3058
Herr Rotter (CDU)	3060
Frau Lüddemann (GRÜNE)	3062
Herr Steppuhn (SPD)	3063
Ausschussüberweisung	3066

Tagesordnungspunkt 18

Erste Beratung

Genossenschaften stärkenAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1669**

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE)	3066, 3071
Ministerin Frau Prof. Dr. Wolff	3068
Herr Mormann (SPD)	3069
Herr Erdmenger (GRÜNE)	3069
Herr Thomas (CDU)	3070
Ausschussüberweisung	3072

Tagesordnungspunkt 19

Erste Beratung

Kein Abbau von HochschulkapazitätenAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1670**

Herr Lange (DIE LINKE)	3072, 3077
Ministerin Frau Prof. Dr. Wolff	3073
Frau Dr. Pähle (SPD)	3074
Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE)	3075
Herr Harms (CDU)	3076
Ausschussüberweisung	3077

Tagesordnungspunkt 20

Beratung

Abzweigung von Kindergeld für erwachsene Behinderte stoppenAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1671**Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/1705**

Frau Zoschke (DIE LINKE).....	3078, 3082
Minister Herr Bischoff	3079
Herr Rotter (CDU).....	3080
Frau Lüddemann (GRÜNE).....	3081
Frau Dr. Späthe (SPD)	3081
Beschluss	3083

Tagesordnungspunkt 21

Erste Beratung

Änderung der Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen im Land Sachsen-AnhaltAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1672**

Herr Lüderitz (DIE LINKE)	3083, 3088, 3091
Minister Herr Dr. Aeikens.....	3085
Herr Bergmann (SPD)	3087, 3088
Herr Weihrich (GRÜNE)	3089
Herr Leimbach (CDU)	3090
Ausschussüberweisung	3091

Beginn: 9.05 Uhr.

Präsident Herr Gürth:

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße alle Mitglieder des Hohen Hauses auf das Herzlichste zur letzten Runde im Plenum in diesem Jahr.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen einen kleinen Gruß auf die Tische zu legen

(Beifall im ganzen Hause)

als bescheidene Geste des Dankes für die faire und gute Zusammenarbeit in diesem Jahr. Wir haben alle viel Arbeit auf den Tisch gelegt bekommen. Wir hatten uns gemeinsam viel vorgenommen. Mit viel Fairness haben die Abgeordneten und die Mitglieder der Landesregierung ein gehöriges Stück Arbeit erledigt.

Dass es Kinderschokolade ist, hat keine besondere Bedeutung, vielleicht die, dass Kinder reinen Herzens sind. Das kann jeder für sich interpretieren.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen die 20. Sitzungsperiode fort. Ich erinnere daran, dass sich für heute der Ministerpräsident und der Minister der Finanzen bis 13.30 Uhr entschuldigt haben. Wie Sie alle wissen, tagt heute der Bundesrat. Ministerin Frau Professor Dr. Kolb hat sich deshalb ganztägig entschuldigt. Ihre Anwesenheit ist dort erforderlich.

Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Aktuelle Debatte

Wird es besser? - Die politische Kultur des Landes im Lichte des 4. Sachsen-Anhalt-Monitors

Aktuelle Debatte Fraktion SPD - **Drs. 6/1682**

Die Redezeit beträgt vereinbarungsgemäß zehn Minuten je Fraktion in der Reihenfolge SPD, GRÜNE, CDU und DIE LINKE. Zunächst hat die Antragstellerin das Wort. Für die Fraktion der SPD erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Frau Budde das Wort.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme an, Sie haben deshalb Kinderschokolade hingestellt, weil es, wenn wir uns den Sachsen-Anhalt-Monitor anschauen, die Jugendlichen sind, die befragt worden sind, die richtig gute Aussagen gemacht haben. Das macht Hoffnung, dass wir bei

der demokratischen Bildung weiter vorangekommen sind. Insofern gehe ich davon aus, dass es Absicht war. Dann passt es wunderbar zu dem ersten Tagesordnungspunkt.

(Zustimmung von Frau Gorr, CDU)

Als die Landesregierung und die Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2007 den ersten Sachsen-Anhalt-Monitor in Auftrag gegeben haben, hatte das einen sehr validen Grund. Wir - ich sage ausdrücklich: wir als Koalition - wollten wissen, wie Sachsen-Anhalt tickt, wie die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Land und zu den wichtigsten Fragen der Gesellschaft stehen, wie es um die politische Kultur in Sachsen-Anhalt steht, und zwar jenseits unseres subjektiven Empfindens, unserer subjektiven Alltagserfahrung, sondern auf einer soliden Datenbasis.

Dieser Sachsen-Anhalt-Monitor ist ein wichtiges Instrument, auch wenn uns einige Befunde nicht gefallen konnten und nicht gefallen können. Auch wenn oder gerade weil einige Befunde Anlass zur Sorge und zum ernsthaften Nachdenken geben, war er hier immer ein guter Gegenstand der Diskussion. Auch wenn wir die Ergebnisse in der Vergangenheit unterschiedlich gewertet haben - das liegt sicherlich in der Natur der Sache und oft auch in der Natur des Politischen -, gab es immer einen demokratischen Grundkonsens in diesem Haus:

Erstens. Wir nehmen die Befunde ernst.

Zweitens. Es ist gute Tradition, dass wir in diesem Hohen Haus über die Befunde reden. Deshalb will ich mit etwas anfangen, das mich sehr befremdet hat: mit einigen öffentlichen Äußerungen zum vierten Sachsen-Anhalt-Monitor. Diese haben mich mehr als irritiert. Ich will Ihnen die Äußerungen gern nennen. Ein Erguss via Twitter:

„Die SPD in Sachsen-Anhalt fragt sich und uns: Wird es besser in Sachen Rassismus? Gut wäre es, sie täte etwas dafür.“

Zweitens:

„Das geht in Richtung eines Gefälligkeitsgutachtens für die Landesregierung. Die Tatsache, dass die Landesmarketingagentur einen Teil des Geldes für die Studie gegeben hat, zeigt schon, dass man sich einen Imagegewinn für das Land erhofft.“

Bei diesen Äußerungen, Herr Striegel, vermisste ich in der Tat das politische Maß.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich vermisste, obwohl ich mir sicher bin, dass Sie sie haben, eine gute demokratische Kinderstube.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Damit das hier nicht den Anschein einer Polemik erweckt - davon bin ich weit entfernt -

(Herr Gallert, DIE LINKE: Oje!)

- ja, Herr Gallert, davon bin ich weit entfernt -,

(Herr Gallert, DIE LINKE: Ja!)

will ich die Dinge, die hinter diesen Äußerungen stecken, beim Namen nennen.

Sie sagen, das Team um Herrn Holtmann manipulierte die Befunde des Gutachtens, damit es der Landesregierung gefalle. Das steckt dahinter. Sie sagen damit, eine der renommiertesten, anerkanntesten sozialwissenschaftlichen Einrichtungen des Landes betreibe eine gezielt obrigkeitshörige Arbeit und verletze damit absichtlich und wissentlich die Grundsätze des guten und ehrbaren wissenschaftlichen Arbeitens.

Das muss und will ich im Namen der gesamten Wissenschaft in Sachsen-Anhalt zurückweisen. Das ist ausdrücklich nicht Zustand und Anspruch der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dann sagen Sie, die SPD tue nichts gegen Rassismus. Das, sehr geehrter Herr Striegel, nehme ich Ihnen auch persönlich übel. Die SPD ist eine 150 Jahre alte Partei, die in ihrer langen Zeit des Bestehens ganz sicher in allen Zeiten immer wieder bewiesen hat, dass sie ganz stark gegen Rassismus und gegen Fremdenfeindlichkeit vorgeht. Ich sage Ihnen: Diesen Erguss via Twitter nehmen wir Ihnen wirklich übel.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Bommersbach, CDU)

Das ist ein Vorwurf wider besseres Wissen. Die Regeln des politischen Anstands - das will ich nicht nur in Bezug auf diese Äußerung, sondern auch in Bezug auf andere sagen - gelten auch auf Twitter. Die muss man nicht für jeden vermeintlich tollen Spruch zur Seite packen. Das sollte man sich wirklich überlegen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Außerdem werfen Sie der Landesregierung vor, ein Gefälligkeitsgutachten in Auftrag gegeben und auf die Ergebnisse der Studie politisch Einfluss genommen zu haben, frei nach dem Motto: Wer zahlt, bestimmt das Ergebnis.

Nach dieser Logik werfen Sie es aber auch - das merken Sie gar nicht - Ihrer eigenen Fraktionsvorsitzenden Frau Professor Dr. Dalbert vor; denn sie sitzt bekanntlich mit vielen anderen im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung. Die Landeszentrale ist der Auftraggeber der Studie, und zwar der maßgebliche, wie sie es immer war.

Meine Fraktion und ich - ich glaube, ich kann für die gesamte Koalition sprechen - halten diese Lo-

gik für absurd. Wir wissen natürlich, dass Frau Professor Dr. Dalbert über jeden Zweifel erhaben ist; aber die Landesregierung ist es eben auch.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU
- Herr Gallert, DIE LINKE: Die Landesregierung ist nicht über jeden Zweifel erhaben!)

Sie implizieren, dass die Befunde des Monitors es nicht wert wären, hier im Landtag besprochen zu werden, dass es nicht wert wäre, über den Zustand und das Innenleben der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu diskutieren. Die Sozialdemokraten und ich finden, dass es kaum ein Thema gibt, das es mehr wert wäre, in diesem Parlament besprochen zu werden.

Insbesondere ärgert mich an der Sache, dass ich schon jetzt so viel Zeit darauf habe verwenden müssen, über die politische Kultur im Umgang miteinander zu reden. Wir haben eigentlich Besseres zu tun, als darüber zu rechten, wer hier die besseren Demokraten sind.

(Herr Höhn, DIE LINKE: Das stimmt!)

In diesem Haus sind wir alle dank des Wahlergebnisses und dank des Umstandes, dass die NPD nicht im Landtag vertreten ist, Demokratinnen und Demokraten. Damit ist die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unsere gemeinsame Sache.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Ich will nicht anfangen, über die Methoden der Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Monitors zu diskutieren. Das ist eine lohnende Detailarbeit für den Ausschuss und natürlich auch für das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung.

Nur so viel: Wir wissen, dass die beiden Studien völlig unterschiedliche Grundgesamtheiten in Sachsen-Anhalt hatten. Bei den verschiedenen Antwortmöglichkeiten im Monitor spricht einiges dafür, dass Herr Professor Dr. Holtmann als harten Kern mit rassistischen Einstellungen nur die gewertet hat, die auf die entsprechenden Fragen eindeutig zustimmend geantwortet haben. Das sind die, an die man kaum noch herankommen dürfte. Er hat aber auch sozusagen die Korona beschrieben.

Die Frage ist doch: Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus diesem Ergebnis? - Ich würde sagen, wir müssen genau dort ansetzen, wo es nicht automatisch antidemokratische Zustimmungswerte gibt. Dort müssen wir ansetzen. Das muss ein Ergebnis des Sachsen-Anhalt-Monitors sein. Wir müssen unsere demokratische und politische Bildung gezielt einsetzen.

Nachdem in dem Sachsen-Anhalt-Monitor das erste Mal nach Landkreisen differenziert worden ist, wissen wir jetzt auch, dass es sehr unterschiedliche Reaktionsmuster, sehr unterschiedliche Ant-

worten in unterschiedlichen Gebieten Sachsen-Anhalts gibt. Es würde sich lohnen zu gucken, welche Strategie man sich bei der Ausrichtung oder auch der Neuausrichtung von demokratischer Bildung vornehmen sollte.

Unabhängig von der Frage der Gewichtung und der bundesweiten Vergleichbarkeit hat dieser Sachsen-Anhalt-Monitor drei eindeutige Kernergebnisse, was Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betrifft.

Erstens. Sachsen-Anhalt in Gänze ist kein Land von Rassisten. Das geben die Befunde nicht her.

(Zustimmung bei der SPD)

Zweitens. In Sachsen-Anhalt gibt es immer noch zu viel Rassismus. Das geben die Befunde in jedem Fall her.

Drittens. Die fremdenfeindlichen Einstellungen in der jüngsten Altersgruppe gehen zurück.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, dürfen wir im Hinblick auf den Titel der Debatte durchaus sagen: Ja, es wird besser, es soll besser bleiben, und wir müssen alles dafür tun, dass es noch besser wird; aber es wird besser, Gott sei Dank. Ja, wir verlieren die junge Generation nicht automatisch an die Rechten. Ja, wir erreichen die Jugendlichen. Ja, die Bemühungen zur Demokratiebildung wirken positiv.

Ansonsten könnten wir hier vielleicht auch aufgeben. Aber das werden wir natürlich nicht tun.

Das ist natürlich kein Grund zur Entwarnung. Das haben wir schon bei der letzten Aktuellen Debatte gesagt. Dafür haben wir in der Vergangenheit zu oft erleben müssen, welche gewaltsamen Auswüchse rechtsextreme Weltbilder haben und wie schnell solche Auffassungen auch in die jüngere und ältere Mitte der Gesellschaft vordringen können.

Ich will trotzdem noch einmal sagen: Dieses Ergebnis ist eine Riesenmotivation. Es gibt Licht am Ende des Tunnels, und wir sollten weitermachen, weil es sich lohnt.

Ein weiteres Zeichen, dass es sich lohnt, ist die stabile und hohe Zustimmung zur Demokratie als Staatsform. Dies ist erst einmal beruhigend. Weniger Zufriedenheit herrscht über das konkrete Funktionieren der Demokratie, also über unsere Performance. Manche Äußerungen in sozialen Netzwerken sind nicht immer zielführend, um das zu verbessern. Dass die Performance unseres demokratischen politischen Systems und seiner Institutionen so schlecht bewertet wird, das bleibt allerdings eine gemeinsame große Aufgabe.

Meine Damen und Herren! Wo wir weitermachen müssen, haben wir bereits in der Aktuellen Debatte im November ausführlich besprochen. Ich will

nur auf einen Befund verweisen, der in beiden Studien - sowohl in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung als auch im Sachsen-Anhalt-Monitor - belegt wird: den direkten Zusammenhang zwischen Bildungsstand und rechten Einstellungen.

Dieser Befund ist eindeutig. Je höher der Bildungsstand, desto geringer ist die Neigung zu rechts-extremen und demokratiefeindlichen Einstellungen. Im Umkehrschluss heißt das: Der beste Schutz gegen Rechtsextremismus ist eine bessere Bildung. Diese Große Koalition hat dafür im letzten Vierteljahr einiges Strukturelles auf den Weg gebracht. Ich will drei Punkte nennen:

Erstens Stark III. Es ist gut, wenn wir gemeinsam mit der kommunalen Familie dafür sorgen, dass alle Kinder in einer besseren Lernumgebung lernen. Denn Lernerfolge steigern sich in einer besseren Lernumgebung. Das ist gut für jedes einzelne Kind.

Zweitens die Gemeinschaftsschule. Wir haben für Sachsen-Anhalt längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Kinder brauchen sich nicht mehr zwingend schon nach Klasse 4 zu entscheiden, wohin ihr Bildungsweg gehen soll.

Machen wir uns nichts vor: In der Regel - wenn es so bleibt - wird mit einer Entscheidung nach der 4. Klasse festgelegt, wohin der Lebensweg geht, weil das Wechseln sehr schwer ist. Aber wer kann das schon nach der 4. Klasse entscheiden?

Jetzt haben die Kinder länger Zeit zu reifen. Das nimmt vielen Kindern und Eltern unnötigen Druck. Ich weiß, dass einige der Auffassung sind, dass man durch Druck Diamanten erzeugt. Ich würde sagen: Durch reifere Kinder gewinnt man im Zweifel bessere Demokraten.

Drittens das KiFöG. Wir haben gestern beschlossen, die frühkindliche Bildung für alle Kinder aufzuwerten. Das ist gut so.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei erfreuliche Befunde des Sachsen-Anhalt-Monitors wenigstens nennen.

Die Verbundenheit mit dem Land Sachsen-Anhalt wächst. 49 Prozent der Befragten fühlen sich stark und 29 Prozent sehr stark mit ihrem Bundesland verbunden. Das ist gut so.

Die für mich persönlich positivste Überraschung aber ist - deshalb habe ich auf diesen Kinderweihnachtsmann verwiesen, auch wenn man mit 18 Jahren kein Kind mehr ist -, dass viele der 18- bis 24-Jährigen als zweitwichtigsten Bezugsort nach ihrem Heimatort nicht mehr Ostdeutschland angeben, sondern die Bundesrepublik insgesamt. Das ist in der Tat ein gutes Zeichen für das Zusammenwachsen der Bundesrepublik. Damit sind wir nach mehr als 20 Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung vielleicht wirklich auf

dem Weg zur inneren Einheit. Zeit wäre es und gut wäre es.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie haben den Kopf geschüttelt und abgewinkt. Ich kann Ihnen sagen, dass meine beiden Kinder, die 16 Jahre alt sind, tatsächlich wenig in der Kategorie Ostdeutschland denken. Vielmehr haben sie den Bezug zu ihrer Stadt und dann wirklich den Bezug: Wir leben in der Bundesrepublik. - Das hat sich verändert, und ich glaube, es ist gut so, dass man neben dem regionalen Bezug einen Gesamtbezug zu seinem Land hat.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie mich also zum Abschluss zusammenfassend sagen: Es wird besser in Sachsen-Anhalt. Es gibt keine Entwarnung, aber berechtigte Hoffnung. Es lohnt sich, weiter gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für ein weltoffenes und lebenswertes Sachsen-Anhalt zu arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Frau Fraktionsvorsitzende Budde, möchten Sie Zwischenfragen oder Anfragen beantworten?

Frau Budde (SPD):

Endfragen sozusagen. Ich habe sogar noch Redezeit.

Präsident Herr Gürth:

Als Erste Frau Kollegin Dalbert. Bitte.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. Es ist weniger eine Frage als eine Zwischenintervention.

Frau Budde, Sie haben sich am Anfang Ihrer Rede sozusagen zur Verteidigerin der Wissenschaft im Lande aufgeschwungen.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube, die Wissenschaft im Lande braucht das nicht. Ich kenne kein so streitbares Gebiet wie gerade die Wissenschaft. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind es gewohnt, überaus kritisch miteinander umzugehen.

Es gibt berechtigte wissenschaftliche Zweifel am Sachsen-Anhalt-Monitor. Über die muss und soll man sich auch austauschen.

Ein Beispiel dafür: Sie haben am Anfang Ihrer Rede auf Landkreisunterschiede im Sachsen-Anhalt-Monitor Bezug genommen. Genau das ist zum Beispiel ein Punkt, dessen Dignität im Augenblick überhaupt nicht beurteilt werden kann, weil in der

bisherigen Dokumentation zum Sachsen-Anhalt-Monitor keine Beschreibung der Stichprobe erfolgt ist.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat genau das getan, was man in dieser Situation meines Erachtens tun muss: Die Landeszentrale für politische Bildung und ihr Beirat haben sich dazu entschlossen, die Daten als Open Data interessierten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zur Verfügung zu stellen. Ich denke, das ist ein wichtiger, ein notwendiger Schritt. Das gibt der vernünftigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung eine angemessene Grundlage.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Frau Budde (SPD):

Frau Professor Dalbert, ich gebe Ihnen darin Recht, dass die Wissenschaft natürlich in der Lage ist, selber zu streiten und selber zu argumentieren. Das wird sie auch tun.

Aber es gibt einen Riesenunterschied zwischen der Behauptung, dass der Sachsen-Anhalt-Monitor ein Gefälligkeitsgutachten sei, das der Landesregierung nach dem Munde geschrieben worden sei, und dem, was Sie gesagt haben: dass man über die Datenbasis streiten kann, über die Fragen, über die Art und Weise der Befragung.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es ist immer die Wortwahl, die darüber entscheidet, was man am Ende darunter versteht. In dem Wort „Gefälligkeitsgutachten“ liegt ein Vorwurf, vor dem ich die Wissenschaft sehr gern - auch von diesem Pult aus - in Schutz nehme, selbst wenn sie das vielleicht nicht braucht, weil sie selber streiten kann. Denn ich habe eine andere Auffassung davon.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Es gibt noch zwei weitere Wortmeldungen. Herr Kollege Herbst, bitte.

Herr Herbst (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Kollegin Budde, Sie haben in Ihren Äußerungen mehrfach auf soziale Netzwerke Bezug genommen. Sie haben am Anfang konkrete Zitate gebracht. Im weiteren Verlauf Ihrer Rede haben Sie unter anderem sinngemäß gesagt, Äußerungen in sozialen Netzwerken seien eben nicht immer hilfreich.

Frau Budde (SPD):

Wenn man sich nicht genau überlegt, was man sagt.

Herr Herbst (GRÜNE):

Genau. Ich wollte Sie einfach nur fragen, ob Sie mit mir konform gehen, wenn ich sage: Es liegt nicht per se an digitalen sozialen Netzwerken des 21. Jahrhunderts, wie man sich äußert.

(Zurufe von der SPD: Ja! - Da kann man ihm Recht geben! - Das ist wohl wahr! - Unruhe)

- Darf ich bitte die Frage noch zu Ende stellen?
- Danke schön, liebe Kolleginnen und Kollegen.
- Vielmehr sind diese sozialen Netzwerke Kommunikationskanäle wie alle anderen Medien auch. Digitale soziale Netzwerke sind nicht gewissermaßen ein schwarzer oder dunkler Kanal des 21. Jahrhunderts.

Frau Budde (SPD):

Ich habe mich nicht dazu geäußert, dass man sich in sozialen Netzwerken bewegt, sondern dazu, wie man sich in sozialen Netzwerken bewegt. Das ist im Grunde schon die Antwort auf Ihre Frage. Mir geht es nicht um die sozialen Netzwerke an sich, sondern darum, wie man sich darin bewegt.

Herr Herbst, es ist eben einfacher, schnell etwas einzutippen und abzusenden, als jemandem gegenüberzustehen und erst einmal mit ihm Argumente auszutauschen. Bei einem solchen Austausch kann am Ende immer noch ein Vorwurf offenbleiben.

Ich selber halte mich in sozialen Netzwerken ausdrücklich zurück, weil ich sehe, dass es eine große Gefahr ist, schnell irgendetwas in die Welt zu blasen, was sich dann vervielfältigt.

Insofern sage ich: Es kommt darauf an, wie man sich in sozialen Netzwerken bewegt. Es wird sicherlich noch lange Zeit dauern, diesbezüglich einen vernünftigen Konsens hinzukriegen. Vielleicht wird man das nie schaffen. Meine Bitte und meine Vorstellung ist nur, dass wir zumindest bei dem, was hier im Plenum oder in den Ausschüssen beraten wird, darüber nachdenken, wie man soziale Netzwerke nutzt - nicht ob man sie nutzt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Eine Nachfrage.

Herr Herbst (GRÜNE):

Frau Kollegin Budde, ich gebe Ihnen darin ausdrücklich recht. Das ist in der Tat eine Herausforderung. Damit kann man umgehen, und da kann man sicherlich auch lernen. Das sind immer individuelle Prozesse. Ich bin schon vor Jahren, noch im Stadtrat von Magdeburg, für bestimmte Äußerungen auf Twitter - ich sage es einmal ein bisschen

polemisch - angegangen worden. Natürlich kann man sich eine Netiquette verpassen. Ich glaube, das ist ein Lernprozess für das ganze Haus.

Aber per se ist es doch so: Es geht nicht nur besonders schnell, mit 140 Zeichen etwas in die Welt hinauszublasi. Ich halte es für genauso gefährlich, an Stammtischen Parolen hinauszublasi, in Briefen, Pressemitteilungen usw. Es ist nur eine andere Form des Sich-Äußerns.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Widerspruch bei der CDU)

Frau Budde (SPD):

Es wird uns sicherlich überhaupt nicht weiterbringen, schlechten Stil mit schlechtem Stil zu vergleichen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Es liegt noch eine weitere Wortmeldung vor. Frau Kollegin Bull.

Frau Bull (DIE LINKE):

Frau Kollegin, Sie sagten, Sie seien positiv davon überrascht, dass die Befragten bei der Frage nach dem Bezugspunkt nach dem Heimatort an zweiter Stelle auf die Bundesrepublik Deutschland, also das gesamte Land, verwiesen hätten. Das impliziert ein Stück weit, dass Sie nicht so positiv überrascht gewesen wären, wenn der zweite Bezugspunkt Ostdeutschland gewesen wäre. Was ist denn so kritisch daran, wenn Menschen sagen, ihre Heimat sei Ostdeutschland?

Frau Budde (SPD):

Für mich ist die Aussage wichtig, dass das Gemeinsame bei den jungen Menschen überwiegt und nicht das Unterschiedliche.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es gibt immer regionale Unterschiede. Man wird sich auch sicherlich mit seinem Land und mit seinem Heimatort in Verbindung finden. Aber für mich ist wichtig, dass nicht mehr die Trennung Deutschlands das entscheidende Merkmal ist, sondern dass die jungen Leute sagen: Das ist meine Bundesrepublik, und in der lebe ich. - Ich glaube, dass das ein gutes Ergebnis ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen zu Zwischenfragen liegen nicht vor.

Nach der Einbringung der Aktuellen Debatte nimmt die Landesregierung das Wort. Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dorgerloh.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Wird es besser? - Die politische Kultur des Landes im Lichte des 4. Sachsen-Anhalt-Monitors“ - so ist die Aktuelle Debatte überschrieben.

Wird es besser? - Eine Antwort auf diese Frage können wir alle in diesem Haus auf jeden Fall geben. Denn ob es besser wird, das hängt ganz wesentlich auch von uns ab: von Landtag und Regierung, von Koalition und Opposition. Es hängt aber auch davon ab, wie wir alle in unseren Bezügen vor Ort die Zivilgesellschaft stärken.

Wie die politische Kultur von Bürgerinnen und Bürgern empfunden wird, das liegt auch an unserer Debattenkultur. Damit meine ich nicht nur die Debatten, die wir von diesem Pult aus führen. Ich meine auch, wie wir miteinander in der Öffentlichkeit umgehen, wie fair und fachlich, sachlich und seriös wir über Probleme und Herausforderungen streiten und diskutieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Sachsen-Anhalt-Monitor ist sicherlich eine gute Gelegenheit, dies auch zu zeigen. Dazu am Ende meiner Ausführungen ein kurzer Diskurs von mir.

Zur Entwicklung der politischen Kultur in Sachsen-Anhalt liefert der diesjährige Sachsen-Anhalt-Monitor eine ganze Reihe von Botschaften. Auf drei möchte ich hier insbesondere eingehen. Die erste davon ist ohne Zweifel positiv, die zweite ist ein Schlag ins Kontor und die dritte gibt möglicherweise Anlass zu vorsichtigem Optimismus, auf jeden Fall aber Anlass zu sorgfältiger weiterer Beobachtung.

Erstens. Uneingeschränkt positiv finde ich, dass sich die Menschen im Land Sachsen-Anhalt - Katrin Budde hat soeben darauf hingewiesen - stärker mit ihrem Land identifizieren. Das ist eine ganz wunderbare Botschaft. Das ist auch keinesfalls eine unpolitische Frage; denn es bedeutet, dass der Referenzrahmen unseres politischen Handelns den Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist, dass sie sich für die Geschicke des Landes interessieren, dass es ihnen wichtig ist, Sachsen-Anhalt stark und lebenswert zu machen, und dass sie es auch so erleben.

Sich also mit der Heimat - ich nutze ganz bewusst diesen Begriff - zu identifizieren, bedeutet auch, sich mit einer Region verbunden zu wissen. Das heißt aber auch, Wurzeln schlagen zu können. Das ist in Zeiten von nach wie vor bestehender Abwanderung ein zuversichtlich stimmendes Signal.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Zur Erinnerung: Im Jahr 1995 haben sich nur 45 % der Befragten stark oder sehr stark mit Sachsen-Anhalt identifiziert. Oft war abschätzig die Rede vom Bindestrichland oder vom Kunstprodukt Sachsen-Anhalt. Damals erschien eine so hohe Identifikation, wie wir sie jetzt haben, als ein fernes Ziel. 78 % der Landesbevölkerung, so weist es der Sachsen-Anhalt-Monitor aus, identifizieren sich stark oder sehr stark mit dem Land Sachsen-Anhalt. Diese hohe Identifikationsquote ist ein weiterer guter Grund, sich für dieses Land gerade auch politisch zu engagieren. - Das war die gute Nachricht.

Die zweite, die schlechte Nachricht ist: Die Befragten trauen sich in ihrer Mehrheit nicht, sich politisch einzumischen. Man muss sich in diesem Hause einmal klarmachen, was das heißt. Noch beunruhigender ist: Sie denken mehrheitlich, dass sich Politikerinnen und Politiker gar nicht dafür interessieren, was Menschen im Land denken. Das ist ein Stimmungsbild, mit dem wir uns weder abfinden können noch dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Der Monitor ist ein Spiegelbild für das politische Getriebe. Deswegen liegt es auch ein Stück an uns selbst, die Dinge hier zu verändern. Dabei wird es nicht ausreichen, in noch mehr Veranstaltungen zu gehen, noch mehr Bürgerinnen und Bürger zu treffen und von Dialog zu Dialog zu hetzen.

Nein, wir sollten vielmehr überlegen, grundsätzliche Debatten anzustoßen, die zum Ziel haben, das Mitreden leichter zu machen. Zum Beispiel sollten wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung einmal über bürgerfreundlichere Foren für Bürger- und Volksentscheide nachdenken. Wir müssen neue Formen und Formate in den Blick nehmen.

Im Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat die Debatte dazu jedenfalls schon begonnen. Demokratie lebt von Beteiligung. Man muss aber nicht nur mitreden dürfen, sondern auch mitreden können. Das heißt, man muss auch informiert sein. Das Informiertsein ist zum einen eine demokratische Bürgerpflicht, zum anderen aber auch ein Bürgerrecht.

Wir sollten zugleich alle Chancen nutzen, um Demokratie frühzeitig erfahrbar zu machen. Dazu zählt, komplexe Politikinhalt so zu kommunizieren, dass Positionen klar und Perspektiven vorstellbar sind. Dazu zählt auch, demokratiepädagogische Ansätze in der Schule, in der Jugendarbeit und weit darüber hinaus, in der Erwachsenenbildung, immer wieder zu stärken.

Die dritte Botschaft, auf die ich eingehen möchte, haben wir soeben schon in der Debatte gehabt. Die Autoren des Sachsen-Anhalt-Monitors sagen: Fremdenfeindlichkeit ist in Sachsen-Anhalt nicht

weiter verbreitet als im Bundesdurchschnitt und sie hat sich in den vergangenen Jahren abermals abgeschwächt. Die Autoren des Thüringen-Monitors beobachten denselben Trend.

Demgegenüber - das haben wir auch im November hier diskutiert - kommt die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung für ganz Ostdeutschland zu einem gegenteiligen Ergebnis, wenn auch auf anderer Datenbasis.

(Herr Borgwardt, CDU: Ja! Wohl wahr!)

Wenn man sich mit Migrantinnen und Migranten unterhält, erfährt man, dass dieses Ergebnis des Sachsen-Anhalt-Monitors zur Wirklichkeit in Sachsen-Anhalt ganz anders wahrgenommen wird. Migranten können nicht das bestätigen, was die Studie aus den Daten herausliest.

Dennoch gibt es, glaube ich, so etwas wie vorsichtigen Optimismus - ohne etwas zu relativieren, ohne die Augen zu verschließen, ohne nachzulassen -; denn die Aufschlüsselung der Daten im Sachsen-Anhalt-Monitor zeigt einen positiven Trend bei der Einstellung der jüngsten Gruppe der Befragten. Sie zeigt nämlich, die jüngste Gruppe neigt weniger zu Fremdenfeindlichkeit und steht demokratischen Werten positiver gegenüber als die nächstältere Gruppe, die sich im Vergleich zum vorhergehenden Monitor ihre Ressentiments bewahrt hat.

An diese Einstellungen der nachwachsenden Generation sollten wir anknüpfen. Das ist ein hoffnungsfrohes Zeichen. An diese Stelle ist auch all denen einmal Dank zu sagen, die sich seit Jahren für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz einsetzen,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

die in landesweiten und in lokalen Bündnissen und Netzwerken arbeiten bzw. solche Initiativen wie das Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ auf den Weg bringen, die sich in unendlich vielen Aktionen, Demonstrationen, Bürgerfesten, Konzerten und vielen, vielen anderen Dingen in der Regel vor Ort ehrenamtlich engagieren, damit Demokratie und Vielfalt einen Platz in unserem Land haben. - Ganz herzlichen Dank all denen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Ich möchte jetzt nicht noch einmal umfangreich auf die Diskussion zum Thema Gefälligkeitsgutachten eingehen. Ich möchte an dieser Stelle aber doch eine Information weitergeben, weil das, glaube ich, für die Debatte ganz hilfreich ist. Wir haben im Vorstand der IMG sehr gern das Angebot aufgenommen, uns am Sachsen-Anhalt-Monitor zu beteiligen, weil wir es für hilfreich hielten, dort auch einige Fragen aus touristischer Perspektive einzubauen.

Der Sachsen-Anhalt-Monitor hat einen begrenzten Fragenkatalog - er kann schließlich nicht unendlich lang sein, weil die Befragung am Telefon erfolgt und die Befragten möglichst bis zum Ende am Telefon bleiben sollten. Die Zahl der Fragen ist also begrenzt. Wenn man ein paar Fragen hinzunimmt, muss man auch ein paar Fragen herausnehmen. Gleichzeitig brauchen wir ein stabiles Grundsetting, damit wir auch vergleichen können, wie das in den Vorjahren war.

Wir haben uns entschlossen, aus - wie ich finde - guten Gründen ein paar Fragen in Richtung Tourismus, Landesmotto, Lutherdekade und Ähnliches zu stellen. Ich finde es redlich, wenn dieses touristische Interesse von der IMG mitfinanziert wird und dass es nicht allein von der politischen Bildung getragen wird, wenn hierbei ein anderes Interesse mit abgefragt wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU
- Frau Niestädt, SPD: Ja!)

Es hat aber auch noch einen anderen positiven Effekt. Wir konnten im Vergleich zu den Vorjahren aufgrund der Mitfinanzierung der IMG die Datenbasis verbreitern, nämlich 1 250 Menschen im Land befragen. Das heißt, wir konnten noch gründlicher agieren. Ich glaube, es ist wichtig, das an dieser Stelle zu sagen.

Ich möchte ausdrücklich, wie es auch Katrin Budde schon getan hat, die Autoren der Studie in Schutz nehmen, ebenso die Auftraggeber und auch die Agentur, die das nach den entsprechenden Standards durchgeführt hat. Sie macht im Übrigen auch den Thüringen-Monitor.

Wir sollten unsere Kraft darauf verwenden, über die Inhalte zu diskutieren und folgende Fragen zu beantworten: Was heißt das für unsere politische Kultur? Was bedeutet das in Bezug auf die Fragen, um die es in dem Landesprogramm „Für Demokratie, Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit“ geht? Was lernen wir aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor? Wo müssen wir ansetzen? - Wir laden dazu herzlich ein.

Ich erneuere die Einladung an dieser Stelle. Wir werden Ende Februar 2013 mit den Autoren des Sachsen-Anhalt-Monitors und mit den Autoren der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenkommen und diskutieren. Bei dieser Gelegenheit kann man dann auch noch einmal Fragen zur Methode, zur Wissenschaft und zum Ansatz stellen. Der Sachsen-Anhalt-Monitor ist keine Studie zu Rassismus oder zu Fremdenfeindlichkeit, sondern hat einen viel breiteren Ansatz.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Er verdient es deswegen, hier intensiv wahrgenommen zu werden. Ich freue mich auf die inhaltliche Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Wagner. Möchten Sie diese beantworten? Es ist wahrscheinlich eine Frage.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Wenn es eine Frage ist, gerne.

Herr Wagner (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie sind darauf eingegangen, dass es ein elementarer Beitrag zur Steigerung der Demokratie ist, wenn man den Menschen im Land real die Möglichkeit gibt, sich in die Politik einzumischen. Sie haben in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass sie an Diskussionen teilnehmen sollten. Schließen Sie dabei Diskussionen in sozialen Netzwerken mit ein?

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Ich denke, dass wir längst in einer Zeit leben, in der viele politische Diskussionen auch in sozialen Netzwerken geführt werden. Dort gelten - Katrin Budde sagte es schon - genau die gleichen Regeln, die auch ich genannt habe, nämlich Sachlichkeit, Fairness, Seriosität und Fachlichkeit.

Wir haben gerade eine Ausschreibung für eine Referentenstelle in der Landeszentrale für politische Bildung auf den Weg gebracht, die sich damit befassen wird, diese neuen Formate, zum Beispiel soziale Netzwerke, Web 2.0, in die politische Bildung einzubeziehen. Vieles - ich kenne das aus Amerika, aber auch aus anderen Bereichen bei uns im Land - findet längst in sozialen Netzwerken statt, gerade unter jungen Menschen.

Einmal zu überlegen, wie man auch für politische Bildung soziale Netzwerke nutzen kann, ist, finde ich, ein sehr lohnender Ansatz, um auch mit diesen Medien dazu beizutragen, Politik zu erklären, Politik zu ermöglichen und auch ein Mitreden zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen oder Anfragen gibt es nicht. Als nächster Redner spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Striegel.

Herr Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Optimismus ist Pflicht, sagt der Kanzler!“ - ein Satz aus dem Roman „Fabian - Die Geschichte eines Moralisten“ von Erich Kästner. Verzeihen Sie mir, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, Frau Budde, dass ich diese Aktuelle Debatte mit einem solchen literarischen Einschub beginne.

Es ist eine Pflicht zum Optimismus, der Sie sich mit Ihrem Antrag für eine Aktuelle Debatte nicht unterwerfen wollten. So ist statt der selbstbewussten Feststellung einer ihrer Sache gewissen Regierungsfraktion: „Ja, es wird besser“, die etwas verschämte Frage: „Wird es besser?“ in Ihrem Antrag gelandet.

Es ist es wert darüber zu reden, darüber zu diskutieren. Es ist auch die vornehme Aufgabe des Hohen Hauses, die Beantwortung dieser Frage anzugehen. Es wird niemanden erstaunen, wenn Regierung und Opposition hierbei zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Wir müssen diskutieren, und wir müssen, bevor wir uns über die Ergebnisse unterhalten können, vor allem erst einmal über die Methodik diskutieren.

(Herr Leimbach, CDU: Ja, genau!)

„Wird es besser?“, fragen Sie mit Blick auf den Sachsen-Anhalt-Monitor. Darauf muss man Ihnen antworten: Nein, es wird ein Stück weit schlechter.

(Frau Dr. Paschke, DIE LINKE: Eben!)

Der Sachsen-Anhalt-Monitor des Jahres 2012 ist leider eine der schlechteren Studien der Einstellungsforschung. Er ist schlechter gemacht als die Vorgängerstudien der Jahre 2007 und 2009. Er ist schlechter gemacht als sein Pendant aus unserem südlichen Nachbarbundesland,

(Herr Daldrup, CDU: Ach!)

der jährlich erscheinende, breit aufgestellte und methodisch gut abgesicherte Thüringen-Monitor. Er ist auch schlechter - im Übrigen auch kaum vergleichbar damit - als die jährlichen Rechtsextremismusstudien „Die Mitte im Umbruch - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Kritik am Sachsen-Anhalt-Monitor lässt sich an drei Ebenen festmachen: erstens der Methodik, zweitens der Auswertung und drittens der Darstellung und Interpretation der Ergebnisse.

In der Gesamtschau lassen die kritisierten Punkte Zweifel, ob hiermit nicht eine Bestätigung für einen zuvor erhofften Befund gesucht und letztlich auch gefunden wurde.

Widmen wir uns zunächst der Methodik.

(Herr Leimbach, CDU: Sie!)

Es fällt auf, dass der Sachsen-Anhalt-Monitor keinen Versuch unternimmt, rechtsextreme Einstellungen abzufragen, sondern lediglich einzelne Dimensionen eines rechtsextremen Weltbildes unvollständig betrachtet.

Für eine Beachtung der wissenschaftlichen Vereinbarung der Konsensusgruppe Rechtsextremismus hat nach Aussage des Autors - Herr Minister, Sie haben das gerade auch bestätigt - auch ein Stück weit der Raum gefehlt. Das ist bedauerlich,

weil so zumindest jeder Versuch zum Scheitern verurteilt wird, den hiesigen Monitor in Beziehung zu Erkenntnissen aus anderen Studien zu setzen.

Auch zu Monitoren der vergangenen Jahre ist leider kein Vergleich möglich. Die Fragebatterie zum Themenkomplex Fremdenfeindlichkeit scheint zum Teil willkürlich zusammengesetzt; bisweilen wurden Fragen im Vergleich zu früheren Untersuchungen abgeschwächt und verändert.

Bedauerlich ist auch, dass zwar allgemeine Zustimmungswerte zum System Demokratie abgefragt und gemessen werden, dass aber jene Fragen, die das konkrete Demokratieverständnis und die gelebte oder eben fehlende Praxis der Demokratie berühren, in dieser Ausgabe des Monitors kaum mehr zu finden sind.

Inwieweit durch das Fragebogendesign des Sachsen-Anhalt-Monitors Anwendungen in Richtung sozialer Erwünschtheit verfälscht worden sind, ist strittig. Wenn die Fragen zum Komplex Fremdenfeindlichkeit durch den im Anhang der Studie vorgelegten Text eingeführt worden sind, dann müssen wir genau davon ausgehen. Es ist aber, wie gesagt, derzeit strittig, ob die Fragen so gestellt worden sind.

(Herr Leimbach, CDU: Sie stellen sie strittig!)

- Das ist auf der Netzwerkkonferenz strittig gestellt worden. - Die Auswertung wirft mehr Fragen auf, als sie beantworten kann. Warum wird bei Fragen zur Demokratieakzeptanz eine Summe all derjenigen gebildet, die der Demokratie als bestem Regierungssystem ihre volle, ihre überwiegende, aber auch ihre teilweise Zustimmung geben? Warum wird im Bereich fremdenfeindliche Einstellungen in Abweichung von der gängigen wissenschaftlichen Praxis dann nur die volle Zustimmung gewertet, die überwiegende Zustimmung hingegen bleibt außen vor?

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

All das, Frau Budde, sind Auswertungsmethoden, die die Qualität der Studie in Zweifel ziehen. Und darüber muss man sprechen können.

Erst der Beschluss des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung, dass die Ergebnisse der Befragung vollständig als Open Data, also offene Daten, zur Verfügung gestellt werden sollten, macht eine unabhängige Überprüfung der vorgelegten Ergebnisse möglich. Diese scheint aufgrund der Methodik und der Auswertung dringend notwendig zu sein.

Von den Autoren ist nicht einmal - meine Fraktionsvorsitzende Frau Professor Dalbert hat das schon erwähnt - eine Beschreibung der Stichprobe beigefügt worden. Das ist umso gravierender, als in der Auswertung Unterschiede in Antworten für

einzelne Gruppen, zum Beispiel Bewohnerinnen einzelner Landkreise, Anhängerinnen bestimmter Parteien, dargestellt werden. Über die Größe dieser Gruppen und ihre Zusammensetzung und die Repräsentativität für deren Grundgesamtheit ist nichts in Erfahrung zu bringen.

Die Darstellung und Interpretation der Ergebnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors wiederum ist gewagt. Die behauptete Vergleichbarkeit zwischen dem Monitor und den sogenannten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist nicht gegeben. Sie, Herr Minister, haben auf Ihrer Pressekonferenz wiederholt diesen Zusammenhang hergestellt.

Die FES behauptet mit ihren Studien überhaupt keine Repräsentativität für Sachsen-Anhalt. Für die Bundesrepublik insgesamt und auch für Ost- und Westdeutschland sind ihre Ergebnisse methodisch jedenfalls gut abgesichert.

Dass die Fremdenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt gering sei und weiter abnehme, mag als Behauptung einer Landesmarketingagentur, deren Aufgabe zu Recht das Polieren des Images des Landes ist, noch verständlich sein. Als Ergebnis einer vom Land finanzierten Studie widerspricht es allen bisher vorliegenden Untersuchungen und auch der Alltagserfahrung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es wäre Aufgabe der Macherinnen und Macher des Sachsen-Anhalt-Monitors gewesen,

(Herr Schröder, CDU: Oi, oi, oi!)

herauszuarbeiten, warum ihre Befunde von bisherigen Erkenntnissen abweichen und trotzdem plausibel sind. Das ist so konkret zumindest nicht erfolgt. Im Gegenteil: Je länger der Blick der interessierten Fachöffentlichkeit in den Maschinenraum, also in Methodik und Auswertung des Monitors, andauert, desto größere Zweifel werden laut und desto heftiger fallen die Fehlstellen dieser Studie ins Auge.

Rechtsextreme Einstellungen in ihren unterschiedlichen Dimensionen, Demokratiefeindlichkeit und mangelnde demokratische Praxis bleiben in unserem Bundesland ein Problem. Ich glaube, diesbezüglich sind wir uns alle einig.

Der Sachsen-Anhalt-Monitor zeigt sich nur anhand weniger Fragen in der Lage, dieses Problem auszuleuchten. Es scheint auf, wenn im bislang wenig erforschten Bereich islamophober Einstellungen immerhin ein Viertel der Befragten der Meinung ist, Moscheen gehörten nicht in deutsche Städte.

Dass ein Großteil der befragten Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft rassistische Ausgrenzungen nicht wahrnimmt oder nicht wahrhaben will, deutet sich darin an, dass mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, die Verweigerung einer Bedienung für Migrantinnen und Migranten in einem Restaurant

käme in Sachsen-Anhalt nie oder selten vor. Ein weiteres Drittel vermutet eine solche Praxis allenfalls hin und wieder. Migrantinnen und Migranten wissen - auch darauf verwies der Minister - aus ihrem Alltag über andere vielfältige und andauernde Erfahrungen von Ausgrenzungen zu berichten.

Wenn wirklich etwas besser werden soll, dann muss das Land, dann müssen wir alle zunächst unsere Wahrnehmung für gesellschaftliche Ausgrenzung und für den vorhandenen institutionellen und individuellen Rassismus schärfen. Dazu gehört auch, die Bedrohung durch rechtsextreme Einstellungen und die von Minister Dorgerloh beschriebene Demokratieabstinenz breiter Bevölkerungsschichten ernsthaft wahrnehmen zu wollen. Ich glaube, das Führen einer solchen Debatte ist der Anfang eines solchen Prozesses, um genau das in den Blick zu nehmen.

Mit Blick auf zukünftige Ausgaben des Sachsen-Anhalt-Monitors müssen wir weg von einer Identitätsstudie. In einer der nächsten Ausgaben wären der Fokus auf rechtsextreme Einstellungen zu legen und die Vereinbarung der Konsensusgruppe umzusetzen, um eine Vergleichbarkeit auch zwischen den Untersuchungen herzustellen. Eine Tiefenbohrung, zum Beispiel für den Bereich islamophobe Einstellungen, böte sich an.

Selbstverständlich wäre von Anfang an eine vollständige Veröffentlichung des Datenmaterials vorzusehen; denn wo mit öffentlichem Geld geforscht wird, müssen die Rohdaten auch allen uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Für uns als Landtag muss die Studie zu rechtsextremen Einstellungen Ansporn zum weiteren Handeln sein. Es ist unsere Aufgabe, die Auseinandersetzung mit Neonazis und Demokratiefeinden zu verstärken und Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen. An dieser Stelle müssen wir besser werden; nur auf Besserung zu hoffen, ist zu wenig. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Wir begrüßen Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Brettin. Herzlich willkommen im Haus!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir fahren in der Aktuellen Debatte fort. Als Nächster spricht für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die heu-

tige Aktuelle Debatte zum Sachsen-Anhalt-Monitor. DIE LINKE hatte vor kurzer Zeit eine Aktuelle Debatte für notwendig gehalten, die sich mit der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus befasste, obwohl die Autoren dieser Studie erklärt haben - ich zitiere -:

„Vor allem für Ostdeutschland sind die Prozentangaben aufgrund geringer Fallzahlen nur bedingt aussagekräftig.“

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Vor diesem Hintergrund ist es, so glaube ich, richtig, dass wir heute in einer Aktuelle Debatte über den Sachsen-Anhalt-Monitor reden, der in seiner gleichbleibend anspruchsvollen Methodik ein besserer Indikator dafür ist, die Bewertung der politischen Kultur in Sachsen-Anhalt vorzunehmen, als es diese Studie sein konnte.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wenn man in einem Lexikon unter dem Begriff Monitor nachschaut, dann liest man dort: Ein Monitor ist ein Anzeigegerät, das Kontrollmöglichkeiten schafft. In der Tat ist das, was uns der Sachsen-Anhalt-Monitor in Sachsen-Anhalt und für Sachsen-Anhalt anzeigt, bemerkenswert und verdient Beachtung. Insbesondere die Befunde zur politischen Kultur und zu den Einstellungen der Menschen in unserem Land verdienen Beachtung, auch hier im Hohen Haus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Methodik wird seit Jahren kontinuierlich fortgeschrieben und ist aus unserer Sicht wissenschaftlich tragfähig. Zu den wesentlichen Ergebnissen gehört, dass die Verbundenheit mit unserem Bundesland wächst, dass der typische Sachsen-Anhalter die wirtschaftliche Lage, nämlich seine eigene und die des Landes, positiver beurteilt als noch vor Jahren, dass er sozial weniger polarisiert ist und dass der typische Sachsen-Anhalter religiös sowie gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften tolerant eingestellt ist.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU, und von Herrn Bommersbach, CDU)

Der Sachsen-Anhalter von heute hat mehr Vertrauen in die Arbeit der Landesregierung und des Landtages. Der typische Sachsen-Anhalter lehnt diktatorische Regime ab und ist kein Demokratie-verweigerer.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Der typische Sachsen-Anhalter - ich möchte es so deutlich sagen, weil hier statt eines Sachsen-Anhalt-Monitors immer Rassismusstudien verlangt werden - ist nach dem Sachsen-Anhalt-Monitor weder fremdenfeindlich noch rassistisch oder rechtsextrem.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Allerdings, darauf hat der Kultusminister hingewiesen, halten sich die Sachsen-Anhalter auch für wenig diskussionsfreudig, für weniger diskussionsfreudig als noch vor Jahren und für wenig kompetent in der politischen Debatte. Sie erleben Politik als nicht offen genug. Das ist ein Alarmsignal, dem wir uns stellen sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das lateinische Ursprungswort des Wortes Monitor lautet „monere“. Dieses lateinische Ursprungswort kann man mit „ermahnen“ oder „warnen“ übersetzen. Schon dieser Ursprungsgedanke des Wortes Monitor und natürlich auch die Befunde des Sachsen-Anhalt-Monitors ermahnen uns geradezu, keine Entwarnung zu geben und in unseren Aktivitäten auch nicht nachzulassen.

Wir haben aber etwas bewegt und positive Veränderungen sind messbar - ohne dass wir uns darauf ausruhen sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem, was ich bis jetzt gehört habe; DIE LINKE folgt erst noch. Ich denke, die Befunde eines Monitors werden nicht allein dadurch unglaubwürdig, dass sie positive Entwicklungen beschreiben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Herr Striegel, GRÜNE: Das hat niemand gesagt!)

Das Feuerwerk der Kritik scheint eher offensichtlich zu machen, dass die Erhebung vom Zentrum für Sozialforschung in Halle und von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg offenbar kein Instrument für die Oppositionsarbeit ist. Vielmehr scheint der Monitor wie feuchter Schnee auf der Oppositionsmunition zu liegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Anders kann ich mir bestimmte Wortmeldungen nicht erklären. Kollegin Budde hat darauf hingewiesen, was dazu gesagt worden ist: Die Ergebnisse seien grundsätzlich verfälscht worden; sie seien sozialwissenschaftlich schlecht erarbeitet worden; man könne die Schlussfolgerungen - Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE - der Autoren ausdrücklich nicht teilen, weil sie der Alltagserfahrung - in diesem Fall der LINKEN-Politiker - widersprechen. Und zum Schluss kam - es ist schon mehrfach gesagt worden - das Etikett der Gefälligkeitsstudie darauf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, nicht der Monitor ist eine Gefälligkeitsstudie, sondern selbstgefällig ist eher die Kritik daran.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Sie ist nicht nur selbstgefällig, sie ist auch noch falsch. Deswegen ist es richtig, dass man vereinbart hat, auch seitens der Auftraggeber - Open Data ist schon als Stichwort genannt worden -, über die Methodik und über die Breite der Untersuchun-

gen Auskunft zu geben und dies auch öffentlich zu machen. Dabei braucht sich keiner der Autoren zu verstecken. Ich denke, das wird möglicherweise viele Dinge aufklären.

Selbstgefällige und auch noch falsche Kritik, das wäre doppelt bitter. Eigentlich könnte man sogar sagen, dass die Kritik in gewisser Weise bestimmte Aussagen des Monitors sogar bestätigt; denn nach dem Monitor ist in der Anhängerschaft, beispielsweise der LINKEN, der Anteil der Menschen signifikant höher, die die Lage im Land schlecht beurteilen. Nun könnte das den Verdacht nähren, dass man mit der Kritik offenbar auch die eigene pessimistische Parteiklientel bedient.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das ist aber eine interessante These!)

Herr Striegel hat eben noch einmal bestätigt, was mit „Gefälligkeitsstudie“ gemeint sein könnte, nämlich dass die Behauptungen zum Thema Rechtsextremismus von Marketingleuten kämen und nicht auf einer wissenschaftlich tragfähigen Untersuchung basierten.

Ich denke, diese Untersuchung ist nicht von Marketingleuten vorgenommen worden. Diese Behauptung kann auch nicht dazu führen, dass man die wissenschaftliche Tragfähigkeit einer fortgeschriebenen Methodik in Zweifel zieht, nur weil die Ergebnisse möglicherweise nicht erwünscht sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion - jetzt kommen wir zum Monitor selbst - wird sich für ihre Arbeit im Landtag natürlich mit den Schlussfolgerungen, mit den Befunden beschäftigen und daraus auch Konsequenzen ziehen.

Wir haben übrigens nach einer Bürgerumfrage in der vergangenen Wahlperiode - wir haben es „Dialogoffensive“ genannt - als Fraktion versucht, mehr Bürgerpartizipation und mehr Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Wir haben auch in den sozialen Netzwerken unser Engagement erhöht. Wir haben bei auswärtigen Fraktionstagen beispielsweise Bürgersprechstunden eingeführt. Ich denke jedoch, dass hierbei in der Tat noch Handlungsbedarf besteht. Das zeigt auch der Sachsen-Anhalt-Monitor.

Die drei zentralen Botschaften aus der Sicht meiner Fraktion sind: Erstens. Die positiven Veränderungen zeigen, dass wir etwas bewegt haben, ohne dass wir uns darauf ausruhen sollten. Der Kampf gegen politischen Extremismus bleibt eine gemeinsame Aufgabe aller Demokraten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Zweitens. Kollegin Budde ist kurz darauf eingegangen; auch für uns ist die zweite Botschaft ganz klar: In unserem Bundesland wächst eine junge Generation heran, die immer weniger in die Ossi-

und Rassismusschubladen bestimmter Ideologen passt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Wir müssen diese Generation stärker in unsere politische Debattenkultur einbeziehen und Politik vor allem auch für diese Gruppe stärker erlebbar machen.

Drittens. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die dritte Botschaft knüpft nahtlos an das an, was meine Kollegin Angela Gorr zur vorherigen Aktuellen Debatte mit Blick auf die Friedrich-Ebert-Stiftung hier am Pult gesagt hat: Bildung und Partizipation sind der Schlüssel für ein besseres Demokratieverständnis. In diesem Sinne ist Sachsen-Anhalt Heimat und auch liebens- und lebenswert. Wir als Fraktion wollen weiter daran mitwirken.

Der Titel der Debatte hieß: Wird es besser? - Es wird besser, aber gut genug ist es nie. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Schröder. Es gibt noch eine Anfrage von Frau Kollegin Quade. Möchten Sie sie beantworten? - Bitte schön.

Frau Quade (DIE LINKE):

Ich habe jetzt mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie die Veröffentlichung der kompletten Zahlen der Studie begrüßen. Meine Frage ist, warum dann die Vertreter Ihrer Fraktion im Kuratorium der Landeszentrale, in dem diese Veröffentlichung ja erst beschlossen werden musste, gegen die Veröffentlichung gestimmt haben.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Tja, Herr Schröder! - Frau Budde, SPD: Weil die vielleicht anderer Meinung waren? Das soll passieren!)

Herr Schröder (CDU):

Ich weiß gar nicht, ob an dem Tag überhaupt ein Vertreter der GRÜNEN dabei war.

(Herr Striegel, GRÜNE: Ja!)

- Okay, Sie waren dabei.

Da die Methodik über Jahre hinweg eine gewisse Fortschreibung erfahren hat, hat uns und auch die Mitglieder unserer Fraktion im Kuratorium die Kritik an der wissenschaftlichen Tragfähigkeit, an dem Aussagekontext der Studie überrascht. Deshalb haben sie sich so geäußert. Eigentlich ist es schade, dass es notwendig ist, ein solches Prinzip anzuwenden.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das ist üblich! - Herr Striegel, GRÜNE: Das sollte selbstverständlich sein!)

- Immer mit der Ruhe! Ich habe es doch begrüßt, dass alles jetzt öffentlich gemacht wird und dass man die Veröffentlichung dieser Details nutzen will, um nachfragen zu können, um auch bestimmte Untiefen auszuloten. Das hat man oppositionsseitig ausführlich erklärt. Wir bedauern aber das Motiv der Opposition für diese Offenlegung!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Als Nächster spricht in der Debatte Herr Kollege Gallert für die Fraktion DIE LINKE.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche jetzt doch noch einmal. Ich möchte daran erinnern: In der Aktuellen Debatte unter der Überschrift „Wird es besser?“, die etwas pädagogisch anmutet, geht es um das recht umfangreiche Datenmaterial des Sachsen-Anhalt-Monitors. Zwischenzeitlich hatte ich den Eindruck, wir machen eine Aktuelle Debatte über das Verhalten des Kollegen Striegel in sozialen Netzwerken. Das, so sage ich jetzt einmal, ist ein bisschen am Thema vorbei.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Miesterfeldt, SPD: Das ist durchaus noch verbesserungswürdig! Er kann noch viel lernen!)

Wenn Herr Schröder meint, dieses Material eigne sich nicht als Instrument der Opposition, dann sage ich: Herr Schröder, es eignet sich aber auch nicht als politisches Instrument der Koalition, um die Erfolge zu feiern.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Dieser Eindruck hat sich mir bei Ihrer Rede, Herr Schröder, ganz massiv aufgedrängt. Deswegen werde ich mit dieser Bemerkung einsteigen. Aber so ist es immer mit politisch relevanten Datenerhebungen.

Wir haben den Sachsen-Anhalt-Monitor mit sehr vielen Daten. Er setzt unterschiedliche Schwerpunkte. Die Ergebnisse kann man immer unterschiedlich interpretieren. Dann haben wir auch noch das Spannungsverhältnis zum Beispiel zu der Studie von Professor Brähler von der Friedrich-Ebert-Stiftung, aber auch ein erhebliches Spannungsverhältnis zu den Ergebnissen des Sachsen-Anhalt-Monitors. Das möchte ich hier ausdrücklich sagen.

Natürlich setzen die Leute in einer politischen Auseinandersetzung unterschiedliche Schwerpunkte und sie haben unterschiedliche Interpretationen. Deswegen will ich in meiner Rede auf zwei Bereiche eingehen, nämlich: Was ist in diesem Raum wohl weitgehend konsensfähig und was ist bei der Bewertung strittig?

Erstens. Konsensfähig scheint die folgende These zu sein: Es gibt eine zunehmende Identifikation mit dem Land Sachsen-Anhalt mehr als 20 Jahre nach seiner Gründung. - Das scheint nicht bestritten zu werden. Mir war klar, dass das heute als politischer Sieg der regierungstragenden Fraktionen gefeiert wird. Ich sage: Das ist eine Entwicklung, die abzusehen war. Sie ist parallel vollzogen worden.

In der Bundesrepublik West gibt es nach der Ländereuugliederung die klare Aussage: Eine Generation macht es faktisch und setzt sich durch. - Herr Bernward Rothe, auch das müssen wir uns einmal zu Gemüte führen. Das Zeitfenster struktureller Neugliederungen schließt sich jetzt auch im Osten wie auch schon im Westen. Das sind Positionen, die wir einfach einmal zur Kenntnis nehmen müssen.

Zweitens. Es gibt nach wie vor überhaupt keine neue Erkenntnis einer großen Zustimmung zu abstrakten demokratischen Grundaussagen wie zum Beispiel: Die Demokratie ist besser als eine Diktatur usw. - Das ist keine neue Erkenntnis; sie hat sich wieder bestätigt. Genauso bestätigt hat sich eine außerordentlich kritische Sicht auf die politische Realität und die Repräsentanten dieses politischen Systems. Diese Aussage ist kontinuierlich vorhanden und auch im Sachsen-Anhalt-Monitor wieder definiert.

Ich habe auch die Interpretationen des Autors und natürlich von Politikern gehört: Die Landesregierung und auch der Landtag von Sachsen-Anhalt sind in der Skala von minus zwei bis plus zwei hervorragend vorangeschritten und haben die Bundespolitik jetzt ordentlich hinter sich gelassen.

Aber worin besteht denn diese Entwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen? - Wir haben uns jetzt sozusagen der Null genähert. Wir sind also den Leuten, um es einmal ein bisschen provokant zu sagen, inzwischen egal, während sie vorher etwas gegen uns hatten. Das ist nicht unser Anspruch. Deswegen ist dies nach wie vor ein kritischer Befund, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Drittens. Die Problemlösungskompetenz der Politik und die Möglichkeit der eigenen Partizipation wird nach wie vor - ich sage es hier mit aller Deutlichkeit - miserabel beurteilt. Die Problemlösungskompetenz, die bei der Politik vermutet wird, und auch die Möglichkeit, sich selbst substanziell in die politische Entscheidungsfindung einzubringen, werden außerordentlich schlecht bewertet. Hierbei ist der Trend nicht positiv. Er ist, wenn überhaupt ein Trend da ist, noch negativ.

Das ist ein ausdrücklich kritischer Befund aus dem Material des Sachsen-Anhalt-Monitors. Das ist deswegen kritisch, weil Professor Brähler von der

Friedrich-Ebert-Stiftung in seiner Studie Recht hat. Er sagt nämlich: Wenn die Leute den Eindruck haben, das politische demokratische System kann die Probleme nicht lösen, und wenn sie sich darin nicht wiederfinden, dann führt das mittel- und langfristig zur Erosion demokratischer Grundwerte. Deswegen ist dieser Befund außerordentlich gefährlich und wir müssen ihn ernst nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Viertens. An dieser Stelle waren mir die Debatten heute viel zu monokausal: Es gibt einen proportionalen Zusammenhang zwischen Bildung und Zustimmung zur Demokratie auf der einen Seite und antirassistischen Positionen auf der anderen Seite. Aber so monokausal ist es eben nicht.

In dem Komplex, in welcher sozialen Situation die Leute leben, gibt es einen Zusammenhang: Haben sie stabile hohe Einkommen? Haben sie ein hohes Maß an sozialer Sicherheit? Haben sie ein höheres Maß an Bildung? - Das sind Dinge, die zusammenspielen.

In diesem Komplex gibt es eine Korrelation: Je unsicherer sich die Leute fühlen, je geringer ihre Einkommensmöglichkeiten sind und je geringer der Bildungsgrad ist, umso höher ist ihre Anfälligkeit für rassistische und antidemokratische Positionen. Der gesamte Komplex der sozialen Situation der Menschen ist ausschlaggebend. Bildung und Demokratie ist kein monokausales Thema, sondern die Dinge sind komplexer.

Auch das beweist der Sachsen-Anhalt-Monitor - übrigens identisch mit der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung - in sehr guter Art und Weise. Auch diese Dinge sollten wir weiter herannehmen und zum Leitfaden unserer Haltung machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt kommen wir zur Kontroverse, nämlich zu der Frage und der Einschätzung: Wie hoch ist das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit, der Ausländerfeindlichkeit oder des Rassismus? - Es gibt einen wissenschaftlich definierten Begriff, der sich seit vielen Jahren bewährt hat, nämlich den Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Da gehen die Haltungen tatsächlich auseinander: Während Professor Brähler sagt, in Ostdeutschland entwickle sich dies nach oben, sagen Professor Holtmann und zum Teil etwas abgeschwächt auch der Thüringen-Monitor, dies gehe nach unten.

Dann ist es doch das Normalste, was man als aufgeklärter Rezipient solcher Studien tun kann, eine Methodenkritik zu machen, nämlich zum Beispiel zu fragen, wie die Leute zu dem Ergebnis kommen.

Dazu sage ich ausdrücklich: Frau Budde, das ist keine Majestätsbeleidigung. Wer mit seinen wissenschaftlichen Ergebnissen in die Öffentlichkeit

geht, der muss wissen, dass dort, wo gekegelt wird, auch gezählt wird. Das trifft für Wissenschaftler genauso zu wie für Politiker. Da kann man sich diese Dinge anschauen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Die Empörung beim Sachsen-Anhalt-Monitor ist riesengroß, während permanent erzählt worden ist, das mit der Stichprobenerhebung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung sei alles Quatsch. Da sind die Kritiken offensichtlich völlig berechtigt gewesen. Hier hingegen sind sie eine Art Majestätsbeleidigung. Das finde ich völlig überzogen.

Schauen wir uns die Punkte einmal an: Was hat die Friedrich-Ebert-Stiftung gemacht? - Sie hat 2 500 Leute befragt, 2 000 im Westen und knapp 500 im Osten. Dann wurde gesagt: In dem Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gibt es unterschiedliche Entwicklungen, und zwar im Westen Stagnation und im Osten einen Aufwuchs.

Dazu sage ich: Von der Fallgruppenanalyse, von der Methodik her, die seit 15 Jahren von Heitmann, Stöss usw. entwickelt wird - das sind die großen Koryphäen, die die Grundlage dafür geliefert haben -, ist das unbestritten, das kann man so machen. Sie haben nie behauptet, für Sachsen-Anhalt etwas gemacht zu haben. Sie haben aber gesagt: In Ostdeutschland gibt es ein relativ homogenes Phänomen über die ostdeutschen Bundesländer hinweg. Das haben sie getan und das ist auch seriös.

In diesem Kontext kann man sich natürlich trotzdem über Fallgruppen unterhalten. Auch ich habe eine Kritik an der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie hat zum Beispiel gesagt, es gebe einen dynamischen Prozess der Entwicklung antidemokratischer und rassistischer Verhaltensweisen und Einstellungen bei den Jüngeren in Ostdeutschland. Dann guckt man sich an, wie die Gruppengröße ist - bei der Friedrich-Ebert-Stiftung kann man das im Gegensatz zum Sachsen-Anhalt-Monitor nachlesen -, und stellt fest: Es geht um 65 Leute. Dazu sage ich: Das wird schwierig.

Das Problem besteht aber beim Sachsen-Anhalt-Monitor genauso. Darin gibt es die Problemgruppe, explizit ausgeführt, der sogenannten kleinen Landstädte. Das sind Städte und Gemeinden mit politischer Selbständigkeit und einer Größenklasse von 2 000 bis 5 000 Einwohnern.

Wissen Sie, wie viel Prozent der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt in solchen Gemeinden wohnen? - Das sind weniger als 6 %. Wenn der Sachsen-Anhalt-Monitor dies den wissenschaftlichen Aspekten zufolge vernünftig aufgesplittet hat, dann müsste sich diese Gruppe im Sachsen-Anhalt-Monitor in einer Stärke von etwa 70, maximal 75 wiederfinden.

In diesem Zusammenhang sind also die Aussagen über diese Gruppe genauso zu kritisieren wie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Jüngeren. Wenn wir uns an einer solchen Stelle einmal ein bisschen der Realität nähern würden, dann könnten wir die Polemik, die es heute gegeben hat, ein Stück weit zurückstellen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Auch wir haben Kritik; dies ist hier schon gesagt worden. Während man bei verschiedenen anderen Komplexen sehr offen gewesen ist, ist man gerade bei der Veröffentlichung von Fragen der Ausländerfeindlichkeit und Toleranzwerten gegenüber der Demokratie sehr schmallippig geworden. Ich sage jetzt noch einmal: Es ging ja nur um den harten Kern der Einstellung zum Rechtsextremismus.

Aber das ist im Grunde genommen falsch; denn die Ergebnisse sind in ihrer Darstellung vorbereitet worden, lange bevor die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung herauskam. Dieses Argument - das muss ich einmal deutlich sagen - ist hinterhergeschoben und bricht sich auch mit der sonstigen Darstellung. Wenn so etwas passiert, dann werden die Leute hellhörig.

Es gibt eine Auseinandersetzung um die Frage 22. Darin steht: Jetzt prüfen wir einmal Ihre Fremdenfeindlichkeit. - Das steht natürlich nicht ganz so darin. Vielmehr heißt es: Wir prüfen jetzt den Komplex Fremdenfeindlichkeit. Deswegen lesen wir Ihnen einmal folgende Aussagen vor.

Da weiß doch jeder Sozialwissenschaftler: Das, was dabei herauskommt, kann man nicht verwenden; denn die Leute wollen natürlich nicht nachgewiesen bekommen, dass sie fremdenfeindlich sind. Wenn man ihnen sagt: Wir prüfen jetzt einmal deine Fremdenfeindlichkeit, dann antworten sie so, wie es sozial gewünscht ist. Deswegen kann man die Ergebnisse nicht vergleichen. Das haben wir sofort am 21. November in unserer Pressemitteilung kritisiert.

Zehn Tage später hatte ich einen Disput mit dem Autor der Studie. Ich habe gesagt: Leute, das geht so nicht. Das kann man nicht machen. - Daraufhin hat er gesagt: Herr Gallert, das stimmt nicht, das kann man so machen. Das ist völlig in Ordnung. Das ist völlig wertfrei. - Darauf habe ich gesagt: Dann gehen wir mit einer unterschiedlichen Meinung auseinander. - Vier Tage später erfahre ich, dass diese Frage so nie gestellt worden ist.

Dazu sage ich jetzt einmal: Liebe Kolleginnen und Kollegen, da bleibt ein bisschen Skepsis bei mir zurück und die können Sie mir auch nicht ausreden. Auch das gehört zur Methodenkritik an der Stelle.

(Beifall bei der LINKEN)

Sei es drum, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden die Dinge unterschiedlich interpretieren. Aber wir haben sozusagen den Praxistest der Realität vor uns. Schauen wir uns einmal an, wie sich unsere Erfahrungen mit dem Alltagsrassismus entwickeln.

Herr Schröder, natürlich haben wir da möglicherweise eine andere Perspektive. Natürlich werden in dieser Gesellschaft Verlierer produziert. Ich bin stolz darauf, Herr Schröder, dass wir sie politisch vertreten und dass sie sich bei uns aufgehoben fühlen. Das sage ich jetzt einmal mit aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir vertreten viele, die sich in dieser Gesellschaft als Verlierer fühlen. Das ist unsere verdammt politische Aufgabe. Das lasse ich mir von Ihnen nicht vorwerfen, Herr Schröder.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Ich muss Sie an Ihre Redezeit erinnern. Sie haben dann die Möglichkeit, noch einmal als Fraktionsvorsitzender zu reden.

(Herr Schröder, CDU: Wir wollen, dass es keine Verlierer gibt! Das ist der Unterschied!)

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Schröder, das ist Ihre Perspektive. Sie sagen, in dieser Gesellschaft gibt es keine Verlierer. Das ist unser Grund.

(Unruhe - Herr Schröder, CDU: Wir wollen keine! - Zuruf von der CDU: Wir wollen keine, hat er gesagt!)

- Ja, Sie wollen keine. Aber diese Gesellschaft produziert Verlierer und sie fühlen sich bei uns mit ihrer Interessensituation gut aufgehoben und wir werden Sie vertreten.

(Zurufe von der CDU)

Das ist - das sage ich jetzt noch einmal ausdrücklich - auch unser Beitrag, um diese Menschen in diese Gesellschaft zu integrieren; denn es ist extrem wichtig, dass sie uns als Ansprechpartner haben. Ansonsten suchen sie sich außerhalb des demokratischen Spektrums welche. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Frau Weiß, CDU: Oh!)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Gallert. - Die Vorsitzende der Fraktion der SPD hat noch einmal das Wort gewünscht.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gallert, eine Volkspartei sollte immer alle gesellschaftlichen Gruppen im Blick haben. Die SPD hat alle gesellschaftlichen Gruppen im Blick.

(Beifall bei der SPD - Herr Schröder, CDU: Nicht nur die SPD! - Oh! bei der LINKEN - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Ja. Es ging auch in die Richtung.

(Zuruf von der LINKEN: Man sieht es immer wieder!)

Anders kann man so lange in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen auch nicht überleben und das muss in den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen vielleicht auch nicht verboten werden.

Herr Striegel, es ist gut, wenn man Fragen stellt. Das ist richtig. Schlecht ist es, wenn man die Antworten aus Prinzip infrage stellt. Die Entscheidung liegt ganz bei Ihnen, auch bei Ihnen und Ihrer Fraktion, Herr Gallert, ob Sie hinterfragen und inhaltliche Fragen stellen wollen, ob Sie inhaltlich reden wollen oder ob Sie weiter, bevor Sie geredet haben, bevor diese Gespräche stattgefunden haben, vorverurteilen wollen. Darin liegt der Unterschied.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Methoden kann man immer hinterfragen. Aber man muss darüber reden. In der Regel tut man das dann nicht in der Öffentlichkeit, sondern in der Tat in den Räumen, in denen man auch miteinander diskutieren kann.

Deshalb sehe ich da schon einen großen Unterschied. Wenn ich mir die Wortwahl angucke und anhöre: politischer Sieg. Also wissen Sie, die Verbundenheit der jüngeren Generation mit Gesamtdeutschland ist kein politischer Sieg einer Partei. Solch ein Vokabular ist mir fremd.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Hm!)

Das ist wirklich ein Zusammenwachsen über Generationen hinweg und in den jungen Generationen. Ich kann Ihnen sagen, meine Kinder machen eben wirklich keinen Unterschied mehr. Deshalb feiere ich das nicht als politischen Sieg.

(Zuruf: Das hat er nicht gesagt!)

Die fühlen sind einfach wohl. Wenn man sich die Kurven in den Alterskohorten anguckt - ich habe Sie jetzt leider auf meinem Platz liegen lassen -, dann stellt man fest, dass in der jungen Generation besonders deutlich zu sehen ist, dass die zuerst ihren Heimatort, dann das Land Sachsen-Anhalt und dann die Bundesrepublik haben und nicht mehr Ostdeutschland. Sie wollen eine Region in der Bundesrepublik sein. Das ist gut, sage ich. Das

ist ein gutes Ergebnis. Darauf muss man aufbauen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur sozialen Erwünschtheit, Herr Striegel. Sie unterstellen, dass die Fragen so gestellt wurden, dass die Antworten sozial erwünscht sind. Den Begriff halte ich im Zusammenhang mit dem Sachsen-Anhalt-Monitor echt für eine Zumutung, muss ich sagen.

Sie sagen, die IMG wäre nicht wegen des Tourismus der Mitfinanzierer gewesen. Ich glaube, der Minister hat das schlüssig erklärt. Wenn Sie nicht nur den Teil Fremdenfeindlichkeit gelesen haben, sondern, so wie ich es Ihnen auch unterstelle, den gesamten Sachsen-Anhalt-Monitor, dann sehen Sie - auch das habe ich auf dem Platz liegen lassen -, dass gerade zum Tourismus und auch zum Thema Wirtschaft wirklich große Bereiche nachgefragt worden sind. Dabei sind für mich - über die werden wir heute hier gar nicht diskutieren können - ganz erstaunliche Antworten herausgekommen.

Es lohnt sich, neben dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einmal insbesondere darauf zu gucken und einmal auszuwerten, warum sich der Großteil von Sachsen-Anhalt nicht mehr mit der Wirtschaft auseinandersetzt und sagt, wir sind kein wirtschaftsfreundliches Land, aber der Tourismus ist gut. Das hat vielleicht mit den Imagekampagnen der letzten Jahre zu tun. Der Tourismus ist gut. Aber es kann uns doch zum Beispiel nicht genügen, dass die Sachsen-Anhalter ihr Land nicht mehr als ordentlichen Wirtschaftsstandort sehen. Da müssen wir unter anderem auch ansetzen.

Dann gibt es möglicherweise auch hinsichtlich des Themas gute Arbeit und des damit verbundenen Zusammenhangs zu sozialen Milieus, Bildung und Einkommen auch eine Möglichkeit, um aus einer anderen Schleife wieder herauszukommen.

Herr Gallert, Sie vergleichen die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Sachsen-Anhalt-Monitor. Ich habe sie bewusst nicht verglichen; denn man kann sie nicht vergleichen. Der Sachsen-Anhalt-Monitor hat 1 250 Leute allein in Sachsen-Anhalt befragt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung sagt, sie hat in Ostdeutschland 80 Leute befragt.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Nein, 500 in Ostdeutschland!)

- Oder 80 in Sachsen-Anhalt. Dann sind es 80 in Sachsen-Anhalt. Dann wäre das der richtige Bezug zum Sachsen-Anhalt-Monitor.

(Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

Das kann gar nicht übereinstimmen. Man kann es einfach nicht vergleichen, auch wenn ich sage, dass man die Ergebnisse der Ebert-Studie nicht ignorieren darf. Darüber haben wir schon disku-

tiert. Herr Wanzek hat deutliche Worte für uns dazu gesagt. Aber man kann sie nicht ständig nebeneinander stellen. Die sind wirklich unterschiedlich.

Ich komme zu den Stichworten monokausal, Bildung und Demokratie. Ich habe das durchaus nicht monokausal gesagt. Selbstverständlich wissen wir, dass Bildung aus sozialen Milieus kommt und unterschiedlich aufgestellt ist. Das ist auch ein Ergebnis der Iglu-Studie, über die wir gerade in der letzten oder in dieser Woche auch diskutiert haben. Es wurde deutlich, dass es in Deutschland immer noch schwierig ist, dass die sozialen Milieus ihre Bildungsmilieus durchbrechen.

Also, monokausal ist das nicht. Aber es ist der richtige Ansatzpunkt. Wir müssen uns überlegen, ob wir da im Kindergarten oder noch davor anfangen müssen, damit wir eben diese Schere schließen und diese Grenzen durchbrechen. Aber der Befund, dass Bildung, Demokratie und Abwehrmöglichkeiten gegen Ideen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus zusammenhängen, ist doch richtig. Das ist doch nicht monokausal.

Ich will auch noch einmal deutlich sagen, dass über den Sachsen-Anhalt-Monitor - das geht heute in der Debatte auch nicht anders - hier sehr verkürzt diskutiert worden ist, nicht nur was die Methoden angeht. Darüber müssen Sie sich im Detail unterhalten und vielleicht auch streiten. Es geht auch um die Inhalte; denn es gibt wesentlich mehr Befunde als nur zu dem Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Deshalb sage ich eben, dass der Sachsen-Anhalt Monitor mehr ist, auch mehr abgefragt hat. Wir können uns nicht, so wie Sie es gesagt haben, Herr Striegel - Sie haben gesagt, dann muss das eben beim nächsten Mal fundamentaler gemacht werden -, darauf reduzieren, weil auch die Entwicklung in Sachsen-Anhalt nicht nur von diesem Thema abhängig ist, sondern auch von vielen anderen Themen, zu denen im Sachsen-Anhalt-Monitor Daten erhoben werden und über die man reden muss.

Deshalb würde ich uns davor warnen, den Sachsen-Anhalt-Monitor nur auf dieses Thema zu fokussieren und zu sagen, unsere Diskussion hat nur dazu stattgefunden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Deshalb will ich ganz zum Schluss nur noch eines sagen. Das war eigentlich der Ursprung meiner Meldung. Ich habe noch drei Minuten Redezeit und einen Punkt vorzutragen. Herr Gallert, Sie haben gesagt, Moscheen gehören nicht in die Städte. Es wird so geantwortet, haben Sie gesagt, wenn mich nicht alles täuscht.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Nein, nein!)

- Oder waren Sie das, Herr Striegel? Einer hat diese Frage vorgebracht.

(Oh! bei der LINKEN)

- Es war Herr Striegel, Entschuldigung

(Zuruf von der LINKEN: Stimmt alles! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Das Problem ist doch dabei, wenn Sie danach in Ostdeutschland fragen, dann gehört das ganz oft gar nicht zur Lebenswirklichkeit der Menschen. Die machen sich gar keinen Kopf darum, weil wir so wenig Migrantinnen und Migranten haben, sodass das im Zweifelsfall gar keine relevante Frage ist.

(Frau Bull, DIE LINKE: Nein!)

- Ja, das ist zum Teil so, Frau Bull. Es gehört eben auch dazu, dass das in der Lebenswirklichkeit vieler Menschen fehlt.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das stimmt! Aber die Frage ist sehr markant!)

- Man kann es fragen. Aber man muss sich dann auch die Antwort differenziert angucken.

(Herr Leimbach, CDU: Ja, genau!)

Das werden Sie in Verdichtungsräumen, in denen die Situation eine ganz andere ist, ganz anders erleben. Wir wissen aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor, dass das schon in den Städten Halle und Magdeburg anders beurteilt wird als in dem, was Professor Holtmann so schön als Landstädte bezeichnet hat, nämlich in den abgekoppelten Kleinstädten, die sich auch abgekoppelt fühlen. Offensichtlich gibt es da auch ganz andere Auffassungen.

Ich komme zum Thema Migranten in der Bedienung. Wenn die Antwort kommt, nein, die werden nicht unterschiedlich bedient - ich glaube, das waren aber in der Tat Sie, Herr Gallert -, dann sagen Sie, na ja, da wissen die nicht, wie es wirklich zugeht, oder haben gelogen.

Das war auch Herr Striegel, verdammt. Entschuldigung. Da habe ich Ihnen immer etwas Falsches zugeordnet. - Ich sage einmal, das kann doch schlichtweg auch damit zu tun haben, dass das vielen eben wirklich nicht passiert ist, weil wir so wenige Migranten haben. Das mag in anderen Regionen Deutschlands anders sein. Deshalb darf man das nicht vernachlässigen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Eben!)

- Nicht eben. Aber man muss auch einmal sehen, warum welche Antworten in welchen Regionen so gegeben werden, und darf das dann nicht überhöhen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das habe ich nicht bestritten!)

Da sagen die einfach, das gibt es nicht, dabei ist das jeden Tag der Fall. Vielleicht ist es in deren

Lebensumfeld nicht jeden Tag der Fall. Ich meine, das müssen wir doch auch einmal berücksichtigen. Wenn man die Antwort dann politisch bewertet und sagt, die lügen alle, die ignorieren das in ihrem Umfeld, dann würde ich das eben für zu weitgehend halten. Dafür will ich nur werben.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Ich komme zum allerletzten. Ich habe jetzt wirklich darauf gewartet, dass eine zaghafte Bemerkung in die Richtung kommt, das habe ich nicht so gemeint, oder dass eine Entschuldigung hinsichtlich des Themas Gefälligkeitsgutachten und hinsichtlich des Themas kommt, da soll die SPD einmal etwas gegen Rassismus tun. Ich würde mich freuen, wenn Sie es sich noch einmal überlegen würden, ob das in der Tat der richtige Ton gegenüber uns war, Herr Striegel.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Frau Kollegin Budde, möchten Sie Anfragen beantworten? Es gab zwei Wortmeldungen. - Herr Fraktionsvorsitzender Gallert und Herr Abgeordneter Striegel.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Wegen der Erwartung des Kollegen Bergmann würde ich mich nicht entschuldigen.

Frau Budde (SPD):

Sie haben das auch nicht gesagt.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ich wüsste jetzt auch nicht, wofür. Aber sei es drum.

Frau Budde, nur noch einmal ganz kurz. Das mag eine Nebensache sein. Aber wenn es Sie so ärgert hat, dann muss ich das klarstellen. Die Sache mit dem politischen Sieg bezog sich ausdrücklich nicht auf die Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland als solche, sondern das war ausdrücklich bezogen auf die Frage nach der Identifikation mit dem Land Sachsen-Anhalt.

Das war das, worauf ich Bezug genommen habe. Ich habe gesagt, als ich die Zahlen gesehen habe, war mir klar, dass das als politischer Sieg der regierungstragenden Koalition gefeiert wird. Ich habe gesagt, das ist die Macht des Faktischen. Wenn eine Generation sozusagen in einer solchen Struktur aufwächst, dann gibt es im Normalfall eine wirklich wachsende Identifikation damit. Das ist in der Bundesrepublik Deutschland West in den 50er-Jahren und dann später 20 Jahre nach der Ländereingliederung auch so gewesen. Insofern bezog sich das ausdrücklich darauf.

Frau Budde (SPD):

Okay. Dann können wir also zusammen feststellen, dass es gut ist, dass es so ist. Das ist das Entscheidende an der Feststellung.

(Oh! bei der LINKEN)

Für mich ist das mit Sicherheit kein politischer Sieg. Woraus das jetzt entstanden ist, ist sogar zweitrangig. Die Tatsache an sich ist wichtig. Das wäre schlimm, wenn es immer noch nicht so wäre.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Man muss nicht immer am Ende gleicher Meinung sein.

Präsident Herrn Gürth:

Bitte schön, Herr Kollege Striegel.

Herr Striegel (GRÜNE):

Frau Kollegin Budde, zur Themenfokussierung des Sachsen-Anhalt-Monitors ist eine ganze Menge gesagt worden. Es geht da in der Tat nicht um eine Rassismusstudie. Darum geht es beim Thüringen-Monitor übrigens auch nicht. Die schaffen es aber trotzdem, weitere Dinge abzufragen. Das hat sicherlich auch mit deren monetärer Ausstattung zu tun.

Das ist ein Punkt, den wir in diesem Parlament als Haushaltsgesetzgeber miteinander besprechen können. Wenn es uns in diesem Hause wichtig ist, den breiten Blick in diesen Themenbereichen - ich sage ausdrücklich, in den Themenbereichen - zu bekommen, dann haben wir die Chance, das mit der nächsten Haushaltsaufstellung zu ändern. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die soziale Erwünschtheit. Wenn Sie es schon als einen polemischen Angriff auf den Sachsen-Anhalt-Monitor werten, wenn man die Frage nach der sozialen Erwünschtheit in den Raum stellt, dann muss ich sagen, dass es in der Politikwissenschaft und in den Sozialwissenschaften völlig Usus ist, dass man sich beim Fragebogendesign auch über die soziale Erwünschtheit der Fragen Gedanken macht und dass man versucht, einen Fragenbogen so zu designen, dass es am Ende eben möglichst wenige Verzerrungseffekte in Richtung sozialer Erwünschtheit gibt.

Dann ist eine Kritik an einem solchen Fragebogen in keiner Weise polemisch, sondern eine methodische Nachfrage. Der Kollege Gallert hat zu Recht darauf hingewiesen, dass diese methodische Nachfrage völlig unzureichend beantwortet worden ist, nämlich an zwei Stellen völlig unterschiedlich.

Zur Frage der Moscheen und dem Viertel der Befragten, was sich dahin gehend deutlich abwehrend äußert, muss ich sagen, dass das tatsächlich eine Problemanzeige ist. Dazu hatte ich angemerkt, dass genau dazu in einem der zukünftigen

Sachsen-Anhalt-Monitore eine Tiefenbohrung lohnen würde, um die Fragen, die Sie aufgeworfen haben, dann auch beantworten zu können. Momentan haben wir nur ein Item, das in die Richtung fragt. Ich glaube, da ist die Tiefbohrung notwendig. - Herzlichen Dank.

Präsident Herr Gürth:

Das war zwar mehr eine Zwischenintervention. Aber ich will Ihnen noch einmal die Gelegenheit geben zu reagieren.

Frau Budde (SPD):

Danke schön. - Ich sage nur einen Satz dazu. Möglicherweise wäre mir das nicht so explizit aufgefallen, als Sie soziale Erwünschtheit gesagt haben, wenn es das Vorgeplänkel im Netz und die Aussagen in der Zeitung nicht gegeben hätte. Nicht ich habe das in den Zusammenhang mit ihrer Aussage zum Gefälligkeitsgutachten gestellt. Da kriegt das ein anderes Geschmäckle als das, was Sie eben erklärt haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank. - Damit können wir die Aktuelle Debatte abschließen. Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht gefasst. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Wir können nunmehr Gäste der Landeszentrale politische Bildung im Haus begrüßen. Herzlich willkommen für Damen und Herren des 4. Logistikbataillons 171 der Clausewitz-Kaserne Burg.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung

Intensivierung der militärischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide

Große Anfrage Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1339**

Antwort Landesregierung - **Drs. 6/1584**

Für die Aussprache zur Großen Anfrage wurde im Ältestenrat die Debattenstruktur D vereinbart. Das bedeutet eine 45-minütige Debatte in der Reihenfolge SPD, GRÜNE, CDU und LINKE. Zunächst erteile ich das Wort der Fraktion DIE LINKE. Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Köck.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einer Fabel beginnen.

„Ganz unverhofft an einem Hügel / Sind sich begegnet Fuchs und Igel. ‚Halt‘, rief der

Fuchs, „du Bösewicht! / Kennst du des Königs Ordre nicht? / Ist nicht der Friede längst verkündigt, / Und weißt du nicht, dass jeder sündigt, / Der immer noch gerüstet geht? / Im Namen seiner Majestät, / Geh her und übergib dein Fell!“ / Der Igel sprach: „Nur nicht so schnell! / Lass dir erst deine Zähne brechen, / Dann wollen wir uns weiter sprechen!“ / Und allsogleich macht er sich rund, / Schließt seinen dichten Stachelbund / Und trotz getrost der ganzen Welt, / Bewaffnet, doch als Friedensheld.“

Diese aus der Feder von Wilhelm Busch stammende Fabel wurde bis vor Kurzem den Grundschulen empfohlen, um eine erste altersgerechte Annäherung an die Problematik von Krieg und Frieden zu versuchen.

Die spontane Sympathie gilt ganz klar dem Igel; sie prägt sich ein und kann den Aufwachsenden in Gewissenskonflikte stürzen; denn die deutsche Außen- und Militärpolitik ähnelt doch eher dem Verhalten des Fabelfuchses.

Neben einem leibhaftigen Fuchs kann man in der Weite der Colbitz-Letzlinger Heide auch auf seinen Namensvetter aus Metall stoßen. Dieser hat in der Vergangenheit international bereits für Furore gesorgt. Im Jahr 1991 wurden 36 gebrauchte Spürpanzer des Typs Fuchs für das Zehnfache des Neupreises nach Saudi-Arabien verkauft. Die Ereignisse um diesen Export bildeten dann schließlich eine Episode in der CDU-Spendenaffäre.

(Oh! bei der CDU - Herr Borgwardt, CDU: Das musste ja kommen!)

Im Herbst 2004 war die Bundesregierung drauf und dran, aus den Beständen der Bundeswehr 20 Transportpanzer des Typs Fuchs an den Irak zu liefern. Deutschland wollte mit den Fahrzeugen den Wiederaufbau unterstützen. Aber das Vorhaben scheiterte am nachlassenden Interesse der Gegenseite.

(Herr Borgwardt, CDU: Was hat das mit Sachsen-Anhalt zu tun?)

Im Jahr 2011 genehmigte die Bundesregierung schließlich den Verkauf von 54 Transportpanzern vom Typ Fuchs an Algerien. Dort sollten zudem unmittelbar vor Ort weitere 1 200 Fahrzeuge gleichen Typs hergestellt werden. Diese dürften im gesamten islamischen Raum Verbreitung finden, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie sich auch feindlich gegenüberstehen.

Wenn es um Waffen und Kriegsgerät geht, stößt man auf die Rheinmetall AG. Sie war bereits die staatliche Waffenschmiede des Dritten Reiches. In ihrem Imperium entstand auch „Dora“, die größte je gebaute Kanone, die ihre ersten Schüsse in der Heeresversuchsanstalt Hillersleben abgegeben hat.

(Herr Borgwardt, CDU: Ich dachte, die hieß „Dicke Bertha“!)

Im Jahr 2008 kehrte die Rheinmetall AG auf den Truppenübungsplatz Altmark zurück und betreibt seither dort in Form eines Public-Private-Partnership-Projekts das Gefechtsübungszentrum.

Das Rheinmetall-Dienstleistungszentrum Altmark, RDA, ist ein Tochterunternehmen von Rheinmetall Defence, der militärischen Sparte des heutigen Großkonzerns Rheinmetall AG. Das RDA liefert alle Dienstleistungen, die nicht zu den militärischen Kernaufgaben gehören, und stellt die Ein- und Ausrüstung der Übungstruppen mit den Simulationsgeräten sowie den Betrieb der Datenverarbeitungsanlage sicher. Die Firma kümmert sich zudem um Ausbildungspersonal, wartet die Panzer und ist für den Nachschub an Material und Verpflegung zuständig.

Dies kostet den Steuerzahler rund 20 Millionen € im Jahr. Gratis gibt es die in der Colbitz-Letzlinger Heide gesammelten Praxiserfahrungen dazu. Das schafft erhebliche Konkurrenzvorteile beim Export von Waffensystemen in alle Welt.

Kontaktbüros unterhält die Firma unter anderem in Abu Dhabi, in Malakka, in Singapur, in Südafrika sowie in Neu Delhi. In Indien wurde versucht, hohe Regierungsbeamte zu bestechen. Bekanntermaßen ist das Verhältnis Indiens zu seinem Nachbarn Pakistan nicht immer das beste. Das hinderte aber nicht daran, den Leiter des militärischen Ausbildungszentrums der Islamischen Republik Pakistan in das Gefechtsübungszentrum einzuladen.

Die letzte Spitzenmeldung aus Rüstungskreisen lautet: Das russische Verteidigungsministerium habe Rheinmetall Defence den Auftrag erteilt, in Mulino in der Wolga-Region bis zum Jahr 2014 die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung zu errichten nach dem Vorbild der Phantomstadt Schnöggersburg in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Da die Mitarbeiter von Rheinmetall Defence im Gefechtsübungszentrum alle Datenstränge kontrollieren, dürften sie mittlerweile einen besseren Überblick über die Leistungsfähigkeit und die Schwächen der in die Krisengebiete entsandten europäischen Kontingente haben als die Nato oder die Bundeswehr selbst.

Doch das bereitet den Militärs offensichtlich weniger Probleme als die von den Mitgliedern der Linksfraktion beantragte Einsichtnahme in die Antragsunterlagen und den Genehmigungsbescheid für den Ausbau des Truppenübungsplatzes in der Colbitz-Letzlinger Heide zum weltgrößten urbanen militärischen Übungsgelände.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach mehr als zehn Wochen Bedenkzeit erhielt der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr

des Landtages die Nachricht, dass der Bund der Weitergabe dieser Akten an den Landtag von Sachsen-Anhalt widersprochen habe, so Staatsminister Robra in seinem Schreiben an den Landtagspräsidenten unter stillschweigender Bezugnahme auf Artikel 53 Abs. 4 der Landesverfassung. Es heißt in dem Schreiben, dass zu befürchten sei, dass durch das Bekanntwerden von Tatsachen dem Wohle des Landes oder des Bundes Nachteile zugefügt werden könnten.

Ob den ökologischen Belangen in dem extrem verkürzten Genehmigungsverfahren überhaupt hinreichend Rechnung getragen wurde, kann jedenfalls so nicht beurteilt werden. Die Prüfung eines Bauantrages für die planmäßige Anlage einer Großstadt von der Dimension Halle-Neustadts binnen zehn Wochen lässt daran arge Zweifel aufkommen - man vergleiche nur einmal das unmittelbar benachbarte Projekt der Nordverlängerung der BAB A 14 -, selbst wenn man berücksichtigt, dass alle Umweltgesetze Ausnahmeparagrafen zur Erleichterung der Durchsetzung von militärischen Projekten enthalten, die die öffentliche Beteiligung weitgehend ausschließt.

Die Dimension des Eingriffes in das Ökosystem der Colbitz-Letzlinger Heide ist unvorstellbar. Eine Fläche von 6,25 km² Heidelandschaft wird umgewühlt und zum Teil versiegelt. Ein Ersatz der verlorengehenden Biotope ist rein flächenmäßig gar nicht möglich. Dabei können Sie auf meine einschlägige Branchenerfahrung vertrauen.

Der sich bei den unteren Naturschutzbehörden regende Unmut soll kurzerhand durch einen Ausschluss aus dem laufenden Verfahren ausgeschaltet worden sein. Das ist mir zu Ohren gekommen. Gleichwohl sollen die Mitarbeiter des Bereiches Naturschutz des Landesverwaltungsamtes den ganzen Sommer auf der Suche nach geeigneten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gewesen sein. Sollte das tatsächlich der Fall gewesen sein, könnte Schnöggersburg noch vor dem Kadi landen.

Der zentrale Teil der Altmark ist für Sachsen-Anhalt de facto zum Exterritorium geworden. Das Militär hat die uneingeschränkte Verfügungsgewalt. Es kann üben, was, mit wem und womit es will, ohne dass die Bevölkerung Sachsen-Anhalts etwas davon erfährt. So wollte die Landesregierung noch im Sommer 2004 auf eine kleine Anfrage hin keine Kenntnis davon haben, dass in Hillersleben der Häuserkampf geübt wird. Diesen hatte aber der damalige Verteidigungsminister Struck bei seinem Besuch im Gefechtsübungszentrum am 23. August 2003 angekündigt.

Wir werden noch so manche Überraschung erleben - insbesondere dann, wenn das Zusammenwirken mit USA-Einheiten geprobt werden sollte. Der regelmäßige Einsatz von Aufklärungsdrohnen

steht jedenfalls unmittelbar bevor. Die mit Raketen oder Bomben bestückten größeren Schwestern mit einer Spannweite von 40 m könnten dann noch folgen. Erste Hinweise auf einen Einsatz dieser ebenfalls von Rheinmetall vertriebenen Flugkörper in der Colbitz-Letzlinger Heide stammen bereits aus dem Jahr 2009.

Die Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges. Zu dieser Erkenntnis sind bereits die alten Griechen gelangt. Die US-Amerikaner haben für die Kriegsberichterstattung mittlerweile ganze Heerscharen von Journalisten engagiert; denn insbesondere der Eintritt in einen Krieg oder dessen Beginn bedürfen der ständigen Rechtfertigung.

Doch die Wahrheit vergeht schon lange zuvor auf vielfältige und subtile Art. Sie wird bearbeitet, geschönt, verschwiegen, interpretiert, hingebogen oder verdreht. Schließlich wird die Wahrheit zur geheimen Verschlussache erklärt. Halbwahrheiten oder gar Lügen machen die Runde. Hinzu kommt die Zensur. Es bildet sich ein spezifischer und semantisch auslegbarer Wortschatz heraus. Dieses Phänomen hat bereits Victor Klemperer beschrieben.

Die anfängliche Überraschung im Verteidigungsministerium ob des Ansinnens des Verzichts auf die zivile Nutzung des Südtails der Colbitz-Letzlinger Heide lässt eine direkte Verbindung mit dem Besuch des Verteidigungsministers im Sommer 2003, dem ersten eines Bundesministers überhaupt, unwahrscheinlich erscheinen. Eine solche Verbindung würde sich allerdings logisch in die Ereigniskette vom Heidekompromiss über den Heideverzicht bis zur Übungsstadt Schnöggersburg einfügen. Dieses Ansinnen beflügelte damals aber offensichtlich den Juniorpartner FDP der damaligen Koalition. Während Frau Wernicke als Umweltministerin noch für den Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide warb, wechselten die FDP und die Bürgermeister die Pferde, und die Front der Befürworter einer zivilen Nutzung brach zusammen.

Die Führung der Bundeswehr ergriff nach kurzem Überlegen die einmalige Chance, das gigantische Vorhaben einer Übungsstadt in Angriff zu nehmen und traf dabei auf keinen nennenswerten Widerstand seitens der Politik und der Bevölkerung.

Sorge bereitete über all die Jahre eigentlich nur das Protestcamp im September 2012. Wie kritische Infrastruktur geschützt wird, erlebten die dort Versammelten, die gegen den Ausbau des Truppenübungsplatzes demonstrierten. Ihnen standen rund 1 000 Polizisten aus dem Bundesgebiet gegenüber, teilweise auch Feldjäger der Bundeswehr. Seitens der Polizei stand schweres Gerät im Hintergrund: Wasserwerfer, Gefängniswagen, Hubschrauber und ähnliches.

Die weitere Entwicklung der Übungstätigkeit, insbesondere der Flugverkehr, wird zeigen, wie be-

lastbar das mit besonderer Akribie zu den Gemeinden geknüpfte Beziehungsgeflecht der Bundeswehr ist.

Für DIE LINKE im Land- und im Bundestag ist die Übungsstadt aber ein Zeichen dafür, dass Kampfszenarien geübt werden sollen, die nicht den Gegebenheiten in den bisherigen Einsatzgebieten entsprechen. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage hin räumte die Bundesregierung ein, dass es auch um die Vorbereitung für Einsätze im Innern gehe. Dazu gehörten, so heißt es, Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen und Schutzaufgaben für kritische Infrastruktur und bei innerem Notstand.

Dass diese Szenarien tatsächlich in den Köpfen herumspuken, belegen folgende Äußerungen von Oberst Sladeczek vom GÜZ in der Sendung „MDR Heute“ vom 20. Juni 2012 im Zusammenhang mit der Vorstellung des Projektes. Oberst Sladeczek sagte Folgendes: „Wenn Sie das nächste Mal durch Magdeburg gehen, versetzen Sie sich bitte einmal in die Lage eines Panzergrenadier-Zugführers, der mit vier Schützenpanzern des Typs Marder egal welchen Auftrag zu erfüllen hat; unter sich Kanalisation, vor sich enge Straßen, links und rechts Gebäude mit vielen Stockwerken, schwer zu übersehen, mit ganz vielen Möglichkeiten eines Gegners, in Stellung zu gehen, Sprengfallen zu legen.“

Das kann und will ich mir nicht vorstellen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Herr Kollege Dr. Köck, es gibt eine Anfrage. Möchten Sie diese beantworten? - Herr Abgeordneter Harms, bitte.

Herr Harms (CDU):

Herr Dr. Köck, ich bin noch ganz im Bann der vielen Fakten, die Sie aufgezählt haben. Ich möchte aber dennoch nachfragen. Umfasst Ihr Geschichtsbild auch alle Jahrzehnte der Geschichte des Truppenübungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide?

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Na klar.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. Weitere Anfragen gibt es nicht. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Stahlknecht.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Köck, ich war mir nicht ganz si-

cher, ob Sie mit Ihren Ausführungen schon beim nächsten Tagesordnungspunkt waren. Sie haben sich mit der Großen Anfrage nur am Rande auseinandergesetzt. Sie haben mit Ihrem einführenden Gedicht von Wilhelm Busch eine Grundsatzfrage über Krieg und Frieden und über die Frage des Verständnisses einer Armee in einem Staat aufgeworfen.

Ich nehme daher einige meiner Ausführungen, die ich zum nächsten Tagesordnungspunkt machen wollte, einmal vorweg. Sie haben vergessen zu erwähnen, dass wir in einer Demokratie eine Parlamentsarmee haben, bei der jedes Handeln und jeder Einsatz unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Parlamentes steht.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben hier den Eindruck erweckt, als sei diese Armee - so etwas habe ich auch in Ihrer Pressemitteilung gelesen -, ähnlich wie es bei der Reichsarmee in der Weimarer Republik der Fall gewesen ist, ein Staat im Staate, der im Geheimen und Verborgenen irgendwo in der Colbitz-Letzlinger Heide in bürgerkriegsähnlichen Zuständen Häuserkämpfe führt, Bomben schmeißt und Sonstiges macht, und die Bürger wissen nicht, was passiert.

Wenn Sie diesen Duktus beibehalten, dann verletzen Sie das Ehrgefühl von Bundeswehrsoldaten seit dem Bestehen der Bundeswehr,

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

weil das Prinzip der inneren Führung der Bundeswehr, der Bürger in Uniform, ein Teil des Staates ist.

Ich verwahre mich im Namen aller Bundeswehrangehörigen gegen diesen Duktus, der hier eingeführt wird. Das will ich ganz deutlich sagen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Wenn wir, Herr Köck, von unserem Selbstverständnis ausgehend - vielleicht nicht von dem ihrigen -, eine Parlamentsarmee haben, die in internationalen Verpflichtungen steht und die wir eben auch in unterschiedliche ausländische Einsätze schicken, dann haben wir als Staat, als Bundesrepublik Deutschland die Pflicht, unsere Soldaten so auszubilden, dass sie, wenn es geht, gesund nach Hause kommen. Das ist der Auftrag, den wir für eine Parlamentsarmee haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Da die Erfahrung zeigt, dass die Bundeswehr in den letzten Jahren auch in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen eingesetzt worden ist, ist es nur recht und billig, wenn auf dem Truppenübungsplatz in der Colbitz-Letzlinger Heide eine Stadt mit dem Namen Schnöggersburg errichtet wird - die im Übrigen an ein Dorf aus dem

Jahr 1936 erinnert, welches die Nazis abgerissen haben - und dort Szenarien wie Häuser, eine U-Bahnstrecke und Kanäle nachgebaut werden.

Das läuft nach den ganz normalen rechtsstaatlichen Regeln. Die betroffenen Anrainer-Gemeinden sind angehört worden. Das hiesige Bauwesen arbeitet im Wege der Organleihe für die Bundeswehr, weil Bundeswehr Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland ist, nicht Aufgabe des Landes Sachsen-Anhalt - darum Organleihe. Es ist ein ganz vernünftiges, ordnungsgemäßes Verfahren, bezüglich dessen Sie unterstellen, dass da irgendwas nicht ordnungsgemäß wäre, ohne irgendeinen Beleg dafür zu haben; wir haben Ihnen das in der Großen Anfrage beantwortet, auch zu dem Heidekompromiss.

Im Jahr 1997 ist zwar die Überführung der Südheide als Truppenübungsplatz in die zivile Nutzung vereinbart worden - das ist richtig -, jedoch ist das mit der Änderungsvereinbarung vom September 2005 verändert worden. Wenn Sie von dem Heidekompromiss sprechen, dann müssen Sie zumindest die jetzt gültige Grundlage zugrunde legen; das ist die aus dem Jahr 2005. Diese Grundlage ermöglicht auch die Nutzung dieses Teils.

Was Ihre Befürchtungen angeht, dass dort Biotop zerstört werden könnten, kann ich Ihnen nur sagen: Die besten Biotop finden Sie auf Truppenübungsplätzen, weil dort nämlich jede Flora und Fauna am besten gedeihen kann.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Insofern, glaube ich, dass Sie mit Ihrer Fraktion gelegentlich Truppenübungsplätze besuchen sollten. Bleiben Sie einmal bis abends. Dann können Sie sogar Wildschweine und andere Tiere sehen, die sich friedlich beobachten lassen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der LINKEN: Das kann man auch woanders!)

- Ja, das regt Sie jetzt auf; aber so ist die Realität, was die Biotop angeht.

Meine Damen und Herren! Ich denke, das, was Sie wissen wollten, ist in der Großen Anfrage beantwortet worden. Bezüglich des Ersuchens auf Aktenvorlage gibt es Artikel 53 Abs. 4 der Landesverfassung. Beim Militär gibt es gelegentlich auch Verschlussachen; das ist gut und richtig.

Um auf die Rheinmetall und Ihre Sorge der mangelnden Transparenz einzugehen: Die Rheinmetall hat gerade einen Auftrag von Russland erhalten - das war früher mal der große Freund -, in der transparenten Art und Weise genau das dort nachzubauen, was wir bei uns haben. Zumindest, was unsere Freunde in Russland angeht, ist die Geheimhaltungsgrenze so niedrig, dass das Gleiche dort vom russischen Staat aufgebaut wird.

Ich bitte Sie - auch wenn Sie eine andere Grundauffassung zu einer Friedenspolitik haben -: Versuchen Sie es zu vermeiden, das Ansehen der Bundeswehr zu diffamieren. Das möchte ich wenigstens sagen. - Das war es.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Herr Minister, es gibt zwei Wortmeldungen. - Wir dürfen aber vorher noch Gäste im Hause begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler des Dr.-Frank-Gymnasiums aus Staßfurt. Willkommen im Haus!

(Beifall im ganzen Hause)

Die erste Frage stellt der Herr Kollege Krause. Bitte.

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie als Jäger sind auch ehrenamtlicher Naturschützer. Sie haben eben einen Bezugspunkt gewählt. Meinen Sie im Ernst, dass die Versiegelung von mehreren hundert Hektar in der Heide die beste Biotopverbesserung wäre, ohne dass definitiv Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen nachgewiesen wurden? Ich habe eine Kleine Anfrage dazu gestellt. Meinen Sie das im Ernst?

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Herr Krause, ich habe gesagt, dass Truppenübungsplätze die beste Möglichkeit für Biotop bilden.

(Zuruf von der LINKEN: Ja, ja!)

Ich will nicht die alte Historie bemühen und Sie auch nicht ärgern, aber die Frage von Herrn Harms wurde, glaube ich, nicht ohne Grund gestellt. Nach dem Abzug der russischen Armee war das Gelände durch und durch verseucht. Wir haben es jetzt wiederhergestellt.

Wenn innerhalb eines ordnungsgemäß geführten Truppenübungsplatzes bzw. Gefechtsübungszentrums einige Stellen versiegelt werden, dann ist das Gesamtgebilde immer noch eine große Rückzugsmöglichkeit für Tiere, die Sie draußen so in der freien Wildbahn nicht erleben können. Bei dieser Aussage bleibe ich.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Die nächste Frage stellt Herr Fraktionsvorsitzender Gallert. Bitte.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Stahlknecht, die Sache mit Rheinmetall ist für uns nur insofern interessant, als hier eine privat-

wirtschaftliche Firma, die Rüstungsgüter in die ganze Welt liefert, über Daten, Erkenntnisse und natürlich auch Pläne verfügt - denn sie machen es -, währenddessen man uns als Parlamentarier sagt: Euch können wir diese nicht zuleiten, weil das ein Sicherheitsrisiko wäre.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dazu sage ich: Wissen Sie, das ist eine recht eigenartige Darstellung der Verfassungsorgane in diesem Land und in dieser Bundesrepublik. Denn da steht Rheinmetall offensichtlich über dem Parlament.

Ich habe mich aber wegen etwas anderem gemeldet, und zwar bezüglich der Frage, ob die Bundeswehr ein Staat im Staate ist. Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, das wäre wie in der Weimarer Republik. Den Eindruck würde ich nicht erwecken wollen. Ich würde auch nicht den Eindruck erwecken wollen, dass das wie zu DDR-Zeiten gewesen ist - überhaupt nicht.

Wobei ich Ihnen einmal ganz ehrlich sagen muss, Herr Stahlknecht - Sie werden das nicht wissen -: Ich war völlig überrascht, als Herr Köck diese Geschichte von Fuchs und Igel vorlas. Ich kenne diese Geschichte hervorragend. Als Unterstufenlehrer der DDR sollte man die genauso verwenden. Insofern gibt es da erstaunliche Kontinuitäten.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Ich glaube, zur DDR habe ich gar keinen Bezug genommen.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Eben. Deswegen sage ich es Ihnen.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Sie verteidigen jetzt die DDR, ohne dass ich Sie danach gefragt habe.

(Oh! bei der LINKEN - Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der LINKEN: Sie verstehen das nicht!)

- Doch.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Nein, nein. Das Problem mit der Bundeswehr ist in der Antwort auf Frage 21 hervorragend erläutert worden. Darin steht nämlich ausdrücklich: Danach wäre das Vorhaben Schnöggersburg gemäß § 34 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes zunächst als unzulässig einzustufen. Also es wäre nicht umweltverträglich. Dann heißt es: „Das Projekt wurde gemäß § 34 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz im Zusammenhang mit den notwendigen

Maßnahmen entsprechend Natura 2000 zugelassen.“

Können Sie mir sagen, wer diese Zulassung entschieden hat? - Es war der Bundesverteidigungsminister. Dieselbe Institution, die dieses Ding bauen will, hat entschieden, dass es nach dem Bundesnaturschutzgesetz möglich ist. Ich bin zwar kein Planungschef und ich bin auch niemand, der sich wirklich auskennt, aber das zeigen Sie mir einmal: dass der Antragsteller für sich selbst eine Ausnahme vom Bundesnaturschutzgesetz beschließen kann, um sein Projekt durchzuführen. Das, finde ich, ist schon bedeutend.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von der CDU)

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Zu den beiden Dingen. Erstens zu dem, was die Vorlage der Akten angeht: Es handelt sich um Bundesakten, und wenn es beim Bund die Einschätzung gibt, dass diese Akten einem Landesparlament nicht zur Verfügung gestellt werden können, dann hat die Landesregierung dieses unter Bezugnahme auf Artikel 53 Abs. 4 der Landesverfassung umzusetzen. Das ist so. Darüber kann man sich aufregen oder nicht. Die Landesregierung hat in der Zusammenarbeit mit dem Bund ordnungsgemäß gehandelt.

Zweitens. Wenn Sie sagen, dass derjenige, der darüber entscheidet, der gleiche ist, der es nutzen will, dann ist das eine formale Zuständigkeit. Ich unterstelle aber gleichzeitig, dass derjenige, der formal zuständig ist, materiell-rechtlich unter vernünftigen Abwägungen im Rahmen eines Rechtsstaates aufgrund der Gesetze entscheidet. Das ist nämlich der Unterschied zur Willkür.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der LINKEN)

- Ja, da gucken Sie. - Gibt's noch mehr?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. Weitere Anfragen gibt es nicht. - Vielleicht für die jüngere Generation: Das hier zitierte Gedicht hieß „Bewaffneter Friede“. Es wurde schon in Kindergärten und Grundschulen vorgetragen und hatte im Wesentlichen die Notwendigkeit von Bewaffnung, Wehrhaftigkeit und von Armeen zum Inhalt, um somit Soldaten in Uniformen früh in das Bewusstsein ganz junger Kinder zu rücken. Ich sage das, weil das vermutlich nicht mehr alle wissen, aber ich denke, jetzt haben wir alle den gleichen Stand.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir fahren fort. Für die SPD spricht nun Herr Abgeordneter Erben.

Herr Erben (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Um es vorwegzunehmen: Ich kannte das Gedicht noch; es war nicht neu. Ich glaube, es war sogar in der ersten oder zweiten Klasse, als wir es kennengelernt haben. Aber ich bin kein Unterstufenlehrer. Insofern kann ich mich eher schemenhaft daran erinnern.

Die Bundeswehr ist aus guten Gründen eine Parlamentsarmee. Eben nicht die militärische Führung schickt die Soldatinnen und Soldaten in einen Einsatz, sondern das macht nun einmal der Deutsche Bundestag.

(Zustimmung bei der SPD)

Damit geht die Verpflichtung einher, dass wir Soldaten gut vorbereitet in einen gefährlichen Einsatz schicken; denn alles andere wäre verantwortungslos.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Deswegen haben zumindest die politischen Parteien und deren Parlamentarier, die im Deutschen Bundestag für die Einsatzmandate gestimmt haben, die Pflicht, die materiellen Voraussetzungen für eben diese Einsatzvorbereitungen zu schaffen.

Nun will ich den LINKEN zugestehen, dass sie eben gegen diese Einsätze sind, und ich gestehe Ihnen natürlich auch das politische Recht zu, gegen den Ausbau des Gefechtsübungszentrums zu sein. Ich will nur wissen: Würden Sie am liebsten all das, was irgendwie im Entferntesten mit Militär zu tun hat, aus dieser Welt verbannen?

(Zuruf von der LINKEN: Das stimmt!)

Ich gestehe Ihnen durchaus zu, dass das ein edler und schöner Ansatz ist, doch leider ist er sehr, sehr weit von der Realität entfernt, in der wir leben.

(Zuruf von der LINKEN: Ja! Und Sie sorgen dafür! - Gegenrufe von der SPD: Och! - Jetzt reicht es aber!)

Auch ich wünsche mir eine Welt, die frei von Krieg und Terrorismus ist und in der überall die Menschenrechte gewahrt werden. Doch es gibt in dieser Welt nun einmal leider auch Diktatoren und Terroristen, die sich von eben diesen Wünschen nur wenig beeindrucken lassen. Deswegen gehört unter anderem auch die internationale - ich zitiere - „Konfliktvermeidung und Krisenbewältigung“ zu den Aufgaben, die das Parlament der Bundeswehr gegeben hat.

An diesem Aufgabenspektrum muss sich auch die militärische Ausbildung orientieren. Dazu gehört eben auch, dass Übungsanlagen in einem Standard ausgebaut sind, dass sie den aktuellen und zu erwartenden Anforderungen für die Einsätze der Bundeswehr gerecht werden.

Kriseneinsätze gibt es in urbanen Gebieten; denn die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mittlerweile in Großstädten. Wir wissen, dass sich Terroristen oft in Millionenstädten verbergen - wir sehen das beispielsweise in den Einsatzgebieten in Afghanistan - und diese als Kampf-, aber auch als Rückzugsräume ansehen. So müssen eben auch die Soldaten üben, sich dort zu bewegen und auf die Weise dafür zu sorgen, dass es keine großen Verluste in der Zivilbevölkerung gibt. Dem dient die Errichtung der Übungsstadt Schnögersburg.

Die Errichtung der Übungsstadt wird nach unserer Überzeugung für die Natur verträglich erfolgen. Die unterstellte Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung wird nicht eintreten. Von einer Ablehnung des Vorhabens durch die Einwohner der Anliegergemeinden ist - zumindest nach meiner Kenntnis - weit und breit nichts zu sehen.

(Minister Herr Stahlknecht: Stimmt!)

Im Unterschied zu früheren Nutzern des Truppenübungsplatzes geht die Bundeswehr mit der Natur schonend um. Sie nutzt die Heide, wie ich bereits gesagt habe, im besten Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen. Das war und ist bekannt und ist nicht etwa durch die Fraktion DIE LINKE in diesem Hause oder im Deutschen Bundestag ans Tageslicht gebracht worden. Trotzdem wird die Empörungsmaschinerie angeworfen.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Ich will auf das eingehen, was Herr Köck heute hier zum Einsatzszenario gesagt hat. Herr Köck, Sie haben im Wesentlichen das Grundgesetz zitiert. Das, was Sie hier als verwerfenswertes Einsatzszenario dargestellt haben, ist Bestandteil des Grundgesetzes und der Regelungen zu dem, was die Bundeswehr tun darf und muss.

Ich will auf das eingehen, was Sie, Herr Kollege Gallert, am 20. November 2012 in einer Pressekonferenz zur Großen Anfrage vorgetragen haben. Sie haben vor drei Wochen der Bundeswehr vorgeworfen, sich in der Colbitz-Letzlinger Heide auch auf Bürgerkriege in Europa vorzubereiten. Dann schlugen Sie auch gleich den Bogen nach Griechenland und sprachen von dortigen - ich zitiere - „fast bürgerkriegsähnlichen Zuständen“. Ich halte das für ungeheuerlich.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Sie haben Glück gehabt, dass das in den Medien Griechenlands niemanden erreicht oder möglicherweise niemanden interessiert hat. Aber gesagt ist gesagt. Deswegen kann ich Ihnen meinen Schlusssatz nicht ersparen: Verantwortliches Handeln für Europa sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Herr Gallert, DIE LINKE: Wohl wahr!)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter Erben. Es gibt Anfragen. Möchten Sie diese beantworten?

Herr Erben (SPD):

Ja.

Präsident Herr Gürth:

Dann zunächst Frau Kollegin Dr. Klein.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Herr Kollege Erben, abgesehen davon, dass mir als Haushälterin bei mehr als 100 Millionen € das Herz blutet, während wir hier um jeden Euro ringen - können Sie bitte meine geografischen Kenntnisse etwas auffrischen? Wo gibt es in Afghanistan U-Bahnen? Wo gibt es in Mali U-Bahnen?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich habe dort keine gefunden. Ich wusste nicht, dass es so etwas dort gibt, und ich verstehe nicht, warum wir unbedingt eine U-Bahn in Schnöggersburg bauen müssen.

(Zuruf von Herrn Bommersbach, CDU)

Herr Erben (SPD):

Das Letzte stimmt mit Sicherheit. Mir ist in Afghanistan keine U-Bahn über den Weg gefahren, zumindest an den Stellen, an denen ich dort bisher war. Aber ich habe beschrieben, dass es auch darum geht, dass die Bundeswehr darauf vorbereitet sein muss, sich im urbanen Gelände zu bewegen.

(Frau Budde, SPD: In anderen Großstädten Deutschlands! - Unruhe bei der LINKEN)

Ich will das jetzt nicht zu weit ins Militärische hineindrängen, aber bei den früheren Ortskampfanlagen der Bundeswehr oder auch der NVA wurde unterstellt, dass sich die Zivilbevölkerung längst dünne gemacht hat, wenn es einen solchen Einsatz gibt, sodass dann quasi durch die Häuser gegangen wird. Heute muss die Bundeswehr darauf vorbereitet sein, bei ihren Einsätzen die Zivilbevölkerung zu schonen. Diese ist dann nämlich dort, wenn es zu solchen Einsätzen kommt.

(Zustimmung von Herrn Geisthardt, CDU)

Das ist der wichtige Inhalt und das Neue an einer solchen Anlage.

(Zuruf von Frau Dirlich, DIE LINKE - Unruhe bei der LINKEN)

Wenn Sie sich die Pläne anschauen, dann stellen Sie fest, dass dort keine ganzen U-Bahn-Anlagen gebaut werden. Das können Sie für 100 Millionen € natürlich überhaupt nicht tun; vielmehr wird ein realistisches Szenario geschaffen.

(Zuruf: Das stimmt! - Frau Dirlich, DIE LINKE: Das der U-Bahn in Afghanistan? - Zuruf:

Das ist wie in Staatsbürgerkunde! - Unruhe bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Es gibt eine weitere Frage. Herr Fraktionsvorsitzender Gallert, bitte.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ich habe mich gemeldet wegen Ihrer Empörung ob meiner Einschätzung, dass man hier bürgerkriegsähnliche Zustände übt und dass sich diese natürlich im europäischen Kontext bewegen.

Das, was mich dazu veranlasst hat, war genau dieses Problem: So viele U-Bahn-Stationen gibt es in den bisherigen Einsatzgebieten nicht. Offensichtlich ist man der Meinung, dass sich diese Bürgerkriegseinsatzorte der Bundeswehr im europäischen Kontext, im EU-Kontext bewegen können. Oder man trainiert für die USA. Ich weiß es nicht.

(Frau Dirlich, DIE LINKE, lacht)

Oder für Moskau. Das kann man gern sagen.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Ich sage es ausdrücklich: Wenn Sie sich die Rechtfertigung für diese Strategien anschauen und die entsprechenden Dokumente der Bundeswehr dazu lesen, dann geht daraus explizit hervor, dass sozial verursachte bürgerkriegsähnliche Zustände eine der typischen Einsatzsituationen für die Bundeswehr sein werden.

Dazu sage ich ausdrücklich: Ja, es macht mir Angst, dass wir hier eine Bundeswehr trainieren, die sich sehr wohl in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen, die sozial verursacht sind, einmisch.

(Herr Borgwardt, CDU: Sozial verursacht ist auch eine Unterstellung!)

Herr Erben, trotz der Unterschiedlichkeit, die es im Hinblick auf die NVA und die Zeit vor 1989 gibt - jawohl, die gibt es nach wie vor, zum Glück -, auch diese Dinge werden aufgeweicht. Sie wissen, dass es in Heiligendamm den Einsatz von Militär gegeben hat, der im Nachhinein ausdrücklich als grundgesetzwidrig eingestuft worden ist. Es kam zum Beispiel zum Überfliegen der Camps dort in knapper Höhe und Ähnliches. Das sind Dinge, die mir Angst machen. Und ich werde sie offen benennen, weil ich sie für eine politisch fatale Fehlentwicklung halte.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Erben (SPD):

Herr Kollege Gallert, dann ist es ja gut. Dann habe ich Sie gar nicht falsch verstanden mit dem, was Sie vor Wochen vorgetragen haben, und wir müssen uns nicht darüber streiten, ob die Presse Sie

vielleicht nicht richtig wiedergegeben hat. Damit sind die Sachen geklärt. - Danke.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Gut.

Präsident Herr Gürth:

Es gibt noch eine weitere und letzte Anfrage. Herr Abgeordneter Hoffmann, bitte.

Herr Hoffmann (DIE LINKE):

Herr Erben, ich habe vorhin, als der Minister geredet hat, überlegt, ob ich die folgende Äußerung anbringen sollte. Doch jetzt geben Sie mir dazu Gelegenheit; denn der Begriff, der gerade im Raum steht, ist der Anlass für das, was ich jetzt sage. Es ist eine Erwiderung, weniger eine Frage.

Gesagt ist gesagt - das haben Sie vorhin gesagt. Ich bin vor ziemlich genau zehn Jahren Zeuge eines Gespräches gewesen, bei dem ein nicht ganz unprominentes Mitglied der CDU die Bemerkung machte, dass man sich im Bund im Moment mit der Frage beschäftige, wie die Bevölkerung auf einschneidende sozialpolitische Maßnahmen reagieren werde, und dass man mit möglichen unruheartigen Zuständen rechne und überlege, ob man dafür eventuell die Bundeswehr gebrauchen könne.

(Unruhe bei der CDU)

Denken Sie einmal zurück an all das, worüber schon diskutiert wurde. Der Einsatz der Bundeswehr nach innen ist durch die eine oder andere Antragstellung auch auf der Bundesebene bereits Thema gewesen. Welche Einsatzcharakteristik dahinter steht, ist eine andere Frage.

Ich möchte nur sagen: Das war am Rande eines nicht politischen Gesprächs Thema, als eine sich mit wirtschaftlichen Fragen befassende Runde auseinanderlief; das wurde nebenbei formuliert. Aber ich hielt es für interessant. Die Frage, wie man mit einer solchen Situation umgeht, ist schon vor zehn Jahren zumindest in Erwägung gezogen worden.

(Herr Borgwardt, CDU: Wer war es denn? Was soll das denn?)

Wenn wir dann erleben, dass Schnögersburg eine gewisse Kubatur bietet, wo man sozusagen authentisch üben kann - in der Äußerung des Obersts fiel auch noch der Begriff Hasselbachplatz -, wie man sich dort verhält, dann kann man schon auf komische Gedanken kommen.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU - Unruhe)

Herr Erben (SPD):

Dann möchte auch ich mir das Recht herausnehmen, darauf zu erwidern: Wo die Bundes-

wehr was tun darf, ist im Grundgesetz zu entscheiden.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Und dort ist es entschieden. Ich kann zumindest für meine Partei sagen, dass wir es strikt ablehnen, dass die Möglichkeiten zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren erweitert werden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU - Unruhe bei der LINKEN)

Ich unterstelle niemandem im Militär, dass er bereit wäre, das Grundgesetz zu übertreten, um genau das zu tun, was Sie eben hier vorgetragen haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter Erben. - Als Nächster in der Debatte spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Wehrich.

Herr Wehrich (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da mir nur vier Minuten Redezeit zur Verfügung stehen, möchte ich mich auf die umweltpolitischen Aspekte des Vorhabens beschränken, wie sie aus der Antwort auf die Große Anfrage hervorgehen.

Vorab eine kurze Anmerkung zu dem, was Sie, Herr Minister Stahlknecht, zu den Biotopen auf Truppenübungsplätzen gesagt haben. Natürlich haben Sie grundsätzlich Recht: Auf Truppenübungsplätzen als großflächig ungenutzten Landschaften haben sich viele seltene und geschützte Tiere und Pflanzen angesiedelt. Aber wir reden bei diesem konkreten Fall über die Versiegelung von 650 ha Gelände, von 6,5 km².

(Herr Daldrup, CDU: Keine Versiegelung!)

Das ist dem Naturschutz nicht zuträglich. Auf dieser Fläche können sich keine geschützten Pflanzen und Tiere mehr ansiedeln. Diese Maßnahme führt zur Beeinträchtigung von Natura-2000-Gebieten.

(Zustimmung von Frau Lüddemann, GRÜNE - Herr Miesterfeldt, SPD: Also, bei mir kommen die Pflanzen sogar auf dem Gehweg! - Herr Gallert, DIE LINKE: Mannomann! - Unruhe bei der CDU)

- Diese Aussage kommentiere ich jetzt nicht. Das disqualifiziert Sie aber wirklich vollständig.

(Oh! bei der CDU)

Diese Maßnahme liegt mitten in einem FFH- und Vogelschutzgebiet. Die Regelungen zu diesen Gebieten schließen solche Baumaßnahmen aus. Sie schließen Beeinträchtigungen von Natura-2000-Ge-

bieten aus, die durch die Versiegelung der Fläche entstehen, und auch die Lärmemission und weiteren Emissionen, die von Schnöggersburg ausgehen, etwa von den - ich zitiere aus der Großen Anfrage - „nicht verlässlich zu prognostizierenden Flügen“.

Meine Damen und Herren! Jeder, der sich mit der FFH-Verträglichkeitsprüfung auskennt, der weiß, dass die hier dargestellte Vorgehensweise fehlerhaft ist, schon allein deswegen, weil die Kartierung des gesamten Gebietes noch nicht vorliegt. Ohne eine Kartierung des Gesamtgebietes können auch die Auswirkungen auf das gesamte Gebiet nicht abgeschätzt werden. Gerade die Auswirkungen auf das Gesamtgebiet sind aber der Maßstab der FFH-Verträglichkeitsprüfung.

Voraussetzung für eine Genehmigung eines solchen Vorhabens in einem europäischen Schutzgebiet ist auch, dass Standortalternativen geprüft werden, dass nachgewiesen wird, dass keine Standortalternative vorliegt.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Auch von diesem Fakt, der, wie gesagt, Genehmigungsvoraussetzung ist, findet sich kein Wort in der Antwort auf die Große Anfrage. Ich denke, es dürfte auch schwerfallen, den Nachweis zu erbringen, dass in ganz Deutschland keine Standortalternative vorliegt, um dieses Vorhaben durchzuführen, ohne zu Beeinträchtigungen der europäischen Schutzgebiete zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen spricht auch einiges dafür, dass das Vorhaben Europarecht widerspricht, weil nämlich das Schutzgebiet bisher noch nicht nach Landesrecht ausgewiesen wurde. Rein rechtlich gesehen ist damit das Vogelschutzgebiet als sogenanntes faktisches Vogelschutzgebiet zu qualifizieren. In einem sogenannten faktischen Vogelschutzgebiet ist jegliche Maßnahme unzulässig, die die Avifauna beeinträchtigt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Hierbei wirken sich auch die Versäumnisse der Landesregierung bei der Ausweisung von Natura-2000-Gebieten negativ aus.

Hinzu kommen mögliche Beeinträchtigungen von Fledermäusen. Auch hierfür gibt es spezielle Schutzregelungen. Dazu findet sich ebenfalls kein Wort in der Antwort auf die Große Anfrage.

Meine Damen und Herren! Auch die Bundeswehr muss sich an die Vorgaben der EU-FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie halten. Das hat das Oberverwaltungsgericht Magdeburg bereits im Jahr 2010 festgestellt. Aber offensichtlich ist das noch nicht wirklich durchgedrungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann hier ankündigen, dass meine Fraktion diese Vorgehensweise nicht so einfach hinnehmen wird. Das Land hat eine Verpflichtung übernommen, die Natura-2000-Gebiete zu schützen und zu entwickeln. Wir werden die Erfüllung dieser Verpflichtung notfalls auch mit einer Beschwerde in Brüssel einfordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema Wasser gibt es nur sehr nebulöse Aussagen. In der Antwort auf die Kleine Anfrage ist davon die Rede, dass Beeinträchtigungen weitestgehend ausgeschlossen werden. Ich denke, es ist notwendig, dass angesichts der Bedeutung dieses Gebietes für die Trinkwassergewinnung irgendwann einmal klargestellt wird, was das Wort weitestgehend zu bedeuten hat.

Von keinerlei Problembewusstsein getrübt ist auch die Antwort zum Verkehrsaufkommen. Zuerst heißt es, dass es nicht zu zusätzlichen Effekten kommen wird. Dann aber ist von einer Behelfslandebahn die Rede, die in Betrieb genommen werden soll; aber es soll keine zusätzlichen Schallemissionen geben. Meine Damen und Herren! Das ist wie hölzernes Eisen.

Präsident Herr Gürth:

Herr Kollege, ich muss Sie an Ihre Redezeit erinnern, die schon vorbei ist.

Herr Weihrich (GRÜNE):

Eine Schlussbemerkung. Meine Damen und Herren! Ich denke auch, dass die ganze Geheimniskrämerei zur Öffentlichkeitsbeteiligung an diesem Punkt nicht angemessen ist und die Landesregierung darauf hätte dringen müssen, dass die Bundeswehr die Öffentlichkeit über dieses Vorhaben umfassender informiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Die Antwort auf die Große Anfrage wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Daher, denke ich, wird die Diskussion sicherlich nicht die letzte sein. Ich kann jedenfalls konstatieren, dass sich meine Fraktion für eine zivile Nutzung der Heide einsetzt und für die Ausweisung eines Naturparks. Dazu muss zunächst der Heidekompromiss von 1997 umgesetzt werden. Das heißt, dass wir für eine Förderung des Naturschutzes - -

Präsident Herr Gürth:

Herr Kollege, allein die Intonation macht deutlich, dass es nicht ein Schlusssatz war. Es sind schon mehrere Sätze. Sie haben Ihre Redezeit erheblich überschritten. Es tut mir leid, aber es ist die Regel, dass ich Sie daran erinnern muss.

(Herr Kurze, CDU: Dann ist Schluss jetzt!)

Herr Weihrich (GRÜNE):

Wir treten für eine Förderung des Naturschutzes und für einen sanften Tourismus in diesem einzigartigen Gebiet ein. Schnöggersburg ist damit nicht vereinbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Als Nächster spricht in der Debatte - -

(Herr Borgwardt, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, ich hatte mich gemeldet!)

- Entschuldigung. - Es gibt eine Frage. Herr Weihrich, möchten Sie sie beantworten? - Herr Borgwardt, bitte.

Herr Borgwardt (CDU):

Unabhängig davon, ob jetzt der Standardsatz kommt, dass Sie damit die Gelegenheit erhalten, noch einmal zu reden, muss ich im Interesse der Wahrheitsfindung etwas fragen. Sie haben vorhin den Eindruck erweckt, dass dort 6 km² Beton auf der Erde liegen. Das ist falsch. Das wissen Sie auch. Sie haben in diesem Zusammenhang gesagt: Dort wird Fläche versiegelt und das sind 6 km².

Das ist genau der Grund, warum die anderen ein Problem mit Ihnen haben. Man kann gegen oder für einen solchen Truppenübungsplatz sein, aber man sollte nicht solche Unwahrheiten in die Welt setzen, deren Wahrheitsgehalt im Regelfall nur die Leute vor Ort kennen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Weihrich (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Borgwardt, es ist richtig, dass ich das nicht genau einschätzen kann, weil bisher niemand die Pläne kennt; denn sie werden geheim gehalten.

Herr Borgwardt (CDU):

Das kann doch nicht sein.

Herr Weihrich (GRÜNE):

Ich muss aber, selbst wenn nicht eine Fläche von 6 km² betoniert wird, davon ausgehen, dass mit Sicherheit eine Fläche von 6 km² dem Natura-2000-Gebiet entzogen wird, weil sich auf diesem Gebiet keine der Pflanzen und keines der Tiere ansiedeln kann, für die diese Gebiete ausgewiesen wurden. Insofern ist der Unterschied überhaupt nicht groß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Borgwardt (CDU):

Das ist doch richtig. Dann sagen Sie das doch auch so.

Herr Weihrich (GRÜNE):

Danke, dass ich das richtigstellen konnte.

Präsident Herr Gürth:

Weitere Anfragen gibt es nicht. - Dann fahren wir in der Debatte fort. Als Nächster spricht für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Geisthardt.

Herr Geisthardt (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht ganz unbekannt, dass in unserem Land jeder im Rahmen der geltenden Gesetze seine Meinung sagen darf. Das hat in diesem Fall auch DIE LINKE getan, auch wenn so einiges, was Herr Köck vorgetragen hat, durchaus ein bisschen grenzwertig war.

(Herr Lange, DIE LINKE: Was denn? Was meinen Sie denn?)

- Ich komme noch darauf. - Es gab im Pressespiegel einen Artikel aus dem „Magdeburger Sonntag“ vom 8. Dezember 2012, in dem Kollege Gallert darüber gesprochen hat, dass Schnöggersburg dazu diene, den Bürgerkrieg im eigenen Lande zu üben; denn wozu brauche man sonst eine U-Bahn-Station? Das ist schon thematisiert worden.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Das zwingt mich wirklich dazu, etwas zu sagen, was ich sonst an dieser Stelle wahrscheinlich nicht getan hätte. Ich habe nämlich Bürgerkrieg real erlebt. Ich habe Verwundungen und Tod, von Minen zerfetzte Menschen gesehen. Ich habe gesehen, wie Zivilisten, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit oder wegen ihres Glaubens massakriert worden sind, in Gräbern gelegen haben. Ich glaube nicht, dass Sie wissen, was Bürgerkrieg ist, sonst hätten Sie eine solche Aussage nicht getroffen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie in dieser Aussage - es tut mir leid, dass ich das sagen muss - Bürgerkriegsvorbereitung und Bundeswehr in einem Atemzug nennen, dann beleidigen Sie mich als Reservisten und die Bundeswehr insgesamt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Bürgerkriege gibt es in Syrien, im Niger, im Sudan zwischen Hutu und Tutsi, wo Millionen Menschen abgeschlachtet wurden. Wenn Sie das anders gemeint haben, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dies korrigieren würden. Das wäre schön. Oder muss ich mich auf den alten Hamlet zurückziehen und mit Polonius sagen: „Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode“?

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die CDU - das bezieht sich auf das, was der Kollege Hoffmann gefragt hat - steht eindeutig - das muss ich nicht extra wiederholen - auf der Basis des Grundgesetzes. Es wird auch kein Bundeswehrangehöriger dahergehen und wird das Grundgesetz verletzen wollen, zumindest nicht wissentlich. Und wo es passieren kann, da wird ihm die Sache auf eine rechtsstaatliche Art und Weise um die Ohren fliegen, wie es besser nicht geht.

Meine Damen und Herren! Die Bedrohungsszenarien heute sind etwas anders als im Kalten Krieg. Damals gab es diese Vorstellung von den Panzerschlachten in der Rheinischen Tiefebene. Das ist heute anders. Heute gelten andere Szenarien: Guerillakampf, Terrorismus, asymmetrische Kriegsführung, Missachtung von internationalen Schutzzeichen. Was meinen Sie denn, warum in Afghanistan das Rote Kreuz überpinselt wird? Weil es als Zielmarkierung genommen wird.

Auf diese Umstände müssen wir unsere Soldaten vorbereiten. Dazu darf ich einmal Frau Undine Kurth zitieren. Sie hat in der Rede im Bundestag am 8. Dezember 2012 zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE „Ausbau des Truppenübungsplatzes Altmark sofort stoppen“ erklärt:

„Wer sich zur internationalen Schutzverantwortung und Krisenprävention bekennt, der anerkennt auch, dass Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht unvorbereitet in Krisengebiete entsandt werden können.“

(Zustimmung bei der CDU -Herr Borgwardt, CDU: Richtig!)

„Es ist eine gute und professionelle Ausbildung nötig. Daher ist es auch folgerichtig, dass die Bundeswehr auf ihren Standorten bestmögliche Ausbildungsvoraussetzungen schafft.“

(Zustimmung bei der CDU - Herr Borgwardt, CDU: Recht hat sie, ausnahmsweise!)

Meine Damen und Herren! Deutschland und deutsche Soldaten werden nicht abseits stehen können, wenn es um den Erhalt oder die Schaffung von Frieden durch völkerrechtliche Mandate geht. Der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski hat am 28. November 2012 gesagt:

„Ich bin wahrscheinlich der erste polnische Außenminister in der Geschichte, der das sagt, aber hier ist es: Ich habe weniger Angst vor deutscher Macht, als ich anfangs, mich vor deutscher Inaktivität zu fürchten.“

Das hat er zwar auf die Eurokrise gemünzt, das gilt aber gleichermaßen für den militärischen Bereich im Rahmen internationaler Abkommen und Verträge.

(Zurufe von und Unruhe bei der LINKEN)

- Das gefällt Ihnen nicht, was? - Zur wirtschaftlichen Bedeutung des Truppenübungsplatzes unter Einbindung des Umlandes hat Herr Stahlknecht einige Ausführungen gemacht. Ich kann mich nicht entsinnen, dass eine große Menge an Bürgern aus den Umlandgemeinden hingekommen ist, als diese sogenannte Antikriegsdemonstration dort lief, um die Demonstranten dort zu unterstützen. Frau Kurth hat das in der Bundestagsdebatte deutlich angesprochen:

„DIE LINKE spricht davon, dass die Mehrheit der Anwohnerinnen und Anwohner gegen dieses Projekt“

- also Schnögersburg -

„sei. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache. Keine der betroffenen Gemeinden hat dem Vorhaben widersprochen. Es wäre mir anders lieber, aber wir sollten hier bei der Wahrheit bleiben.“

Es wird mit Sicherheit auch keine Erhöhung des Übungsbetriebes geben, weil bereits jetzt die Kapazität voll ausgelastet ist. Vielleicht erinnern Sie sich gelegentlich daran, wie es früher bei der Sowjetarmee war: die endlosen Kolonnen, die kaputte Straßen hinterlassen haben, die eine hochmunitionsbelastete Heide hinterlassen haben. Von den Umweltfreveln will ich erst gar nicht reden, die mit einem Riesenaufwand behoben werden mussten. Mittlerweile sind dafür fast 1 Milliarde € ausgegeben worden. Aber darüber möchte ich erst gar nicht reden.

Sie wissen auch, dass alle Fraktionen vom Landeskommmando eingeladen worden sind, sich vor Ort ein Bild zu machen. Wem Vorurteile nicht den Blick verdunkeln, der wird die Unterschiede zwischen der DDR-Zeit und der heutigen Zeit wahrscheinlich deutlich sehen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir sind uns, denke ich, hier im Hohen Hause einig, dass es nichts Wichtigeres gibt als den Erhalt des Friedens. Bert Brecht wird der schöne Satz zugeschrieben: „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“. Meistens wird an dieser Stelle abgebrochen, natürlich ganz unabsichtlich; denn es folgt ein anderer Satz: „Dann kommt der Krieg zu euch.“

Damit der Krieg, in welcher Gestalt auch immer, nicht zu uns kommt, damit der Frieden erhalten oder als Ultima Ratio auch erzwungen werden kann - darum müssen auch Soldaten üben, damit sie ihren Auftrag von der Politik - wir sind eine Parlamentsarmee - mit geringster Gefährdung erfüllen können.

Ein unbewaffneter Friede - das wäre auch mein Wunsch, und das wäre der Wunsch aller Soldaten, gleich welche Uniform sie tragen. Aber die Wirk-

lichkeit in der Welt sieht noch ein bisschen anders aus.

Ich möchte zum Schluss noch einmal Frau Kurth zitieren:

„Es bleiben ... große Zweifel, ob Sie“

- DIE LINKE -

„wirklich an einer Problemlösung interessiert sind, oder ob es Ihnen nicht eher darum geht, auf billigen Stimmenfang zu gehen. Konstruktiv ist Ihr Vorgehen jedenfalls nicht. - Leider. Sie hatten Ihre Chance, die zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide zu sichern, Sie haben sie nicht genutzt.“

Dem kann ich nichts hinzufügen. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke, Herr Abgeordneter Geisthardt. Es gibt zwei Fragen. Möchten Sie diese beantworten?

Herr Geisthardt (CDU):

Gern.

Präsident Herr Gürth:

Dann zunächst Herr Abgeordneter Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Noch einmal, Herr Geisthardt. Wissen Sie, dass ich die Vermutung geäußert habe, dass die Bundeswehr für einen Bürgerkriegseinsatz trainiert wird, kann bei Ihnen die Empörung auslösen. Ich sage Ihnen einmal: Wenige Tage nach dieser Pressekonferenz gab es überall überregionale Zeitungsmeldungen, dass in der Nähe von Havelberg, meiner alten Heimatstadt, die Bundeswehr eine groß angelegte Übung für eine Bürgerkriegssituation durchgeführt hat, um Evakuierungen vorzunehmen. Ja, sie trainieren für die Situation eines Bürgerkrieges. Das sind Pressemeldungen der Bundeswehr, die das enthalten.

Dazu sage ich noch einmal ausdrücklich: Das kann bei Ihnen dann dazu führen, mir Wahnsinn zu unterstellen. Trotz alldem ist das etwas, das nicht von mir kommt, sondern von der Bundeswehr selbst argumentiert wird.

Herr Geisthardt (CDU):

Lieber Kollege Gallert, ich bin sehr, sehr weit davon entfernt, Ihnen Wahnsinn zu unterstellen.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Sie haben es eben getan.

(Herr Borgwardt, CDU: Nein, eben nicht!)

Herr Geisthardt (CDU):

Na ja, das mag Ihre persönliche Wahrnehmung sein. Ich erkläre öffentlich: Ich halte Sie nicht für wahnsinnig.

(Heiterkeit bei der CDU)

Diese Evakuierungsübungen, wollen Sie die in Afghanistan durchführen, wollen Sie die in Frankreich durchführen? Wen wollen Sie denn nehmen? Man hat dort Leute ausgesucht, man hat Soldaten dafür genommen, um dort zivile Evakuierungen zu üben.

Es gibt durchaus Gelegenheiten, für die man so etwas üben muss. Sie kennen doch das Problem - ich brauche nur Entebbe zu nennen -, dass Botschaften besetzt werden oder dass es in einem urbanen Umfeld dazu kommt, dass Geiseln genommen werden. Um solche Dinge geht es dabei. Wo wollen Sie das üben? Das können Sie nur hier bei uns mit den Leuten, die Ihnen zur Verfügung stehen, üben. Oder wollen Sie irgendwelche Leute aus Afghanistan oder aus Tadschikistan einfliegen, die dann für sie die Spielpuppen bilden?

(Herr Lange, DIE LINKE: Das war doch gar nicht das Problem!)

Herr Gallert (DIE LINKE):

Es geht darum, dass die Bundeswehr Bürgerkriegssituationen trainiert.

(Unruhe bei der LINKEN)

Herr Geisthardt (CDU):

Die Bundeswehr trainiert keine Bürgerkriegssituation für das Inland. Das sage ich Ihnen hier noch einmal ganz eindeutig und offen, sondern es geht einfach darum, dass man sich auf Situationen vorbereiten muss, wo in einem Bürgerkriegsgebiet Leute evakuiert werden müssen.

(Herr Borgwardt, CDU: Das wissen Sie doch!)

Aber das sind Dinge, die muss ich Ihnen nicht erklären. Das wissen Sie ganz genau.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Es gibt zwei weitere Fragen. Zunächst der Abgeordnete Herr Wagner.

Herr Wagner (DIE LINKE):

Herr Geisthardt, noch einmal zu Ihrer Vermutung, dass unsere politische Positionierung in Friedensfragen billiger Stimmenfang sei. Nun haben Sie ausgeführt, dass nach Ihrem Befinden die Zustimmung zu den Antikriegsprotesten in der Colbitz-Letzlinger Heide in der Bevölkerung nur sehr gering war. Ich selbst war in diesem Antikriegscamp und in Letzlingen. Mein Eindruck war ein anderer.

Aber wenn es Ihre Wahrnehmung ist, dass aus der Breite der Bevölkerung der Zuspruch zur Antikriegspolitik gar nicht vorhanden ist, wie ist das dann in Übereinstimmung zu bringen mit Ihrer Aussage, unsere friedenspolitische Positionierung sei lediglich billiger Stimmenfang?

Herr Geisthardt (CDU):

Lieber Kollege Wagner, ich habe mir erlaubt, aus dem Protokoll der Bundestagsplenarsitzung zu zitieren, und zwar die Kollegin Undine Kurth. Sie ist nun offensichtlich nicht Mitglied der CDU-Fraktion, sondern der Fraktion der GRÜNEN.

(Zurufe von der LINKEN)

Wenn Frau Kurth das so sagt, dann habe ich an dieser Stelle keinen Grund, ihr zu widersprechen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Es gibt eine weitere Anfrage, eine Wortmeldung vom Abgeordneten Herrn Tögel. Bitte.

(Herr Tögel, SPD: Hat sich erledigt!)

- Hat sich erledigt. - Vielen Dank. Weitere Anfragen gibt es nicht. Dann fahren wir fort. Zum Schluss der Debatte hat noch einmal Herr Abgeordneter Dr. Köck das Wort.

Zuvor dürfen wir noch Schülerinnen und Schüler des Dr.-Franck-Gymnasiums in Staßfurt begrüßen. Das ist die zweite Gruppe heute bei uns im Hause. Herzlich Willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Grundgesetz ist kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von überhaupt keiner Armee ausgegangen. Es wurde das erste Mal geändert, um die Bildung der Bundeswehr zu ermöglichen. Die 60 Veränderungen, die es in seiner Geschichte erfahren hat - das ist relativ wenig -, standen zu einem überwiegenden Teil im Zusammenhang mit der Ermöglichung einer stärkeren militärischen Beteiligung an den verschiedensten Aufgaben, Notstandsgesetzgebung.

Herr Geisthardt, in der Antwort auf die Kleine Anfrage hat die Bundesregierung gesagt, zu den Aufgaben im Inneren könnten gehören: Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, zum Schutz kritischer Infrastruktur - das ist schon die Eisenbahnlinie - und bei innerem Notstand. Also ist es vorstellbar,

(Zuruf von der CDU: Was?)

dass die Bundeswehr herangezogen werden kann.

(Zurufe von der CDU - Unruhe bei der LINKEN)

Es ist eine Parlamentsarmee - jawohl, das ist richtig. Aber wir merken doch, wie hoch die Parlamentshürden am Anfang waren und wie stark die Hemmschwelle sinkt, zu einem neuen Einsatz ja zu sagen.

Man erinnere sich an Verteidigungsminister Rudolf Scharping, wie er damals dazu gekommen ist, im Bundestag zu sagen: Wir müssen im Kosovo einsteigen. Wenn später die Historiker nachprüfen, ob der Anlass das tatsächlich wert war, dann stellt sich oftmals heraus, dass es nicht so war. Ich möchte dazu jetzt keine Parallelen ziehen.

Ich kann mir schon vorstellen, dass die Welt frei von Kriegen wäre. Ich habe gelesen, dass von 3 500 Jahren menschlicher Geschichte nur 280 Jahre ohne Krieg auf dieser Erde waren.

Wir haben weiß Gott andere Aufgaben. Wir haben die Aufgabe, die Mittel, die überall auf der Welt in das Militär gesteckt werden, für den Klimaschutz oder für die Behebung des sozialen Notstands überall einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man dann noch weiß, dass die Verteidigung erforderlich sei soll, wenn sozial motivierte Unruhen in einer Megacity der dritten Welt ausbrechen,

(Herr Leimbach, CDU: Wo haben Sie denn das wieder her?)

dann kann ich das beim besten Willen nicht mit dem Verteidigungsbedürfnis der Bundesrepublik vereinbaren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Eine Dreiviertelmilliarde ist bisher in dem Gefechtsübungszentrum verbaut worden. 100 Millionen € sollen noch folgen. Der laufende Betrieb kostet jede Menge Geld. All das fehlt, um die wahren Probleme dieser Erde zu lösen.

Noch ein letztes Wort; dann schließe ich: Die ökologischen Dinge können wir erst beurteilen, wenn wir den Bescheid des Landesverwaltungsamts in den Händen halten. Darin sind die Nebenbestimmungen enthalten, die die Bundeswehr erfüllen muss, damit es genehmigt werden kann. Der Bescheid des Landesverwaltungsamts ist ein Akt einer Behörde unseres Landes. Auf diesen haben wir Zugriff. Den möchten wir im Ausschuss sehen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter Dr. Köck. - Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung

Truppenübungsplätze in Sachsen-Anhalt rückbauen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1668 neu**

Für die Einbringerin erteile ich dem Abgeordneten Herrn Dr. Thiel das Wort.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor 41 Jahren veröffentlichte John Lennon mit „Imagine“ ein Lied, das von den Sehnsüchten der Menschen nach einem Leben in Frieden erzählt. Er schrieb, dass es nichts gebe, wofür man morden oder sterben müsste, keinen Grund für Gier oder Hunger. Im Text heißt es weiter - ich zitiere -:

„Du darfst ruhig sagen, ich bin ein Träumer, aber ich bin nicht der Einzige. Ich hoffe, du wirst dich eines Tages uns anschließen und die Welt wird eins sein“.

Warum dieser poetische Beginn? - Weil in den vielen Debatten zum Thema Frieden die resignierenden Worte gebraucht werden - wir haben es heute schon einmal gehört -: Die Welt ist nun einmal so, wie sie ist.

(Herr Rosmeisl, CDU: Ist sie anders?)

Deshalb bedarf es auch des militärischen Einsatzes, um den Frieden zu sichern. - Meine Damen und Herren! Die Welt ist eben nicht so, wie sie ist. Sie wird täglich durch Menschen beeinflusst und verändert, also durch das Handeln von Politik.

(Starker Beifall bei der LINKEN)

Deshalb halten wir eine Welt für möglich, in der Konflikte grundsätzlich friedlich und mit zivilen Mitteln beseitigt werden.

In diesen Tagen ist der Europäischen Union der Friedensnobelpreis verliehen worden, eine nachfragewürdige Entscheidung. Wohl ist wahr, dass die EU-Mitglieder in den letzten 60 Jahren keinen Krieg gegeneinander geführt haben, aber EU-Länder waren an vielen Kriegseinsätzen außerhalb ihres Territoriums beteiligt.

(Herr Kolze, CDU: Humanitär!)

Länder der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, zählen zu den weltweit Größten, die für Rüstungsexporte verantwortlich zeichnen. Denken wir nur an die Debatten um Exporte nach Saudi-Arabien, dessen Regime bei der Unterdrückung demokratischer Bewegungen in den Nachbarstaaten eine unrühmliche Rolle spielte.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr General Wieker sagte im September 2012 bei einem Par-

lamentarischen Abend einer Rüstungsfirma, der Firma Rheinmetall, die übrigens auch das Gefechtsübungszentrum in der Altmark betreibt - ich zitiere -:

„Es sind die Entwicklungen in der arabischen Welt, deren Bezeichnung als ‚Frühling‘ mir schon deswegen nicht behagt, weil ich nicht weiß, ob darauf ein Sommer folgt und welche Frucht die Ernte eintragen wird.“

(Herr Geisthardt, CDU: Das sieht man ja auch!)

General Wieker beschreibt mit diesem Satz sehr treffend die Situation der Militärs. Es ist eben nicht ihre Aufgabe, eine politische Lageeinschätzung vorzunehmen und die Entwicklungen in anderen Ländern zu analysieren. Das ist nicht ihr Auftrag. Das ist die Verantwortung der Politik.

Deswegen sage ich es an dieser Stelle ganz deutlich, Herr Geisthardt, Herr Erben und andere: Unsere Argumentation in dieser Diskussion richtet sich nicht gegen die Bundeswehr, sondern gegen die politischen Marschbefehle, mit denen sie versehen wird.

(Starker Beifall bei der LINKEN)

Jeder von uns weiß um die elementare Erkenntnis: Das erste Opfer eines Krieges oder einer militärischen Auseinandersetzung ist die Wahrheit über seine Ursachen.

Das sehen wir gerade wieder bei den Debatten über den Einsatz von Patriot-Raketen in der Türkei. Die Nato müsse die Türkei vor möglichen Angriffen aus Syrien schützen. Aber Syrien ist der Türkei militärisch klar unterlegen. Genauso war es beim Irak-Krieg, genauso war es in Afghanistan.

(Herr Scharf, CDU: Wie war es im Kosovo, wo Sie nicht zugestimmt haben? Sie haben sich entzogen, Völkermord zu beenden! Sagen Sie es doch! - Zustimmung bei der CDU)

Von vornherein war ersichtlich, militärisch lassen sich diese Konflikte nicht lösen. Tausende von Toten sind die Bilanz.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

In Afghanistan sind 54 deutsche Soldaten ums Leben gekommen; jeder ist einer zu viel gewesen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

In der Zwischenzeit beginnt der Rückzug, ohne dass die Konflikte prinzipiell worden gelöst sind. Von den Milliarden, die allein in Afghanistan im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert worden sind, hätte ein Bruchteil dem Land geholfen, seine eigentlichen Probleme zu lösen.

Für DIE LINKE ist nicht die militärische die Ultima Ratio, die letzte Möglichkeit. Hätten Rüstungsexporte in sich entwickelnde Krisengebiete nicht statt-

gefunden oder es kein politisches Wohlwollen zugunsten von Öl- oder Rohstofflieferungen gegeben, hätte sich mancher potenzielle Krisenherd mit friedlichen Mitteln beseitigen lassen.

(Starker Beifall bei der LINKEN)

Es erhebt sich die Frage, ob das politisch auch so gewollt war oder nicht.

Meine Damen und Herren! Die realen Kriege von heute werden oftmals nicht mit militärischen Operationen geführt, sondern an den Computertischen der Finanzmärkte. Die Auswirkungen, egal ob durch Ratingoptionen, Spekulationen auf Kursanstiege oder in Form von Preisexplosionen, sind vielfach verheerender, weil sie Menschen unmittelbar betreffen.

In den Leitgedanken zur Bundeswehrreform „Soldat sein heute“ heißt es unter anderem - ich zitiere -:

„In der Bundeswehr haben unverändert ältere Kameraden und Vorgesetzte ihren Platz, die noch zu Zeiten des Kalten Krieges in die Bundeswehr eingetreten sind. Viele von ihnen wurden noch im Geiste des Diktums 'Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen' sozialisiert und nicht alle konnten inzwischen Erfahrungen im Auslandseinsatz sammeln.“

Dieses Diktum, „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“, soll nun offenbar fallen gelassen und ersetzt werden durch den Slogan: „einsatzbereit, jederzeit, weltweit“. Der bereits genannte Generalinspekteur der Bundeswehr Wieker sagte dazu vor einigen Wochen - ich zitiere -:

„Wir bereiten uns auf Konfliktformen, nicht auf Konflikte vor. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Operationen niedriger bis mittlerer Intensität außerhalb des Bündnisgebietes unter asymmetrischer Bedrohung, aber eben auch unter Wahrung hinreichender Flexibilität, um in anderen Konfliktformen handlungsfähig zu sein.“

Den eigentlichen Auftrag hat Verteidigungsminister de Maizière im Mai 2011 mit solchen Äußerungen deutlich gemacht wie: Erstens.

„Die Sicherheit Deutschlands ist heute nicht mehr geografisch zu begrenzen.“

Zweitens.

„Neue Bedrohungen machen vor nationalen Grenzen nicht mehr Halt: Machtverschiebungen zwischen Staaten und der Aufstieg neuer Regionalmächte, fragile oder zerfallene Staaten, internationaler Terrorismus, kriminelle Netzwerke und Strukturen organisierter Kriminalität kennzeichnen die Risiken.“

Drittens.

„Wir haben eine störanfällige Informationstechnologie. Selbst Straßen, Wasserwege, Stromnetze und globale Vernetzung werden vor diesem Hintergrund zur kritischen Infrastruktur.“

Viertens.

„Unsere Interessen und unser Platz in der Welt werden wesentlich von unserer Rolle als Exportnation und Hochtechnologieland in der Mitte Europas bestimmt. Daraus folgt, wir haben ein nationales Interesse am Zugang zu Lande, zu Wasser und in der Luft.“

So weit Verteidigungsminister de Maizière.

Unsere Interessen und unser Platz in der Welt sollen also militärisch mit zweimal 10 000 im Dauereinsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten abgesichert werden. Dem dient der Ausbau der Truppenübungsplätze in Sachsen-Anhalt.

Die Frage ist doch, ob es in einer so komplexen Welt überhaupt möglich ist, solche Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen. Das ist die entscheidende Frage, der wir uns hier zu stellen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich betone es immer wieder gern, auch wenn Sie es nicht hören wollen: Im Unterschied zu anderen halten wir eine Welt für möglich, in der Konflikte friedlich und mit zivilen Mitteln ausgetragen werden. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Ursachen gewaltträchtiger Konflikte endlich energisch angegangen werden. Frieden verlangt nach einer Welt, in der es gerecht zugeht, in der allen der Zugang zu Nahrung, Wasser, Arbeit, Bildung und Gesundheit ermöglicht wird und in der über alle grundlegenden Menschenrechte verfügt werden kann. Das sollte Deutschlands wirklichen Interessen entsprechen und seinen Platz in der Welt bestimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb wird es Sie nicht verwundern, dass wir gegen den Ausbau der Truppenübungsplätze sind, die diesem Ziel widersprechen.

Zum Vorhaben Schnöggersburg hat mein Kollege Herr Dr. Köck alles Wichtige gesagt.

Das andere Vorhaben, gegen das wir uns wenden, ist der Ausbau eines Schießplatzes im Droyßiger-Forst im Burgenlandkreis. Für 10 Millionen € soll der Schießplatz so ertüchtigt werden, dass er im Bereich eines Naherholungs- und FFH-Gebietes mit einer maximalen Nutzungsfrequenz von 28 800 Schuss am Tag, 3 600 Schuss pro Stunde und 9 600 Schuss in der Nacht betrieben werden kann. Für die Ausbildung von 1 300 Soldatinnen und Soldaten aus Thüringen und Sachsen-Anhalt sollen 7 000 m² Wald gerodet werden.

Interessanterweise begannen die Planungen für diesen Schießplatz lange vor der Strukturreform im Jahr 2011, also vor den Entscheidungen über den Abbau von Kapazitäten bei der Bundeswehr, und in der gleichen Art und Weise wie in der Altmark: klammheimlich, an der Öffentlichkeit vorbei.

Nach Bekanntwerden der Pläne hat sich die Bürgerinitiative „Kein Schuss im Zeitzer Forst“ gegründet, die das Vorhaben mit der Begründung der Lärmbelästigung, der Gefährdung der Bürger, der Eingriffe in die Natur und der nicht vollständigen touristischen Nutzbarkeit des Forstes verhindern möchte. Das Vorhaben der Bürgerinitiative und die traditionellen Ostermärsche unter Leitung des ehemaligen Oberbürgermeisters der Stadt Zeitz Dieter Kmietzcyk haben eine breite Resonanz unter den Anwohnern der umliegenden Ortschaften gefunden.

Das zwang auch den Landrat des Burgenlandkreises, eine erteilte Genehmigung auf Eis zu legen und ein neues Schallschutzgutachten zu fordern. Bisher hat sich jedoch nichts bewegt, so dass die Bürgerinitiative von einer Hinhaltetaktik spricht.

In den Begründungen der Bundeswehr für die Notwendigkeit dieses Standortschießplatzes heißt es stereotyp: Ausbildung für den Afghanistan-Einsatz. - Ein möglicher Bau könnte aber erst im Jahr 2013 fertig werden. Bis zum Jahr 2014 soll der Abzug der Bundeswehr bereits abgeschlossen sein. Dafür will man 10 Millionen € ausgeben? - Ein mehr als fragliches Vorhaben.

Gerade deshalb sprechen wir uns dafür aus, mehr Transparenz und Offenheit bei Vorhaben der Bundeswehr an den Tag zu legen und die kommunale Gestaltungshoheit zu wahren. Natürlich übersehen wir nicht, dass gerade im Bereich des Gefechtsübungszentrums Altmark durch die Vermischung von privaten und hoheitlichen Aufgaben Beschäftigung entstanden ist, die eine entsprechende Wirtschaftskraft hat. Von „Arbeitsplätzen“ möchte ich in diesem Zusammenhang aber nicht sprechen.

Gerade bei Fragen einer möglichen Konversion oder einer Nachnutzung ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger der anliegenden Kommunen und die betroffenen Beschäftigten zu beteiligen. Die Bundeswehr - das haben wir in diesem Haus schon einmal festgestellt - ist auf Dauer kein nachhaltiger Faktor für regionale Entwicklungen. Wenn also die Wirtschaftskraft von Kommunen im Forst steigen soll, dann auf jeden Fall nicht durch die Produktion leerer Patronenhülsen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Krieg ist leider wieder zum Mittel der Politik geworden und an den Kriegen und an der Aufrüstung wird verdient. Wer Kriege verhindern oder erschweren will, der sollte fordern, dass Waffenexporte nicht nur

verboten werden, sondern auch wirklich nicht stattfinden,

(Starker Beifall bei der LINKEN)

und dass die Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführt wird. Kriege haben immer mehrere Seiten. Rüstung tötet eigentlich bereits im Frieden.

Ein Bruchteil der 1 700 Milliarden Dollar, die für die weltweite Aufrüstung eingesetzt werden, würde ausreichen, um in vielen Teilen der Welt eine Grundbildung und den Zugang zu sauberem Wasser sicherzustellen. Wir könnten verhindern, dass Menschen verhungern. Die Welt ist heute so reich, dass Armut nicht nötig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aussetzung der Wehrpflicht war Ergebnis anderer Aufgaben, einer anderen Zielsetzung und einer anderen Einsatzplanung der Bundeswehr. Die Bundeswehr soll fit gemacht werden für weltweite Militäreinsätze. Das geht mit Berufssoldaten besser als mit Wehrpflichtigen.

Im Leitspruch der Division Spezialkräfte heißt es - ich bringe das Zitat noch einmal, das ich vorhin bereits benutzt habe -: „einsatzbereit, jederzeit, weltweit“. Das ist die De-Maizièrè-Linie für die Bundeswehr.

Es heißt auch immer zur Begründung von Militäreinsätzen, sie seien die Ultima Ratio, das letzte Mittel, die letzte Vernunft. Wir erleben aber in der Politik, dass das letzte Mittel Militär immer mehr zum nächstliegenden Mittel wird. Die herrschende politische Logik hat Krieg und deutsche Kriegsbeteiligung wieder möglich gemacht.

(Widerspruch von Herrn Schröder, CDU)

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag den Stopp des Ausbaus der Truppenübungsplätze und Alternativen im Bereich der Konversion unter umfassender Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Regionen.

Für uns bleibt die Bundeswehr eine Verteidigungsarmee, entsprechend dem Grundgesetz. Das bedeutet - wie mein Kollege Harry Czeke in einem Interview treffend formuliert hat - „nicht, dass sie mit Lendenschurz und Plastikschwert kämpfen soll“. Aber den mit der Bundeswehrreform angestoßenen Aufrüstungsprozess gilt es zu stoppen. Deutschland soll sein politisches und wirtschaftliches Gewicht ausschließlich zivil einsetzen. Deshalb werbe ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Thiel. Möchten Sie eine Anfrage beantworten?

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Selbstverständlich.

Präsident Herr Gürth:

Herr Kollege Miesterfeldt, bitte.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Lieber Kollege Thiel, nachdem die Kollegin Bull heute hinterfragt hat, warum meine Fraktionsvorsitzende nicht genug für Ostdeutschland übrig habe, möchte ich Sie etwas fragen. Sie haben zu Anfang Ihrer Rede ein Beatles-Lied zitiert. Sie haben es nach meiner Rückrechnung 1971 gesungen. Ich bin 1972 auf einem Wehrkreiskommando in Dresden gemustert worden. Mir gegenüber saßen Genossen der SED, unter anderem mein Staatsbürgerkundelehrer. Was, glauben Sie, hätten die mir geantwortet, wenn ich dieses Beatles-Lied zitiert hätte?

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Lieber Herr Miesterfeldt, sie hätten Ihnen sicherlich die Frage gestellt: Warum sind Sie nicht bereit, den Sozialismus mit militärischen Mitteln zu verteidigen?

(Herr Kolze, CDU: Nein, er wäre eingesperrt worden!)

- Das ist die Frage, Herr Kolze, ob man wegen solcher Äußerungen gleich eingesperrt werden konnte.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie wissen, es gab in der DDR Bausoldaten. Soldaten konnten sich also aus Gewissensgründen verpflichten, nicht an der Waffe zu dienen.

(Frau Budde, SPD: Denen ging es richtig gut!)

Als das Thema „Schwerter zu Pflugscharen“ aufkam, hat es entscheidende Änderungen im Bewusstsein vieler gegeben - auch bei mir selber. Das gebe ich ganz offen zu. Ich habe dann gemerkt, dass man dem Weltfrieden mit militärischen Mitteln am Ende nicht weiterhelfen kann.

Als 1989/90 die Wende herbeigeführt wurde und die DDR der Bundesrepublik Deutschland beitrat, gab es eine breite Bewegung, die sagte: Wir wollen in diesem Teil Deutschlands keine Armeen mehr, keine Rüstung mehr. Wir wollen keine Militarisierung des öffentlichen Lebens mehr haben. Deswegen gab es am Anfang der 90er-Jahre breite Zustimmung zu der Aussage: Das Militär soll raus aus der Colbitz-Letzlinger Heide und auch aus dem Zeitzer Forst.

Hier hat sich also ein Denken entwickelt, das mich veranlasst zu sagen: Der Gedanke von John Lennon ist heute aktueller denn je.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. Es gibt noch eine weitere Wortmeldung. Möchten Sie auch die beantworten?

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Ja.

Präsident Herr Gürth:

Herr Abgeordneter Harms, bitte.

Herr Harms (CDU):

Herr Dr. Thiel, uns eint - nicht nur in der Adventszeit - der tiefe Wunsch nach Frieden. Uns eint auch eine gemeinsame Vergangenheit, die für den einen oder anderen durchaus mit Erfahrungen verbunden war, die es heute schwermachen, manche Positionen zu verstehen.

Ich möchte aber eine Frage stellen: Können Sie sich noch daran erinnern, wie viel ein einzelner Soldat damals in der DDR als Mensch wert war?

(Zuruf von der LINKEN: Genauso viel wie heute!)

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Eigentlich genauso viel wie heute. Ich war Unteroffizier der Nationalen Volksarmee. Ich habe mich nicht als Mensch zweiter Klasse gefühlt.

Herr Harms (CDU):

Ich habe mich als Mensch zweiter Klasse gefühlt. Das darf ich Ihnen sagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Dann haben wir unterschiedliche Lebensläufe hinter uns, sicher.

Präsident Herr Gürth:

Es gab noch eine weitere Anfrage, aus Ihrer eigenen Fraktion. Möchten Sie auch die beantworten?
- Herr Abgeordneter Krause.

(Herr Borgwardt, CDU: Genosse Hauptmann!)

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE):

Herr Thiel, die Frage von Herrn Miesterfeldt suggeriert doch eigentlich, dass sich Herr Miesterfeldt in dieser seit 1990 neu gewachsenen Gesellschaft

von seiner ursprünglichen Position verabschiedet hat.

(Lachen bei der CDU und bei der SPD)

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Lieber Kollege Krause, es würde mir jetzt sehr schwerfallen, mir sozusagen im Dialog mit Ihnen ein Werturteil über einen dritten Kollegen zu erlauben. - Ich glaube, dass das nicht der Fall ist. Es ist bereits von allen Kollegen hier gesagt worden, dass die Sehnsucht nach Frieden, nach einer friedlichen Welt allen immanent ist. Aber bei manchen kommt danach ein Komma und der Satz: Aber die Welt ist halt, wie sie ist.

(Zuruf von der CDU: Wie ist sie denn, Herr Thiel?)

Da sagen wir: Sie muss verändert werden. Es gibt Möglichkeiten grundsätzlicher Art, Konflikte mit zivilen Mitteln zu lösen. - Aber das wird von einem Teil der Kollegen leider nicht akzeptiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Damit ist die Debatte eröffnet. Die Landesregierung verzichtet unter Hinweis auf ihre Positionierung beim vorherigen Tagesordnungspunkt auf eine Stellungnahme. Für die Fraktion der SPD spricht Herr Abgeordneter Erben.

Herr Erben (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gemeinsame Behandlung des Antrags der LINKEN mit der Beantwortung der Großen Anfrage zum Gefechtsübungszentrum Altmark bietet mir die Gelegenheit, mich jetzt weitgehend auf das zu beschränken, was den Zeitzer Forst betrifft.

Auch die Notwendigkeit des dortigen Standortübungsplatzes wird ja von der Antragstellerin angezweifelt. Ich will mir jetzt ersparen, mich im Einzelnen mit den „friedenspolitischen, umweltpolitischen, sozialen und demokratischen Gründen“ auseinanderzusetzen, die die LINKEN umtreiben.

Bevor ich jedoch die Position meiner Fraktion zum Thema der militärischen Nutzung des Zeitzer Forstes darlege, möchte ich schon darauf hinweisen, dass ich es wichtig finde, dass man auch gegen eine militärische Nutzung des Zeitzer Forstes oder der Colbitz-Letzlinger Heide sein kann, dass wir darüber diskutieren dürfen und dafür keine Nachteile fürchten müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Doch zum Zeitzer Forst als solchem: Die Bundeswehreinheiten in Weißenfels und Gera benötigen eine standortnahe Übungsmöglichkeit. Dazu ist der Standortübungsplatz geeignet. Wir benötigen beide Bundeswehrstandorte, in Gera und in Weißenfels.

Beide Standorte sind nämlich nicht nur Wirtschaftsfaktoren, als die sie immer gepriesen werden, sondern auch ZMZ-Standorte. Das heißt, sie werden für die zivil-militärische Zusammenarbeit vorgehalten, für die Pioniere und für den Sanitätsdienst. Damit sind sie als unverzichtbare Bestandteile in unser System des Bevölkerungsschutzes hier in Sachsen-Anhalt eingebunden.

Die Bundeswehr bei Hochwasser oder anderen Schadenslagen ganz schnell als Nothelfer zu rufen, sich aber von deren Üben gestört zu fühlen, hat mit verantwortlicher Politik in diesem Bereich nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Auch wir kritisieren den Verlauf des Genehmigungsverfahrens für die Standortschießanlage. Dieses wurde jedoch nicht von der Bundeswehr geführt, sondern vom Landratsamt des Burgenlandkreises. Die Genehmigung soll dem Vernehmen nach an schwerwiegenden formalen und materiellen Mängeln leiden. Diese Mängel hat jedoch nicht die Bundeswehr zu verantworten, sondern letztendlich die Behörde, die das Verfahren geführt hat.

Die Informationen sind da zurzeit widersprüchlich. Mal soll die Genehmigung aufgehoben worden sein. Dann heißt es, sie liege auf Eis. Dann stellt sich heraus, dass wir noch den Stand vom Frühjahr dieses Jahres haben. Eine abschließende Auffassung bilden wir uns dann, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Menschen um den Zeitzer Forst waren wegen der militärischen Nutzung des Zeitzer Forstes durch die sowjetischen Truppen über Jahrzehnte am Betreten des Zeitzer Forstes gehindert. Mit der Übernahme durch die Bundeswehr brach eigentlich eine neue Zeitrechnung für die Nutzung durch die Zivilbevölkerung an. Nach der Kampfmittelräumung in den 90er-Jahren war es der Zivilbevölkerung schon einmal erlaubt, den Zeitzer Forst außerhalb der Übungszeiten auf den Wegen - denn nur diese sind wirklich sicher im Sinne von Kampfmittelfreiheit - zu betreten.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Gründe dafür, dass diese Betretungsmöglichkeit vor einigen Jahren aufgehoben wurde, mögen vielfältig sein. Es kommt mir an dieser Stelle überhaupt nicht zu, Schiedsrichter zu sein. Wir sehen jedenfalls keinen Grund, warum eine solche Regelung nicht schnell wieder eingeführt werden sollte. Entsprechende Initiativen haben wir gegenüber dem Landeskommmando bzw. dem Wehrbereichskommmando ergriffen. Die Zivilbevölkerung soll möglichst bald wieder den Zeitzer Forst außerhalb der Übungszeiten auf den Wegen betreten dürfen.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen das Machbare umsetzen. Wir setzen uns ein und glauben damit den Menschen am Zeitzer Forst mehr zu helfen als mit friedenspolitischen Grundsatzdebatten im Landtag von Sachsen-Anhalt am Beispiel eines Standortübungsplatzes für Pioniere und Sanitätssoldaten. Den Antrag werden wir heute hier ablehnen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter Erben. - Als Nächster spricht in der Debatte Herr Abgeordneter Striegel.

Herr Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! So dankbar ich Ihnen, meine Damen und Herren von der LINKEN, für das Stellen der Großen Anfrage zur Intensivierung der militärischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide bin, so deutlich möchte ich den Tenor Ihres Antrags kritisieren.

Bei allem Respekt für entschieden pazifistische Positionen: Mit dem Vortext Ihres Antrags „Truppenübungsplätze in Sachsen-Anhalt rückbauen“ überspannen Sie den Bogen. Sie diffamieren die Bundeswehr und unterstellen den Soldatinnen und Soldaten, diese ließen sich von der Bundesregierung als „Interventionsarmee“ gebrauchen und verträten „in permanenten Kriegseinsätzen vermeintlich deutsche Interessen“.

Die Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr verdient eine differenziertere Debatte als Ihre verbalradikale Rhetorik.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Herr Erben, SPD: Der traut sich was! - Unruhe)

Kollege Thiel, daran können Ihre Ausführungen nur zum Teil etwas ändern. Die Bundeswehr war und ist - das ist hier heute schon gesagt worden - eine Parlamentsarmee. Für ihren von Parlamentsmehrheiten gewollten Einsatz ist den Soldatinnen und Soldaten als Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in Uniform Respekt zu zollen.

Niemand in diesem Haus und niemand im Deutschen Bundestag - davon gehe ich aus - macht sich Entscheidungen in Fragen von Krieg und Frieden leicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Abgeordneter des Deutschen Bundestages - so hoffe ich, so denke ich - schickt leichtfertig Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätze. Ich habe vor diesen Entscheidungen ebenso großen

Respekt wie vor entschieden pazifistischen Haltungen.

Die Utopie einer Gesellschaft, die Armeen nicht mehr braucht, teile auch ich. Stehende Heere - da halte ich es mit Kant - sollten mit der Zeit ganz aufhören zu existieren. Bis dahin werden wir aber immer wieder auf Situationen stoßen, in denen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu entscheiden haben, ob Armeen zwar nicht Frieden schaffen, aber Zivilisten schützen und friedliche Lösungen vorbereiten helfen können.

Auch meine Partei hat die Debatte um Auslandseinsätze intensiv und, ja, unter großen Schmerzen geführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zur Parlamentsarmee, die im Rahmen von UN-Mandaten oder zum Schutz von Zivilisten auch im Ausland in engen Grenzen - zum Beispiel „responsibility to protect“ - zum Einsatz kommen kann.

Für Geiselnahmen, Herr Kollege Geisthardt, wäre vielleicht die GSG 9 doch das bessere Instrument. Da möchte ich eigentlich nicht die Bundeswehr losschicken.

Wer sich zum Einsatz der Bundeswehr unter UN-Mandat verhält, muss eingestehen, dass auch dafür Trainings- und Ausbildungsorte notwendig sind. Auf Truppenübungsplätze werden wir deshalb so lange nicht verzichten können, wie wir eine zum Beispiel unter UN-Mandat einsetzbare Bundeswehr als Parlamentsarmee einsetzen wollen oder müssen.

Die hierbei entscheidende Frage stellt sich mit Blick auf die Positionierung solcher Truppenübungsplätze. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren sowohl den Ausbau des Gefechtsübungszentrums in der Altmark als auch die Schießanlage im Droyßig-Zeitzer Forst. Wir fordern die zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide.

(Herr Miesterfeldt, SPD: Warum?)

Den konkreten Forderungen, die die LINKE im zweiten Teil ihres Antrages zusammengetragen hat, können wir deshalb unsere Zustimmung geben.

Wir beantragen in diesem Zusammenhang eine getrennte Abstimmung über beide Antragsteile. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Striegel. - Als nächster Redner spricht Herr Abgeordneter Geisthardt.

Herr Geisthardt (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Thiel, Sie wissen, dass ich Sie außerordentlich schätze. Deswegen danke ich

Ihnen ganz ausdrücklich für die Klarstellung, dass nicht die Bundeswehr gemeint ist, sondern die Politik, also diejenigen, die die Bundeswehr für ihre Aufgaben entsprechend ausrüstet und sie zu Einsätzen schickt.

Lassen Sie mich zwei Bemerkungen vorab machen: Erstens. Sie haben John Lennon und „Imagine“ genannt, ein wunderschönes Lied. Aber John Lennon ist trotz „Imagine“ erschossen worden.

Zweitens zu der Bemerkung vom Kollegen Miesfelder. Ich kenne auch eine ganze Menge Leute, die für ihr Engagement für Frieden und Demokratie in der DDR mit ruinierten Karrieren bestraft oder in dieser Weise belastet wurden.

Meine Damen und Herren! Es ist klar: Eines der ersten Ziele der Bundeswehrstrukturreform ist es, dass wir die Einsatzfähigkeit verbessern; das steht sicherlich außer Zweifel. Es ist auch klar, dass wir dafür bestimmte Voraussetzungen brauchen.

Wir haben in den letzten Jahren sicherlich gemerkt, dass die entscheidende Voraussetzung für Demokratie und Wohlstand eine Kooperation von Völkern ist, nicht die Konfrontation; darin sind wir uns sicherlich einig.

Aber die Welt besteht leider Gottes eben nicht nur aus Demokraten, und immer wieder ist die Demokratie auch Angriffen ausgesetzt. Deswegen muss sie wehrhaft sein. Ich finde das Beispiel mit dem Fuchs und dem Igel gar nicht so schlecht. Man sollte schon seine Stacheln behalten. Der Rückbau von Truppenübungsplätzen wäre an dieser Stelle eben auch ein falsches Signal.

Was auch immer Sie unter dem Begriff „gerechte und demokratische Weltordnung“ verstehen - ich will den Inhalt gar nicht näher beleuchten; darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein -, das wird durch Menschen gefährdet, die nicht auf der Basis der Demokratie stehen, nämlich durch Menschen, die fundamentale Menschenrechte nicht anerkennen wollen, die die Gleichheit vor dem Gesetz nicht anerkennen wollen, und durch Menschen wie die Taliban in Afghanistan, deren Moralvorstellungen von unseren ziemlich weit entfernt liegen, die nämlich auf Unterdrückung, Zwang und Intoleranz beruhen. Das geht eben nicht. Da gibt es potenzielle Opfer. Die werden unter anderem mithilfe der Bundeswehr geschützt.

(Frau Bull, DIE LINKE: Man muss sie mit kriegerischen Mitteln dazu kriegen!)

Wenn Sie einen Terroristen vor sich haben: Den stoppen Sie nicht mit dem Absingen von „Imagine“.

(Zuruf: Ach so! - Frau Bull, DIE LINKE: Sondern?)

Das hat auch nichts mit Kanonenbootpolitik zu tun. Ich erinnere daran, dass es einmal einen Verteidigungsminister der SPD gegeben hat, der dafür

einen sehr prägnanten Satz geprägt hat. Der Außenminister Fischer von den GRÜNEN hat das wie immer vehement verteidigt.

Nun haben Sie einen schönen Satz gesagt: Der Betrieb und der Ausbau der militärischen Übungsplätze für Kriegseinsätze sind aus friedenspolitischen, umweltpolitischen, sozialen und demokratischen Gründen abzulehnen. - Entschuldigung, aber noch mehr Gemeinplätze passen da wohl kaum noch hinein.

Ich glaube nicht, dass Sie dem Frieden in der Welt mit Ihren Forderungen einen guten Dienst erweisen. Ob in Sachsen-Anhalt nun ein Übungsplatz gebaut oder zugemacht wird: Es ist nicht davon auszugehen, dass dann in der Welt weniger Konflikte entstehen werden oder weniger geschossen wird.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur touristischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide sagen. Sie wissen ganz genau, was in der Heide alles liegt. Sie wissen ganz genau, was dort alles noch beraumt werden muss. Wollen Sie das den Landkreisen und Kommunen aufdrücken und sollen die die Sicherungspflicht dafür übernehmen? Aber wenn der Erste über einen Splitter gelaufen ist, ist das Geschrei wahrscheinlich groß.

Eine zweite Bemerkung. Die Jägerschaft aus meinem Ort hat mir gesagt: Sie haben letztes in ihrem Bereich den Wald aufgeräumt und haben zwei Lastwagen voll Müll herausgeholt. Das machen die wahrscheinlich jedes Jahr. Ich glaube nicht, dass es in der Heide dann anders aussähe. Die Biotope, die sich dort gebildet haben, wären wahrscheinlich auch nicht so sicher.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie der Einladung des Landeskommandos zur Besichtigung des Übungsplatzes folgen, dann gehen Sie dort mit offenen Augen und ohne Scheuklappen hin. Ich bin mir fast sicher - ich denke, dafür kenne ich Sie nach langer Zeit gut genug -, dass Sie dann auch die Größe haben werden, ihre Meinung ein bisschen zu revidieren. Die CDU ist allerdings gehalten, Ihren Antrag abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke, Herr Abgeordneter Geisthardt. - Zum Schluss der Debatte hat noch einmal Herr Dr. Thiel das Wort.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Geisthardt, wir werden die Einladung zum Besuch des Gefechtsübungszentrums Altmark annehmen.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Wir sind auch in der Vergangenheit immer offen auf Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zugegangen. Damit gab es nie ein Problem; denn wenn wir erklärt haben, von welcher politischen Partei wir kommen, wussten die Soldatinnen und Soldaten gut Bescheid und konnten auch mit unseren Argumenten gut leben. Das ist nicht das Problem. Dennoch: Wir drehen uns hier an der Stelle ein bisschen im Kreise.

Wie bereits formuliert: Alle treibt der Wunsch nach Frieden, danach dass man ihn gewährleisten soll; aber niemand will so richtig anfangen.

(Zuruf: Stimmt doch gar nicht!)

Das Problem - ich will es auf den Punkt bringen -, das uns umtreibt, ist, dass diese Militäreinsätze eben zunehmend sozusagen als legitimes Mittel der Politik genutzt werden sollen. Die Erfahrungen der letzten zehn oder 20 Jahre beispielsweise mit dem Kosovo - es ist noch ruhig dort im Kosovo, ohne Zweifel - zeigen, dass die Konflikte nicht gelöst sind.

Im Irak ist eine trügerische Ruhe eingekehrt; aber die Konflikte sind nicht gelöst. Über Afghanistan kann man, wenn man es verfolgt, jeden Tag etwas in den Nachrichten hören. Die Konflikte sind nicht gelöst. Auch wenn die Bundeswehr weggeht, wird es ein Problem bleiben. Jeder von Ihnen, der sich mit der Materie beschäftigt, weiß, dass Nachfolgeszenarien in Afghanistan diskutiert werden. Wir drehen uns immer in irgendeiner Art im Kreise.

Deswegen eben die Mahnung von uns oder dieses unbeirrte Beharren darauf zu sagen: Deutschland müsste in der internationalen Welt eine andere Rolle spielen, nämlich seine zivilen, seine ökonomischen, seine wirtschaftlichen - -

(Zuruf von der LINKEN: Potenziale!)

- Potenziale - danke schön -, seine demokratischen Erfahrungen weitergeben. Politiker in die Welt zu schicken, wäre vielleicht manchmal nicht ganz so gut. Sie wissen, was ich an der Stelle meine. Das ist eigentlich der entscheidende Punkt. - Erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung. Ich glaube, Sie alle haben den Brief von Pfarrer Loettel aus Magdeburg bekommen. Er hat ja einen offenen Brief an den Landtag, an die Landesregierung, an den Bundesverteidigungsminister, an die Kirchen im Land Sachsen-Anhalt gerichtet. Auch dieser Brief - ich gebe es offen zu - hat mich nochmals sehr nachdenklich gestimmt. Mich hat nachdenklich gestimmt, wie ein Mann der Kirche auf diese Probleme hinwies und uns mit auf den Weg gegeben hat, diese Entwicklung, die in Schnöggersburg oder anderswo stattfinden soll, wirklich kritisch zu begleiten.

Inwieweit, lieber Kollege Striegel, von uns oder von mir eine verbalradikale Rhetorik an den Tag gelegt worden ist

(Herr Lange, DIE LINKE: Keiner weiß es besser als Herr Striegel! - Heiterkeit)

- ich billige Ihnen dieses Urteil über meinen Vortrag durchaus zu -, ist eine schwierige Frage. Man kann politische Positionen sicherlich sehr unterschiedlich bewerten.

(Herr Borgwardt, CDU: Das ist aber jetzt eine Überschätzung!)

Eine letzte Bemerkung zu dem, was Kollege Geisthardt zu den Altlasten gesagt hat. Natürlich ist es ein Problem. Sie alle wissen, dass nach wie vor sowohl im Zeitzer Forst als auch in der Colbitz-Letzlinger Heide entsprechende Bemühungen zur Beseitigung von Altlasten zu verzeichnen sind. Die Bundeswehr - vorhin kam die Frage hoch - hat allein in der Altmark 330 Millionen € dafür ausgegeben, die Altlastenbeseitigung voranzubringen.

(Zuruf von Herrn Henke, DIE LINKE)

Es ist gewissermaßen eine Bundesaufgabe, dafür mit Sorge zu tragen. Davon gehe ich aus. Wir haben es ja in der Vergangenheit geschafft, entsprechende Gesellschaften zu initiieren, um zum Beispiel Bergbaufolgeschäden zu beseitigen. Dafür werden Mittel bereitgestellt. Warum sollten wir keine Gesellschaft gründen, die auch Altlasten von Munition beseitigt? Das wäre eine Option für die Zukunft.

Zum Abstimmungsverhalten. Wir würden gern den Vorschlag der GRÜNEN aufgreifen, über die beiden Punkte in dem Antrag in der Drs. 6/1668 neu, wonach der Landtag beschließen wolle bzw. der Landtag die Landesregierung auffordert, getrennt abzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Thiel. - Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir treten in die Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/1668 neu. Es ist beantragt worden, über zwei Teile dieses Antrages getrennt abzustimmen.

Ich stelle also zunächst den ersten Teil zur Abstimmung. Er beginnt mit den Worten „Der Landtag wolle beschließen“ und endet mit dem Wort „ablehnen“. Danach stimmen wir über den Teil ab, der mit den Worten „Der Landtag fordert die Landesregierung auf“ beginnt.

Wer dem ersten Teil des Antrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Wer enthält

sich der Stimme? - Niemand. Damit ist dieser Teil des Antrages abgelehnt worden.

Wir kommen zu dem zweiten Teil, der mit den Worten beginnt „Der Landtag fordert die Landesregierung auf“ und bis zu Seite 2 des Antrages reicht. Wer diesem Teil des Antrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Ein Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthält sich der Stimme. Damit hat auch dieser Teil des Antrages keine Mehrheit gefunden und wurde abgelehnt.

(Herr Dr. Köck, DIE LINKE, meldet sich zu Wort)

Es gibt noch eine Wortmeldung. Herr Kollege Dr. Köck, bitte.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Eine kurze persönliche Erklärung.

(Herr Dr. Köck, DIE LINKE, hält einen Kalender hoch)

Zur Erinnerung an die heutige Debatte und auch an die Gäste von der Bürgerinitiative „Offene Heide“ möchte ich den Ministern, den Fraktionsvorsitzenden und den Präsidenten jeweils einen Kalender mit Motiven aus der Colbitz-Letzlinger Heide zukommen lassen.

(Frau Budde, SPD: Nicht hier im Landtag!)

- Ich mache das nicht jetzt, sondern nachher in der Mittagspause; ich sage das nur, damit Sie wissen, worum es geht. In dem Kalender sind die Sonntage gekennzeichnet, an denen Sie sich an dem Marsch beteiligen können.

(Zuruf - Zustimmung bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Gürth:

Danke, Herr Kollege Dr. Köck, für diese persönliche Erklärung. - Damit schließen wir den Tagesordnungspunkt ab.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Zweite Beratung

Für die Zukunft: Erinnern und Gedenken - 20 Jahre nach den rassistischen Angriffen in Quedlinburg und anderswo

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/1415**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Inneres und Sport - **Drs. 6/1664**

Die erste Beratung fand in der 30. Sitzung des Landtages am 20. September 2012 statt. Berichterstatter ist der Abgeordnete Herr Dr. Brachmann. Bitte sehr.

Herr Dr. Brachmann, Berichterstatter des Ausschusses für Inneres und Sport:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Wann der Antrag hier im Plenum behandelt und an den Innenausschuss überwiesen worden ist, haben Sie, Frau Präsidentin, soeben gesagt; das muss ich nicht wiederholen.

Hintergrund des Antrages war, dass sich im September 2012 die Ausschreitungen gegen Asylbewerber und Asylbewerberinnen in Quedlinburg zum 20. Mal jährten. Das nahm die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Anlass, den Landtag aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass Rassismus und rechte Gewalt in der Zukunft in unserem Land keinen Platz mehr haben. Der Landtag überwies den Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Inneres und Sport.

In der 26. Sitzung am 25. Oktober 2012 befasste sich der Ausschuss dann erstmals mit diesem Antrag. Das Ministerium für Inneres und Sport legte dar, dass die in dem Antrag benannten Themenfelder aufgegriffen wurden, um dafür zu sorgen, dass sich derartige Ereignisse nicht wiederholen. Das Ministerium berichtete, Instrumentarien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eingeführt und in diesem Zusammenhang ein Referat für Grundsatzfragen eingerichtet zu haben.

Der Ausschuss begrüßte es, dass die Landesregierung den Landkreisen und kreisfreien Städten deutlich verbesserte Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern vorgeben und auch auf die konkrete Ausgestaltung vor Ort achten wolle.

Nach der Auffassung der Fraktion der SPD war der Antrag in der Fassung der Drs. 6/1415 nicht abstimmungsfähig. Sie wollte zu der Thematik einen eigenen Änderungsantrag in den Ausschuss einbringen, in dem die Ausführungen des Ministers bezüglich der Unterbringung von Asylbewerbern aufgegriffen bzw. konkretisiert werden sollten.

Aus diesem Grunde wurde beantragt, das Thema zu vertagen und es in einer der nächsten Sitzungen erneut auf die Tagesordnung zu nehmen. Das geschah dann auch, und zwar in der Sitzung am 29. November 2012.

Die Fraktionen der CDU und der SPD legten zu der Beratung den Entwurf einer Beschlussempfehlung vor. Nach einer kurzen Aussprache wurde dieser Entwurf zur Abstimmung gestellt und mit 7 : 5 : 0 Stimmen beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses

für Inneres und Sport vor. Im Namen des Ausschusses bitte ich um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Dr. Brachmann, für die Berichterstattung. - Die Landesregierung hat - -

(Minister Herr Stahlknecht: Ich bin noch da und würde kurz sprechen!)

- Das war nicht angemeldet.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will, bevor ich das Haus für eine gewisse Zeit verlassen muss, die Gelegenheit nutzen, noch ein paar Worte zu sagen.

Ich bin außerordentlich dankbar, sowohl für den damals eingebrachten Antrag als auch dafür, dass wir mit einem breiten Konsens einen Beschluss gefasst haben, der an die Erinnerungskultur appelliert. Wir dürfen nicht dem Fehler erliegen, die Dinge zu vergessen, die sich auch in der jüngsten Geschichte, nämlich vor 20 Jahren, hier in Deutschland und in Sachsen-Anhalt abgespielt haben. Sie waren diskriminierend, sie waren ausländerfeindlich und sie waren höchst antidemokratisch.

Ich denke, dass sich diese Dinge in Deutschland, in Sachsen-Anhalt zu keiner Zeit wiederholen dürfen. Wir dürfen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht ausgrenzen und nicht abgrenzen, weil wir ein weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt sind und sein wollen und weil wir auch eine historische Verantwortung aus den Jahren von 1933 bis 1945 haben, die uns ganz besonders für diese Bereiche sensibilisiert.

Insofern ist es gut, wenn dieses Parlament heute ein Zeichen sendet, dass rassistische Angriffe missbilligt werden und dass wir die Erinnerungskultur auch als Grundlage für unser zukünftiges Handeln nehmen. Dafür bin ich Ihnen außerordentlich dankbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Erinnern ist das eine; das andere ist, das zukünftige Zusammenleben aufgrund dieser Erfahrungen zu organisieren. Dazu gehört - das haben wir heute im Zusammenhang mit dem Monitor-Bericht hinlänglich diskutiert -, dass wir das Demokratiebewusstsein schärfen, dass wir junge Menschen im positiven Sinne zu Demokraten erziehen, die sich an das Grundgesetz halten.

Wir müssen uns aber auch mit denen auseinandersetzen, die durch extremistisches Gedankengut und insbesondere auch durch rechtsextremis-

tisches Gedankengut unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen und dadurch ein Bild von Sachsen-Anhalt vermitteln, das nicht nur in Deutschland schadet, sondern das weltweit schadet und das einer interkulturellen Zusammenarbeit schadet.

Daher sind wir gut beraten, wenn wir die Netzwerke - Herr Dorgerloh hat das vorgetragen - weiter intensivieren: für Demokratie, gegen Extremismus.

Wir sind gut beraten, wenn wir ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sehen.

Wir sind gut beraten, wenn die von uns gestartete Einbürgerungskampagne unterstützt wird und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die länger als acht Jahre in Deutschland leben, dazu ermuntert werden, Deutsche zu werden, weil das immer der Schlusspunkt einer Integration ist, die uns hilft.

Wir sind vielleicht auch gut beraten, einmal über die Frage einer doppelten Staatsbürgerschaft zu diskutieren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich weiß, dass das sehr umstritten ist, aber man kann auch einmal Dinge ansprechen, die umstritten sind, um einen Diskussionsprozess in die Wege zu leiten; andere Länder haben das. In Kanada war es am Ende ein Grund für einen wirtschaftlichen Aufschwung; auch das gehört dazu.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Herrn Knöchel, DIE LINKE)

Ein wesentlicher Baustein ist auch das NPD-Verbotsverfahren, weil wir anders als in der Weimarer Republik gezeigt haben, dass diese Demokratie wehrhaft ist und dass sie es eben nicht duldet, dass aus Steuergeldern Parteien finanziert werden, die diesen Staat abschaffen wollen und rassistisch und antidemokratisch sind. Insofern ist die Entscheidung, die der Bundesrat heute getroffen hat, eine gute und ist eine historische Stunde für Deutschland.

Auch im Hinblick auf NSU und NPD wird niemand außerhalb Deutschlands differenzieren, sondern man wird es immer im Zusammenhang sehen als ein braunes Ungemach, das in diesem Land zumindest über zehn Jahre hinweg Andersdenkende getötet hat. Insofern ist das ein richtiger Weg und insofern ist dieser Antrag viel wert.

Ich würde mir auch wünschen, um Integration in diese Gesellschaft noch mehr zu implementieren, dass wir uns im Landtag häufiger mit dieser Frage beschäftigen; denn um ein Land attraktiv und spannend zu machen, gehört es dazu, dass unterschiedliche Kulturen gleichberechtigt hier leben. Dies muss aber auch unter Anerkennung unserer deutschen Kultur geschehen.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Das ist mir dann schon wichtig. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Wir treten in eine Fünfminutendebatte ein. Zuvor begrüßen wir Schülerinnen und Schüler des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums Wolmirstedt. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Als erste Debattenrednerin spricht Frau Quade für die Fraktion DIE LINKE.

Frau Quade (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach den Worten des Ministers wäre ich geneigt, lieber zu einem anderen Thema, beispielsweise zur doppelten Staatsbürgerschaft, zu sprechen. Das können wir gern an anderer Stelle nachholen. Es geht heute aber um die Beschlussempfehlung.

Meine Fraktion hat der Beschlussempfehlung im Innenausschuss nicht zugestimmt und wir werden auch heute hier gegen diese Beschlussempfehlung stimmen. Ich will auch sagen, warum.

Es geht selbstverständlich nicht darum, die in der Beschlussempfehlung formulierte Würdigung von Aktivitäten und des Engagements gegen Rechts-extremismus und für Demokratie nicht mit zu vollziehen.

Was für meine Fraktion aber nicht tragbar ist, ist das Bild der Ereignisse, das diese Beschlussempfehlung zeichnet. Wenn es unter anderem heißt, durch den engagierten Einsatz der Polizei vor Ort konnte das verhindert werden, was beim Brandanschlag in Solingen oder bei der Hetzjagd in Guben geschehen ist, dann verzerrt das die Realität.

Es wird der Eindruck erweckt, der Polizei, vor allem aber ihrer politischen Führung sei erstens völlig klar gewesen, womit sie es zu tun hat, und die Polizei hätte sofort angemessen und professionell agiert und die Situation im Griff gehabt. - Das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Am Samstag, dem 6. September 1992 flogen die ersten Steine. Etwa 30 Polizisten waren vor Ort und waren mit der immer größer werdenden Zahl von Angreifern und den immer brutaleren Angriffen völlig überfordert. Sie konnten weder die mit dem Tod bedrohten Asylbewerberinnen und Asylbewerber effektiv schützen noch die wenigen, die sich im wörtlichen Sinne zu ihrer Verteidigung vor sie stellen.

Polizei und Politik erkannten eben nicht die potenziell tödliche Dimension dieser Situation. Erst in

der Nacht von Montag auf Dienstag unterstützten weitere Einsatzkräfte die Beamten vor Ort. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die ersten Brandsätze geworfen worden und die Mahnwachenden und auch Polizisten angegriffen und verletzt worden. Erst weitere zwei Tage später wurde die Zahl der Einsatzkräfte erneut erhöht, und auch das klärte die Lage noch nicht.

Was hier verhindert werden konnte, meine Damen und Herren, ist das Schlimmste, nämlich Mord; nicht aber die Pogromstimmung, nicht aber die Gewaltausübung und nicht die ganz reale Gefahr für Leib und Leben.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Herrn Striegel, DIE LINKE)

Für meine Fraktion steht fest: Polizei, vor allem aber Politik hat hier versagt.

Die politische Konsequenz aus den Angriffen des rassistischen Mobs in Quedlinburg war die Räumung des Heimes, zumindest derjenigen, die nicht bereits geflohen waren. Die Angreifer konnten damit ihre Forderung „Ausländer raus aus Quedlinburg“ zunächst bestätigt sehen.

Erfüllt hat Politik ebenso die Erwartungshaltung eines Teils der Bevölkerung, die mit den Pogromen und rassistischen Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte in Quedlinburg und anderswo Anfang der 90er-Jahre stets einherging, und sie sendete mit dem sogenannten Asylkompromiss zu Beginn der 90er-Jahre das verheerende Signal: Es sind zu viele und sie haben kein Recht darauf, hier zu sein.

Exakt diese Einstellung war die Ausgangsbasis der Angreifer, und Politik hat sie mit dieser Entscheidung bestätigt und verstärkt. Beides, sowohl die zwangsweise Räumung der Asylbewerberheime als auch die Einschränkungen des Asylrechts, war eine Kapitulation des demokratischen Rechtsstaates.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Mit ist völlig klar, dass man dazu unterschiedlicher Meinung sein kann und dass diejenigen, die diese Entscheidung politisch getroffen haben, das heute anders bewerten.

Was ich aber zumindest erwarte, ist, diesen politischen Kontext aufzurufen. Diese politische Kontextualisierung blendet die hier zur Debatte stehende Beschlussempfehlung völlig aus. Deswegen kann meine Fraktion ihr nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit Blick auf die Zeit will ich zwei weitere Punkte nur nennen. Wir teilen weder die These, dass es in erster Linie verwirrte Jugendliche und nur vereinzelt Nazis und Rassisten waren, die in Quedlinburg

und andernorts Asylbewerber angriffen. Noch teilen wir die politische Schlussfolgerung, es gelte jetzt einen allgemeinen Extremismus zu bekämpfen.

Damit bin ich noch einmal beim Sachsen-Anhalt-Monitor. Wenn nur 26 % der Bevölkerung die Aussage, dass Ausländer besonders häufig in Straftaten verwickelt seien, nicht teilen, dann zeigt das deutlich, dass rassistische und ausländerfeindliche Einstellungen eben nicht das Erkennungsmerkmal eines pauschalen Extremismus und von pauschalen Extremisten sind, sondern in der Mitte der Gesellschaft verankert sind.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Abschließend noch ein Wort zu den Bemühungen der Landesregierung. Dass wir an dieser Stelle unterschiedliche Einschätzungen treffen, ist keine Überraschung. Natürlich begrüße auch ich die Bemühungen des Landes zur erleichterten Einbürgerung. Das ist keine Frage.

Wer aber tatsächlich glaubt, mit einer Einbürgerungskampagne etwas an rassistischen und antidemokratischen Einstellungen zu ändern, der belügt sich selbst. Ein deutscher Pass - das zeigen auch die jüngsten Übergriffe in Sachsen-Anhalt - schützt Menschen, die eine andere Hautfarbe haben, eine andere Sprache sprechen oder den Anschein erwecken, einer anderen Religion anzugehören, eben nicht vor rassistisch motivierten Gewalttaten.

Deswegen bleibt die hier zur Abstimmung stehende Beschlussempfehlung weit hinter dem zurück, was möglich und erst recht nötig wäre. Deswegen werden wir sie ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Kolze.

Herr Kolze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der erste Satz der Einbringung der antragstellenden Fraktion in diesem Hohen Haus hieß: „Zukunft braucht Erinnerung“. Der Redebeitrag hatte jedoch nur wenig mit dem Erinnern und Gedenken an die Angriffe auf die Asylbewerberunterkunft in Quedlinburg zu tun.

Vielmehr war die Rede von generellem Versagen, von Gesellschaft und Staat, einer fehlenden und unzureichenden Sanktion von Gewalt gegen Migranten, einer Glatzenpflege auf Staatskosten, einer ahnungslosen und grundsätzlich milden Polizei und Rechtspflege, ja sogar von einer rassistischen Gesetzgebung. Von diesem bei der Einbringung

geführten Duktus distanzieren wir uns ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU)

Diese harten, markigen und sogar bösartigen Äußerungen könnten unseren Bürgerinnen und Bürgern suggerieren, dass in Sachsen-Anhalt ein gesellschaftlicher und staatlicher Rassismus herrsche. Wenn dies Ihre Absicht gewesen sein sollte, dann möchte ich Sie an dieser Stelle an die Ergebnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors erinnern.

Die aktuelle Datenlage belegt, dass rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen auf dem Rückzug sind. Wir haben sicherlich unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich des Ausmaßes an Fremdenfeindlichkeit in unserem Land. Es sollte aber absolute Einigkeit darin bestehen, dass uns der erfreuliche Rückgang darin bestärken muss, in unserem Land im Kampf gegen den politischen Extremismus und die Fremdenfeindlichkeit nachzuhalten. Dazu dienen die Erinnerung und das Gedenken an die schrecklichen Ereignisse in Quedlinburg vor 20 Jahren. Zukunft braucht Erinnerung - dem stimme ich uneingeschränkt zu.

Die Koalitionsfraktionen haben gemeinsam eine Beschlussempfehlung auf den Weg gebracht, die dem Erinnern und Gedenken gerecht wird. Beim Blick in die junge demokratische Vergangenheit unseres Bundeslandes bin ich immer wieder über das Ausmaß der damaligen ausländerfeindlichen Krawalle betroffen.

Wie in Rostock-Lichtenhagen wurden unter dem Aufruf „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!“ Gewalttäter von Schaulustigen beklatscht und geradezu aufgestachelt. Es wurde gejubelt, wenn ein Wurfgeschoss sein Ziel erreichte. Viele Anwohner schauten einfach nur weg. An diesem Tag hat dort vor Ort ohne Zweifel ein Teil der Zivilgesellschaft versagt.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Nur viel zu wenige haben sich diesem Mob entgegen gestellt.

Es greift sicherlich ein wenig zu kurz, die Welle der Ausländerfeindlichkeit und der Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte zu Beginn der 90er-Jahre allein als Ausdruck einer ausländerfeindlichen und hasserfüllten Gesinnung zu bezeichnen. Darin kamen auch die Entwurzelung vieler junger Menschen, die Frustration über fehlende Arbeit, Betriebsschließungen und der Irrglaube, hieran seien Hinzugekommene schuld, zum Ausdruck.

Die Perspektivlosigkeit junger Menschen in der Heimat ist heute nicht mehr das große Gesellschaftsproblem. Dies, meine Damen und Herren, bestätigt auch der Sachsen-Anhalt-Monitor.

Eines möchte ich an dieser Stelle für die CDU-Fraktion erneut ganz deutlich betonen: Es hat kei-

nen Sinn, 20 Jahre nach diesen Ereignissen Schuldzuweisungen an damals Verantwortliche zu machen. Meiner Ansicht nach hat die Polizei damals überlegt und vorsorglich gehandelt, wenn auch sicherlich nicht fehlerlos. Viele waren damals aufgrund der Dimension der Eskalation der Gewalt tatsächlich und verständlicherweise hilflos.

Wir müssen uns jedoch auch immer wieder vor Augen führen, dass durch den damaligen Einsatz der nur mangelhaft ausgerüsteten Polizisten das verhindert werden konnte, wozu es andernorts leider gekommen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ziel der Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen ist es, durch den Blick auf die Ereignisse vor 20 Jahren alle demokratischen Kräfte auch weiterhin und immerwährend zu bestärken, für ein Sachsen-Anhalt einzustehen, in dem sich jeder ohne Angst zu Hause fühlt und auch verschieden sein kann. Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem Freiheit, Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.

In diesem Sinne bitte ich Sie abschließend um Ihre Zustimmung zur Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen. Ich darf Ihnen auf diesem Wege ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das Jahr 2013 Erfolg und Gesundheit wünschen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kolze. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Herr Striegel.

Herr Striegel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erinnerung kann aus der Sicht meiner Fraktion immer nur tätige Erinnerung sein; sie wirkt in Gegenwart und Zukunft. Ihre Ernsthaftigkeit erweist sich, wenn aus der Erinnerung an Vergangenes konkrete Taten in der Gegenwart werden. Die vorliegende Beschlussempfehlung vermag uns als bündnisgrüne Fraktion daher nicht zu überzeugen.

Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen ist der von uns vorgelegte Antrag zum Gedenken an die rassistischen Pogrome von Quedlinburg im September vor 20 Jahren in der Ausschussbefassung bis zur Unkenntlichkeit gekürzt, verwaschen und umgefärbt worden.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Ich glaube, der Unterschied zwischen dem, was der Minister vorgetragen hat, und dem, was der Redner der CDU-Fraktion, Herr Kolze, vorgetragen hat, ist deutlich geworden. Das markiert sozusagen ein Stück weit unser Problem, das mit der Be-

schlussempfehlung einhergeht. Wir sagen: Das ist nicht mehr deutlich; damit sprechen wir nicht mehr mit einer einheitlichen Stimme. Aber vielem von dem, das Herr Minister Stahlknecht hier vorgetragen hat, kann man zustimmen.

Der Text der Beschlussempfehlung, Herr Kollege Kolze, verharrt in der Vergangenheit und deutet die Geschichte um. In Quedlinburg wie auch in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen versagten Staat und Gesellschaft. Dieses Versagen bereitete den Nährboden, auf dem das Terrornetzwerk des NSU gedeihen konnte.

Andererseits waren staatliche Stellen - anders als es Ihre Beschlussempfehlung suggeriert -, war die Polizei - Frau Quade hat dies ausgeführt - zunächst weder willens noch in der Lage, gegen diejenigen vorzugehen, die in blankem Hass auf Asylsuchende Steine und Brandsätze warfen.

Zum Schutz dieser Menschen fand sich nur eine kleine Gruppe Quedlinburgerinnen und Quedlinburger bereit. Sie, die engagierten Bürgerrechtler aus DDR-Zeiten, Stadträtinnen und Stadträte, Abgeordnete und Antifas, verhinderten durch ihre physische Präsenz als Mahnwache den Sturm auf das Haus. Sie wurden mit Flaschen und Steinen beworfen und mussten sich vom örtlichen Einsatzleiter der Polizei als Teil des Problems, wenn nicht gar als Ursache der Ausschreitungen beschimpfen lassen.

Es ist bedauerlich, dass die Fehler staatlicher Stellen in der Vergangenheit, aber auch eine Vielzahl von Verbesserungen im polizeilichen Umgang mit Rechtsextremismus durch Ihre Textfassung nicht mehr benannt werden.

Kein realsozialistischer Plattenbau, kein fehlender Jugendklub, keine Politikverdrossenheit und keine Perspektivlosigkeit können Verbrechen, wie sie in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Quedlinburg geschahen, rechtfertigen.

Ignatz Bubis, einer der wenigen, wenn nicht der einzige Würdenträger, der im Jahr 1992 nach Rostock-Lichtenhagen gefahren ist, hat das fassungslos und unter Tränen beschrieben - Zitat -: „Die Menschen hier können doch nichts für die sozialen Umstände.“

Ein Rostocker CDU-Stadtrat empfahl dem Deutschen Ignatz Bubis sodann die Ausreise nach Israel. Von der Regierung Kohl musste er sich des Beileidstourismus zeihen und von Martin Walser in seiner Rede in der Paulskirche mit antisemitischen Klischees beleidigen lassen.

Dass Ihre Beschlussempfehlung den Rassismus als Triebkraft der damaligen flächendeckenden Ausschreitungen durch Verweis auf Entwurzelung und Perspektivlosigkeit zu relativieren sucht, finde ich, finden wir beschämend, insbesondere weil Sie zum gesellschaftlichen und politischen Klima die-

ser Herbsttage schweigen. Dieses war geprägt von einer Vielzahl von „Das Boot ist voll“-Kommentaren konservativer Politiker und fremdenfeindlicher Berichterstattung.

Mit dem Hinweis an die Sozialdemokraten, wenn keine Regelung zur Einschränkung des Grundrechts auf Asyl gefunden würde, sei - Zitat - „jeder zukünftige Asylant ein Asylant der SPD“, gelang es der CDU, eine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung zu mobilisieren. Der sogenannte Nikolaus-Kompromiss, geschlossen im Dezember vor 20 Jahren, schaffte das Asylrecht praktisch ab. Mit der Drittstaatenregelung entzog sich die Bundesrepublik ihrer Verantwortung und verlagerte den Grundrechtsschutz an die europäischen Außengrenzen.

Die polemische und von fremdenfeindlichen Klischees durchsetzte Diskussion um die deutsche Asylgesetzgebung und die rassistischen Pogrome zu Beginn der 1990er-Jahre bedingten sich gegenseitig. Das zu verschweigen verfälscht die Erinnerung.

Dass der Text der Koalitionsfraktionen mit Blick auf Verantwortung im Hier und Jetzt konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Demokratiefeindlichkeit nur vage in den Blick nimmt, ist in der Logik Ihres Antrages konsequent, kann aber all denjenigen nicht genügen, die mehr und verstetigtes Engagement des Landes gegen Neonazis, Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die nun vorliegende Fassung unseres vormaligen Antrags relativiert aus der Sicht der bündnisgrünen Fraktionen und versagt in der konkreten Auseinandersetzung mit Rassismus und Demokratiefeindlichkeit in unserem Bundesland in der Gegenwart. Deswegen lehnen wir die Beschlussempfehlung ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Striegel. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Steppuhn.

Herr Steppuhn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst an unseren Innenminister Herrn Stahlknecht anknüpfen. Ich glaube, es ist ein gutes Signal, das heute vom Bundesrat ausgegangen ist, nämlich dass die Bundesländer endlich das NPD-Verbotsverfahren auf den Weg gebracht haben. Das ist ein Signal, worauf wir lange gewartet haben. Ich denke, es ist auch ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus in dieser Republik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich denke, es war gut, dass sich der Landtag an die Ereignisse von vor 20 Jahren in Quedlinburg und anderswo erinnert hat. Das Signal, das davon ausgeht, nämlich dass wir diese Ereignisse gewürdigt haben, dass wir sie aber gleichzeitig auch als Mahnung verstehen, eint uns in diesem Haus.

Ich bin froh darüber, dass der Innenausschuss den Ursprungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom Kopf auf die Füße gestellt hat.

Wenn wir aus dem, was uns der Innenausschuss mit auf den Weg gegeben hat, die Botschaften interpretieren, dann ist die erste Botschaft zunächst einmal, dass es richtig war, dass wir uns erinnert haben, dass wir das immer wieder auch als Mahnung verstehen und dass wir uns hier in diesem Haus bei der Einbringung des Antrages ausführlich mit den Hintergründen und den Ursachen beschäftigt haben. Vor diesem Hintergrund ist es jetzt, wenn es um die Beschlussfassung geht, richtig, uns mit den Schlussfolgerungen zu befassen.

Die zweite Botschaft, die von der Beschlussfassung des Innenausschusses ausgeht, ist, dass wir vom Landtag aus nach wie vor und auch dauerhaft die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Extremisten und ihren Verbündeten vertieft fortsetzen werden. Hierzu ist es wichtig, dass wir das auch in den Vereinen, Verbänden und Organisationen als wichtigen Baustein für die Zukunft verankern.

Die dritte Botschaft, die uns der Innenausschuss mit auf den Weg gibt, ist, dass sich der Landtag für eine Verstetigung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit als zentrales Instrument ausspricht, um rassistischen und demokratiefeindlichen Einstellungen entgegenzutreten. Damit haben wir bei diesem Programm schon Erfahrungen gesammelt. Nichtsdestotrotz können wir dieses Programm auch weiterhin nutzen und sicherlich auch ausbauen.

Die vierte Botschaft, die wir auf den Weg mitbekommen haben, ist, dass wir selbstverständlich alle Aktivitäten, nicht nur der Landesregierung, sondern auch von Verbänden und Organisationen in unserem Land, unterstützen, dass wir unser Land für Migrantinnen und Migranten offener machen, dass wir dafür bessere Zuwanderungsbedingungen schaffen und die Zuwanderung erleichtern. Hierzu dient insbesondere auch die Einbürgerungskampagne.

In diesem Sinne kann ich an dieser Stelle nur sagen, dass es wichtig ist, dieser Empfehlung des Innenausschusses zu folgen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Damit ist die Debatte beendet. Wir stimmen nun über die Drs. 6/1664 ab. Dabei han-

delt es sich um die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport. Wer dieser zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Damit hat die Beschlussempfehlung eine Mehrheit gefunden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 15.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Zweite Beratung

Anonymisierte Bewerbung

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/1016**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung - **Drs. 6/1675**

Die erste Beratung fand in der 25. Sitzung des Landtages am 27. April 2012 statt. Berichterstatter ist der Abgeordnete Herr Borgwardt. Bitte sehr.

Herr Borgwardt, Berichterstatter des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 6/1016 in der 25. Sitzung am 27. April 2012 zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung und zur Mitberatung in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

Ziel des Antrages ist es, die Landesregierung zu beauftragen, ein Pilotprojekt zu starten, bei dem die Vergabe von Stellen im öffentlichen Dienst mittels der Methode des anonymisierten Bewerbungsverfahrens vollzogen wird. Das Pilotprojekt ist wissenschaftlich zu begleiten und mit dem Ziel der dauerhaften Etablierung zu evaluieren. Nach einer positiven Evaluation soll die Methode der anonymisierten Bewerbung im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt dauerhaft etabliert werden.

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm in der 15. Sitzung am 22. Juni 2012 eine Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Er kam überein, am 7. September 2012 eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen. In der 16. Sitzung am 20. Juli 2012 hat sich der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung darauf verständigt, die geplante Anhörung für die 18. Sitzung am 5. Oktober 2012 vorzusehen.

Zu der Anhörung am 5. Oktober 2012 waren das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit und die Stadt Celle anwesend, wobei von der Stadt Celle noch eine Präsentation sowie dort entwickelte Bewerbungsformulare zum anonymisierten Bewerber-

ungsverfahren zur Verfügung gestellt worden sind. Eine schriftliche Stellungnahme lag dem Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung von der Deutschen Post DHL vor.

Während der Anhörung referierte der Vertreter des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit zu dem Pilotprojekt mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, das im Jahr 2011 gelaufen war. An dem Pilotprojekt nahm auch die Stadt Celle teil, die während der Anhörung über ihre Erfahrungen berichtete.

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung hat in der 20. Sitzung am 26. Oktober 2012 eine vorläufige Beschlussempfehlung an den mitberatenden Ausschuss für Arbeit und Soziales erarbeitet.

Darin wird einstimmig die Annahme des Antrages in der Fassung empfohlen, dass der Landtag die Landesregierung bittet, zeitnah ein Pilotprojekt zu prüfen, bei dem die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst mittels der Methode des anonymisierten Bewerbungsverfahrens auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der Frauenförderung vorgenommen wird. Die Ergebnisse der Prüfung sollen dem Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung spätestens im zweiten Quartal des Jahres 2013 vorgestellt werden.

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit und Soziales hat sich in der 22. Sitzung am 28. November 2012 mit der vorläufigen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung befasst. Er schloss sich der vorläufigen Beschlussempfehlung in unveränderter Fassung mit 11 : 0 : 1 Stimmen an.

In der 21. Sitzung am 28. November 2012 hat sich der federführende Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung erneut mit dem Thema befasst. Im Ergebnis der Erörterung verabschiedete der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung einstimmig die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung.

Meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung bittet um Zustimmung zu der Ihnen in der Drs. 6/1675 vorliegenden Beschlussempfehlung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr für die Berichterstattung, Herr Kollege Borgwardt. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dorgerloh in Vertretung der Frau Ministerin Wolff.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ausgangspunkt für die Diskussion im

Landtag von Sachsen-Anhalt war das einjährige wissenschaftlich begleitete Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes - Sie haben davon eben schon in der Einführung gehört -, das im November 2010 unter Beteiligung verschiedener Unternehmen wie der Deutschen Telekom, der Deutschen Post, des Unternehmens L'Oreal Deutschland und Behörden wie zum Beispiel der Arbeitsagentur des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stadtverwaltung der Stadt Celle und des Bundesfamilienministeriums gestartet wurde. Frau Ministerin Kolb hat in diesem Kontext am 27. April 2012 im Landtag berichtet.

Das Ziel des Pilotprojektes war es, in der ersten Stufe des Bewerbungsverfahrens bei der Entscheidung über eine Einladung zum Bewerbungsgespräch bewusste und unbewusste Diskriminierungen zu reduzieren. Das Fazit der Studie und der Autoren war ausgesprochen positiv.

Anonyme Bewerbungen nützen Frauen und Migrantinnen und anonyme Bewerbungen erhöhen die Chancen für Frauen - so hieß es. Allerdings führten die Verfasser selbst aus, dass die ermittelten Effekte nicht repräsentativ sind, da die teilnehmenden Organisationen bereits zuvor aktive Maßnahmen zur Förderung der Vielfalt ergriffen hatten.

Darüber hinaus wurde die geringe Referenzzeit kritisiert. Von 8 500 ausgefüllten Bewerbungen wurden gerade einmal 1 300 Personen zu einem Eignungstest oder Bewerbungsgespräch eingeladen. Nur 246 Personen erhielten letztlich ein Jobangebot bzw. einen Ausbildungsplatz. Die am Projekt beteiligten Firmen kamen zu einem eher ernüchternden Ergebnis.

Eigene Erfahrungen in Sachsen-Anhalt liegen, wie Sie wissen, nicht vor. Im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses ist es wichtig zu erwähnen, dass im Fokus des Pilotprojektes alle vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz erfassten und von möglicher Benachteiligung betroffenen Personengruppen wie Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung sowie ältere Menschen usw. standen.

Damit war der Untersuchungsgegenstand nicht ausschließlich auf die Geschlechterperspektive gerichtet. Das Geschlecht ist natürlich - so steht es hier - die grundsätzliche Kategorie. Alter, ethnische Zugehörigkeit und Behinderung sind Merkmale, die hinzukommen können.

Grundsätzlich unterstützt und begrüßt die Gleichstellungsministerin Frau Professor Dr. Kolb alle Maßnahmen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern befördern. Die anonymisierte Bewerbung kann hierfür ein Instrument bzw. ein Mo-

saikstein im Bewerbungsprozess sein, der insgesamt transparent und objektiven Kriterien folgend diskriminierungsfrei zu gestalten ist.

Eine abschließende Beurteilung ist aus ihrer Sicht allerdings nicht möglich, da diese Fragen von den Verantwortlichen in den Personalreferaten der Landesverwaltung zu beantworten wären. Hierzu sollte überlegt werden, ob die nötigen Rahmenbedingungen dafür gegeben sind, um Erfahrungen aus dem Pilotprojekt zu übernehmen. - So weit der Beitrag von Frau Kolb.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Ich möchte daran erinnern, dass wir jetzt in eine Dreiminutendebatte eintreten. Als erste Rednerin wird die Kollegin Latta für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen.

Frau Latta (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, heute zu dem Antrag „Anonymisierte Bewerbung“ sprechen zu können, ist dies doch ein Erfolg der Grünen.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses greift zentrale Anliegen unseres Antrags auf. Daher wurde diese auch fast einstimmig beschlossen. Ein Modellprojekt zur Erprobung anonymisierter Bewerbungen ist damit in greifbare Nähe gerückt und ist eigentlich nur noch eine Frage der Zeit. Ich bin optimistisch, dass sich das Pilotprojekt verstetigen lassen wird.

Bereits im April 2012 beantragte meine Fraktion mit dem Antrag „Anonymisierte Bewerbungen“ ein Pilotprojekt für die Vergabe von Stellen im öffentlichen Dienst. In der anonymisierten Bewerbung werden persönliche Angaben wie beispielsweise das Alter oder das Geschlecht des Bewerbers oder der Bewerberin zunächst zurückgehalten. Das verhindert eine Diskriminierung bereits in der Vorauswahl der Kandidatinnen und Kandidaten und erhöht für einige die Chance auf ein Vorstellungsgespräch.

Ergebnisse eines Modellprojektes der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Berlin, kurz ADS, hatten dies bereits gezeigt. Ältere Menschen, Frauen, insbesondere mit Kindern, sowie Migrantinnen und Migrantinnen haben bei gleichen Qualifikationen erheblich schlechtere Chancen auf ein Vorstellungsgespräch. Hierbei geht auch in Sachsen-Anhalt wertvolles Potenzial verloren. Dadurch können beispielsweise wirtschaftliche Schäden entstehen.

Ich freue mich, dass die Landesregierung die Bedeutung unseres Vorhabens erkannt hat und die-

sen wichtigen Schritt für den Arbeitsmarkt und für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt gegangen ist.

Es sei hierbei auf die Stadt Celle verwiesen. Die dortige Stadtverwaltung hatte ebenfalls an einem Modellprojekt für anonymisierte Bewerbungsverfahren teilgenommen. Das Instrument der anonymisierten Bewerbung hat sie jetzt auch fest installiert. Zu den Gründen führte Herr Birkholz, der Personalchef der Stadtverwaltung, in einem Interview Folgendes aus: Wir konzentrieren uns auf das, was wirklich zählt, Eignung, Qualifikation und nachweisbare Leistungen; deshalb würde ich das Verfahren jedem Unternehmen empfehlen.

Aus den genannten Gründen haben wir den Antrag eingebracht. In diesem Sinne möchte ich die Landesregierung auffordern, im zweiten Quartal nicht nur über die von ihr vorgenommene Prüfung zu berichten, sondern auch gleich Umsetzungsschritte darzustellen. In der Konsequenz heißt das, die Landesregierung sollte die Umsetzungsmöglichkeiten für anonymisierte Bewerbungsverfahren einfordern.

Ich denke, mit dem Landesverwaltungsamt oder den Landesbetrieben gibt es Stellen, bei denen ohne größere Schwierigkeiten Bewerbungsverfahren auch in anonymisierter Form stattfinden können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Latta. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Hampel.

Frau Hampel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Diskriminierung am Arbeitsplatz ist leider noch immer weit verbreitet. Vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, ältere Arbeitsuchende und Frauen mit Kindern werden in Bewerbungsverfahren häufig und leider oft nur aufgrund persönlicher Vorurteile benachteiligt.

Aus einer Studie für den deutschen Arbeitsmarkt geht zum Beispiel hervor, dass bei gleicher Qualifikation allein die Angabe eines türkisch klingenden Namens die Chance auf die Einladung zu einem Vorstellungsgespräch für ein Praktikum durchschnittlich um 14 % verringert, bei mittleren und Kleinunternehmen sogar um bis zu 24 %.

Es gibt auch Hinweise darauf, dass die Diskriminierungsrate im Verlauf des gesamten Bewerbungsprozesses abnimmt. Das heißt, dass vor allem in der ersten Stufe, bei der Entscheidung über die Einladung zu einem Bewerbungsgespräch, die Gefahr eines Ausschlusses aufgrund diskriminierender Beweggründe am größten ist. Anonymisierte Bewerbungsverfahren nehmen insbesondere diese erste Hürde in den Fokus und sind somit

eine Möglichkeit, die verschiedensten Formen der Diskriminierung im Bewerbungsverfahren schon frühzeitig zu reduzieren.

Bei dem anonymisierten Bewerbungsverfahren, über das wir heute reden, werden Merkmale wie der Name, das Geschlecht, das Alter und die Herkunft aus den Bewerbungsunterlagen entfernt und können somit nicht mehr in die Beurteilung der Bewerber einfließen. Es ist also nicht erkennbar, ob die Bewerbung von einer Person mit Migrationshintergrund, von einer Person mit einer Behinderung oder von einer älteren Person oder einer Frau mit mehreren Kindern abgegeben wurde.

Die Aussortierung von Bewerbungen von mit Vorurteilen behafteten Personengruppen wird damit verhindert. Deshalb haben wir als SPD-Fraktion dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Anfang an offen gegenübergestanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben im Ausschuss eine sehr gute Diskussion und auch eine sehr gute Anhörung durchgeführt. Wir haben uns mit einer einstimmig gefassten Beschlussempfehlung darauf verständigt, dass die Landesregierung die Durchführung des Pilotprojektes jetzt prüfen soll.

Ich glaube, wenn wir es schaffen, das anonymisierte Bewerbungsverfahren für unser Bundesland tatsächlich auf den Weg zu bringen, dann wäre das eine gute Sache, auch unter Berücksichtigung des Ziels der Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsetagen. Ich hoffe natürlich auch vor dem Hintergrund der sehr schwierigen Neubesetzung von Stellen, dass die Landesregierung Möglichkeiten findet, um dieses anonymisierte Bewerbungsverfahren auf den Weg zu bringen. Deshalb bitte ich jetzt um Zustimmung zu unserer Beschlussempfehlung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Kollegin Hampel. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Frau Edler.

Frau Edler (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mit der vorliegenden Beschlussempfehlung zur anonymisierten Bewerbung stehen wir hier nach acht Monaten Arbeit vor diesem Hohen Haus und sind fast keinen Schritt weiter gekommen.

(Oh! bei der CDU)

Im Gegenteil, diese Beschlussempfehlung spottet sogar dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17. April 2012.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Der Antrag zielte auf die Etablierung eines Pilotprojektes im Land Sachsen-Anhalt, um einen Beitrag zur Bekämpfung von Diskriminierungen im öffentlichen Dienst zu leisten. Dieses Ansinnen haben wir mit der Überweisung in die Ausschüsse für Recht, Verfassung und Gleichstellung sowie für Arbeit und Soziales unterstützt. Ebenso haben wir eine Anhörung von Experten und Erfahrungsträgern im Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung forciert.

In der nun vorliegenden Beschlussempfehlung wird die Landesregierung gebeten, ein Pilotprojekt für die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst mittels der Methode des anonymisierten Bewerbungsverfahrens auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der Frauenförderung zu prüfen.

Genau an dieser Stelle, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verstehe ich diese Beschlussempfehlung nicht. Das anonymisierte Bewerbungsverfahren soll ausschließlich eine Auswahl nach Qualifikationen fördern und somit eine generelle Gleichstellung, unabhängig von Geschlecht, Migrationshintergrund oder Behinderung, sicherstellen.

Die Anhörung im Ausschuss hat auch gezeigt, dass das Pilotprojekt dazu beitragen kann, sich der Ausgrenzungsmechanismen bewusst zu werden und diesen auch in anderen Bereichen vorzubeugen. Auch dies ist ein Effekt, der ein entsprechendes Pilotprojekt sinnvoll erscheinen lässt, zumal während der Pilotphase kein zusätzlicher Personalaufwand entstanden sein soll und langfristig sogar Vereinfachungen in den Bewerbungsverfahren hätten erreicht werden können.

Meine Fraktion hatte sich gewünscht, dass in dieser Beschlussempfehlung der konkrete Start des Pilotprojektes formuliert würde und dass bestimmt würde, welche Behörde dies nach welchem Verfahren durchführen soll und auf welche Zeit das Pilotprojekt Land Sachsen-Anhalt angelegt werden soll.

Nun ist jedoch die vorliegende Beschlussempfehlung verabschiedet worden. Unabhängig vom Erfolg der geplanten Prüfungen der Einsetzung des Pilotprojektes verdeutlicht die bereits einsetzende öffentliche Diskussion zu diesem Thema dessen Aktualität, Brisanz und Relevanz. In jedem Fall hoffe ich, dass es auf diese Weise gelingt, für das Problem der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu sensibilisieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt zwei Nachfragen, Frau Kollegin Edler. Zuerst stellt die Kollegin Hampel ihre Nachfrage, danach die Kollegin Niestädt.

Frau Hampel (SPD):

Sie haben sich jetzt so kritisch zu dieser Beschlussempfehlung geäußert. Ich frage Sie: Warum haben Sie diese Kritik nicht im Ausschuss laut und deutlich vorgebracht? Warum haben Sie dann der Beschlussempfehlung zugestimmt?

Frau Edler (DIE LINKE):

Meine Fraktion hat der Beschlussempfehlung zugestimmt, weil sich die GRÜNEN zu der Beschlussempfehlung positiv verhalten haben; es war schließlich ihr Antrag.

(Zuruf von Frau Lüddemann, GRÜNE - Herr Herbst, GRÜNE: Die ist ja auch gut! - Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Aber wir kritisieren an dieser Stelle: Wenn im zweiten Quartal des nächsten Jahres, sprich im Juni 2013, die Landesregierung sagt, das Ergebnis der Prüfung für ein solches Pilotprojekt ist negativ, dann ist der Antrag der GRÜNEN und dieses positive Ansinnen, das Verfahren im Land Sachsen-Anhalt zu etablieren, gestorben. Darum geht es uns.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Niestädt, bitte.

(Frau Niestädt, SPD: Das hat sich erledigt! Es war die gleiche Frage!)

Herr Borgwardt, bitte.

Herr Borgwardt (CDU):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie haben Ihr Abstimmungsverhalten damit begründet, dass Sie das machten, was die GRÜNEN wollten. Habe ich es richtig verstanden, dass die LINKE das macht, was die GRÜNEN wollen?

(Herr Herbst, GRÜNE: Das ist nicht das Schlechteste! - Oh! bei und Zurufe von der LINKEN)

Frau Edler (DIE LINKE):

Falsch verstanden.

(Zustimmung von Herrn Henke, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Als letzter in der Debatte spricht der Kollege Wunschinski für die CDU-Fraktion.

Herr Wunschinski (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme ohne Manuskript aus.

Die Kollegin Edler hat mich völlig aus der Fassung gebracht.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der LINKEN)

Man kann im parlamentarischen Leben immer wieder erleben, dass alles über den Haufen geworfen wird. Ein Abstimmungsergebnis von 11 : 0 : 1 für die Beschlussempfehlung und dann eine völlig entgegengesetzte Rede - das verstehe ich nicht, Frau Kollegin.

(Frau Bull, DIE LINKE: Kritisieren kann man es trotzdem!)

Wir sind uns einig, dass das anonymisierte Bewerbungsverfahren kommen soll. Wir kommen einzig hinsichtlich der Vorgaben für die Frauenförderung nicht überein. Wir als CDU regen außerdem an - das werden wir auch bei der Auswertung einbringen -, dieses Gesetz nicht für kleine Handwerksbetriebe anzuwenden. Denn in diesem Bereich gibt es spezielle Anforderungen. Damit werden wir uns, wenn das Pilotprojekt abgeschlossen ist, noch einmal auseinandersetzen. Das wird die Landesregierung machen, weil wir als Parlament dies einmütig wünschen.

Wir bitten um die Zustimmung zu der vorliegenden Beschlussempfehlung. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Wunschinski. - Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 6/1675 ein. Wir stimmen über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung ab. Wer dieser zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Teile der Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist ein anderer Teil der Fraktion DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen worden.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich bitte Sie darum, sehr pünktlich um 14 Uhr wieder hier zu erscheinen.

Unterbrechung: 13.03 Uhr.

Wiederbeginn: 14.01 Uhr.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten so langsam die Plätze einnehmen. Der Stenografische Dienst ist auch einsatzbereit. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, zur Ruhe zu kommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Erste Beratung

Altersarmut bekämpfen - Gesetzliche Rente stärken

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1667**

Frau Kollegin Dirlich bringt den Antrag ein. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Frau Dirlich (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der Aktuelle Debatte im September über Altersarmut gesprochen. Wir haben damals festgestellt, dass es ein Hauptrisiko für Altersarmut gibt - die Arbeitslosigkeit -, daneben aber zum Beispiel auch lange Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege, also lange Zeiten der Abwesenheit von Arbeit.

Gleichzeitig - auch das haben wir festgestellt - sind die Beschäftigungschancen für Ältere nach wie vor mau. Die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit nach langer Zeit von Erziehung oder Pflege ist nach wie vor schwierig.

Ich will aus der damaligen Debatte eine Zahl nennen, und zwar, dass noch 9,3 % der 64-jährigen in Vollzeit arbeiten. Das bedeutet im Umkehrschluss - auch diese Zahl habe ich bereits genannt -, dass über 90 % der 64-Jährigen keine vollen Rentenansprüche mehr erwerben.

Alle Parteien melden sich nun rechtzeitig vor den Bundestagswahlen mit Konzepten zur Bekämpfung der Altersarmut zu Wort. Begriffe wie „Zuschussrente“ oder „Solidarrente“ machen die Runde.

Leider, meine Damen und Herren, entpuppen sich diese Vorschläge - sowohl von der SPD als auch von der CDU - am Ende als Mogelpackung, vor allem deshalb, weil diejenigen, die am meisten von Altersarmut betroffen bzw. bedroht sind, von den Vorschlägen, die Sie unterbreiten, nicht profitieren. Auch das habe ich Ihnen im September schon gesagt. In beiden Konzepten - die übrigens so gut zusammenpassen, dass wir uns schon auf die große Koalition freuen -

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

sind lange Versicherungs- und Beitragszeiten notwendig. Was den CDU-Vorschlag betrifft, ist auch noch zusätzliche Vorsorge Voraussetzung dafür, überhaupt Anspruch auf Zuschuss- oder Solidarrente zu haben.

Das bedeutet, dass diejenigen, die auf Zuschuss oder Solidarität am meisten angewiesen sind, von den Vorschlägen genau nicht profitieren, also Langzeitarbeitslose, Menschen mit Brüchen in ihrer Erwerbsbiografie - was vor allem Frauen betrifft -, Selbständige oder Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Beschäftigte im Niedriglohn-

bereich - also all jene, die entweder keine 40 oder 45 Versicherungsjahre bzw. 30 oder 35 Beitragsjahre vorweisen können oder aber ein so geringes Einkommen haben, dass sie sich keine zusätzliche Vorsorge leisten können. Sie können sich weder Riester noch eine freiwillige Betriebsrente leisten.

Das eigentliche Problem ist ein anderes. Das eigentliche Problem, meine Damen und Herren - auch das eint CDU und SPD -, ist, dass keine der falschen Weichenstellungen der Rentenreformen der letzten zehn Jahre auch nur angekratzt, geschweige denn wirklich angepackt worden ist. Ich will die Hauptkritikpunkte nennen.

Es bleibt bei Ihnen dabei, dass das Ziel der gesetzlichen Rente nicht mehr die Lebensstandardsicherung ist, sondern die Beitragsstabilität und die Entlastung von Unternehmen. Fakt ist: Wenn weniger eingenommen wird bzw. nicht mehr eingenommen werden soll und gleichzeitig die Ansprüche steigen - was Sie immer betonen -, dann muss man natürlich die Leistungen senken. Dann hat man keine andere Wahl.

Wir kritisieren, dass es bei der Veränderung der Rentenanpassungsformel bleibt und das Rentenniveau dauerhaft gesenkt werden soll. Wir kritisieren die Teilprivatisierung der Rente und den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung. Wir kritisieren, dass die gesetzliche Rente immer mehr zu einer Grundsicherung im Alter verkommt, und wir kritisieren die Rente ab 67.

CDU und SPD behaupten beide im Gleichklang, dass die Reformen nötig seien, um die Rentenversicherung zu stabilisieren. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, wird ein schleichender Systemwechsel vollzogen.

Wenn lange das Prinzip galt „Alt für Jung“, gilt heute das Prinzip „ich für mich“. Wenn lange das Prinzip galt, dass Rentnerinnen und Rentner an der Entwicklung des Lebensstandards partizipieren sollen, gelten heute Aussetzungen der Rentenanpassung. Wenn es lange galt, dass es keine Eingriffe in Bestandsrenten gab, wird heute - zum Beispiel mit den Änderungen in der Pflegeversicherung - in Bestandsrenten eingegriffen. Wenn lange das Prinzip der paritätischen Finanzierung galt, so ist dieses inzwischen durch den Zwang zur Privatvorsorge ausgehebelt. Daran ändert sich auch in Ihren neuen Konzepten rein gar nichts.

Ein Prinzip muss allerdings tatsächlich verlassen werden, und zwar das Äquivalenzprinzip. Genau das führt zurzeit zu Altersarmut. Dabei ist es ganz einfach: Wer mehr und länger einzahlt, kriegt mehr raus. Das heißt im Umkehrschluss: Wer kürzere Zeit bzw. weniger einzahlt, kriegt weniger, und wer nichts einzahlt, bekommt nichts. Das ist die Stelle, an der Solidarität gefragt ist, meine Damen und Herren. Genau hier ist sie.

(Zustimmung bei der LINKEN)

DIE LINKE hat im September ihr Rentenkonzept vorgelegt. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat zur Umsetzung des Konzepts mehrere Anträge in den Bundestag eingebracht.

Wir, die Landtagsfraktion hier in Sachsen-Anhalt, sind der Meinung, dass dieses wichtige Thema auch hier im Landtag eine Rolle spielen muss. Deshalb haben wir den Ihnen heute vorliegenden Antrag eingebracht. Sicherlich ist Ihnen aufgefallen, dass er sich einigermaßen strikt an den Vorschlägen der Bundestagsfraktion entlanghangelt.

Da ich sehr davon ausgehe, dass wir das Thema heute nicht beerdigen, will ich hier nur auf die wichtigsten Punkte eingehen. Wir wollen eine solidarische Rente einführen. Das heißt in diesem Fall und an diesem Punkt, dass wir eine Rente einführen wollen, die diesen Namen auch verdient, und das deshalb, weil alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente einzahlen müssen, also auch Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker, Ärztinnen und Ärzte sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Diese Liste lässt sich im Übrigen fortsetzen, und zwar gar nicht mal so knapp.

An den Hauptvorwurf möchte ich erinnern, weil Sie uns gern die DDR vorhalten. Der Hauptvorwurf an die DDR war, dass sie 67 Sonder- und Zusatzversorgungssysteme hatte. Die Bundesrepublik hat meines Wissens nicht ganz so viele, aber so viel weniger sind es auch nicht.

Wir wollen, dass die Beitragsbemessungsgrenze angehoben und dauerhaft aufgehoben wird. Natürlich müssen dann, um Solidarität zu ermöglichen, Hoch- und Höchstverdienende einen Teil ihrer Ansprüche abgeben, und dieser Teil muss umso höher sein, je höher das Einkommen steigt. So, meine Damen und Herren, geht Solidarität.

(Zuruf von Herrn Scheurell, CDU)

Die Rente erst ab 67 gehört abgeschafft. Die Lebensstandardsicherung muss wieder Prinzip der gesetzlichen Rente werden. Deshalb schlagen wir vor, das Rentenniveau wieder auf 53 % anzuheben. Es kann nicht sein, dass jemand 33 Jahre lang den Durchschnittsverdienst erzielen und entsprechende Beiträge zahlen muss, um eine Rente auf Grundsicherungsniveau zu bekommen. Genau so, Herr Scheurell, wird es aber kommen,

(Herr Scheurell, CDU: Ja!)

wenn die Pläne von CDU und SPD umgesetzt und durchgesetzt werden.

Das muss auch deshalb verhindert werden, meine Damen und Herren, weil es die gesetzliche Rente insgesamt infrage stellt und zu erheblichen Akzeptanzproblemen führt. Wenn man 33 Jahre lang ar-

beitet und genau weiß, dass man nicht weit über den Durchschnittsverdienst hinauskommt, und dann eine Rente auf Grundsicherungsniveau bekommt, dann fragt man sich doch gleich am Anfang, warum man da zig Jahre einzahlen soll. Die Rente wird auf diese Weise nicht mehr akzeptiert - zumindest nicht auf Dauer. Ich kann mir nicht vorstellen, wie.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir wollen eine solidarische Mindestrente einführen. Sie soll einkommens- und vermögensgeprüft sein und muss aus Steuermitteln finanziert werden. Die Verhinderung von Altersarmut ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und muss deshalb auch von ihr getragen werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Diese solidarische Mindestrente verdient ihren Namen deshalb, weil sie nicht von langjähriger Beitragszahlung abhängig gemacht werden soll. Auch solidarische Komponenten, die bereits Bestandteil der gesetzlichen Rente sind, sollen gestärkt werden, wie beispielsweise die bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten oder die bessere Anrechnung von Zeiten der Pflege oder der Ausbildung.

Wir wollen Langzeitarbeitslose wieder durch Beitragszahlung absichern. Das war übrigens eines der ganz wenigen Versprechen der Hartz-Gesetzgebung, die den Betroffenen tatsächlich eine Verbesserung gebracht haben - zumindest einige Tage. Die Verbesserung war, dass alle - auch die Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger - rentenversichert waren. Auch dieses Versprechen wurde mit der Abschaffung der Beitragszahlung gebrochen.

Inzwischen - auch das habe ich hier schon einmal gesagt, ich wiederhole es trotzdem, weil man es nicht oft genug sagen kann - ist von der angeblich größten Arbeitsmarktreform aller Zeiten nichts weiter übrig geblieben als die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, und das hätte man billiger haben können.

(Zustimmung bei der LINKEN - Frau Budde, SPD: Das ist ganz schlimm!)

Natürlich wird es von der LINKEN keinen Antrag zur Rente geben ohne die Forderung nach der Angleichung der Rentenwerte Ost und West. Sie soll bis zum Ende des Jahres 2016 abgeschlossen sein. Dann - 2016 -, meine Damen und Herren, werden seit der Wende 27 Jahre vergangen sein.

Der Sozialversicherungsbericht der Bundesregierung ging schon 2007 davon aus, dass die Angleichung der Löhne und Gehälter frühestens im Jahr 2030 erreicht sein wird. Auch das steht meines Wissens schon wieder infrage. Niemand - vor allen Dingen Sie nicht, meine Damen und Herren - kann

wollen, dass die Nachwirkungen der DDR fast genauso lange bestehen oder vielleicht sogar noch länger

(Herr Scheurell, CDU: Als die DDR selbst!)

als die DDR selbst.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das kann doch nicht wahr sein, oder?

(Zuruf von Herrn Scheurell, CDU)

Das aber wird passieren. Das wird passieren, wenn nicht endlich eine Angleichung erfolgt und wenn dadurch nicht endlich auch weiterer Druck auf die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West ausgeübt wird.

DIE LINKE flankiert ihre Forderungen zur Rente mit Forderungen nach guter Arbeit, also mit Forderungen nach Mindestlohn sowie nach der Eindämmung des Niedriglohnsektors und der Leiharbeit. Das ist der Grund dafür, dass die Mindestrente nicht zu teuer wird; denn es bleiben nur noch sehr wenige Menschen übrig, die überhaupt auf sie angewiesen sind. Das ist unser Ziel.

Gute Arbeit, gutes Einkommen, gute Rente - das ist der sozialpolitische Dreiklang der LINKEN.
- Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Danke schön, Frau Kollegin Dirlich. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bischoff. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage nach der Rente beschäftigt viele Menschen schon in Zeiten, in denen sie mitten im Berufsleben stehen. Zudem zerteilt die Frage nach der Rente Ost und West. Das betrifft manchmal auch Verwandtschaftsverhältnisse. Ich kenne das auch aus meinem Bereich.

Es geht hierbei nicht allein um die Frage, welchen Rentenanspruch wir erworben haben, sondern auch um die Frage, welche Zusatz- und Betriebsrente jemand im Westen erhält, wo die gesetzliche Rente das Häubchen ist, das oben draufkommt, auch aufgrund von in den letzten Jahrzehnten erworbenen Ersparnissen, die im Osten nicht in dem Umfang möglich waren.

Bei dieser Auseinandersetzung geht es viel mehr um Gerechtigkeitsfragen als in anderen Bereichen.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Man bekommt heutzutage einen Überblick, wenn man jedes Jahr seinen Rentenbescheid erhält. Das ist für diejenigen, die im Landtag sind, nicht

ganz so wichtig. Wir bekommen ihn aber trotzdem, zumindest diejenigen, die vorher gearbeitet haben.

(Heiterkeit - Herr Grünert, DIE LINKE: Der war gut! - Frau Lüddemann, GRÜNE: Das war schön!)

- Das war ein guter Versprecher. Ob man es jetzt verdient, weiß man auch nicht.

In dem Bescheid lese ich immer, was ich für eine Rente bekommen würde. Das könnte jeder von Ihnen erzählen. Die Frage ist: Ist alles gerecht zugegangen? - Ich sage dann immer: Ein Glück, dass ich im Landtag bin. Man weiß nicht, was sonst gewesen wäre. Für 22 Jahre Tätigkeit in der DDR sind bei mir 292 € Rente zusammengekommen. Dann bekommt man immer noch mit, wenn sich das etwas erhöht.

Es gibt in der Frage nach der Rente in Bezug auf diejenigen, die gar nicht berücksichtigt werden, wie Geschiedene - Sie kennen das alle -, noch viel größere Ungerechtigkeiten. Ich diskutiere auch viel mit Leuten, etwa mit Chemikern, die außen vor gelassen werden oder bei denen das Bundessozialgericht anders entschieden hat. Wahrscheinlich lassen sich nicht alle Ungerechtigkeiten beseitigen, weil die Fälle einfach zu detailliert sind. Ich bin froh, dass es die Einheit gegeben hat und so mancher eine ordentliche Rente bekommt.

Trotzdem ist es richtig, Frau Dirlich, den Antrag zu stellen und die Diskussion, die in allen Parteien bereits seit einem Jahr geführt wird, immer wieder neu aufzunehmen. Auch in dem Entwurf eines Rentenversicherungs-Lebensleistungserkennungsgesetzes, das in „Alterssicherungsstärkungsgesetz“ umbenannt worden ist und über das jetzt diskutiert worden ist, ist eine Lösung nicht in Sicht.

Über alles, was von Frau von der Leyen sozusagen vorgestellt worden ist, wurde, so glaube ich, auch innerhalb der CDU diskutiert. Die SPD hat mittlerweile ein Konzept vorgelegt, über das auch diskutiert wird. Die Gewerkschaften haben eines vorgelegt. Die Kirchen haben teilweise etwas vorgelegt.

Wenn man jedes einzelne Konzept betrachtet, wird man riesige Unterschiede feststellen, zum Beispiel dass es wenige rückwirkende Sachen gibt. Meistens ist es auf die Zukunft ausgerichtet, wobei man die Frage stellt: Was ist mit denjenigen, die jetzt in Rente gehen, die in den letzten 20 Jahren unterbrochene Erwerbsbiografien haben und vieles andere?

Mir bleibt in den fünf Minuten nicht so viel Zeit zu beurteilen, ob das Rentenkonzept, das DIE LINKE vorlegt, überzeugend ist und für alle gilt. Ich bin nicht der Experte. Ich müsste vorlesen, was mir die Rentenexperten des Sozialministeriums aufgeschrieben haben. Aber ich glaube, ich muss so ehrlich sein und sagen: Ich sehe nirgendwo ein

überzeugendes Konzept, das bezahlbar ist und von allen akzeptiert wird. Zum SPD-Konzept wird vielleicht der Sprecher unserer Fraktion etwas sagen.

Es stellt sich zum Beispiel die Frage, was unter den Punkten 1 und 4 gemeint ist, wenn es um die Modelle geht. Welche Modelle meinen Sie? Oder nehmen Sie von jedem Modell etwas?

Wir kennen zum Beispiel zum großen Teil die Arbeitnehmersicherung in der Rente. Unter Punkt 1 fordern Sie die Erwerbstätigenversicherung. Das ist eine andere, und zwar eine solche wie sie in England und Frankreich vorkommt, wo die Ansprüche bei den Hochverdienern abgeflacht werden.

Unter Punkt 4 geht es um die Vollversicherung. Die Vollversicherung ist das Modell, das in Holland und in der Schweiz praktiziert wird.

Weiterhin gibt es das Modell der Grundsicherung in Deutschland. Man könnte sich jetzt über die Höhe unterhalten und sagen: Sie muss bei 900 € liegen. - Zumindest gibt es verschiedene Modelle, die eine Rolle spielen.

Trotz der Diskussionen, die man auch im privaten Bereich, etwa mit Geschwistern und Bekannten, führt, bleibt die Frage hinsichtlich der Akzeptanz. Sie sagen zum Beispiel, Sie würden das Beitragsäquivalent wegnehmen. Dann wird zumindest die Diskussion mit denjenigen zu führen sein, die etwas über der Grundsicherung liegen oder aus dem SGB-II-Bezug heraus sind und die am Ende eventuell weniger Rente bekommen als diejenigen, die einen Zuschuss bekommen.

Die Frage, warum ich gerade im Niedriglohnsektor überhaupt arbeiten gehe - wenn ich gar nicht arbeiten gehen würde, würde ich einen anderen Zuschuss bekommen -, ist auch eine Frage der Akzeptanz.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Es geht mir nur darum, deutlich zu machen: Es ist ganz schön schwierig, Gerechtigkeit herzustellen.

Die SPD hat gesagt, sie würde die Altersberücksichtigungszeiten bis 67 erst einmal aussetzen. Das geht alles in die Richtung, an die man denken muss. Die Frage der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten versuchen mittlerweile alle Parteien zu beantworten. Es geht darum, ob sie rückwirkend anerkannt werden, ob die Grenze vor 1992 liegt, also was eigentlich gerecht ist.

Die Frage ist auch, welche Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente gerecht sind, ob hochgerechnet werden soll bis zu dem Zeitpunkt, zu dem man in das eigentliche Rentenalter eintreten würde. Denn es kann niemand etwas dafür, wenn er erwerbsunfähig wird.

Das sind alles offene Punkte. Ich denke, es lohnt sich, darüber im Ausschuss zu diskutieren. Das gilt natürlich erst recht für die Ost-West-Angleichung, über die überall intensiv diskutiert wird. Ich glaube, dass es eine riesige Ungerechtigkeit ist, solange es keine Angleichung gibt.

Selbst wenn man Ihrem Vorschlag folgen würde, würde das eine bestimmte Summe kosten. Dann bleibt trotzdem noch der Höherbewertungsanspruch. Den wollten Sie ja beibehalten. Der würde noch zusätzlich etwas kosten. Ich habe jetzt keine Ahnung, wie viel. Dann stellt sich auch die Frage: Welche Akzeptanz gibt es dafür?

Es gibt aber viele andere Dinge, die richtig sind und mit denen man konform gehen kann. So sagen Sie, es muss wieder möglich sein, dass beim SBG-II-Bezug eine Rentenanwartschaft aufgebaut wird und Ähnliches. In manchen Dingen ähneln sich die Vorschläge, manche unterscheiden sich sehr stark. Am meisten bin ich neben der Akzeptanz darauf gespannt, ob es für die eine oder andere Regelung Mehrheiten im Bundestag gibt. Ich muss sagen: Ich bin diesbezüglich mehr als skeptisch.

Da ich weiß, dass es in den Ausschuss überwiesen wird, belasse ich es jetzt dabei.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Bevor wir in die Debatte eintreten, dürfen wir ganz herzlich auf der Besuchertribüne Damen und Herren aus Ermlitz und aus Merseburg begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Als erster Debattenredner hat der Kollege Rotter für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Herr Rotter (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, meinen Redebeitrag mit dem Ausspruch eines Mannes zu beginnen, den ich sehr schätze und der mit der Einführung der Pflegeversicherung einen entscheidenden Beitrag für die Absicherung älterer und pflegebedürftiger Menschen geleistet hat. Ich spreche von Norbert Blüm. Er hat einmal gesagt: Die Rente ist sicher.

(Zuruf von Frau Dirlich, DIE LINKE)

Dieser Ausspruch hat, wenn auch oft belächelt und mit einem hämischen Unterton zitiert, seine Berechtigung bis heute behalten.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der LINKEN: Na, na! - Herr Kurze, CDU: Na klar!)

- Sie brauchen gar nicht „Na, na“ zu sagen; denn die Rente ist aus meiner Sicht wirklich sicher.

- Verkürzt ist das auch das Resümee des Rentenversicherungsberichtes 2012, den das Bundeskabinett vor wenigen Tagen beschlossen hat. Dieser Bericht enthält für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für Rentnerinnen und Rentner eine erfreulich positive Nachricht: Die gesetzliche Rentenversicherung ist stabiler und gesünder denn je.

Auch wenn Frau Dirlich das Bild der Rente in düsteren Farben malt, denke ich, diese Einschätzung ist richtig. Zum Jahresende 2012 ist die Rentenkasse mit ca. 29,4 Milliarden € äußerst gut gefüllt, und das nicht zuletzt dank der wachstumsorientierten Stabilitätspolitik der Bundesregierung.

Diese positive Entwicklung der Rentenversicherung macht es nicht nur möglich, den Beitragssatz zum 1. Januar 2013 von 19,6 % auf 18,9 % zu senken und so Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu entlasten; vielmehr werden auch nicht unerhebliche Steigerungen der Renten möglich sein. So können Rentnerinnen und Rentner bis zum Jahr 2016 mit Steigerungen von 8,5 % im Westen und 11,55 % in den östlichen Bundesländern rechnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der fünfte Alterssicherungsbericht der Bundesregierung aufzeigt, dass Rentnerinnen und Rentner heute in aller Regel nicht von Altersarmut betroffen sind - lediglich 2,5 % der über 65-Jährigen waren Ende 2011 in Deutschland auf ergänzende Grundsicherung im Alter angewiesen -, so ist es doch wichtig, die Augen nicht vor der drohenden Welle von Altersarmut zu verschließen und das Problem der Altersarmut ernst zu nehmen.

(Zustimmung von Frau Gorr, CDU)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf einen Aspekt aufmerksam machen, der unter dem Gesichtspunkt der Eindämmung und Verhinderung von Altersarmut nicht aus dem Fokus geraten sollte. Der Anteil der Grundsicherungsempfänger bei ehemals Selbständigen gegenüber ehemals Beschäftigten ist mehr als doppelt so hoch: 3,7 % gegenüber 1,8 %. Auch in diesem Fall gilt es, Strategien zu entwickeln, selbständige Vorsorge zu ermöglichen, sie aber nicht aus der Pflicht dazu zu entlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde nun kurz auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE eingehen. Der Herr Minister hat das in seinem Redebeitrag in Teilen schon getan. Ich werde versuchen, Wiederholungen zu vermeiden und einen aus meiner Sicht wichtigen Aspekt herauszugreifen.

Der Überschrift Ihres Antrags kann ich noch zustimmen; denn die Bekämpfung von Altersarmut und die Stärkung der gesetzlichen Rente sind erklärte Ziele meiner Fraktion und der Partei, der ich angehöre. Die Wege dahin unterscheiden sich jedoch in Teilen erheblich.

Lassen Sie mich einen Punkt exemplarisch herausgreifen. Sie wollen eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente, die unabhängig von vorheriger Beitragsleistung ist und wenigstens 900 € betragen soll, einführen. Um welchen Betrag es sich genau handeln wird, wird möglicherweise am Rednerpult bei einem Ihrer Parteitage verkündet.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Aber sicher; das machen wir immer so!)

Dass nach Ihren Vorstellungen ein Mensch, der nicht einen Cent in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, die gleiche Rente erhalten soll wie jemand, der über Jahre hinweg wenn auch nur geringe Beiträge eingezahlt hat, empfinde zumindest ich als zutiefst ungerecht.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Dirlich, DIE LINKE)

- Frau Dirlich, ein derartiges Konzept ist ja geradezu eine Aufforderung an den zuletzt genannten Personenkreis, gar nicht erst einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, weil die von Ihrer Partei ausgelobten Sozialleistungen besser - gestatten Sie mir den Ausdruck - honoriert werden.

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Das ist aber ein falsches Verständnis von Erwerbstätigkeit!)

- Ach. - Ein solches Konzept entspricht - Gott sei Dank - nicht dem Menschenbild meiner Partei - unabhängig davon, dass es gar nicht finanzierbar wäre.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von Frau Dr. Klein, DIE LINKE, und von Herrn Grünert, DIE LINKE)

Aber über die Finanzierung machen Sie sich ja ohnehin keine Gedanken; das müssen Sie auch nicht als nicht in Regierungsverantwortung befindliche Fraktion.

(Zuruf von Herrn Hoffmann, DIE LINKE)

- Ja. Wer nicht in Regierungsverantwortung steht wie Sie, muss sich um die Finanzierbarkeit keine Gedanken machen. Sie tun das auch nicht.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Wir machen das sehr wohl, Herr Rotter! - Zurufe von Frau von Angern, DIE LINKE, und von Herrn Grünert, DIE LINKE - Unruhe)

Präsident Herr Gürth:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Herr Rotter (CDU):

Das tut mir außerordentlich leid. Ich hätte noch ein bisschen mehr zu sagen. - Gut, dann kürze ich es

ab. Ich denke, ich sollte die Zeit nicht überstrapazieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich würde dafür plädieren, dass wir diesen Antrag in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überweisen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wir danken Ihnen. Herr Kollege, der Kollege Steppuhn möchte jetzt Ihre Redezeit etwas ausdehnen und Ihnen eine Frage stellen. Wollen Sie diese Chance nutzen?

Herr Rotter (CDU):

Ich möchte die Chance nutzen und versuche, die Frage zu beantworten.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Bitte, Herr Kollege Steppuhn, die Frage.

Herr Steppuhn (SPD):

Lieber Kollege Rotter, ich habe in Ihrem Debattenbeitrag nichts über das Thema Angleichung Ost-West-Rente gehört. Wir wissen ja, dass in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP in Berlin steht, dass die Ost-West-Angleichung in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode stattfinden soll.

(Zuruf von Frau von Angern, DIE LINKE)

Das hat die Bundeskanzlerin Merkel seinerzeit auch den Rentnerinnen und Rentnern, auch denjenigen, die Rentnerinnen und Rentner werden, versprochen. Ich würde ganz gern an Sie die Frage stellen, wie die CDU in Sachsen-Anhalt dieses Thema sieht.

(Frau Dirlich, DIE LINKE: Das kennen wir doch schon, seit letzten Oktober!)

Herr Rotter (CDU):

Lieber Kollege Steppuhn, die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode ist noch nicht um.

(Zurufe von der LINKEN: Och! - Also machen Sie mal!)

Außerdem gehe ich davon aus, dass die CDU auch nach dem Jahr 2013 im Bund in der Regierungsverantwortung sein wird. Dann sehen wir weiter.

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Lüddemann. Bitte schön, Frau Lüddemann.

Frau Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorweg zu nehmen: Einige Punkte im Antrag der LINKEN können wir sehr wohl und sehr gut unterstützen, als Stichwort beispielsweise Ostrenten. Einige Punkte, beispielsweise ein starres Renteneintrittsalter, können wir nicht mittragen. Insofern müssten wir den Antrag ablehnen. Wir würden aber einer Überweisung in den Ausschuss zustimmen, wenn das der Einreicher oder jemand anders beantragen würde.

Wir als GRÜNE haben das Konzept der Bürgerversicherung vorgelegt. Wir wollen damit die Rentenversicherung schrittweise zu einer universellen Bürgerversicherung ausbauen. Diese würde dann nicht nur die Erwerbstätigen, Herr Rotter, sondern alle Einkommensarten einbeziehen. Das mag rein rechnerisch für den einbezogenen Personenkreis kein großer Unterschied sein, aber von der grundsätzlichen Ausrichtung her durchaus.

Letztlich beziehen wir alle Bürgerinnen und Bürger unseres Gemeinwesens, unabhängig von ihrem Erwerbsstatus, ein. DIE LINKE kapriziert sich immer noch auf diesen Erwerbsstatus, wenn ich das Konzept richtig verstehe. Um es grundsätzlich zu sagen: Sie scheint immer noch in den Kategorien der klassischen Arbeitsgesellschaft zu denken. Wir legen eine Bürgergesellschaft zugrunde. Das ist, so glaube ich, der Unterschied zu allen Rentenkonzepten, die hier thematisiert wurden.

Aber zurück zum konkreten Rententhema. Im Rahmen unserer Bürgerversicherung erwirbt jeder Bürger und jede Bürgerin nach 30 Versicherungsjahren eine Garantierente von zurzeit 850 €.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Da wir die Zeiten der Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen und die Zeiten der Arbeitslosigkeit mit einberechnen, erfüllt dieses Kriterium jeder. Unsere Garantierente unterliegt keiner Bedürftigkeitsprüfung. Bei Ihrer Formulierung, liebe LINKE, einer einkommens- und vermögensgeprüften solidarischen Mindestrente, bin ich mir nicht so sicher.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Unabhängig von vorherigen Beitragsleistungen!)

Die Garantierente soll innerhalb der gesetzlichen Rente bestehen und nicht als zusätzliche Grundsicherung oder bedürftigkeitsgeprüfte Lebensleistungsrente, wie es die Regierungskoalition eindeutig vorschlägt, gezahlt werden.

Wir wollen die Garantierente als wirkliche Rente, die ohne oder mit höchstens einem Antrag erworben wird. Das ist meiner Meinung nach wichtig, um sie so weit wie möglich aus dem Kreis der arbeitsmarktbezogenen Sozialtransfers herauszuholen.

Für viele der Betroffenen ist der Wechsel vom Status arbeitslos in den Status Rentner ein sehr, sehr

wichtiger, weil der Status Rentner oder Rentnerin ein legitimer ist, ohne Makel und ohne Defizit. Der Status arbeitslos hingegen transportiert leider vielfach noch negative Zuschreibungen. Eine Garantierente ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne langwierige, gegebenenfalls sich wiederholende Antragsprozedere markiert diesen Statuswechsel eindeutig.

Damit wird auch etwas gegen die hohe Dunkelziffer bei der Grundsicherung im Alter unternommen. Gerade aus dem Grund der Scham oder aus Unwissenheit - ich konnte das in diesem Hohen Hause schon mehrfach ausführen - nehmen viele, die es tun könnten, die Grundsicherung überhaupt nicht in Anspruch.

Was uns unterscheidet, ist die Regelung der Altersgrenze. Ich habe es anfangs gesagt: Wir stehen zur Rente mit 67, aber nicht als starre Grenze, sondern als flexible Renteneintrittsgrenze. Wir glauben, dass eine längere Lebensarbeitszeit grundsätzlich notwendig ist, aber sie muss flexibel sein, je nach dem, welche Tätigkeit der künftige Rentner oder die künftige Rentnerin ausführt. Sie muss gesetzlich gesichert sein und mit gesundheitlicher Prävention und besseren Arbeitsbedingungen verknüpft werden.

Ostrenten - auch das durfte ich in diesem Hohen Hause schon mehrfach ausführen - sind für uns eine klare Sache. Es braucht möglichst schnell ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West. Es braucht die Anhebung der angleichungsdynamischen Rentenanwartschaften in Ost und West. Dann brauchen wir aus unserer Sicht auch den Hochwertungsfaktor nicht mehr.

Grundsätzlich ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Abschaffung des Niedriglohnssektors die beste Prävention gegen Armut im Alter. Das, was jetzt gerade passiert ist, nämlich den Niedriglohnsektor noch aufzuwerten, ist eine grundsätzlich falsche Entwicklung.

Fünf Minuten - ich sehe das Ende der Redezeit - sind nicht geeignet, um ein Rentenkonzept wirklich auszuführen. Ich konnte nur ein paar Punkte nennen. Ich weiß nicht, wie es mit der Ausschussüberweisung ist. Dann hätten wir Gelegenheit, dezidiert über die Fragen zu sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Lüddemann. - Bevor wir in der Debatte fortfahren, dürfen wir ganz herzlich Damen und Herren der Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Steppuhn. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag der LINKEN gesehen habe, habe ich mir gedacht, eigentlich ist es eine gute Zeit für Sozialdemokraten, zum Thema Rentenpolitik zu sprechen,

(Beifall bei der SPD)

weil wir Sozialdemokraten - das sage ich mit Stolz und mit Selbstbewusstsein - eigentlich diejenigen sind, die als einzige Partei in Deutschland ein schlüssiges Rentenkonzept haben.

(Zuruf von der LINKEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Deshalb will ich die Gelegenheit nutzen, in der Kürze der Zeit das eine oder andere dazu zu sagen.

Frau Dirlich, in Ihrem Antrag sind sicherlich einige Punkte aufgeschrieben, die auch wir als Sozialdemokraten durchaus unterschreiben können. Aber was ich darin vermisste, ist, dass daraus ein schlüssiges Gesamtkonzept entsteht. Es sind einzelne Fassetten. Wer sich in der Rentenpolitik ein wenig auskennt, der weiß, dass nicht nur an einzelnen Stellschrauben zu drehen ist, sondern dass man ein Gesamtkonzept haben muss.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Und was haben Sie?)

Dies ist ganz wichtig, damit die Rente - damit bin ich dann auch bei Norbert Blüm - auch für die Zukunft sicher ist.

Wenn wir über Altersarmut reden, meine Damen und Herren, ist ein Punkt, über den ich auch sehr wenig gehört habe, mit der entscheidende: Wer Altersarmut bekämpfen will, muss erst einmal Erwerbsarmut bekämpfen. Deshalb brauchen wir bessere Löhne, deshalb brauchen wir flächendeckende Mindestlöhne.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, das ist eine der Grundlagen, um zu gewährleisten, dass aus der drohenden Altersarmut keine tatsächliche Altersarmut erwächst. Von daher bin ich der festen Überzeugung, dass sich Arbeit auch für die Rente lohnen muss. Deshalb brauchen wir für die Rente eine andere Grundlage.

Es ist angesprochen worden - egal wie man das dann auch nennt, ob Mindest- oder Solidarrente -: Ich glaube, es ist wichtig - das ist ein Kernpunkt, den wir in dem Rentenkonzept der SPD beschrieben haben -, dass wir so etwas wie eine Solidarrente bekommen. Diese lässt sich nicht nur aus Beiträgen finanzieren, sondern dazu brauchen wir eine steuerliche Zusatzfinanzierung, damit Renten dabei herauskommen, die oberhalb der Grundversicherung liegen. Deshalb fordern wir eine Solidar-

rente von 850 € als Maßstab, auch als Grenze nach unten. Ich glaube, das ist der richtige Weg und es gilt diesen zu beschreiten.

Ein weiterer Punkt ist: Wie gehen wir mit den Menschen um, die es nicht schaffen, ein Rentenalter von 65 oder 67 Jahren zu erreichen, die nicht mehr können oder nicht mehr dürfen? - Ich glaube, hierfür sind Modelle von Teilrenten angesagt. Deshalb brauchen wir auch erleichterte Zugänge zur Erwerbsminderungsrente. Es muss einfach Ausstiegsszenarien für Menschen geben, die nicht mehr können, nicht mehr dürfen, nicht mehr wollen, dann vernünftig und ohne Altersarmut in die Rente zu gehen. Dabei ist die Teilrente ein wichtiger Aspekt.

Ich habe Herrn Rotter vorhin nicht unbewusst nach der Position der CDU zum Thema Ost-West-Angleichung gefragt. Ich sage Ihnen das heute schon, auch wenn die CDU das Thema gern verschweigen möchte. Das wird auch im Bundestagswahlkampf ein zentrales Thema werden, Herr Schröder.

(Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

In der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP steht klipp und klar, die Renten Ost und West sollen in dieser Legislaturperiode angeglichen werden. Das hat die Bundeskanzlerin den Menschen in Deutschland, insbesondere in Ostdeutschland, versprochen. Jetzt gibt es schon die ersten Botschaften, dass das nicht passieren wird.

(Zurufe von der CDU)

Wenn das nicht passiert, wird man der Bundeskanzlerin Wahlbetrug an den Menschen in Ostdeutschland vorwerfen müssen. Deshalb werden wir uns mit dem Thema Ost-West-Rente noch beschäftigen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bin auch froh darüber, dass wir dieses Thema sehr deutlich auch in unserem Rentenkonzept verankert haben.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn die Redezeit jetzt zu Ende geht, Herr Präsident, noch zwei Sätze zur Rente mit 67. Die SPD hat ihren Kurs geändert, weil wir sagen, es muss sich erst die Beschäftigungssituation älterer Menschen in Deutschland verändern und eine Rente mit 67 darf nicht als Rentenkürzung bei den Menschen ankommen. Deshalb gehört die Rente mit 67 ausgesetzt, wie es übrigens auch in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD steht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Wir werden uns im Ausschuss darüber weiter unterhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Fraktionsvorsitzender, möchten Sie intervenieren oder dem Herrn Kollegen Steppuhn eine Frage stellen?

Herr Schröder (CDU):

Ich fürchte, ich gebe ihm noch einmal die Möglichkeit, zu reagieren. - Es war jetzt die Abteilung Wahlkampfreden an der Reihe. Was das Aussetzen der Rente mit 67 betrifft, war es sicherlich ein von Ihnen ehrlich gemeintes Einkassieren einer eigenen Beschlusslage Ihrer Partei.

Ich wollte Sie erstens fragen: Sind Sie bereit anzuerkennen, dass die CDU auf der Bundesebene kürzlich in ihrem Leitantrag unter der Überschrift „Lebensleistungsrente“ verabredet hat, unter besonderer Berücksichtigung auch der ostdeutschen Erwerbsbiografien dafür zu sorgen, dass derjenige, der eine entsprechende Lebensleistung hat, auch unabhängig von seinem aktuellen Gehalt immer eine Rente beziehen kann, die oberhalb der jetzigen Grundsicherungsrente liegt, und dass das auch insbesondere in Ostdeutschland wirken wird?

Zweitens die Frage: Wie würden Sie mit einer Rentenangleichung Ost-West unter verfassungsrechtlich vorgeschriebenem Wegfall des jetzigen Erhöhungsfaktors, dem Eckwert von gegenwärtig 14 %, umgehen, wenn das dazu führt, dass eine Angleichung für viele Rentner in Sachsen-Anhalt mit einer Absenkung ihrer Rente verbunden wäre?

Herr Steppuhn (SPD):

Herr Schröder, es waren ja drei Fragen. Zunächst zu der Frage, ob ich anerkenne, dass sich auch die CDU mit dem Thema beschäftigt. Das tue ich gern, gerade dann, wenn darüber geredet und beraten wird, wie die Rente zukünftig gestaltet wird, insbesondere auch aus ostdeutscher Sicht. Ich denke, das, was die Menschen erwarten, sind konkrete Taten. Eigentlich ist das Thema Ost-West-Rente - ich habe es erwähnt - schon in der Koalitionsvereinbarung verankert.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie davon sprechen, dass die SPD die Rente mit 67 einkassiert hat, dann ist das schlichtweg falsch. Wir haben damals - ich war rein zufällig dabei -, als wir die Rente mit 67 eingeführt haben, sehr bewusst eine Klausel vereinbart - die hätte die Koalition in Berlin jetzt anwenden können -, worin steht, dass die Beschäftigungssituation Älterer sich deutlich verbessern muss, wenn die Rente mit 67 kommt. Genau auf diesen Passus berufen wir uns in dem Rentenkonzept. Von daher ist es sehr klar, wie sich die Sozialdemokraten verhalten.

Zu dem Thema Rente Ost und zu der Systematik: Wir alle wissen, dass es allein schon von der Systematik her nicht ganz so einfach ist, eine Rentenangleichung zwischen Ost und West vorzunehmen. Wenn wir aber die Renten in Ost und West nach den bestehenden Gesetzlichkeiten weiterlaufen lassen, dann wird das Rentensystem immer ungerechter. Das möchte ich an dieser Stelle etwas näher ausführen.

Wir haben mittlerweile diejenigen - der öffentliche Dienst gehört auch bald dazu -, die ein Einkommen in Höhe von 100 % West erhalten. Diese Leute bekommen eine höhere Rente als im Osten, weil das Rentenrecht so ist.

(Herr Hövelmann, SPD: Als im Westen!)

Dann haben wir diejenigen, die von Helmut Kohl - sage ich immer - in Rente geschickt worden sind, mit denen er damals die Wahlen gewonnen hat. Die haben ein recht gutes Rentenniveau.

Schließlich haben wir die Menschen, die in die Altersarmut hineinrutschen oder jetzt schon darunter leiden und deren Erwerbsbiografien von Arbeitslosigkeit und von Niedriglöhnen geprägt sind. Für diesen Personenkreis müssen wir etwas tun, damit er im Alter nicht arm ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Von daher wird die Ost-West-Angleichung ein Stück weit auch eine solidarische Aktion sein, die auch den Menschen im Westen vermittelt werden kann. Es gibt noch einiges zu tun. Wir werden das Thema weiter begleiten und werden wohl auch die Möglichkeit haben, darüber im Ausschuss zu reden. - Schönen Dank.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Kollege Steppuhn, Sie bekommen noch mehr Zeit. Frau Dr. Klein möchte Sie gern noch etwas fragen.

Herr Steppuhn (SPD):

Bitte.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Herr Steppuhn, ich habe eine Verständnisfrage. Sie sprachen vom Aussetzen der Rente mit 67.

(Herr Hövelmann, SPD: Gesetzeslage!)

„Aussetzen“ heißt für mich: Na ja, in zwei, drei Jahren können wir wieder darüber reden.

(Herr Borgwardt, CDU: Nach der Wahl! - Herr Schröder, CDU: Nach der Wahl!)

- Ja, nach der Wahl. - Sie haben jetzt aber als Antwort auf die Frage von Herrn Schröder gesagt: Rente mit 67 erst dann, wenn die Älteren gut beschäftigt sind. Ist das die Zielstellung: Rente mit 67

ja, wenn es eine weitgehende Vollbeschäftigung der älteren Erwerbstätigen gibt?

Herr Steppuhn (SPD):

Mit einer zunehmenden Beschäftigungsquote Älterer wird man natürlich auch über die Erhöhung des Renteneintrittsalters reden müssen. Ich sage Ihnen einmal meine persönliche Meinung, die sich im Rentenkonzept nicht wiederfindet: Das, was wir in Deutschland eigentlich brauchten, wären flexible Altersgrenzen, wie es sie schon überall in Europa gibt,

(Zustimmung von Herrn Rothe, SPD)

damit das System gerechter wird.

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Dafür haben Sie ja uns! Das haben wir vorgeschlagen!)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank allen Diskutanten. - Jetzt hat für die Fraktion DIE LINKE noch einmal Frau Dirlich das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Frau Dirlich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Blüm damals seinen berühmten Satz von der sicheren Rente gesagt hat, galt dieser auch damals nur für die Bestandsrenten - leider.

Das Problem in der Rentendiskussion ist oft, dass sich diejenigen, die sich für das Thema interessieren, bereits im Rentenalter befinden und eigentlich nicht betroffen sind, und dass diejenigen, die betroffen sind, noch viel zu jung sind, um sich für das Thema zu interessieren. Dieses Problem stelle ich immer wieder fest, wenn ich mit Leuten rede. Das ist das Problem in der Rentendiskussion. Wir müssen darüber mit jüngeren Leuten diskutieren; denn diese sind davon betroffen. Es ist ein Problem der Zukunft.

Wenn die Ost- und die Westrenten miteinander verglichen werden, dann werden immer noch und immer wieder Äpfel mit Birnen verglichen, weil nämlich nur die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung miteinander verglichen werden.

Im Westen sind nicht einmal 40 % der Rentner ausschließlich auf die gesetzliche Rente angewiesen. Im Osten sind es dagegen 98 %. Im Westen kommen die Beamtenpensionen, die Leistungen der Versorgungswerke der Ärzte oder der Rechtsanwälte und anderes mehr hinzu. All das geht nicht in die Berechnung ein. So wird der Eindruck erweckt, die Renten im Osten wären höher als im Westen. Das ist ein Witz! Entschuldigung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beibehaltung der Höherwertung ist ein interessantes und sehr schwieriges Thema. Der Abstand beträgt noch immer durchschnittlich 14 bis 16 %.

Nun wird gesagt, es gebe im Osten Berufsgruppen, die längst bei 100 % lägen und eigentlich nicht mehr höher gewertet werden dürften. Aber, meine Damen und Herren, Sie erleben es auch, dass Menschen im Osten und im Westen trotz der gleichen Tätigkeit mit den gleichen Tätigkeitsmerkmalen unterschiedlich eingruppiert werden.

Deshalb kommen nach wie vor die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse zwischen Ost und West zustande. Das führt dazu, dass auch der Beamte im Osten, der längst 100 % Westgehalt erhält, noch immer eine weitaus geringere Pension zu erwarten hat als der gleiche Beamte im Westen, der das gleiche macht und auf dem gleichen Posten sitzt. Das ist das Problem, weshalb wir sagen, dass wir die Höherwertung noch ein Weilchen brauchen werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zu dem Widerspruch zwischen Punkt 1 und Punkt 4 unseres Antrags. Punkt 4 bricht ein Stück aus dem System der gesetzlichen Rente aus. Wir wissen aber sehr wohl, dass es längst steuerfinanzierte Bestandteile der gesetzlichen Rentenversicherung gibt.

Wenn dann gesagt wird, es könne doch nicht sein, dass diejenigen, die gearbeitet haben, genau das selbe haben wie diejenigen, die nicht gearbeitet haben - entschuldigen Sie bitte, Herr Rotter, das ist die aktuelle Situation.

(Zustimmung von Herrn Hoffmann, DIE LINKE)

Die aktuelle Situation ist die, dass Leute, die jahrzehntelang gearbeitet haben, auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind,

(Beifall bei der LINKEN)

und zwar auf eine Grundsicherung, Herr Rotter, die sie auch bekommen hätten, wenn sie die ganzen Jahrzehnte zuhause geblieben wären. Nun frage ich Sie: Was ist an unserem Modell das Furchtbare?

(Herr Rotter, CDU: Das ist doch Wahlkampfrhetorik!)

Ich habe am Ende meiner Rede ausdrücklich gesagt, dass wir es mit Forderungen zum Erwerbseinkommen komplettieren müssen. Darin gebe ich Herrn Steppuhn völlig Recht. Das ist ganz wichtig.

Die Senkung der Beiträge - ein schönes Thema. Mein Kollege aus Köln hat einmal ausgerechnet, was das bringt - ich hatte nicht die Zeit dafür. Ein Dachdeckergereselle oder eine Dachdeckergeresellin erhält nach zweijähriger Tätigkeit ein Tarifgehalt in Höhe von 2 700 € und spart durch die Senkung des Beitragssatzes 9,50 €. Das heißt, er oder sie kann sich eine Currywurst mit Pommes und zwei Mineralwasser leisten. Eine Kölner Frisörin muss

schon auf die Currywurst verzichten, weil sie nur 4,60 € spart.

Hätte man die Möglichkeiten, die sich momentan durch die höheren Einnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung ergeben, nicht besser nutzen sollen, um an ein paar Stellen nachzubessern und die Leistungen zu verbessern?

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Bürgerversicherung. Wir bleiben bei der Erwerbstätigenversicherung, weil wir sagen, dass die Rente einen Lohn- und Einkommensersatz darstellt. Sie brauchen Zinseinnahmen aus Vermögen nicht zu ersetzen. Sie müssen Mieteinnahmen nicht ersetzen; denn diese Einnahmen bleiben erhalten, wenn sie in den Ruhestand eintreten. Deshalb müssen diese Bestandteile ihres Einkommens nicht ersetzt werden. Die Rente ist Einkommensersatz - deshalb: Erwerbstätigenversicherung.

Die Rente erst mit 67 wirkt wie eine Rentenkürzung; denn die Leute sollen nicht länger arbeiten, meine Damen und Herren, sondern sie sollen später Rente bekommen. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann das Gewetter gegen die Erwerbsarmut - das höre ich von der SPD besonders gern. Dazu kann ich nur sagen: Wer hat's erfunden?

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

Frau Dirlich (DIE LINKE):

Wer hat Hartz IV erfunden und die Menschen damit bereit dafür gemacht, jede Arbeit anzunehmen, und zwar für jeden Preis?

Ich hoffe, dass wir uns im Ausschuss auf ein paar Punkte werden einigen können, die wir vielleicht gemeinsam vertreten können. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. - Damit ist die Debatte abgeschlossen. Ich habe ausschließlich Überweisungswünsche gehört. - Das ist offensichtlich so.

Ich frage, wer ist dafür, dass dieser Antrag an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen wird? - Das ist eine große Mehrheit in diesem Haus. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Ebenso niemand. Damit ist der Antrag an den Ausschuss überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 17 erledigt.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 18:**

Erste Beratung

Genossenschaften stärken

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1669**

Einbringer ist Herr Kollege Krause. Bitte schön.

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt. Damit wurde auf die weltweite Bedeutung der Genossenschaften aufmerksam gemacht. In ihrem Aufruf hat die Generalversammlung alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen angehalten, den Beitrag, den die Genossenschaften zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Gesellschaft leisten, stärker zu würdigen und bekanntzumachen.

Die Hälfte der Weltbevölkerung, so schätzt die Uno ein, findet ihre Ernährungsgrundlage in Genossenschaften bzw. durch genossenschaftliche Arbeit. Weltweit sind mehr als 800 Millionen Menschen in Genossenschaften organisiert, darunter in Deutschland 20 Millionen Frauen und Männer in mehr als 8 500 Genossenschaften - und es werden ständig mehr.

Unter den heutigen Bedingungen zunehmender sozialer Kälte, der Vereinsamung der Menschen, der rauer werdenden marktwirtschaftlichen Praxis und der immer geringer werdenden Teilhabe der Menschen empfehlen sie sich als eine echte Alternative in Wirtschaft und Gesellschaft.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Genossenschaften haben gute Entwicklungsmöglichkeiten, weil das genossenschaftliche Prinzip in gewissem Sinne all die gesellschaftlichen Grundwerte und Grundrechte in sich verkörpert, wie sie auch in den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft zu finden sind, zum Beispiel Freiheit, Selbstbestimmung, Mitbestimmung, Eigenverantwortung, Teilhabe und zwischenmenschliche Kommunikation.

Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen unter Hinweis auf die Pioniere des Genossenschaftswesens Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich-Wilhelm Raiffeisen an dieser Stelle einige Prinzipien des Genossenschaftsgedankens in Erinnerung rufe.

Das Demokratieprinzip: Jedes Mitglied hat eine Stimme unabhängig von seinem Kapitaleinsatz.

Das Solidaritätsprinzip: Der Zusammenschluss dient und fördert die wechselseitige Unterstützung, beispielsweise durch gemeinsame Haftung, gemeinsame Verantwortung und gemeinsame Arbeit.

Das Nutzungsprinzip: Genossenschaften dienen nicht der Kapitalmehrung, sondern der Sicherung

preiswerter Dienste. Daher wird der Überschuss nicht nach dem Kapitaleinsatz, sondern gemäß der Nutzung verteilt. Darüber hinaus können bis maximal 4 % der Beteiligung an den Gewinnen ausgeschüttet werden.

Der Doppelcharakter: Die Genossenschaft ist sowohl Wirtschaftsunternehmen als auch konkrete Sozial- und Kulturgemeinschaft.

Zuletzt das Förderprinzip: Der Zweck der Genossenschaft ist primär die Mitgliederförderung.

Die Genossenschaftler sind sich aus Erfahrung darin einig: Im Unterschied zu Unternehmen anderer Rechtsformen kann man mittels der genossenschaftlichen Arbeit nicht reich werden. Was aber wohl gesichert ist, ist die Tatsache, dass man nicht verarmen kann, weder in materieller Hinsicht noch an menschlichen Kontakten und gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Praktikabilität und Attraktivität der Genossenschaften besteht gerade darin, dass sie Personenvereinigungen sind, für die nicht die Vermögenseinlage der Mitglieder und die Erzielung von Kapitalrendite Vorrang haben, sondern der Solidargedanke und die demokratische Organisationsform.

Da die Genossenschaften eher kommunal und regional organisiert sind, stehen sie naturgemäß für regionale Wirtschaftskreisläufe und fördern lokale Beschäftigung. Das erkennen immer mehr Menschen und sehen so in der genossenschaftlichen Zusammenarbeit eine echte Möglichkeit der Arbeitsplatzsicherung und -beschaffung und einen Weg gegen Armut und Ausgrenzung.

Durch ihre regionale Verankerung und die Tatsache, dass Mitglieder, Eigentümer, Beschäftigte und Konsumenten in der Regel in einer sehr engen Beziehung stehen, ist zugleich eine zuverlässige öffentliche Kontrolle über das genossenschaftliche Unternehmen gegeben.

Indem die Förderung ihrer Mitglieder und die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Hauptzweck von Genossenschaften sind, zeigen sie sich gerade in der jüngsten Vergangenheit im Unterschied zu anderen Rechtsformen als relativ krisen- und insolvenzfest.

(Herr Borgwardt, CDU: Dort gibt es aber auch Insolvenzen!)

Genossenschaften haben wir in Sachsen-Anhalt inzwischen in mehr als acht Branchen, mit einer auffälligen Zunahme in sozialen und kulturellen Bereichen. Insgesamt sind laut Antwort auf meine Kleine Anfrage 596 Genossenschaften in das Genossenschaftsregister eingetragen. Ihre Mitgliederzahl dürfte sich hochgerechnet bei 300 000 bewegen.

In der Wohnungswirtschaft gibt es in Sachsen-Anhalt 117 Genossenschaften, die 166 500 Wohnungen bewirtschaften und damit im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge eine wichtige soziale Aufgabe erfüllen. Allein in diesen Genossenschaften sind 171 336 Mitglieder organisiert.

Immer größer wird auch die Zahl der Energiegenossenschaften - jetzt ca. 14 -, in denen sich die Mitglieder vorrangig um eine nachhaltige und insbesondere ökologisch ausgerichtete Energieversorgung bemühen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Regionalisierung der Energieversorgung und zum Umstieg auf erneuerbare Energien.

Wir finden Genossenschaften bei uns weiterhin im Dienstleistungssektor - 89 Genossenschaften -, im Handel - 51 Genossenschaften -, im Bankwesen - 17 Genossenschaften - und selbst in den Bereichen Bildung und Medizin.

Eine bemerkenswerte Entwicklung haben wir in der Landwirtschaft. Mit der Herstellung der deutschen Einheit haben sich in der Bundesrepublik Agrargenossenschaften durchgesetzt. Diese gemeinschaftliche Form des Wirtschaftens in der Landwirtschaft hat bis heute bewiesen, dass es gelingen kann, das wirtschaftliche und das soziale Potenzial einer Produktivgenossenschaft gut miteinander zu verbinden und auszuschöpfen.

Inzwischen bieten 286 Agrargenossenschaften in Sachsen-Anhalt vielen Menschen im ländlichen Raum Arbeit und Auskommen. Sie sind in dem Maße, in dem sie Arbeitsplätze vorhalten, zunehmend auch wieder zum sozialen und kulturellen Bezugspunkt der Dorfbevölkerung geworden.

Diese erfolgreiche Entwicklung haben viele Agrargenossenschaften sowie auch Genossenschaften anderer Bereiche gerade im Jahr der Genossenschaften zum Anlass genommen, um auf zahlreichen Veranstaltungen wie Tagen der offenen Tür und Feiern zu Jubiläen, aber auch in Fachgesprächen sowie in wissenschaftlichen Foren und Konferenzen untereinander und gerade auch mit den Politikern ins Gespräch zu kommen.

Mit dem vorliegenden Antrag, der quasi das Ergebnis dieser Aktivitäten ist, möchten wir die Landesregierung veranlassen, sich - wo immer sie Einfluss geltend machen kann - für die Stärkung des Genossenschaftswesens einzusetzen. Das beginnt mit der Festigung und dem Ausbau des Genossenschaftsrechts, setzt sich fort über Forschung, Studium und Ausbildung und reicht bis zur Imagepflege für den Genossenschaftsgedanken.

Die große Herausforderung besteht darin, dass unter dem Druck marktwirtschaftlicher Zwänge die für das Genossenschaftswesen charakteristischen Grundsätze nicht infrage gestellt werden müssen. - In diesem Sinne bitten wir um die Annahme unseres Antrages.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Danke für die Einbringung. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Professor Wolff. Bitte schön, Frau Ministerin.

Frau Prof. Dr. Wolff, Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vereinten Nationen haben das zu Ende gehende Jahr zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt; Herr Krause erwähnte das. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon lobte die genossenschaftliche Verbindung von Wirtschaft und sozialer Verantwortung als ein Vorbild für die internationale Gemeinschaft.

Bundesweit und auch bei uns in Sachsen-Anhalt leisten Genossenschaften in der Wohnungsverversorgung, in der Agrarproduktion und bei der Finanzierung des Mittelstandes Herausragendes. Das haben die Volks- und Raiffeisenbanken zuletzt in der internationalen Finanzmarktkrise eindrucksvoll bewiesen.

Die Genossenschaften wirken aber schon seit Jahrzehnten wirtschaftlich erfolgreich in Deutschland, dem Geburtsland der Genossenschaftsidee. Einer der Väter der Genossenschaftsidee, Hermann Schulze-Delitzsch, hat im 19. Jahrhundert auch in Sachsen-Anhalt gewirkt: als Richter, als Genossenschaftsbegründer und nicht zuletzt als Abgeordneter.

Genossenschaften sind historisch entstanden und auch ökonomisch sinnvoll, um Produzenten einer bestimmten Wertschöpfungsstufe vor monopolistischen oder monopsonistischen Ausbeutungsversuchen anderer Wertschöpfungsstufen zu schützen, beispielsweise Milchbauern vor preisdrückenden Molkereien, Fischer vor zahlungsunwilligen Konservenfabriken oder auch Mieter vor gierigen Wohnungseigentümern. Sie haben sich aber auch - Herr Krause erwähnte das - in etlichen anderen Bereichen und Branchen bewährt. Genossenschaften haben unter bestimmten Bedingungen unbedingt ihre Meriten.

Verblüffend ist aber, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE offenbar unter dem Eindruck steht, Genossenschaften würden in Sachsen-Anhalt mehr oder weniger konsequent benachteiligt. Dazu kann ich nur sagen: Sowohl bei den Förderprogrammen des Wirtschaftsministeriums als auch im Agrarbereich werden Genossenschaften nicht anders behandelt als Unternehmen anderer Rechtsformen.

Ich bin mir auch nicht sicher, ob Sie als Antragsteller durchweg im Sinne von Genossenschaften agieren. Wenn Sie beispielsweise fordern, die Pflichtprüfung weiter zu vereinfachen, darf ich darauf hinweisen, dass sich zahlreiche genossenschaftliche Spitzenverbände mehrfach klar gegen

eine solche Reduzierung ausgesprochen haben. Die Pflichtprüfung, durchgeführt von genossenschaftlichen Prüfungsverbänden, ist eine Säule der genossenschaftlichen Selbstorganisation.

(Zustimmung bei der CDU)

Des Weiteren fordern Sie eine gesonderte Ausweisung genossenschaftlicher Agrarunternehmen. Wie bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Krause in der Landtagsdrucksache 6/1438 dargelegt, liegen die für eine solche Ausweisung erforderlichen amtlichen statistischen Erhebungen zu Agrargenossenschaften nicht vor. Dazu wären erheblich mehr Aufwand und Personal nötig, und zwar ohne dass wirklich klar wäre, worin der zusätzliche Ertrag bestehen sollte.

Bemerkenswert finde ich auch die Forderung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft „eilvernehmlich mit den betreffenden Hochschulen“ auf einen größeren Stellenwert der Genossenschaft in betriebswirtschaftlichen Studiengängen hinwirken soll.

Zunächst ist mir nicht klar, aufgrund welcher Daten Sie überhaupt ein Defizit in der studentischen Ausbildung feststellen. Mir persönlich beispielsweise ist kein BWL-Absolvent bekannt, der irgendwelche rechtsformspezifischen Einstiegsschwierigkeiten bei Genossenschaften gehabt hätte. Ich habe selbst auch nie eine BWL-Einführung erlebt oder gar gehalten, in der Genossenschaften nicht gleichrangig mit anderen möglichen Rechtsformen und gleich intensiv gelehrt und diskutiert wurden.

(Zustimmung bei der CDU)

Was heißt nun „eilvernehmlich mit den Hochschulen“? Entweder wollen die Hochschulen bestimmte Inhalte selbst - dann muss das Ministerium nichts unternehmen - oder sie wollen sie nicht - dann bedeutet „Eilvernehmen“ aber wahrscheinlich nichts anderes als „Anweisung“. Dies wiederum stünde, milde formuliert, in einem gewissen Spannungsverhältnis zu Artikel 10 Abs. 3 unserer Landesverfassung, wonach Forschung und Lehre frei sind.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Aber - um es zu wiederholen - all dies setzt einen Befund voraus, den ich nicht kenne und dessen Quellen ich gern wüsste.

Kurzum: Die im Antrag benannten Defizite im Umgang der Landesregierung mit Genossenschaften sind meines Erachtens überhaupt nicht evident. Die Landesregierung unterstützte und unterstützt Genossenschaften, ist zugleich jedoch realistisch genug, um in Genossenschaften kein Allheilmittel zur Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme zu sehen.

Genossenschaften sind unter bestimmten Bedingungen eine geeignete Rechtsform, unter anderen aber nicht. Sie sind eine Rechtsform im Portfolio

vieler möglicher Rechtsformen. Dabei hat sich der Gesetzgeber etwas gedacht. Denn - wie heißt es so schön? - wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, für den sieht jedes Problem wie ein Nagel aus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Mormann. Bitte, Herr Mormann.

Herr Mormann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die genossenschaftliche Idee ist eine sehr alte, aber - das stellen Sie, liebe Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, zu Recht fest - gerade auch in heutigen Zeiten sehr moderne Idee. Dass die Vereinten Nationen das Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen haben, betont deren Bedeutung umso mehr.

Wir sehen das Prinzip der Genossenschaften im Kanon der vorhandenen unternehmerischen Rechtsformen in Sachsen-Anhalt nicht als benachteiligt an. Vielmehr sind die Genossenschaften in ihren Kernbereichen gut aufgestellt. Seit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes unter der Großen Koalition im Jahr 2006 gibt es auch die Möglichkeit, Sozial- und Kulturgenossenschaften zu gründen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Es ist ein bisschen schwierig um diese Zeit und bei diesem Thema. - An dieser Stelle haben wir in Sachsen-Anhalt sicherlich noch Nachholbedarf. Aber die Einschätzung oder vielmehr die Unterstellung, dass Sachsen-Anhalt seine Genossenschaften in der Fördermittelvergabe benachteilige, teilen wir nicht.

Viele der Feststellungen im ersten Teil Ihres Antrages, sehr geehrte Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, sind natürlich richtig. Aber warum wir zum Beispiel feststellen sollen - ich zitiere aus Ihrem Antrag -, „dass das sehr wesentliche Prinzip des Genossenschaftsgedankens ‚ein Mann/eine Frau - eine Stimme‘ auch weiterhin uneingeschränkt bzw. unabhängig von der Kapitaleinlage Bestand hat und Bestand haben muss“, erschließt sich mir nicht. Selbstverständlichkeiten muss man nicht beschließen.

Viele der in Ihrem Antrag formulierten Forderungen brauchen wir in diesem Hohen Hause nicht zu beschließen, da sie gelebt werden. Wir sollten in den Ausschüssen vielmehr konstruktiv über die tatsächliche Situation der Genossenschaften, über ihre Probleme und Potenziale und über die eventuell notwendige politische Unterstützung in Sachsen-Anhalt sprechen.

Kolleginnen und Kollegen, auch die Ansätze im zweiten Teil Ihres Antrages sollten wir uns in den Ausschüssen detailliert zu Gemüte führen. Selbstverständlich ist es förderlich, geeignete Maßnahmen durch gesetzliche Rahmenbedingungen für Existenzgründungen zu flankieren. Selbstverständlich ist es wichtig, die gesellschaftliche Akzeptanz von Genossenschaften und die Kenntnisse über dieses Kooperationsmodell in Zusammenarbeit mit den Kammern durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

Selbstverständlich ist es ein löbliches Unterfangen, im Rahmen von Wirtschaftsstudiengängen auch über die Rechtsform der Genossenschaft aufzuklären. Aber all das sollten wir im Detail in den Ausschüssen besprechen und dann einen größtmöglichen Konsens finden, wie wir wo unterstützen und befördern können.

Meine Damen und Herren! Aus den ausgeführten Gründen beantragen wir eine Überweisung des Antrages: zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft, zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen zum Fest ein paar besinnliche Stunden im Kreise derer zu wünschen, die Ihnen wirklich wichtig sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Kollege Mormann. Wir sind uns auch ganz wichtig. - Als nächster ganz Wichtiger hat der Kollege Erdmenger das Wort. Bitte schön.

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier zu fortgeschrittener Stunde, am Freitagnachmittag, noch ein wichtiges Thema auf der Agenda. Ich bin der LINKEN ausdrücklich dankbar dafür, dass sie es in den Landtag gebracht hat.

Wir haben in diesem Jahr das Jahr der Genossenschaften. Es sieht so aus, als würden wir es sowohl im Bundestag als auch hier im Landtag erst im Dezember schaffen, uns mit diesem Thema zu beschäftigen. Vielen Dank an dieser Stelle für Ihren Antrag.

Dass Genossenschaften in unserem Land wirtschaftlich wichtig sind, das haben jetzt, glaube ich, alle Redner betont. Eindrucksvoll fand ich folgende Zahl: 16,7 Millionen Menschen sind Mitglieder genossenschaftlich organisierter Banken. Dass Genossenschaftsbanken gerade vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise eine besondere Bedeutung haben und eine besondere Rolle im Finanzsystem

spielen können, das leuchtet, denke ich, jedem ein.

2,8 Millionen Menschen in Deutschland sind Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften. Dass Wohnungsgenossenschaften ein wichtiges Korrektiv am Wohnungsmarkt sind, insbesondere wenn dieser Markt von Wohnungsknappheit geprägt ist und seine Entwicklung aufgrund kurzfristiger Renditeinteressen eine falsche Richtung zu nehmen droht, das leuchtet, glaube ich, ebenfalls jedem ein. Wohnungsgenossenschaften haben dabei eine ganz wichtige Funktion, und das schon seit sehr Langem.

Das heißt nicht - darin gebe ich Ihnen Recht, Frau Ministerin -, dass man die Funktion von Genossenschaften in allen Bereichen überhöhen muss oder in allen Punkten bei Genossenschaften besonders hohe Erwartungen haben kann.

Beispielsweise kann man hier in Sachsen-Anhalt feststellen, dass der Verband der Wohnungsgenossenschaften - genauso wie andere Vertreter der Gebäudewirtschaft - nicht unbedingt zu den Aufgeschlossensten gehört, wenn es darum geht, Klimaschutz im Gebäudebereich umzusetzen. Wir wünschen uns eigentlich mehr Aufgeschlossenheit bei der Frage, wie wir den Wechsel zu erneuerbaren Energien nicht nur im Strombereich, sondern auch im Gebäudewärmebereich hinbekommen können.

Damit bin ich bei einem weiteren Thema, bei dem Genossenschaften ganz aktuell werden - das ist heute noch nicht genannt worden -: Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat - so würde ich sagen - zu einem Boom bei den Gründungen kleiner Genossenschaften geführt. In den letzten Jahren wurden 500 neue Genossenschaften im Energiebereich gegründet, in erster Linie zum Betrieb von Energieerzeugungsanlagen. Ich denke, das ist eine sehr positive Entwicklung.

Aber wenn man sich diese Entwicklung genauer ansieht - das haben die Kolleginnen und Kollegen im Bundestag getan -, dann merkt man: Gerade an dieser Stelle gibt es doch Hürden für Kleingenossenschaften.

Gerade an dieser Stelle muss man doch über die Pflichtprüfungen sprechen, Frau Ministerin. Deswegen ist es durchaus richtig, das zum Thema zu machen und zu fragen: Ist die Pflichtprüfung wirklich für jede Form von Genossenschaft der richtige Punkt oder behindern wir da nicht eine wünschenswerte Entwicklung?

Unter anderem aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der LINKEN. Wir unterstützen aber auch das Anliegen, darüber im Ausschuss im Detail zu beraten, Herr Kollege Mormann. In diesem Sinne freuen wir uns auch auf eine vertiefende Diskussion, auch wenn dann, im nächsten Jahr,

nicht mehr das Jahr der Genossenschaften ist.
- Ich danke herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Erdmenger. - Für die Fraktion der CDU spricht jetzt der Kollege Herr Thomas. Bitte schön, Herr Thomas.

Herr Thomas (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon mehrfach gesagt worden: Das Jahr 2012 ist das Jahr der Genossenschaften. Daher bin ich auch den Initiatoren dieses Antrages dankbar, dass wir heute im Plenum über die Bedeutung der Genossenschaften diskutieren, wobei ich es persönlich schöner gefunden hätte - das sage ich auch mit einem Stück Selbstkritik -, wenn wir das zu Beginn des Jahres und nicht am Jahresende gemacht hätten.

Meine Damen und Herren! Vielleicht wissen Sie wie ich, dass im deutschsprachigen Raum zwei Männer gleichzeitig die ersten Genossenschaften in Deutschland gründeten. Das war 1847 Herr Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der damals den ersten Hilfsverein zur Unterstützung der notleidenden ländlichen Bevölkerung ins Leben rief. Er gründete im Jahr 1862 außerdem den „Heddesdorfer Darlehnskassenverein“, der heute als erste Genossenschaft im Raiffeisen'schen Sinne gilt.

Zur selben Zeit rief Hermann Schulze-Delitzsch in Delitzsch eine Hilfsaktion ins Leben, die den in Not geratenen Handwerkern zugute kam. Nach den Grundsätzen der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung gründete er 1847 die „Rohstoffassoziation“ für Tischler und Schuhmacher und 1850 den Vorschussverein, den Vorläufer der heutigen Volksbanken.

Im Einzelhandel etablierte sich das Genossenschaftsprinzip bereits früher. So schufen im Jahr 1850 Handwerker und Arbeiter der sächsischen Kleinstadt Eilenburg die Lebensmittelassoziation, die erste Konsumgenossenschaft in Deutschland, deren Tradition von der Konsumgenossenschaft Sachsen Nord e. G. bis heute weitergeführt wird.

Meine Damen und Herren! Dass Genossenschaften auch international ein bewährtes Geschäftsmodell waren, sehen Sie auch daran, dass beispielsweise der schweizerische Einzelhandel noch heute von den Genossenschaften Migros und Coop dominiert wird. Das sind große Namen, die bis heute Bestand haben und die unser Leben bis heute begleiten.

Wenn ich erwähnte, dass die ersten Genossenschaften ihre Geburtsstunde in Delitzsch und Eilenburg hatten, so kann man Mitteldeutschland nicht nur als Ort der Reformation, sondern auch

als Geburtsort des genossenschaftlichen Engagements bezeichnen.

In Deutschland sind Genossenschaften weit verbreitet. Wir haben schon viele Zahlen dazu gehört. Ich möchte der guten Vollständigkeit halber noch etwas ergänzen. Es gibt 1 138 Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland, etwa 2 000 Wohnungsgenossenschaften, 2 600 landwirtschaftliche und 1 622 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie 219 Konsumgenossenschaften.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen diese Zahlen hier schon nüchtern nenne, möchte ich noch eine Zahl anfügen, die die Bedeutung der Genossenschaften auch heute unterstreicht.

Allein in den zurückliegenden drei Jahren sind deutschlandweit 650 Genossenschaften neu gegründet worden. Wir wissen und erleben das auch in unserem täglichen Leben: Neue Genossenschaften tragen zur Lösung wirtschaftlicher Herausforderungen - ich nenne nur die Bewältigung der Energiewende - bei. Sie sind außerdem fester Bestandteil zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben.

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Bundesverbandes der Wohnungs- und Immobilienunternehmens Axel Gedaschko hat das mit einem Zitat auf den Punkt gebracht. Er hat nämlich gesagt: Nachhaltige Geschäftsmodelle sowie die Prüfung und Beratung durch Genossenschaftsfreunde sind ein stabiles Fundament. Bei einer Genossenschaft werden die unternehmerischen Entscheidungen nicht unter Renditevorgaben, sondern mit Blick auf die optimale Leistungserstellung für die Mitglieder getroffen. Durch die nachhaltige Wirtschaftsweise erzielen die Genossenschaften positive Effekte für die Gesellschaft.

Dem möchte ich hinzufügen, dass die Genossenschaften Vorbild der sozialen Marktwirtschaft sind. Genossenschaften als lokal verwurzelte Unternehmen fördern die Wirtschaftskreisläufe vor Ort. So stärken Kreditgenossenschaften, ländliche und gewerbliche Genossenschaften und auch Wohnungsgenossenschaften die Wirtschaft in unseren Regionen und sorgen dort für sichere Beschäftigung - und das unter Bedingungen, die es ihnen nicht immer leicht gemacht haben, wenn sie sich die Geschichte so mancher Genossenschaft heute anschauen.

Die Genossenschaften haben sich gerade in den letzten Jahren als äußerst krisen- und insolvenzfest erwiesen. Sie sind nicht nur für die Kreditwirtschaft, sondern für viele andere Wirtschaftsbereiche ein Vorbild.

Meine Damen und Herren! Die Debatte heute hier zeigt, wir sind uns alle einig in der großen Bedeutung der Genossenschaften für unser Land. Ich bin

froh - wir folgen dem Antrag des Kollegen Mormann -, dass wir diesen Beratungsvorschlag, diesen Beschlussentwurf in die Ausschüsse überweisen.

Nicht alles, Kollege Krause, können wir unterschreiben. Das werden Sie uns hoffentlich nachsehen. Aber wir halten es bei diesem Thema durchaus für wichtig, darüber in den Ausschüssen zu diskutieren. Auch auf diese Diskussion freue ich mich. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Thomas. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt der Abgeordnete Herr Krause.

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin! Es ist schon interessant, aber man hat eigentlich darauf gewartet, was die Regierung so aus einem Antrag herauslesen kann bzw. was man so zwischen den Zeilen entdeckt. Aber damit müssen wir, die Opposition, leben.

Nur eine Anmerkung zu Ihrer Feststellung, amtliche Statistiken geben das nicht her. Ich kann nur sagen: Ich weiß nicht genau, aber bis 1998 gab es eben die Ausweisung offiziell in den Berichten, zum Beispiel im Agrarbericht, differenzierte Auswertungen zwischen den einzelnen juristischen Personen. Später verschwand die Genossenschaft unter dem allgemeinen Begriff der juristischen Person.

Nebenbei bemerkt, ist es eine Frage, ob man die Erfassung organisiert oder nicht. Wir holen uns als Fraktion oft aus Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern die Daten von Sachsen-Anhalt. Das ist kurios. Aber so ist es, Frau Ministerin.

Zur Pflichtprüfung. Vorweg nur so viel: Die Punkte, die im Antrag drin sind - - Herr Thomas hat Recht. Man hätte auch Anfang des Jahres das Thema festlegen können. Aber ich habe in meiner Einbringung auch gesagt, dass letztlich dieser Antrag quasi das Ergebnis vieler Aktivitäten von Genossenschaftlern, von Genossenschaften aller Bereiche, aber auch unser Fraktion ist, wo wir Gespräche geführt haben.

Diese Punkte sind nicht irgendwie von uns aus politischer Überlegung benannt worden, sondern das Ergebnis der Gespräche mit Genossenschaftlern und auch mit Verbänden, Prüfverbänden und anderen auf diesem Feld tätigen Menschen. Darum auch eine Anmerkung zur Pflichtprüfung.

Sie hatten das schon gesagt und die Fraktion der GRÜNEN hat das auch noch einmal betont: Es

geht hierbei nicht, wie Sie es soeben wieder formuliert haben, Frau Ministerin, um allgemeine Pflichtprüfungen. Die Genossenschaftler haben selbst gesagt: Um die Genossenschaft demokratisch sicher zu machen, ist das Bedürfnis einer Prüfung da. Aber Sie haben etwas überlesen. Da geht es um kleinste und kleine Genossenschaften, die selbst auf Bundesebene in der Diskussion darüber stehen, ob man das generell ein bisschen vereinfachen sollte. Es geht nicht um eine allgemeine Prüfung. Es geht um kleine Genossenschaften, was in dem Antrag entsprechend formuliert ist.

Eine letzte Anmerkung - auch wenn es nicht im Antrag stand, aber in Ihrem Beitrag herauszuhören war - dazu, dass Genossenschaften in allen Fragen gleich behandelt werden. Ich will den Punkt nur nennen und nicht weiter kommentieren. Stichwort: Altschulden im Bereich der Landwirtschaft und der Wohnungsgenossenschaften.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Die Debatte ist damit zum Abschluss gekommen. Wir stimmen jetzt ab über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/1669. Ich habe herausgehört, federführend soll der Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft beraten. Mitberatend soll der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten tätig sein. Wer stimmt dem zu? - Das ist das ganze Haus. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist der Antrag in die Ausschüsse überwiesen worden. Wir haben den Tagesordnungspunkt 18 abgearbeitet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 19:

Erste Beratung

Kein Abbau von Hochschulkapazitäten

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 6/1670

Einbringer ist Herr Lange. Bitte schön, Herr Kollege Lange.

Herr Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! 2003/2004 wurde durch das Land eine Kapazität von 33 850 personalbezogenen Studienplätzen für das gesamte Land festgelegt. Auf dieser Kapazitätsfestlegung fußt die Festlegung unserer Hochschulbudgets, die wir als Landtag den Hochschulen in den Haushalten zur Verfügung stellen.

Die Studienplätze sind ein wesentliches Steuerelement, weil an die Studienplätze das Vorhalten von Personal und somit von Kapazität gebunden ist. Sie sind gleichzeitig verbunden mit der

Frage: Wie hoch sind die Lehrverpflichtungen des vorhandenen Personals?

Studienplätze sind also das härteste und beste Kontrollkriterium, das wir als Land haben, um zu sagen, unsere Hochschulen sollen in der Art und Weise dann auch entsprechend arbeiten. Sie sind aber selbstverständlich nicht das einzige Finanzierungskriterium für die Hochschulen. Ich erinnere daran, dass Hochschulen immer aus Forschung und Lehre bestehen und dass natürlich auch die Forschungskapazitäten bei der Berechnung der Budgets eine gewisse Rolle spielen.

Gleichwohl ist eben der wesentliche Ansatzpunkt für die Hochschulsteuerung die Frage: Wie viele Studienplätze hält das Land vor? Die Hochschulen stehen in der Landesverantwortung. Das heißt, wir haben hier direkt die Verantwortung für die Hochschulsteuerung. Gleichzeitig gibt es aber das Bestreben und auch den fraktionsübergreifenden Willen, die Hochschulen in größtmöglicher Autonomie oder - wie die Ministerin immer lieber sagt - in größtmöglicher Eigenverantwortung agieren zu lassen.

Die Hochschulen stimmen sich dabei allerdings auch mit dem Ministerium ab. Der Landtag gibt entsprechend das Geld, allerdings geknüpft an Voraussetzungen. Voraussetzungen in dem Fall - das hatte ich schon gesagt - sind die Anzahl der Studienplätze und das Forschungsprofil.

Deswegen ist es auch völlig richtig, dass wir uns mit einem solchen Antrag an die Hochschulen wenden. Denn was passiert, wenn sich die Voraussetzungen verändern und die Hochschulen auf einen Weg hinsteuern, der diese Voraussetzungen tatsächlich auch für das Land fundamental verändert?

Natürlich habe ich, obwohl es hierbei um die Hochschulen im Allgemeinen geht, die Situation an der Martin-Luther-Universität in Halle vor Augen. Der Senat möchte dort am 19. Dezember 2012 beschließen, dass die Hochschulkapazität bzw. dass die Stellen um etwa 100 Stellen abgebaut werden. Das soll mehr als 20 Professuren betreffen. Daran hängen dann wieder Mitarbeiterstellen. Damit ist auch verbunden, dass für die Martin-Luther-Universität weniger Kapazität für Studienplätze zur Verfügung steht.

Ich gebe zu, dass ich diesen Antrag auch aus einer gewissen Hilflosigkeit heraus gestellt habe; denn das ist ein Prozess, den die Hochschule ganz allein initiiert hat, natürlich mit Blick darauf, dass im Jahr 2014 eventuell keine Hochschulpaktmittel kommen. Ich erkenne an, dass man versucht, sich vorzubereiten. Aber schon mit einem so knallharten Beschluss in diese Situation hineinzugehen, halte ich für absolut verfrüht.

Deswegen sage ich: Wenn sich diese Voraussetzungen verändern, muss das im Landtag bespro-

chen werden. Denn irgendwann haben wir festgelegt, wofür wir das Geld zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig ist mit dem, was an der Martin-Luther-Universität diskutiert wird, ein Abbau von Strukturen verbunden. So ist immer wieder im Gespräch, dass die Medienwissenschaften eventuell geschlossen werden sollen. Vielleicht wird das doch nicht so kommen.

Es ist im Gespräch, dass der Bereich Soziologie ein ganzes Stück weit zusammengeschrumpft werden soll, ein Studiengang, in dem sehr, sehr viele Studierende eingeschrieben sind, was sich also richtig auswirken wird auf das, was wir mit Studienplatzverhalten meinen. Darüber hinaus gibt es immer wieder Diskussionen über die Sportwissenschaften. Wir müssen darüber reden, ob das alles Dinge sind, die im Interesse des Landes sind.

Wir sprechen vom Medienstandort Halle. Es stellt sich die Frage, was wir tun, wenn die Universität den Schwerpunkt nicht mehr auf diesen Bereich legt. Wollen wir das als Land?

Wenn wir über den Sport sprechen, dann reden wir auch über die Übungsleiter und Trainer, die ausgebildet werden. Dann stellt sich auch die Frage, ob wir wollen, dass das Angebot im Bereich Sportwissenschaften in Halle gekürzt wird. - Das alles sind Dinge, über die man sich im Land und auch im Landtag verständigen muss.

Wenn solche Voraussetzungen neu geschaffen werden, dann ist es dringend notwendig, in eine entsprechende Strukturdebatte einzutreten. Ich fordere von der Landesregierung, diese Strukturdebatte jetzt mit uns gemeinsam zu führen, damit wir uns entscheiden können, wie die Hochschulen im Land zukünftig aussehen sollen.

Voraussetzung dafür wird das Gutachten des Wissenschaftsrates sein, das wahrscheinlich im Herbst vorliegen wird. Das heißt, bis dahin ist noch ein ganzes Stück Luft - Luft insoweit, als auch Hochschulen bis dahin handeln können.

Deswegen enthält unser Antrag die Aufforderung an die Hochschulen, an dieser Stelle keine Tatsachen zu schaffen, die über diesen Zeitraum der Zielvereinbarung hinaus Wirkung zeigen, also Tatsachen, die einen Abbau beispielsweise von Strukturen bzw. von Kapazitäten über das Jahr 2013 hinaus präjudizieren.

Ich denke, es ist notwendig, sich im Land darüber zu verständigen, wie viele Studierende wir haben wollen. Es ist prognostiziert worden, dass die Studierendenzahlen bis zum Jahr 2025 gleichbleibend hoch sein werden. Wir müssen uns diesbezüglich darüber verständigen, ob wir als Land tatsächlich das Signal aussenden wollen, dass wir Studienplatzkapazitäten abbauen wollen.

Unser Antrag hat keineswegs das Ziel, eine solche Debatte nicht zu führen. Vielmehr möchte er im

Prinzip verhindern, dass es zu Kürzungen kommt, ohne dass es diese Debatte überhaupt gegeben hat, ohne dass der Landtag einbezogen wurde und ohne dass das Thema breit gesellschaftlich diskutiert wurde. Es ist im Interesse des Landes und es ist im Interesse des Landtages als Geldgeber zu wissen, unter welchen Voraussetzungen wir den Hochschulen Geld zur Verfügung stellen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Kollege Lange, für die Einbringung. - Wir dürfen an diesem Freitagnachmittag Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Osterburg begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Landesregierung spricht in der Debatte jetzt Frau Ministerin Wolff. Bitte schön, Frau Ministerin.

Frau Prof. Dr. Wolff, Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft:

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE könnte den Eindruck erwecken, dass gleich im kommenden Jahr die Ausbildungskapazitäten an unseren Hochschulen drastisch reduziert werden sollen. Das, lieber Herr Lange, wäre mir neu.

Tatsächlich haben wir seit Jahren, und zwar durch Vereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen, eine Ausbildungskapazität abgesichert, die weit über dem reinen Landesbedarf liegt.

In den Jahren 2009 bis 2012 erwarben in Sachsen-Anhalt insgesamt rund 30 000 Schulabgängerinnen und -abgänger eine Hochschulzugangsberechtigung und die haben nicht einmal alle im Land ein Studium aufgenommen. Ihnen standen an den Hochschulen des Landes nach Berechnungen der KMK aus dem Juni 2012 über 40 000 Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester gegenüber. An dieser Großwetterlage wird sich voraussichtlich auch im Jahr 2013 nichts wesentlich ändern.

Was den Wissenschaftsbetrieb betrifft, so waren im letzten Jahr an den Hochschulen des Landes 145 hauptberufliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehr beschäftigt als noch vor fünf Jahren.

Der Verweis auf die Profildiskussion an der MLU Halle-Wittenberg relativiert diese Aussagen nicht. Die Martin-Luther-Universität hat in den vergangenen drei Jahren durchschnittlich jeweils 665 Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester mehr aufgenommen als im Jahr 2004 geplant; dies war Ihr Bezugsjahr. Auch daran wird sich im kommenden Jahr voraussichtlich nichts ändern. Im Gegenteil: Nach dem Hoch-

schulstrukturplan des Landes und nach den zusätzlich zugewiesenen Mitteln waren sogar noch mehr Neuimmatrikulationen, also eine noch höhere Kapazität vorgesehen.

Alles in allem kann man weder für die gesamte Hochschullandschaft noch für die MLU von einem Abbau der Hochschulkapazitäten oder der Ausbildungskapazitäten sprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Unabhängig von der beschriebenen stabilen Hochschullandschaft gibt es allerdings partielle Strukturfragen. Ich betone an dieser Stelle nochmals, dass ich der Martin-Luther-Universität dankbar dafür bin, dass sie die damit verbundenen Fragen ernsthaft diskutiert.

Die Landesregierung und nicht zuletzt der Landtag haben den Hochschulen seit etlichen Jahren zunehmend Entscheidungs- und Gestaltungsbefugnisse übertragen. Es liegt in der Natur der Sache, dieses Mehr an Autonomie zu respektieren. Das heißt selbstverständlich nicht, dass wir nicht ständig mit den gewählten Vertretern und demokratisch legitimierten Gremien in Kontakt stünden und mit ihnen redeten; das wissen Sie ja auch.

Nun wird aber abzuwarten sein, zu welchen Bewertungen der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme kommt. Das haben auch Sie so dargestellt. Dass dies abgewartet wird, haben wir auch gemeinsam mit den Hochschulen beschlossen. Wenn die Ergebnisse vorliegen, dann werden wir darüber sprechen; selbstverständlich auch und besonders im Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Ministerin Wolff. - Die Debatte eröffnet jetzt für die SPD-Fraktion Frau Dr. Pähle. Bitte schön.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein ähnlicher Antrag, wenn auch mit einer anderen Überschrift, lag dem Hohen Haus schon im Oktober vor, als es um die besondere Situation der Martin-Luther-Universität ging. Natürlich geht es bei der Frage nach den Hochschulkapazitäten um die besondere Situation der Martin-Luther-Universität.

Wenn der Senat am 19. Dezember darüber entscheidet, ob quasi 50 % der geplanten Stellenkürzungen realisiert werden, dann hat das Auswirkungen auf die Hochschulkapazitäten; denn das, was das Rektorat momentan vorschlägt, sind Stellenstreichungen gerade in den Bereichen, in denen eine Hochlast von Studierenden ausgebildet wird.

Ich möchte an dieser Stelle auf einen Beitrag in der „MZ“ vom 11. Dezember 2012 verweisen, in der

der ehemalige Hochschulrektor Professor Kreckel zur Situation an der MLU befragt wurde. Er sagt - lassen Sie es mich an einer Stelle zusammenfassen -, dass es besonders bedauerlich sei, dass die Lehre in der derzeitigen Diskussion keine Rolle spiele und man ganz besonders auf forschungsstarke Fächer achte.

Gerade die Soziologie, die an dieser Stelle in den Fokus gerät, hat in diesem Semester rund 800 Hauptfachstudenten. Wenn von den fünf derzeit ausgeschriebenen Professuren zwei nicht besetzt werden, dann hat das natürlich Auswirkungen auf die Kapazität. Drei Professuren können 800 Studenten nicht mehr adäquat betreuen, es sei denn, man geht in der Qualität zurück. Dann öffnet sich eine Spirale, die wir, so glaube ich, für unsere Hochschulstruktur insgesamt nicht haben wollen. Professor Kreckel beschreibt es so:

„Streicht man da noch weitere Stellen, verschlechtert sich die Betreuungssituation und damit die Lehre. Das endet in einer Spirale nach unten: Wegen Geld- und Qualitätsmangel verliert man Studenten, damit verliert man wieder Grundmittel, dann noch mehr Studenten und schließlich geht es auch den forschungsstarken Fächern selbst an den Kragen.“

Diese Situation ist der Grund dafür, dass sich der Landtag damit beschäftigen soll. Ich denke, auch mit Blick auf den Beginn der Haushaltsberatungen im nächsten Jahr werden wir uns mit dem Thema Hochschulstruktur insgesamt auseinandersetzen müssen.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Deshalb wünsche ich mir von der Landesregierung nicht nur für die MLU, sondern für alle Hochschulen im Land einen geordneten Prozess,

(Zustimmung von Herrn Lange, DIE LINKE)

einen geordneten Prozess, der darauf hinausläuft, in Diskussionen einzutreten. Hochschulautonomie ist ein hohes Gut. Gleichwohl heißt das nicht - das habe ich an anderer Stelle schon gesagt -, dass man Begleitung untersagt, sondern eher, dass man Begleitung anbietet.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD, von Herrn Lange, DIE LINKE, und von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Die Hochschulstrukturreform aus dem Jahr 2004 hat erkennbare Profilierungen unserer Hochschulen hervorgebracht, aber sie hat auch Fehlentwicklungen gezeigt. Die Frage ist, ob man es weiter laufen lässt oder ob man versucht umzusteuern.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Die Evaluation und Beurteilung durch den Wissenschaftsrat darf nicht zum Bremsklotz werden, in-

dem wir alle warten wie das Kaninchen vor der Schlange, was denn dort kommt.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD, und von Frau Niestädt, SPD)

Wir müssen aktiv werden. Wir müssen das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Wir sind uns alle darin einig, dass wir über verschiedene Sachen ausführlich reden müssen. Deshalb spreche ich mich hier für die Überweisung des Antrages aus.

Lassen Sie mich am Ende - Weihnachten steht kurz bevor - einen frommen Weihnachtswunsch formulieren: Lassen Sie uns gemeinsam mit Finanzern und mit Hochschulpolitikern darüber diskutieren, welche Strukturen wir haben wollen. Lassen Sie uns unseren politischen Auftrag an die Hochschulen formulieren und lassen Sie uns, wenn wir im Januar im Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft über die Situation der MLU reden, auch über einen Zeitplan reden, wie wir die verschiedenen Prozesse, nämlich die Haushaltsberatungen und die Zielvereinbarungsverhandlungen mit den Hochschulen, im nächsten Jahr zusammenfassen können.

Ich hoffe auch darauf, dass wir in diese Diskussion nicht nur die Hochschulen einbeziehen, sondern auch die Forschungseinrichtungen im Land, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Regionen, in denen sich die Hochschulen befinden, und die Wirtschaft, damit wir endlich zu Strukturen kommen, die zukunftsfähig sind und die uns alle voranbringen. - Ich danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Professor Dr. Dalbert. Bitte schön, Frau Kollegin.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über die Hochschulen des Landes. Das ist ein zukunftsweisendes Thema. Hochschulen sind die Keimzellen für eine prosperierende regionale Entwicklung. In der Hochschule werden die Menschen ausgebildet, die dann in den nächsten Jahren ganz maßgeblich über die Zukunft des Landes entscheiden werden, nämlich die Ärzte, die Rechtsanwälte, die Entrepreneurs, die Lehrer und viele mehr.

Deswegen ist es so wichtig, dass die Hochschulen eine gute Entwicklung nehmen. Deswegen ist es so wichtig, dass dieser Prozess ein strukturierter Prozess ist, in dem sich die Hochschulen weiterentwickeln. Diesbezüglich - das muss ich ganz klar sagen und kann mich meiner Vorrednerin anschlie-

ßen - kommt der Landesregierung und Ihnen, Frau Ministerin, eine zentrale Verantwortung zu; denn Hochschulautonomie kann in der Tat nicht heißen, dass sich die Landespolitik aus der Hochschulpolitik verabschiedet.

Hochschulautonomie heißt weiterhin, dass die Landespolitik die Leitplanken für die Hochschulen setzen muss, dass sie die Hochschule bei ihrem Entwicklungsprozess begleiten muss. An dieser Stelle liegt der Ball in Ihrem Spielfeld, Frau Wolff.

Nach meiner Einschätzung ist das Wichtigste, was wir im Moment brauchen, ein Zeitplan.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD, und von Herrn Lange, DIE LINKE)

Warum ist der Zeitplan so wichtig? - Wir laufen auf eine Situation zu, in der die Prozesse asynchrone sind. Einerseits haben wir eine Zielvereinbarung, die Ende nächsten Jahres ausläuft. Das heißt, nach den bisherigen Erfahrungen mit den Zielvereinbarungsprozessen müssten die Verhandlungen über eine neue Zielvereinbarung im März bzw. April beginnen.

Andererseits befinden wir uns in einem Prozess - unsere Fraktion hat das ausdrücklich begrüßt -, in dem die Landesregierung den Wissenschaftsrat damit beauftragt hat, die Hochschullandschaft zu evaluieren und dazu gutachterlich Stellung zu nehmen. Dies soll dann Grundlage sein, um einen solchen Entwicklungsprozess der Hochschulen zu gestalten.

Wir hören aber, dass dieses Gutachten des Wissenschaftsrates im Sommer, vermutlich sogar erst im Herbst bei uns eintreffen wird. Wir haben also eine Nichtgleichzeitigkeit von Prozessen. Das lässt die Hochschulen allein. Sie wissen überhaupt nicht, wie sie damit umgehen sollen.

Dazu sage ich Ihnen, Frau Ministerin: Sprechen Sie Klartext. Sagen Sie, wie Sie diese asynchronen Prozesse in Einklang bringen wollen und welchen Plan Sie mit Blick auf den zeitlichen Ablauf haben und wie die Begutachtung des Wissenschaftsrates in den Zielvereinbarungsprozess einfließen kann. Deswegen ist der Zeitplan so wichtig.

Wir müssen auch darüber reden, was die Grundlage eines solchen Zielvereinbarungsprozesses und damit der Leitplanken der zukünftigen Entwicklung unserer Hochschulen sein kann. Dazu sage ich Ihnen: Aus unserer Sicht ist die Frage nach den Finanzen und den Personalstrukturen die dritte Frage, die man stellen muss, nicht die erste. Die erste Frage ist: Was sind denn überhaupt die Profile der Hochschulen?

Wenn ich mir die Antworten der Hochschulen an den Wissenschaftsrat anschau und sehe, dass wir Universitäten haben, die überhaupt keine Leitbilddiskussion geführt haben - um nur einmal ein

Beispiel zu nennen -, dann macht das doch sehr deutlich, dass wir erst einmal eine inhaltliche Profildiskussion brauchen.

Ich habe es eingangs meines Statements betont: Wir müssen auch über die regionalpolitische Bedeutung von Hochschulen sprechen; denn Hochschulen sind Akteure in den Regionen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das bringt mich zum zweiten Punkt. Natürlich müssen solche Diskussionsprozesse auch demokratisch legitimiert sein. Das heißt, wir müssen alle Gruppen an den Hochschulen in den Diskussionsprozess einbeziehen. Wir müssen auch die regionalen Akteure in den Diskussionsprozess einbeziehen. Auch hierbei kommt der Landesregierung, kommt Ihnen, Frau Ministerin, eine Verantwortung zu, solche Diskussionsprozesse transparent und demokratisch auf den Weg zu bringen.

Noch ein letztes Wort zur Martin-Luther-Universität. Ich will nicht alles wiederholen, was hier gesagt worden ist. Aber es macht mich schon betroffen, wenn ich sehe, dass sich das, was wir Anfang dieses Jahrtausends hatten, wiederholt. Statt Profildiskussionen zu führen, laufen die Stellen, die im Augenblick nicht besetzt sind, Gefahr, gestrichen zu werden. Im Augenblick besteht diese Gefahr ganz offensichtlich in der Soziologie, die die Überlast trägt, sodass die Hochschule überhaupt auf die Hochschulpaktmittel zugreifen kann.

Wir haben dasselbe - nur um abschließend ein Beispiel zu nennen - Anfang dieses Jahrtausends erlebt. Damals war zufällig die Entwicklungspsychologie frei, die dann gestrichen wurde. Entwicklungs- und Pädagogische Psychologie sind Eckprofessuren an einer lehrerbildenden Universität. Das sind einfach ganz dramatische Fehlentscheidungen, die da getroffen werden, nur um schnell irgendwelchen Kürzungsszenarien nachzukommen.

Deswegen finde ich, dass der Antrag der Linksfraktion das Minimum dessen ist, was heute hier vom Parlament ausgehen sollte, nämlich die klare Botschaft: Wartet einen strukturierten Prozess ab! Dann reden wir gemeinsam darüber, was die Hochschulen tragen können und wie das ausfinanziert wird.

Wenn wir schon bei den frohen Weihnachtswünschen sind: Meine Weihnachtswünsche an Sie, Frau Wolff, habe ich heute wohl deutlich benannt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Professor Dalbert. - Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Herr Harms. Bitte, Herr Harms.

Herr Harms (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider haben wir nur fünf Minuten Diskussionszeit. Es ist deshalb ein bisschen schwierig, Herr Lange, weil mir der ganze Antrag doch etwas wirr und ungeordnet erscheint. Sie erwecken nämlich den Eindruck, dass es hier im Land um den Abbau einer Gesamtstudienzahl geht, der eine grundsätzliche Richtungsbedeutung hat. In der Feinargumentation konzentrieren Sie alles auf ein regionales Problem.

Frau Professor Dalbert, Sie haben Recht: Der Zeitplan ist wichtig. Aber ist die Diskussion nun absolut verfrüht, wie es Herr Lange einschätzt, oder zu spät, wie andere sagen?

(Herr Czeke, DIE LINKE: Die einen sagen so, die anderen so!)

Ich muss sagen: Ich habe den Eindruck, Hausaufgaben, die in Eigenverantwortung erledigt werden müssen, werden regional in einigen wichtigen Punkten des Landes gern verdrängt.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das verstehe ich jetzt nicht!)

Wenn gerade die Begabtesten und Klügsten in unserem Land Schwierigkeiten mit Haushaltsrecht und Disziplin haben, dann wünsche ich mir eine intensive Diskussion vor Ort, zu der Sie mich gern einladen können. Diese Diskussion müssen Sie nicht unter Hallensern führen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wer zu spät kommt, Herr Lange, den bestraft das Leben, und das gleich mehrfach.

(Zustimmung von Herrn Thomas, CDU)

Erstens. Wir brauchen ohne Zweifel einen weiteren Aufbau unserer Hochschullandschaft. Dieser Aufbau ist natürlich auch mit einem Abbau, mit einem Umbau und zum Teil mit einem Neubau verbunden, und das in ganz unterschiedlichen Teilbereichen. Die zugehörige Diskussion, die dort im Senat stattfindet, ist außerordentlich wichtig und verantwortungsvoll.

Zweitens. Das Ganze braucht ein Fundament. Das Fundament unserer Hochschullandschaft ist erstaunlicherweise recht stabil, sodass es anscheinend auch Ihre Diskussion vor Ort aushält.

Drittens. Wer sich nicht verändert - das gilt auch für die Hochschulen und Universitäten an jedem Ort im Land; das gilt auch für Sie, Herr Lange -, der wird verändert werden.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ich habe mich sehr verändert!)

Sie müssen die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen in diesem Land zur Kenntnis nehmen, wenn Sie zukünftig in diesem Land erfolgreich Politik machen wollen. Ich höre immer wie-

der, Sie würden dies auch gern in Regierungsverantwortung machen. Ich drücke Ihnen die Daumen, dass Sie sich verändern. Ich nehme Sie gern mit. - Danke.

(Beifall bei der CDU - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Was wollten Sie uns damit sagen? - Unruhe bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Für die Fraktion DIE LINKE spricht noch einmal Herr Lange. Bitte schön, Herr Lange.

Herr Lange (DIE LINKE):

Auf das letzte Angebot von Herrn Harms, nämlich das mit dem Mitnehmen, werde ich nicht eingehen. Was er uns mit dem Rest sagen wollte, habe ich nicht wirklich verstanden. Aber gut, da muss man jetzt durch.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, Sie haben mich heute ein bisschen ratlos hinterlassen, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Herr Henke, DIE LINKE: Und das vor Weihnachten!)

Wenn Sie unseren Antrag gelesen haben, dann haben Sie doch festgestellt, dass es nicht um einen Kapazitätsabbau schon im nächsten Jahr geht, sondern es geht darum, erst einmal den Status quo zu halten, bis wir die Strukturdiskussion geführt haben. Das wird über das Jahr 2014 hinaus der Fall sein. Die Entscheidungen, auch die, die jetzt an der MLU getroffen werden sollen, wirken über diesen Zeitraum hinaus.

Deswegen ist das, was Sie uns hier suggerieren wollten, nämlich dass wir die Kapazitäten schon im nächsten Jahr abbauen wollen, natürlich nicht richtig. Vielmehr geht es darum, erst einmal den Status quo über den Zielvereinbarungszeitraum hinaus zu halten, bis wir die Strukturdiskussion geführt haben.

Man muss allerdings sagen, dass einiges, was dort beschlossen werden soll, natürlich schon im nächsten Jahr ein ganzes Stück weit zu Buche schlagen wird. Frau Pähle hat das mit der Soziologie angedeutet. Wenn dort frei werdende Professorenstellen nicht wiederbesetzt werden, dann ist das in einem Bereich, in dem zurzeit schon sehr viele Studierende immatrikuliert sind, eine Verschlechterung der Situation vor Ort.

Sie haben heute den Kapazitätsausbau mit der Zumutung von Überlast verwechselt. Das haben Sie gemacht. Sie haben gesagt: Die werden weiterhin immatrikulieren. Die werden auch noch mehr immatrikulieren. - Ja, aber das erfolgt auf der Basis einer geringer werdenden Kapazität, weil man dort weniger Stellen zur Verfügung hat. Mehr Leute zu

immatrikulieren heißt, wir fahren Überlast, und Überlast bedeutet immer einen Verlust von Qualität. Das möchte ich den Hochschulen nicht zumuten. Das möchte ich auch den Studierenden, die dort studieren, nicht zumuten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn der Antrag heute überwiesen wird, dann bleibt nichts anderes, als jetzt den Appell an die Senatoren zu richten: Warten Sie mit Beschlüssen ab, die Sie dort fällen und die schon über die nächste Diskussion zur Struktur hinausgehen! Lassen Sie uns in einem strukturierten Prozess miteinander ins Gespräch kommen: Was erwartet das Land? Was kann das Land leisten? Was will es sich leisten? - Lassen Sie uns dann darüber reden, wie wir die Strukturen der Hochschulen in den nächsten Jahren vernünftig gestalten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Kollege Lange, der Kollege Harms würde Sie gern etwas fragen.

Herr Lange (DIE LINKE):

Gern.

Herr Harms (CDU):

Herr Lange, ich hatte Ihnen ja angeboten: Ich nehme Sie gern mit auf den Weg in die Realität, wenn Sie dazu bereit sind.

Herr Lange (DIE LINKE):

Was auch immer Realität für Sie bedeutet.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Das war also keine Frage, sondern ein adventliches Angebot.

(Heiterkeit und Zustimmung)

- Ankunft, freudige Erwartung, was auch immer.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich habe nichts anderes gehört als den Wunsch auf Überweisung in den zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft. Ich sehe auch jetzt keine weiteren adventlichen Wünsche. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Enthält sich jemand der Stimme? - Niemand. Die Ausschussüberweisung ist beschlossen worden. Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 19 erledigt.

Präsident Herr Gürth:

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Beratung

Abzweigung von Kindergeld für erwachsene Behinderte stoppen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1671**

Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/1705**

Zunächst hat die Einbringerin, die Fraktion DIE LINKE, das Wort. Es spricht Frau Abgeordnete Zoschke.

Frau Zoschke (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einige Bemerkungen vorweg machen.

Erstens. Es ist uns durchaus bewusst, dass das Thema zuallererst kommunale Perspektiven besitzt, indem auf der Basis des § 74 des Einkommensteuergesetzes der örtliche Träger der Sozialhilfe in begründeten Ausnahmefällen das Kindergeld abzweigen kann. Ich wiederhole gern den Knackpunkt: in begründeten Ausnahmefällen.

Zweitens. Kindergeld wird in unserem Land zur Unterstützung von Familien als Nachteilsausgleich gewährt. Es kann unter bestimmten Voraussetzungen auch über das 25. Lebensjahr hinaus gewährt werden, unter anderem dann, wenn in der Familie ein behindertes Kind lebt und die Behinderung bereits vor dem 25. Lebensjahr eingetreten ist.

Drittens. Wir sind nicht das erste Parlament, das sich mit dieser Frage auseinandersetzt. Bereits im Juni 2011 ist im Bayerischen Landtag ein gleichlautender Beschluss gefasst worden. Der Thüringer Landtag hat sich damit befasst und auch der Bundestag hat dieses Thema unter Beteiligung des Fachausschusses behandelt.

Worum geht es eigentlich? - Der Kindergeldanspruch richtet sich in der Bundesrepublik Deutschland an die Eltern. Das heißt, in Abhängigkeit von der Anzahl der in der Familie lebenden Kinder erhalten Eltern zum Familienlastenausgleich für die ersten beiden Kinder jeweils 184 €, für das dritte Kind 190 € und für jedes weitere Kind 215 €. Damit wird zum einen die Familie unterstützt und zum anderen der Versuch unternommen, Mehrkosten, die Familien mit Kindern haben, durch das Kindergeld auszugleichen. Es ist somit ein Nachteilsausgleich.

Lebt in einer Familie ein Kind mit Behinderungen, so kann, wie bereits oben erwähnt, Kindergeld entsprechend § 32 des Einkommensteuergesetzes über das 25. Lebensjahr des Kindes hinaus gezahlt werden. Somit kann der Fall eintreten, dass Familien lebenslang Kindergeld beziehen.

Auch dafür ist die Begründung einleuchtend. Denn mit der Volljährigkeit des in der Familie lebenden Kindes endet weder die Behinderung noch der Mehrbedarf der Eltern. Es ist davon auszugehen, dass die bestehenden Barrieren für ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben des jungen behinderten Erwachsenen fortbestehen und dass die Familie, in der er auch nach der Volljährigkeit lebt, nach wie vor Mehraufwendungen aufbringen muss. In diesem Fall wirkt also der Familienlastenausgleich fort.

In § 74 des gleichen Gesetzes ist beschrieben, dass die örtlichen Träger der Sozialhilfe die Möglichkeit haben, in begründeten Fällen das Kindergeld abzuzweigen. Ein solcher begründeter Fall liegt vor, wenn die Familie aufgrund ihrer eigenen sozialen Lage selbst nicht für den Unterhalt des Kindes aufkommt, selbst Grundsicherungsleistungen erhält oder wenn das behinderte erwachsene Kind vollstationär untergebracht ist oder wenn die Einkünfte und Bezüge des Kindes seinen notwendigen Lebensbedarf überschreiten.

Wie ist nun die aktuelle Situation? - Seit geraumer Zeit wenden sich viele Betroffene an uns, die mit dem Problem der Abzweigung des Kindergeldes konfrontiert werden. Viele örtliche Träger der Sozialhilfe unternehmen den Versuch - und das fast flächendeckend -, dieses Kindergeld abzuzweigen. In diesem Verlauf passieren Dinge, die unglaublich sind.

Betroffene Familien erfahren von diesen Abzweigungsanträgen erst durch die Schreiben der Familienkasse, in denen sie aufgefordert wurden, innerhalb von 14 Tagen zu dem Antrag Stellung zu beziehen, Einzelnachweise vorzulegen bzw. Widerspruch einzulegen. Danach sollte dann über die Weiterzahlung des Kindergeldes entschieden werden. Doch damit ist es nicht genug: Ab dem darauffolgenden Monat wurde die Zahlung des Kindergeldes eingestellt, bei einigen Familien bis zum heutigen Zeitpunkt, weil das Einspruchsverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Mit solchen Schreiben werden Familien aufgefordert, Quittungen zu sammeln sowie ein Haushaltsbuch zu führen. Des Weiteren werden Fragebögen versandt, die in einer bestimmten Frist ausgefüllt zurückgeschickt werden sollen. Müssen wir Familien das Leben wirklich so schwer machen?

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Empörend finden wir Fragen wie - ich zitiere aus einem solchen Fragebogen -:

„Sind die Kosten für den Kauf von Medikamenten einmalig entstanden oder entstehen sie regelmäßig? Wie hoch belaufen sich die Kosten im Monat und im Jahr?“

Familienkassen wollen wissen: Muss ihr Kind öfter im Jahr ins Krankenhaus und wenn ja, wie oft?

- Bitte teilen Sie mit, wie hoch Ihre gesamten Kosten für die Renovierung des Zimmers ihres Kindes waren. - Wie oft renovieren Sie das Zimmer ihres Kindes?

(Herr Grünert, DIE LINKE: Im Jahr!)

Betroffene berichten unabhängig voneinander auch noch davon, dass sie beim Einzelnachweis per Quittung oder Beleg sich die Frage stellen lassen müssen - ich zitiere -:

„Hat ihr Kind aufgrund der Behinderung einen hohen Verschleiß an Kleidung und Schuhen? Wenn ja, legen Sie bitte die Gründe dar und teilen Sie mit, welche Kosten im Jahr für Schuhe und Kleidung anfallen.“

Hier hört der Spaß auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in seiner Klarstellung an die örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger die Rechtsauffassung vertreten, dass die Abzweigung des Kindergeldes nur einheitlich und nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen soll. Die neue Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs bezüglich der Anwendbarkeit des § 74 des Einkommensteuergesetzes bewirkt demnach keinen Wandel in der geltenden Rechtslage. Insbesondere ist sie keine Grundlage für eine großzügige Abzweigung des Kindergeldes durch entsprechende Anträge der Sozialhilfeträger.

Das Finanzgericht Sachsen-Anhalt hat in dem Verfahren mit dem Aktenzeichen 5 K 454/11 und das Finanzgericht Thüringen in dem Verfahren mit dem Aktenzeichen 3 K 309/10 im November 2011 entschieden, dass eine Abzweigung des Kindergeldes in den Fällen, in denen das Kind im Haushalt der Eltern betreut und versorgt wird, grundsätzlich ausgeschlossen ist. Beide Finanzgerichte halten die den Eltern auferlegten Nachweispflichten für unverhältnismäßig. Gegen beide Urteile ist Revision beim Bundesfinanzhof eingelegt worden.

Während einige Landkreise ganz verzichten, machen andere die Nachweispflicht nur dann geltend, wenn tatsächlich einer Unterhaltsverpflichtung durch die Eltern nicht nachgekommen wird. Andere Landkreise haben die Abzweigung in der Zwischenzeit wieder zurückgenommen und sich bei den betroffenen Eltern entschuldigt.

Allerdings gibt es in unserem Land Landkreise und kreisfreie Städte, die mit dieser Abzweigungssumme ganz fest planen und rechnen. So wird im Landkreis Harz die Summe von 180 000 € aus der erfolgten Abzweigung des Kindergeldes als Deckungsquelle für überplanmäßige Ausgaben für die Grundsicherung im Alter geplant und eingesetzt.

(Frau Weiß, CDU: Das gibt es doch gar nicht! Das stimmt doch gar nicht! - Zurufe von der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Wir denken, dass all das bisher Gesagte Grund genug ist, die Landesregierung aufzufordern, die örtlichen Sozialhilfeträger von der aktuellen Rechtsprechung in Kenntnis zu setzen, damit diese unsägliche Praxis endlich ein Ende findet.

(Beifall bei der LINKEN)

Darüber hinaus möchten wir, dass im Ausschuss für Arbeit und Soziales darüber berichtet wird, in welchem Umfang, wie und in welchen Landkreisen Abzweigungen beim Kindergeld vorgenommen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Abgeordnete. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bischoff.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Zoschke hat die Details erklärt. Deshalb will ich darauf nicht noch einmal eingehen.

Die Verunsicherung durch die unterschiedliche Handhabung haben wir aus zwei Landkreisen mitbekommen. Aber der Umfang der im Harz und in Magdeburg getätigten Abzweigungen ist uns nicht bekannt. Deshalb müsste man - das sage ich jetzt einmal im Konjunktiv - recherchieren, aus welchem Grund das dort sozusagen regelhaft passiert.

Auf die Besonderheit haben Sie hingewiesen. Ich weiß es nicht. Ich habe nur mitbekommen, dass die Verunsicherung erst in den letzten Monaten entstanden ist; denn vorher haben wir davon nichts gehört.

Ich vermute einmal - Sie haben auf eines hingewiesen -, dass das Bundesministerium zwar eine Klarstellung gebracht hat, nämlich die Regelung in begründeten Ausnahmefällen, und die Ankündigung, dass es eine möglichst einheitliche Verfahrensweise geben soll, aber der 4. Senat des Finanzgerichts ist zu einer anderen Auffassung gelangt als der 5. Senat. Das hatte zu der großen Verunsicherung beigetragen.

Der eine hat noch vor September 2011 getagt und hat vereinbart, dass sich im September ein Runder Tisch zusammensetzt, an dem Vertreter des 4. und 5. Senats, der Familienkasse, der Landkreise und der kreisfreien Städte, der Bundesagentur und der Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen teilnehmen. Diese Runde sollte eigentlich Lösungsvorschläge für einen vereinfachten Umgang mit dieser Problematik unterbreiten. Bedauerlicherweise hat dieser Runde Tisch bis heute nicht wieder getagt.

(Herr Grünert, DIE LINKE: Warum nicht?)

- Richtig. Wenn bekannt gewesen wäre, dass es so lief, dann hätte man nachfragen müssen. Jetzt

will ich nicht weiter darauf eingehen, weil die Zeit nicht nur heute, sondern generell fortgeschritten ist.

Deshalb macht der Antrag der regierungstragenden Fraktionen Sinn; denn es ist davon auszugehen, dass das Problem demnächst gelöst werden wird. Als Land haben wir - das haben Sie richtig dargestellt - außer der Möglichkeit, dass wir darauf hinweisen können, keine anderen Möglichkeiten. Wir können noch einmal auf das hinweisen, was der Bund den Landkreisen, der kommunalen Ebene sagt. Mehr können wir nicht tun.

Es ist davon auszugehen, dass das Problem demnächst reduziert wird, da auf der Bundesebene eine Rechtsänderung ansteht. Der Bund und die Länder haben sich darauf geeinigt, dass der Bund den Ländern schrittweise, beginnend im Jahr 2012, die Aufwendungen der Träger der Grundversicherung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII vollständig erstattet. Im ersten Schritt sind 75 vom Hundert durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen vom 6. Dezember 2011 bereits erstattet worden.

Ab 1. Januar 2013 wird der Bund den größeren Teil übernehmen, und zwar bis zu 75 %. Dann handelt es sich bei dieser Aufgabe des örtlichen Trägers um eine Pflichtaufgabe. Bisher war es eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis. Daher kann das Land sowieso keine Weisung erteilen. Aber ab 1. Januar 2013 kann und sollte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf dem Erlasswege eine einheitliche Verwaltungspraxis herbeiführen. Dann ist die Bundesauftragsverwaltung dafür zuständig.

Dafür werde ich mich einsetzen. Deshalb ist es wichtig, dass ich Ihnen im Januar oder Februar 2013 im Ausschuss darüber berichte, wie der Bund das zu handhaben gedenkt. Deshalb bitte ich Sie, dem Alternativantrag zuzustimmen, damit wir dann die Gelegenheit haben, darüber zu berichten.

Ich muss auch ganz deutlich sagen, dass ich es nicht in Ordnung finde, dass so etwas in den Kreisen passiert ist. Ich muss aber ausdrücklich sagen, dass es nicht SGB-II-Empfänger betrifft, also nicht die Ärmsten der Armen, die wir haben. Aber es betrifft Menschen, die ein normales Einkommen haben und deren Anspruch auf Kindergeld bestehen bleibt, obwohl ihre Kinder das Jugendlichenalter verlassen haben. Für diese ist die unterschiedliche Praxis im Land mit Sicherheit nicht förderlich.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. Frau Kollegin Hohmann hat noch eine Frage.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Herr Minister, wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, haben Sie zugesagt, im Januar oder im Februar 2013 im Ausschuss zu berichten. Dem gegenüber steht der Antrag der Koalitionsfraktionen, nach dem im dritten Quartal 2013 im Ausschuss berichtet werden soll.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Man braucht eine geraume Zeit, um zu erfahren, wie die Landkreise das dann als Pflichtaufgabe umsetzen. Das muss man erst einmal erfragen. Ich möchte nur berichten, was der Bund macht, der ab 1. Januar 2013 zuständig ist und auf den ich dann noch einwirken werde. Ich beabsichtige, in der nächsten Woche noch einmal ein Schreiben zu schicken. Ich weiß nicht genau, ob der Bund davon Gebrauch macht oder nicht. Aber er bzw. die Bundesauftragsverwaltung ist zuständig. Wir sind überhaupt nicht mehr zuständig.

Aus diesem Grund möchte ich dann berichten, wie der Bund geantwortet hat, wie er gedenkt, das sozusagen der kommunalen Ebene zu übertragen. Es geht also um solche Fragen wie: Unter welchen Bedingungen geschieht das? Wie wird das vereinheitlicht? Gibt es eine bestimmte Form dafür? - Das kann ich jetzt noch nicht beantworten. Darüber würde ich dann berichten.

Aber hinsichtlich der Frage, wie das generell im Land gehandhabt wird, finde ich eine Berichterstattung im letzten Quartal des nächsten Jahres richtig; denn dann kann ich genau sagen, wie das die kommunale Ebene im Einzelnen umsetzt.

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Nachfragen gibt es nicht. Wir fahren nunmehr mit der Debatte fort. Zuerst spricht für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Rotter.

Herr Rotter (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann es kurz machen.

(Herr Loos, DIE LINKE: Schon wieder!)

- Ja. Wenn Sie etwas dagegen haben,

(Zuruf von der LINKEN: Nein!)

dann müssen Sie es angesichts der fortgeschrittenen Zeit nur sagen.

Aber ich kann es kurz machen, weil die Kollegin Zoschke die rechtlichen Rahmenbedingungen ganz klar und eindeutig dargelegt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube, niemand hätte es besser gekonnt.

(Oh! bei der CDU - Frau Zoschke, DIE LINKE: Danke! - Zustimmung bei der LINKEN)

- Ja, ein Lob muss auch einmal sein.

(Unruhe)

- Ja, der Weihnachtsfriede naht. - Nein, es wäre unsinnig, das noch einmal zu wiederholen und die gesetzlichen Gegebenheiten noch einmal darzustellen. Das hat sie wirklich ausreichend getan.

Der Minister ist auf die Änderung der Erlasslage ab dem 1. Januar 2013 eingegangen. Ich denke, unter diesem Gesichtspunkt kann ich mich der Rede des Ministers dahin gehend anschließen, dass ich sage: Ich bitte um Zustimmung zu unserem Alternativantrag, weil er aus meiner Sicht zielführender ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, Ihren ersten Punkt sehe ich eigentlich als erfüllt an; die Landkreise sind informiert.

Auch Ihrer Überschrift kann ich nicht generell zustimmen; denn sie lautet: „Abzweigung von Kindergeld für erwachsene Behinderte stoppen!“ - Generell kann man sie nicht stoppen, da sie - Frau Zoschke, Sie haben es ausgeführt - in bestimmten Fällen durchaus auch gerechtfertigt und durch das Gesetz legitimiert ist.

Wenn Sie mit Ihrer Überschrift meinen, dass man die flächendeckende und pauschalierte Abzweigung von Kindergeld stoppen sollte, dann gebe ich Ihnen vollkommen Recht; denn es geht aus meiner Sicht um Familien, die sich wirklich intensiv und mit sehr viel Liebe und Herzblut um ihre behinderten Kinder kümmern. Ich denke, sie sind es wert, dass die Gesellschaft sie mit aller Kraft unterstützt.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU - Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten alles Mögliche dafür tun, dass eine einheitliche Regelung gefunden und so verfahren wird, dass den Familien im Endeffekt nicht noch eine zusätzliche Last und Bürde auferlegt wird.

Ich denke, in diesem Sinne ist es zielführender, wenn wir unseren Alternativantrag annehmen. Darum bitte ich. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter Rotter. - Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Lüdde-mann.

Frau Lüdde-mann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich hoffe, es wird

Sie freuen zu hören, dass die Reden jetzt immer kürzer werden; denn es ist in der Tat alles Inhaltliche gesagt worden. Sie haben dem Antrag auch im Wesentlichen zugestimmt.

Ich finde allerdings auch, dass die Kollegin Zoschke darin Recht hat, dass eine Information auf jeden Fall sehr hilfreich ist; denn der Fakt an sich bleibt bestehen. Warum soll man nicht darauf hinweisen,

(Beifall bei der LINKEN)

auch wenn der Bund die Zuständigkeit hat? - Deshalb würden wir dem Antrag der LINKEN zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lüdde-mann. - Für die Fraktion der SPD spricht Frau Kollegin Dr. Späthe.

Frau Dr. Späthe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Dass das Thema allseits und unisono insbesondere die behindertenpolitischen Sprecher bewegt, hat sich herausgestellt. Es bewegt so sehr, dass ich an dem Tag, an dem DIE LINKE ihren Antrag vorgelegt hat, eine kleine Anfrage zum dem Thema gestellt habe. Diese darf ich Ihnen ans Herz legen - sie liegt in der Drs. 6/7729 vor -, weil ich in dieser Anfrage die Landesregierung genau nach den Daten gefragt habe, bezüglich derer Herr Minister Bischoff eben sagte, dass man noch nicht genau wisse, wie die Zustände im Lande sind, also wie viele Landkreise in wie vielen Fälle eine Abzweigung von Kindergeld vorgenommen haben.

Dass es in Sachsen-Anhalt gravierende Unterschiede gibt, ist bekannt. Es ist auch bekannt, dass das Thema in die Öffentlichkeit gelangte, gerade weil der Landkreis Harz in einer sehr gravierenden Form die Eltern von behinderten Erwachsenen anfragt, damit sie die Berechtigung für den Bezug von Kindergeld nachweisen.

Es liegt in der Zwischenzeit eine Open-Petition vor, die mit Stand vom Montag, dem 10. Dezember 2012, bereits 2 305 Unterstützer hat. Das zeigt, dass wir uns mit diesem Thema durchaus beschäftigen müssen.

(Zustimmung von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Wir tun es auch. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist in unseren Augen absolut berechtigt und wird unterstützt. Dennoch ist er, wie es Minister Herr Bischoff ausführte, zeitlich überholt. Die Forderung unter Punkt 1 des Antrages, nach der die Landkreise über die Rechtsprechung zu informieren seien, ist im vergangenen Jahr bereits erfüllt

worden. Alle Landkreise sind über diese Tatsache informiert worden.

Ein weiterer Punkt ist die Tatsache - das wurde auch bereits gesagt -, dass die örtlichen Leistungsträger, die die Grundsicherung nur noch bis zum 31. Dezember 2012 als Selbstverwaltungsaufgabe durchführen, dies ab dem 1. Januar 2013 als Pflichtaufgabe ausführen. Die Bundesauftragsverwaltung wird dafür zuständig, eine einheitliche Regelung zu schaffen.

Wir widersprechen in unserem Antrag der Aussage des Ministers auch deshalb nicht, weil in dem Antrag eine Berichterstattung für das dritte Quartal 2013 angezeigt wird. Dieser Zeitpunkt ist gewählt worden, um zu schauen, wie vor allem der Bund im Rahmen dieser Auftragsverwaltung handelt. Diese Prüfung ist drei Tage nach Neujahr nun einmal nicht möglich.

Nichtsdestotrotz halte ich es für ausgesprochen gut und richtig, dass Minister Bischoff zeitnah im Februar 2013 über die Aktivitäten des Bundes und seine Aktivitäten, darauf hinzuwirken, dass es eine einheitliche Regelung geben wird, im Ausschuss berichten wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Alternativantrag; denn dieser erfasst die Problematik besser. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Es gibt noch eine Anfrage. Möchten Sie diese beantworten?

Frau Dr. Späthe (SPD):

Wenn ich es denn kann.

Präsident Herr Gürth:

Bitte schön, Frau Kollegin Hohmann

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Frau Dr. Späthe, ich finde es wirklich sehr gut, wie Sie sich engagieren. Sie haben festgestellt, dass die mehr als 2 000 Unterschriften zeigen, dass es eine wichtige Sache ist. Dennoch vergeht bis zum dritten Quartal 2013 noch eine Menge Zeit. Die Praxis der Abzweigung wird bis dahin nicht eingestellt werden. Das heißt, es wird weiterhin abgezweigt. Halten Sie es vor diesem Hintergrund nicht auch für wichtig, dass wir uns im Ausschuss damit beschäftigen?

Frau Dr. Späthe (SPD):

Ich hatte angenommen, dass ich das gesagt habe. Es tut mir leid, wenn das nicht bis in die letzte Reihe vorgedrungen ist. Ich halte es für gut und richtig, dass wir das Thema zeitnah, spätestens im

Februar 2013, im Ausschuss behandeln. Wir können uns zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht über die Auswirkungen des Übergangs der Verantwortlichkeit für eine einheitliche Regelung berichten lassen. Aber eine einheitliche Regelung jetzt von der Landesregierung zu verlangen, ist einfach nicht mehr möglich. Ich denke, im Frühjahr muss dieses Thema unbedingt besprochen werden.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank. - Zum Abschluss der Debatte hat noch einmal Frau Kollegin Zoschke das Wort.

Frau Zoschke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte als Erstes sagen, dass der Schreiben genug gewechselt sind; damit würde ich Ihrem Ansinnen gerecht werden. Allerdings ist parallel zu den Schreiben des Bundesministeriums auch ein Schreiben der Kommunalaufsichten an die Landkreise gegangen. Darin werden die Landkreise darauf aufmerksam gemacht, dass zur Deckung ihrer Haushaltsdefizite die Möglichkeit besteht, über die Familienkassen die Kindergelder abzuzweigen. Ich finde, dieses Schreiben müssen wir durchaus stoppen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es hat mich nicht wirklich überrascht, dass Sie einen Alternativantrag eingebracht haben, der sich im Grunde genommen mit dem deckt, was wir unter Punkt 2 unseres Antrages benannt haben. Allerdings hilft das, was wir tun, den Betroffenen nicht wirklich.

Herr Rotter, bei allem Verständnis für die Situation der Betroffenen kann es nicht sein, dass die einzige, die schärfste Waffe, die wir als Land einbringen, die Ausschussbefassung ist.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Rotter, CDU: Was denn sonst?)

Ich denke, ein Signal an die Betroffenen, dass dieser Landtag und die Landesregierung hinter ihnen stehen und dies gemeinsam mit ihnen in begründeten Ausnahmefällen und nicht flächendeckend einfordern, ist wichtig. An dieser Stelle wäre ein Hinweis der Landesregierung an die örtlichen Sozialhilfeträger sehr hilfreich gewesen. Eine wirkliche Alternative ist das, was wir jetzt tun, nämlich uns damit im Ausschuss zu befassen, überhaupt nicht.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es auch schon Bundesinstitutionen gibt, die auf die Situation der Menschen im Landkreis Harz reagiert haben. Es gibt ein Schreiben des Bundeszentralamtes für Steuern, in dem unter anderem einem Bürger mitgeteilt wird, dass eine Abzweigung nicht

in Betracht komme, wenn der Berechtigte regelmäßig Unterhaltsleistungen erbringe, die den Betrag des anteiligen Kindergeldes überstiegen. Davon, so heißt es weiter, sei grundsätzlich auszugehen, wenn das Kind in den Haushalt des Berechtigten aufgenommen worden sei. - So heißt es in dem Schreiben vom November 2012.

Mir wäre es lieber, wenn wir die Landesregierung dazu bringen könnten, nicht so zaghaft zu sein und sich - wie es unter Punkt 1 unseres Antrages heißt - noch einmal mit einem Schreiben an die örtlichen Träger der Sozialhilfe zu wenden, in dem erläutert wird, dass es nicht flächendeckend, sondern nur in begründeten Ausnahmefällen abzuweichen ist. Anschließend können wir uns dann auch im Ausschuss mit diesem Thema befassen. Sei es drum. Es wäre besser, wenn wir unserem Antrag folgen und nicht dem anderen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Zoschke. - Damit schließen wir die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ab. Wir treten in das Abstimmungsverfahren ein. Wir haben den Ursprungsantrag und einen Alternativantrag vorliegen.

Ich lasse zunächst über den Antrag in Drs. 6/1671 abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die antragstellenden Fraktionen sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Antrag in der Drs. 6/1671 abgelehnt worden.

Ich lasse nunmehr über den vorliegenden Alternativantrag der Koalitionsfraktionen abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit hat der Alternativantrag eine Mehrheit erhalten. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 20 ab.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Erste Beratung

Änderung der Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen im Land Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1672**

Für die einbringende Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Abgeordneten Herrn Lüderitz das Wort.

Herr Lüderitz (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist der letzte Tages-

ordnungspunkt für heute angebrochen; doch dabei geht es um ein in meinen Augen sehr wichtiges Thema.

In Deutschland gehen täglich - ich betone: täglich - etwa 90 ha wertvolle landwirtschaftliche Nutzfläche verloren. Das entspricht einer Fläche von etwa 120 Fußballfeldern. In den letzten 20 Jahren sind dadurch ca. 800 000 ha der landwirtschaftlichen Nutzung und damit der Erzeugung von Agrarprodukten entzogen worden. Dies entspricht einer Fläche von der Größe der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland zusammen.

Die Fläche ist vor allem für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, für neue Gewerbegebiete auf der grünen Wiese und für andere ähnliche Investitionen verbraucht worden. Das heißt, der größte Teil dieser Fläche ist für die landwirtschaftliche Nutzung dauerhaft verloren.

Wenn wir an dieser Stelle keine Wende vollziehen, werden wir die Ziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie kaum erreichen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Ziele gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2020 der Flächenverbrauch auf 30 ha täglich - das entspricht einer Fläche von 40 Fußballfeldern - gesenkt wird.

Es muss uns um Folgendes gehen: Erstens müssen die bestehenden Gesetze vollständig und in Gänze umgesetzt werden. Zweitens müssen die Gesetze an den Stellen, an denen es möglich ist, so ausgestaltet werden, dass sie den rechtlichen Rahmen bilden, um den Zielen auch gerecht werden zu können.

Die Landesregierung muss und kann an dieser Stelle handeln. Dabei geht es auch darum, sich bei der weiteren Ausgestaltung des Entwurfs der Kompensationsverordnung der Bundesregierung, die voraussichtlich im Frühjahr 2013 beschlossen werden soll, zielstrebig einzubringen, und zwar mit dem Ziel, dass beim Naturschutzausgleich die agrarstrukturellen Belange stärker berücksichtigt werden.

Der bereits vorhandene Gestaltungsrahmen bringt uns schon heute in eine durchaus gute Ausgangsposition. So heißt es in § 15 Abs. 3 des Bundesnaturschutzgesetzes wie folgt:

„Bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder

durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann, um möglichst zu vermeiden, dass Flächen aus der Nutzung genommen werden.“

An diese Regelung knüpfen die Forderungen, wie sie von den Landwirten auf der Klausurtagung des Landesbauernverbandes am 29. November 2012 zum Ausdruck gebracht wurden, an. Mein Fraktionskollege Hans-Jörg Krause hat an dieser Veranstaltung teilgenommen und uns in der Fraktion die Betroffenheit der Landwirte bezüglich des Verbrauchs landwirtschaftlicher Nutzfläche einmal mehr nahegebracht.

Ob agrar- oder umweltpolitischer Sprecher - wir sind uns in unserer Fraktion dahingehend einig, dass die unhaltbare Situation des Flächenverbrauchs und insbesondere des Verbrauchs von landwirtschaftlicher Nutzfläche unbedingt und schnellstens verändert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor dem Hintergrund, dass es in dieser Frage zumindest zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der GRÜNEN, der SPD und der CDU auf dieser besagten Klausurtagung des Bauernverbandes in Halberstadt keinen Dissens gab, können wir wohl davon ausgehen, dass wir mit unserem Antrag offene Türen einlaufen.

Das wäre auch gut; denn dadurch könnten wir den parlamentarischen Weg verkürzen und Zeit sparen. Außerdem würden wir damit den Erwartungen der Landwirte in unserem Land gerecht werden,

(Beifall bei der LINKEN)

Dass die Politik in dieser Angelegenheit schneller und entschlossener handeln muss, leuchtet, so denke ich, jedem ein.

Von uns wird ganz einfach erwartet, dass die Eingriffe in die Natur und die entsprechenden Ersatz- und Kompensationsmaßnahmen so bewertet und honoriert werden, dass der Verbrauch von landwirtschaftlicher Nutzfläche zukünftig so weit wie möglich reduziert wird. Dieses Verlangen können und wollen wir mit diesem Antrag gern unterstützen.

Dazu möchte ich anmerken, dass jede Eingriffsregelung ein Reparaturbetrieb für unsere Mutter Natur ist und immer folgenden Regeln folgen sollte:

Erstens gilt es, die Vermeidung von Beeinträchtigungen anzustreben. Wir sind dafür, dass so wenig wie möglich Eingriffe in die Natur vorgenommen werden. Das muss Priorität haben, und zwar nicht nur in den Umweltämtern und im MLU allein, sondern in allen Bereichen, die in diesem Land Verantwortung tragen.

(Zustimmung von Frau Frederking, GRÜNE)

Zweitens geht es um den Ausgleich von Beeinträchtigungen. Dabei geht es nicht darum, irgendetwas für die Natur zu tun. Vielmehr geht es darum, wirklichen Ausgleich zu schaffen. Wenn zu Hause die Waschmaschine streikt, kann der Ausgleich dafür auch kein neuer Toaster oder Fernseher sein. Das Ziel muss es immer sein, die unvermeidbar gestörte Funktion des Naturhaushalts gleichartig und gleichwertig wiederherzustellen.

Drittens bleibt die Ersatzmaßnahme. Da ein vollständiger Ausgleich kaum realisierbar ist, sind für diese nicht auszugleichenden Maßnahmen der Beeinträchtigung von Natur und Landschaft gleichwertige Ersatzmaßnahmen durchzuführen. Beides zusammen ergibt die Kompensation, von der bereits die Rede war.

Viertens lassen das Bundesnaturschutzgesetz und das Landesnaturschutzgesetz als Ultima Ratio die Ausgleichszahlung zu, in meinen Augen eine Ohnmachtserklärung, die eigentlich jede weitere Umsetzung des jeweiligen Vorhabens infrage stellt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Fünftens. Dies halte ich für sehr wichtig. Wenn es dann doch zu den Punkten 2 und 3, also einem Ersatz bzw. einem Ausgleich kommt und es unabwendbar ist, dass zum Beispiel wertvoller Acker oder Wald oder gar wertvollste Biotop für bestimmte Investitionen benötigt werden, dann sollten wir solche rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, dass die darauffolgenden Kompensationsmaßnahmen nicht noch zusätzlich auf Ackerland ausgerichtet werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir meinen also, dass das ganze Ökopunktesystem, das im Wesentlichen aus dem Jahr 2005 stammt, und die Richtlinie zur Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen im Land Sachsen-Anhalt dringend überarbeitet und neu ausgerichtet werden müssen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Nun ist es durchaus nicht so, dass das MLU hier untätig war und ist. Es sind gerade in diesem Jahr einige erfolgreiche Einzelprojekte umgesetzt und begonnen wurden. So wurde unter dem Dach der Landgesellschaft ein Projekt in Wefensleben fertiggestellt und eines in Trebbichau in Angriff genommen; weitere ließen sich hier aufzählen.

Am 25. November 2012 fand eine sehr interessante Konferenz in Dessau gemeinsam mit dem Bundesverband für Flächenagenturen statt, die das gesamte Problem der Eingriffsregelung verdeutlichte. Vielleicht geht der Minister darauf noch näher ein.

Es wäre nicht in Ordnung, sich allein auf den zu erwartenden Kompensationsverordnungsentwurf der Bundesregierung zu verlassen. Abge-

sehen davon, dass das Bundesnaturschutzgesetz - wie bereits erwähnt - den Ländern schon jetzt einen erheblichen Gestaltungsspielraum eröffnet, wird der vom Bundesministerium für Umwelt Anfang November 2012 vorgelegte erste Entwurf aus meiner Sicht nicht wirklich zur Problemlösung beitragen können.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Er ist ein Sammelsurium von allgemeinen Grundsätzen und noch sehr unverbindlich. Altmaier will sich offensichtlich so kurz vor der Bundestagswahl mit den anderen beiden Ministerien nicht anlegen, und in den Bundsratsgremien besteht dazu ohnehin noch erheblicher Handlungsbedarf.

Für uns in Sachsen-Anhalt kann außerdem - wie die schon erwähnte Dessauer Konferenz gezeigt hat - ein Blick nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sehr hilfreich sein.

Drei weitere sehr interessante Lösungsansätze gibt es auch in anderen Bundesländern. Ich möchte sie kurz nennen: Erstens Hessen, das eine eigene Kompensationsverordnung hat, zweitens Schleswig-Holstein mit seiner Ausgleichsagentur - dort liegt ein Kataster für 39 konkrete und ausgeplante Maßnahmen vor - und drittens Mecklenburg-Vorpommern, wo dies sehr komplex und für jeden zugänglich sowie nachvollziehbar umgesetzt wird.

Dazu einige Anmerkungen mehr, ohne dabei den Ausschussberatungen vorzugreifen. Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern einen hervorragenden Leitfaden für Eingriffsregelungen, der unter Beachtung eines gewissen räumlichen Zusammenhangs vor allem die Entsiegelung aufwertet und klare Vorgaben für alle relevanten Planungen - egal welcher Ebene - enthält.

Entsprechend ist die Ökokontoverordnung, die angenommen wird, dort von den Landkreisen sehr konkret und einsehbar. Sie gestattet den Zugriff auf 61 Vorschläge auf einer Gesamtfläche von 1 656,23 ha. Und es gibt ein Kompensationsflächenkataster in Mecklenburg-Vorpommern, dort findet man 539 Angebote mit einem Flächenangebot von mehr als 2 000 ha.

Wenn ich jetzt sage, dass wir davon nur träumen können, dann ist das nicht aus der Luft gegriffen. Schauen wir nur die beiden Anfragen von Frau Frederking von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von meinem Fraktionskollegen Hans-Jörg Krause an. Auf beide Anfragen sah sich die Landesregierung veranlasst zu antworten, es gäbe keinerlei Übersichten für Kompensationen und alles seien Einzellösungen.

Das ist offensichtlich ein anderes Herangehen an die Problematik, als es in anderen Bundesländern gehandhabt wird. Ich bedauere, dass unsere Lan-

desregierung hierbei so offensichtlich abfällt. Mit nachhaltiger Raumordnungspolitik und vorsorgendem Naturschutz hat das nichts gemein.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es ist genau dieser fehlende Überblick, der uns letztlich in Halberstadt einen peinlichen Vorwurf der Bauern und die Aufforderung eingebracht hat: Tun Sie endlich was!

Ich denke, dass wir mit diesem Antrag und den darin gestellten Aufgaben für die Landesregierung den Erwartungen des Bauernverbandes und denen der Umweltverbände entsprochen haben. Außerdem haben in Halberstadt zumindest alle Fachpolitiker eine ähnliche Auffassung vertreten.

Daher sollte einer Überweisung zur federführenden Beratung in den Umweltausschuss und zur Mitberatung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr nichts im Wege stehen. Ich freue mich auch zu vorgerückter Stunde in der Vorweihnachtszeit auf eine interessante Debatte heute hier und im Jahr 2013 in den Ausschüssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter Lüderitz. - Wir haben eine Fünfminutendebatte vereinbart. Als Erster spricht Herr Minister Dr. Aeikens für die Landesregierung.

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke der Fraktion DIE LINKE für die Einbringung dieses Antrags sehr herzlich, gibt doch die Diskussion hier und in den Ausschüssen Gelegenheit dazu, mit Vorurteilen und Fehlinformationen zum Thema Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen im Rahmen der Naturschutzgesetzgebung aufzuräumen.

Ohne an dieser Stelle auf Details einzugehen - das sollten wir den Ausschussberatungen vorbehalten -, möchte ich Folgendes festhalten:

Erstens: Der Flächenverbrauch durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist weit geringer als häufig diskutiert.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Dies können wir belegen. Das werden wir in den Ausschusssitzungen tun. Ganz überwiegend arbeiten wir mit nutzungsintegrierten Maßnahmen, wie sie die Land- und Forstwirtschaft auch wünscht.

Zweitens: Sachsen-Anhalt ist ein Pionierland, was das Thema Ökopunkte und was das Thema Ökopolprojekte angeht. Beide Maßnahmen tragen da-

zu bei, die auf der Basis des Bundesnaturschutzgesetzes auszuführenden Maßnahmen für Nutzer erträglicher zu gestalten. Sachsen-Anhalt hat hierbei eine Vorreiterrolle.

Richtig ist, Herr Abgeordneter Lüderitz, dass Sachsen-Anhalt keine Vorreiterrolle hat bei der Erhebung von Statistiken, die aber bei der Erledigung der Fachaufgaben auch nicht unbedingt weiterhelfen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Drittens. Das, was rechtlich möglich ist, muss in Übereinstimmung mit dem Bundesnaturschutzgesetz erfolgen. Richtlinien und Verordnungen können Gesetze nicht aushebeln. Das wissen Sie auch. Und wenn Herr Gallert unterschreibt, dass es nicht dem Gebot der Vernunft entspricht, wenn wertvolles Ackerland oder andere landwirtschaftlich genutzte Flächen für Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden, dann wäre der konsequente Schritt, eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes zu initiieren. Diesbezügliche Initiativen der LINKEN kenne ich jedoch nicht.

(Zustimmung bei der CDU - Oh! bei der LINKEN)

Viertens. Die von der LINKEN gewünschten Änderungen in der Bewertung von Eingriffen sind aus rechtssystematischen Gründen problematisch, insbesondere was die Fragen der Entsiegelung und der Versiegelung angeht. Darüber sollten wir im Ausschuss unter Hinzuziehung juristischen Sachverständes sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Absicht im Plenum besteht, diesen Antrag in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie in den Ausschuss für Umwelt zu überweisen. Dort wird Gelegenheit sein, auch über die aktuelle bundespolitische Absicht, eine Kompensationsverordnung zu erlassen, zu diskutieren.

Ich begrüße es sehr, dass die Bundesregierung die Absicht hat, zu einer rechtlichen Vereinheitlichung dieser Thematik in Deutschland zu kommen. Das ist der richtige Weg. Sachsen-Anhalt bringt sich aktiv in die Diskussion um eine Kompensationsverordnung ein, der ich eine baldige Verabschiedung wünsche. Für Anregungen für diese Diskussionen aus den Ausschussberatungen wäre ich sehr dankbar.

Herr Lüderitz, Sie sind, obwohl Weihnachten naht, nicht sehr milde mit der Landesregierung umgegangen. Das ist Ihr gutes Recht als Opposition. Sie haben Ihre Kritik etwas heftig vorgebracht.

(Zuruf von der LINKEN: Was?)

Deshalb möchte ich Ihnen auch nicht verschweigen, was mir meine zuständigen Mitarbeiter hinsichtlich der Bewertung Ihres Antrags aufgeschrie-

ben haben. Ich zitiere, was meine Mitarbeiter als ihre Auffassung niedergelegt haben: Der Antrag zeigt, dass die Antragsteller weder die aktuelle umweltpolitische Diskussion verfolgen, noch die Systematik der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen verstanden haben. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Herr Schröder, CDU: Das ist ein hartes Urteil!)

Präsident Herr Gürth:

Wir fahren in der Debatte fort. Als Nächster spricht - -

(Herr Gallert, DIE LINKE: Hallo, Herr Präsident! Entschuldigung!)

- Herr Krause?

(Herr Krause, Salzwedel, DIE LINKE: Ich habe eine Frage an den Herrn Minister! - Zuruf: Zu spät!)

- Nein, gemeldet ist gemeldet. - Herr Minister, möchten Sie eine Frage beantworten?

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Ja, selbstverständlich.

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie haben eben die Meinung Ihrer Mitarbeiter im Haus zu dem Antrag zitiert. Kennen Sie die Meinung Ihrer Mitarbeiter, die konkret Herr Wallbaum bei der Klausurtagung hat verlauten lassen? Ich glaube, Sie waren nicht da. Aber damit Sie sie kennen, sage ich es Ihnen.

Er hat nach meiner Frage gesagt: Bei Ausgleichsmaßnahmen konkreter Objekte können wir gar nichts machen; das ist einzig und allein Angelegenheit der verantwortlichen Investoren, die den Eingriff organisieren. - Das ist die Haltung Ihrer Mitarbeiter. Darum ist eine solche Meinung gar nicht verwunderlich.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Herr Minister, wenn ich das jetzt richtig rekapituliere, war die Frage, ob Sie Aussagen Ihrer Mitarbeiter - -

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE) :

Ob es diese Meinung gibt in seinem Hause.

(Oh! bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Sie können mich korrigieren, Herr Kollege. - Ich glaube, Herr Krause hat Sie gefragt, ob Sie Aussagen der Mitarbeiter Ihres Hauses zu einer Ver-

anstellung, die eine Klausurtagung gewesen sein muss, kennen. Ist das korrekt?

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE) :

Ja.

Präsident Herr Gürth:

Das war die Frage.

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Erstens. Herr Abgeordneter Krause, ich bewerte Aussagen meiner Mitarbeiter in öffentlichen Veranstaltungen, bei denen ich nicht anwesend war und bezüglich deren ich auch keine Rückkopplung zu meinen Mitarbeitern habe, ungern.

Zweitens ist ohne Frage richtig, dass es Fallkonsellationen gibt, bei denen der Vorhabenträger für die Durchführung von Maßnahmen verantwortlich ist. Das ist eine Vorgabe gesetzlicher Art. Wer etwas daran ändern will - den Hinweis habe ich gegeben -, der muss Hand an das Bundesnaturschutzgesetz legen.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. Weitere Nachfragen und Anmerkungen gibt es nicht. - Dann fahren wir in der Debatte fort. Als Nächster spricht für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Bergmann.

Herr Bergmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Dr. Aeikens, mir bleibt gar nichts anderes übrig, als Ihnen - das tue ich aber auch gern - kurz vor Weihnachten im Hinblick auf die Bewertung des Antrags der Fraktion DIE LINKE uneingeschränkt Recht zu geben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU
- Heiterkeit bei der CDU)

Lieber André Lüderitz, ich hätte auch sagen können - ich verkneife es mir nicht, ich sage es auch -: Das, was Sie hier abgeliefert haben, war ein umweltpolitischer Offenbarungseid. Ich sage auch, warum. Du weißt genau: Die Eingriffsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes ist im Verhältnis 1 : 1 umzusetzen. Die gilt. Das ist ein Grundsatz, von dem nicht abgewichen werden kann; auch der Kollege Köck weiß das.

Wenn man dann in stärkerem Maße landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten will, dann kann man das nicht erreichen, indem man die naturschutzfachlichen Instrumente des Landes dahin gehend manipuliert, dass man die Fläche minimiert, die zum Ausgleich notwendig ist. Es tut mir leid, Herr Krause, so funktioniert es nicht.

Wir werden uns in den Fachausschüssen damit beschäftigen müssen. Das Problem ist uns bewusst. Aber so populistisch, wie es in diesem Antrag dargestellt worden ist, kann man es nicht behandeln. Fachlich ist das Blödsinn - Entschuldigung.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir reden immer wieder über Bewertungen. Das ist überhaupt kein Thema für dieses Hohe Haus. Wenn wir nach Brandenburg schauen, stellen wir fest, dass die eine verbalargumentative Bewertung haben. Dort gibt es keine Zahlen. Man muss einmal schauen, wie man dort von den Dingen abweicht und wie die Landwirte darauf reagieren. Auch dort braucht man landwirtschaftliche Nutzfläche.

Eines ist mir auch klar - ob Sie es hören wollen oder nicht -: Wir werden auch in Zukunft nicht umhinkommen, an der einen oder anderen Stelle landwirtschaftliche Nutzfläche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verwenden; denn anders ist es gar nicht möglich.

Wir bekommen das auch nicht dadurch hin, dass wir das Thema Entsiegelung total aufwerten; denn dementsprechend höher müssten wir die Versiegelung bewerten und dann haben wir an der anderen Stelle ein Problem.

(Zuruf von der LINKEN: Das steht aber in § 15!)

- Das hat doch vorhin schon jemand gemacht.

(Zuruf)

- Herr Krause, jetzt rede ich. - Lassen Sie uns weiter diskutieren - das ist zwingend notwendig - über die Bundeskompensationsverordnung. An dieser wird übrigens auch sehr viel Kritik geübt. Schauen Sie sich das an, was die Verbände dazu sagen. Dazu habe ich auch noch einiges zu sagen. Das machen wir aber nicht heute.

Lieber André Lüderitz, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind - ich weiß nicht, ob es so gemeint war - jedenfalls kein Flächenentzug im Sinne des Naturschutzes; vielmehr bleiben diese Flächen für die meisten Funktionen der Natur erhalten. Auch das darf man nicht vergessen.

(Zuruf von Herrn Lüderitz, DIE LINKE)

- Seien Sie sehr vorsichtig. Ich habe vorhin extra nachgefragt - das war ein Zwischenruf; vielleicht haben Sie das nicht mitbekommen -, ob sich der Flächenverlust von 90 ha pro Tag usw. wirklich nur auf die Eingriffe oder auch auf die Ausgleichsflächen bezieht. Das ist eine hoch interessante Diskussion.

Abschließend bleibt mir gar nichts anderes übrig - das werden wir auch in den Ausschüssen ver-

tiefen -, als zu sagen: Sehr geehrter Herr Minister Dr. Aeikens, Sie haben völlig Recht: Sachsen-Anhalt ist Pionier, was die komplexen Maßnahmen angeht.

Ich halte das für ein absolut gut geeignetes Mittel, auch in Übereinkunft mit den Landwirten zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu kommen und alle Seiten mitzunehmen, um zu vernünftigen und guten Lösungen zu kommen, weil diese Komplexmaßnahmen auch eine hohe Wirkung entfalten

Deswegen verstehe ich das überhaupt nicht, Herr Krause. Wir haben in diesem Hause ein neues Naturschutzgesetz beschlossen. Nach einem Jahr oder eineinhalb Jahren Gültigkeit kann nicht bereits alles wunderbar funktionieren. Aber das, was die Landesgesellschaft auch in Zusammenarbeit mit der SUNK bisher in Bezug auf die Modellprojekte auf die Reihe gebracht hat, ist schon eine richtig gute Sache.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mit diesem - - Wie soll ich es sagen? Das ist ein halber Amoklauf, den man hier macht. Wenn Sie Pech haben - das sage ich auch in Richtung Umweltpolitiker -, wenn Sie diese Diskussion bis zum Bund bringen, dann wird uns irgendwann die Eingriffsregelung voll und ganz flöten gehen, dann gibt es, lieber Kollege Lüderitz, die finanzielle Kompensation nicht an letzter Stelle in der Eingriffsregelung, sondern vielleicht an erster Stelle. Das ist etwas, was ich dringend vermeiden möchte. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Gürth:

Danke, Herr Kollege Bergmann. Es gibt eine Anfrage. Möchten Sie diese beantworten?

Herr Bergmann (SPD):

Sehr gern.

Präsident Herr Gürth:

Herr Kollege Lüderitz, bitte.

Herr Lüderitz (DIE LINKE):

Mein lieber Ralf Bergmann,

(Oh! bei der SPD)

irgendwo hat man mir nicht richtig zugehört. Ich will auf zwei Dinge aufmerksam machen.

Herr Bergmann (SPD):

Das habe ich auch gemacht.

Herr Lüderitz (DIE LINKE):

Erstens. Bei unserem Antrag geht es in erster Linie um die Eingriffe. Eingriffe habe ich vorhin definiert; diesbezüglich sind wir auch nicht weit auseinander. Danach kommen Ausgleich und Ersatz, was für diese Eingriffe den Schaden für die Natur regulieren soll, sage ich einmal ganz platt.

Zweitens mache ich darauf aufmerksam: Punkt 2 unseres Antrags bezieht sich auf unsere Richtlinie, die aus dem Jahr 2005 stammt, was die Bewertung der Biotop sowie die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen insgesamt betrifft. Insgesamt sind vier Anlagen dabei.

Ich will nur einen Satz aus dem § 15 Abs. 3 vorlesen:

„Es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung ...“

(Zustimmung von Herrn Krause, Salzwedel, DIE LINKE)

„oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen erbracht werden kann.“

Das sind übrigens zwei wesentliche Dingen, bei denen ich der Auffassung bin: Bei allen guten Dingen, die wir als Ökopool-Projekte erreicht haben - ich habe zwei genannt, Wefensleben und Trebbichau - haben wir bei der Entsiegelung und gerade in Bezug auf die Pflege erheblichen Nachholbedarf.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Borgwardt, CDU: Das war keine Frage!)

Herr Bergmann (SPD):

Kollege Lüderitz, das habe ich ja gar nicht bestritten. Die Frage ist nur, ob Sie das mit dem Ziel, mit dem Sie hier herangegangen sind, erreichen. Das glaube ich nicht.

(Herr Borgwardt, CDU: Das glaubt keiner!)

Sie schreddern etwas, was Sie nicht schreddern wollen. Sie schreddern zum Schluss die Eingriffsregelung.

Herr Krause, wenn wir in den Fachausschüssen darüber reden - das schwöre ich Ihnen - und zur Entsiegelung kommen, dann werden Sie sich noch darüber wundern, mit welchen Sachen Sie sich auseinandersetzen müssen. Das geht nicht so einfach, wie Sie sich das vorstellen.

(Herr Krause, Salzwedel, DIE LINKE: Sie kommen zur nächsten Klausur mit nach Halberstadt!)

- Das ist nicht das Problem. Wenn man bereit ist, das auf einer fairen Basis zu akzeptieren und hinzunehmen, dann wird das auch eine vernünftige Diskussion. Wenn Sie dabei schlicht und er-

greifend den Populismus weglassen, klappt das auch.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Bergmann. - Ich darf zu fortgeschrittener Stunde Damen und Herren aus Magdeburg als Gäste auf der Besuchertribüne begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Als Nächster erhält für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Weihrich das Wort.

Herr Weihrich (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE greift in dem Antrag ein Problem auf, das wohl schon diskutiert wird, seitdem es die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung gibt, nämlich seit 1976.

Ich will hier gleich vorweg sagen: Die Diskussion muss ausgewogen geführt werden und darf die Sachlage nicht einseitig betrachten bzw. darf nicht nur Vorurteile einer Seite bedienen, wie es der Antrag der Fraktion DIE LINKE leider tut; denn im Antrag wird unterstellt, dass die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen entschieden minimiert werden müsse. Das impliziert, dass es durch die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in der Vergangenheit zu einer übermäßigen Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen gekommen ist.

Ich selbst hatte Ende der 90er-Jahre einmal den Auftrag, mir die Planunterlagen zur A 14 detailliert anzuschauen, um zu überprüfen, ob landwirtschaftliche Nutzfläche übermäßig in Anspruch genommen wird. Das Ergebnis war, dass nur in minimalem Umfang landwirtschaftliche Nutzfläche tatsächlich der Nutzung entzogen wird. Insofern treffen Sie mit Ihrem Antrag in keiner Weise den Kern des Problems.

Einzelne Konflikte entstehen nämlich nur dann, wenn im Einzelfall Maßnahmen geplant werden, die aufgrund der Struktur der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe nicht umgesetzt werden können. Allerdings wurde das gerade in den letzten Jahren aufseiten der Verursacher und aufseiten der Naturschutzbehörden schon längst erkannt. Teilweise wird schon heute ein hoher Aufwand betrieben, gemeinsam mit Flächennutzern und den Landwirten die Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

Ein Instrument - das überhaupt wichtigste -, um Konflikte von vornherein zu vermeiden, ist die Ökoko-ordinationsverordnung. Das sehe ich genauso wie meine Vorredner; denn hierin werden gerade Maßnah-

men erfasst, die im Vorfeld von Eingriffen durchgeführt werden, die freiwillig durchgeführt werden, damit sie später auf Eingriffe angerechnet werden können.

Ich denke, gerade über dieses Instrument kann die Anwendung der Eingriffsregelung wesentlich effektiver gestaltet werden, zumal in den letzten Jahren der räumlich funktionale Zusammenhang der Kompensationsmaßnahmen zum Eingriff wesentlich gelockert wurde.

Aber leider bezieht Ihr Antrag diese Regelungen mit ein und impliziert einen Änderungsbedarf, der aber tatsächlich nicht besteht.

Als wirklich vollkommen abwegig muss ich den zweiten Punkt des Antrags bezeichnen. Danach soll die Bewertung der Biotoptypen angepasst werden. Ich könnte Ihnen jetzt aus dem Stegreif einen Vortrag über die Abwägungsrechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts halten. Aber mit Blick auf die Zeit möchte ich Ihnen das ersparen.

(Zuruf von der SPD: Danke!)

Nur so viel steht fest: Wenn die Biotoptypenbewertung mit sachfremden Aspekten verändert würde, dann wäre keine einzige Genehmigung mehr gerichtsfest.

(Herr Borgwardt, CDU: So ist das! Sehr richtig!)

Schon allein aus diesem Grund kann Ihrem Ansinnen nicht zugestimmt werden.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Eingriffsregelung Beeinträchtigungen des Naturhaushalts kompensieren soll. In erster Linie sind es natürlich diese Eingriffe, die zu einer Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen führen.

Herr Lüderitz, Sie haben in Ihrer Einbringungsrede darauf auch umfassend hingewiesen. Leider finde ich in Ihrem Antrag kein einziges Wort zu diesem Problem. Deshalb empfehle ich der Fraktion DIE LINKE, sich des Problems des ungebremsten Flächenverbrauchs anzunehmen und damit wirklich zum Kern des Themas vorzudringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hilfreich wäre es auch, wenn insgesamt mehr Ressourcen, mehr Manpower für die Umsetzung der Eingriffsregelung in den Naturschutzbehörden zur Verfügung stehen würde, um bereits vor einen Eingriff in Natur und Landschaft die Flächen zu identifizieren, auf denen konfliktfrei Maßnahmen umgesetzt werden können.

Das betrifft - das möchte ich hier betonen - in erster Linie Entsiegelungsmaßnahmen. Allerdings ist es aus fachlichen Gründen immer schwierig, Entsiegelungsmaßnahmen als Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe anzuerkennen, weil sie sehr

teuer sind und die Funktionen des Naturhaushalts nur in geringem Umfang aufwerten, so wünschenswert sie auch sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, die Eingriffsregelung ist ein sehr modernes Instrument des Naturschutzes. Sie wurde bereits nach Einführung im Bundesnaturschutzgesetz im Jahr 1976 in vielen anderen Staaten kopiert.

Um eine möglichst konfliktfreie Anwendung zu gewährleisten, ist eine sorgfältige Vorbereitung der Maßnahmen mit den Betroffenen erforderlich. Einseitige Betrachtungen, wie sie in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE impliziert sind, sind aber nicht hilfreich, sondern kontraproduktiv. Daher wird dieser Antrag von meiner Fraktion abgelehnt. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege. Anfragen sehe ich nicht. - Als Nächster spricht für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Leimbach.

Herr Leimbach (CDU):

Herr Präsident, zunächst herzlichen Dank für den Weihnachtsmann heute Morgen und den Weihnachtsgruß.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE eröffnet die Möglichkeit - für mich jedenfalls in großer vorweihnachtlicher Friedfertigkeit -, sich nicht nur mit der Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen in Sachsen-Anhalt, sondern generell und kritisch mit der Nutzungskonkurrenz bei Flächen auseinanderzusetzen.

Vorweihnachtliche Friedfertigkeit deshalb, weil die Beschlusspunkte 1 und 2 Ihres Antrags wahrscheinlich eher von dem Wunsch beseelt sind, die bisherige Anwendung des Bundesnaturschutzgesetzes und die existierende Eingriffsregelung so lange zu evaluieren und die Praxis zu beeinflussen, bis das Ziel, dass die Landwirtschaft aus der Nutzungskonkurrenz herauszunehmen ist, erreicht ist.

Das funktioniert so aber nicht. Es geht doch eher darum, die meiner Meinung nach eher schwachen Resultate der vergangenen 20 Jahre, was die Verwendung dieser Mittel aus Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen anbelangt, sorgfältig und kritisch zu beleuchten und nach intelligenten Konzepten für die Zukunft zu suchen, um Nutzungskonkurrenzen zu minimieren.

Dazu gehört, so der für mich nachvollziehbare Hinweis in der Begründung zu Ihrem Antrag, das Recycling bebauter und versiegelter Flächen als ge-

eignete, meiner Meinung nach sogar vorzugswürdige Maßnahmen.

Die Ausschussüberweisung, die wir als Koalitionsfraktionen beantragen werden, ist unter anderem deshalb einer schlichten Ablehnung, die eigentlich bei uns diskutiert worden und knapp gescheitert ist, vorzuziehen, weil dieser wahre Problemerkern unbestreitbar unsere Organisationsaufgabe bleibt.

Lieber Herr Lüderitz, Sie sprechen den Flächenverbrauch an. Sie wissen wahrscheinlich auch, dass es eher ein ideologischer Begriff ist. Fläche kann man ja nicht verbrauchen, sondern man kann sie nur nutzen. Das stellt eigentlich in unserem Land eher kein Problem dar. Wir haben nur 11 % Siedlungs- und Verkehrsfläche, liegen damit weit, nämlich mit 10 Prozentpunkten, unter dem nationalen Durchschnitt.

Sie wissen wahrscheinlich, dass in Wahrheit bei uns die Flächeninanspruchnahme stagniert. Ich würde fast prognostizieren wollen, dass angesichts der demografischen Entwicklung die Flächeninanspruchnahme in den nächsten Jahren zurückgehen wird. Was Sie gesagt haben, hat meiner Meinung nach wenig mit Sachsen-Anhalt zu tun.

Auch das, was Herr Wehrich gesagt hat, es gebe einen auf unser Gebiet bezogenen ungebremsten Flächenverbrauch, halte ich für falsch.

Ich sage Ihnen auch, dass nicht nur das in Ihrem Antrag zu privilegierende Schutzgut Acker - das ist falsch, nicht nur lobbyistisch übrigens; es hätte genauso gut auch Wald sein können -, sondern auch der Zeitpunkt falsch ist.

Mit dem neuen Bundesnaturschutzgesetz im Jahr 2010 hat der Bund, haben unsere Kollegen im Bundestag gleichzeitig eine Verordnungsermächtigung beschlossen. Diese Verordnungsermächtigung wird in eine Kompensationsverordnung münden. Das wissen Sie. Danach werden die Auswirkungen der Eingriffsregelung bundeseinheitlich gestaltet.

Es kommt hinzu, dass die Erhebung von Ersatzzahlungen sogar im Einzelnen geregelt werden wird. Das Instrument wird deutlich wirkungsvoller, vielleicht sogar das, was Herr Bergmann als Befürchtung beschrieben hat.

Wir wissen natürlich, dass sich die bekannt gewordenen Entwürfe dieser Bundeskompensationsverordnung mit den Zielen der Landesregierung aus dem Jahr 2004, damals noch unter Ministerin Wernicke, überwiegend decken. Wir hoffen, dass wir es ein wenig weiterentwickeln können, um das zu behalten, was diese Richtlinien von Frau Wernicke gebracht haben, nämlich Transparenz, Planungssicherheit für alle Beteiligten und Verfahrensbeschleunigung.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Wir sind auf einem guten Weg, aber wir sind noch lange nicht da, wo wir sein wollen, um die Interessen der verschiedenen Flächennutzer möglichst harmonisch zu koordinieren und nicht gegeneinander auszuspielen, wie es Ihr Antrag intendiert. Es ist auch keine Lösung - wie die GRÜNEN - zu meinen, man müsste nur Bebauung unterlassen, dann hätte man auch keine Probleme. Wir glauben, dass es intelligente Lösungen geben kann, die uns alle tatsächlich weiter bringen.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Die Entkoppelung, die stärkere Nutzung der Ökologieregelung, die professionelle Organisation des Kompensationsflächenmanagements, zum Beispiel in der Landgesellschaft, sind Punkte, die wir dringend brauchen.

Es macht also Sinn, sich mit der gesamten Thematik im Ausschuss auseinanderzusetzen. Das hat dazu geführt, dass wir den Antrag nicht einfach ablehnen wollen, sondern für eine Überweisung in die Ausschüsse für Umwelt und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stimmen werden. Wir kündigen aber gleichzeitig an, dass wir es nicht bei diesem etwas mageren, kritisch zu betrachtenden Papier belassen werden, sondern einen eigenen Antrag mitbringen werden. - Danke schön und frohe Weihnachten!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Leimbach. - Zum Abschluss der Debatte nun noch einmal Herr Lüderitz.

Herr Lüderitz (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte gedacht, ich kann auf den Beitrag verzichten. Nun muss ich doch noch einmal nach vorn.

(Zuruf von der CDU: Och!)

Fakt ist eines: Offensichtlich ist das, was dem Kollegen Bergmann schon passiert war, auch Ihnen passiert, Kollege Leimbach. Sie haben das Wort „Eingriff“ immer so hinten herunterfallen lassen. Da bin ich sehr nahe bei Herrn Wehrich. Ich kann nicht die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen allein betrachten, sondern muss die Gesamtheit betrachten, und die beginnt beim Eingriff.

Ich habe vorhin recht deutlich gesagt - darauf will auch unser Antrag fokussieren -, dass Eingriffe im Außenbereich möglichst minimiert werden müssen. Das ist der entscheidende Faktor, über den man reden muss.

Ich will auch noch einmal auf ein Problem aufmerksam machen. Ich bin der Letzte, der die vorhandene Richtlinie aus dem Jahr 2004 - 2005 und 2006, wenn ich es recht in Erinnerung habe, über-

arbeitet - in irgendeiner Weise aufweichen will. Im Gegenteil. Ich bin Umweltpolitiker durch und durch. Ich sage lieber, wenn es uns gelingen soll, diese Richtlinie weiter zu qualifizieren, dann wäre es der richtige Weg, sie dem Bundesnaturschutzgesetz aus dem Jahr 2009 anzupassen. Das muss die Aufgabe sein, die in Ausschüssen vor uns steht. Das ist auch das Erfordernis.

Ich habe vorhin zwei Beispiele genannt. Ich bin jemand, der sagt, wir müssen gerade im Bereich der Pflegemaßnahmen den Ball des Bundesnaturschutzgesetzes aufnehmen. Ich bin auch ein Freund davon, dass wir die Problematik der Entsiegelung, die durchaus etwas unterbelichtet ist, aufnehmen. Natürlich waren die Blickwinkel 2005 ganz andere, als sie es heute sind. Das ist die Aufgabe, die ich mir wünsche. Ich hoffe, dass wir dabei in den Ausschüssen weiter vorankommen.

Deshalb kann ich den letzten Satz meiner Einbringungsrede nur noch einmal wiederholen: Ich wünsche eine interessante Debatte in den Ausschüssen und wünsche Ihnen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2013.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Herr Kollege Lüderitz, auch für die Wünsche. Es gibt noch eine Wortmeldung. Kollege Lüderitz, würden Sie noch eine Frage von Herrn Abgeordneten Bergmann beantworten wollen?

Herr Lüderitz (DIE LINKE):

Ja.

Herr Bergmann (SPD):

Kollege Lüderitz, wir machen das ganz schnell. Es ist eine Intervention. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass hier ein Irrtum vorliegt. Wir können gemeinsam daran interessiert sein, so wenig wie möglich an Fläche zu verbrauchen. Das ist korrekt. Wenn Sie die Eingriffsdefinition diskutieren, dann geht es um die Vermeidung vermeidbarer Beeinträchtigungen bei Eingriffen in Natur und Landschaft und nicht um die Vermeidung von Eingriffen. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Ich bitte darum, das noch einmal richtig durchzulesen, damit wir im Ausschuss richtig diskutieren können.

Herr Lüderitz (DIE LINKE):

Okay.

Präsident Herr Gürth:

Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Es ist von mehreren Rednern die Überweisung des vorliegenden Antrages in die Ausschüsse beantragt worden. Genannt

worden sind die Ausschüsse für Landesentwicklung und Verkehr, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Umwelt; federführend soll der Ausschuss für Umwelt beraten. Können wir über alle zusammen abstimmen? - Nicht. Gut, dann lasse ich einzeln abstimmen.

Wer dafür ist, dass der vorliegende Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Umwelt überwiesen wird, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Es ist so beschlossen worden.

Wer dafür ist, dass der Antrag zur Mitberatung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen wird, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind ebenfalls alle Fraktionen. Es ist so beschlossen worden.

Nun ist noch beantragt worden, den Antrag in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr zu überweisen. Wer dafür ist, dass der Antrag in diesen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen wird, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dieser Antrag ist abgelehnt worden.

Der Antrag ist in die genannten Ausschüsse überwiesen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir sind damit am Ende der 20. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich darf mich an dieser Stelle noch einmal herzlich für die geleistete Arbeit und das faire Miteinander aller hier im Hohen Haus bedanken. Ich bitte Sie ausdrücklich, den Dank in Ihre Fraktionen, zu Ihren Mitarbeitern, in die Häuser, in die Ministerien mitzunehmen. Ich werde das meinem Haus auch weitergeben.

Ich wünsche Ihnen, Ihren Kollegen und Ihren Angehörigen nunmehr ein paar schöne Tage. Es sind noch keine Ferien, es wird noch weiter gearbeitet. Ich wünsche Ihnen danach ein schönes, gesegnetes, frohes Weihnachtsfest und einen guten Start in das nächste Jahr.

Ich berufe den Landtag zu seiner 21. Sitzungsperiode für den 20., 21. und 22. Februar 2013 ein. Die Sitzung des Landtages ist damit geschlossen.

(Beifall im ganzen Hause)

Schluss der Sitzung: 17.08 Uhr.